

---

# Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung

## 3

trafo verlag  
dr. wolfgang weist, Berlin  
40. Jahrgang 1998

---

- Helmut Bleiber: Österreich 1918 bis 1945 – eine nationale Frage? 3
- Harald Neubert: Die theoretische und strategische Dimension von Palmiro Togliattis “Wende von Salerno” 13
- Stefan Bollinger: “Prager Frühling” –  
unverstandene Chance und zerstörte Hoffnung 31
- Steve Davison: Die Lage der Gewerkschaften in Großbritannien nach  
zwanzig Jahren marktliberaler Politik unter einer konservativen Regierung 47

### **Dokumente und Materialien**

- Ursula Herrmann: Zum 85. Todestag August Bebels  
Familienbriefe von August und Julie Bebel an Agnes und Ignatz Auer 57
- Ruth Stoljarowa/Wladislaw Hedeler: Zum 80. Todestag von  
Georgi Walentinowitsch Plechanow 80
- Ulla Plener: Zwei Dokumente über den gewerkschaftlichen  
Widerstand 1933-1945. 88

### **Wissenschaftliche Mitteilungen**

- Ulla Plener: Theodor Leipart und gewerkschaftlicher Widerstand 1933-1945 114

### **Biographische Skizzen**

- Kurt Finker: Hermann Maaß – sozialdemokratischer Jugendpolitiker und  
Widerstandskämpfer 117

### **Berichte**

- Zwölfte Konferenz des Arbeitskreises kritischer MarxistInnen 137

## Rezensionen

- Peter Schöttler (Hrsg.): Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945 (*Werner Berthold*) 130
- Fritz Petrick (Hrsg.): Kapitulation und Befreiung. (*Paul Heider*) 131
- Jürgen Louis: Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen 1945-1952 (*Eberhart Schulz*) 133
- Wolfgang Triebel: Gelobt und geschmäht. Wer war Otto Grotewohl? (*Günter Benser*) 135
- Jürgen Kuczynski: Ein treuer Rebell. Memoiren 1994-1997 (*Werner Berthold*) 136
- Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch (*Manfred Behrend*) 137
- Hans-Hermann Hertle/Gerd Rüdiger Stephan (Hg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees (*Manfred Behrend*) 139
- Artur Meier/Jörg Müller: Die letzte Generation? (*Jacqueline Hennig*) 142
- Jan Emendörfer: Verfemt. Mein Vater Max Emendörfer (*Paul Heider*) 144
- Oleg Dehl: Ot iljusii k tragedii. Njemezkije emigranty v SSSR v 30-e gody (*Gerd Kaiser*) 146
- Suhler Zeitzeugnisse. 1933–1945 (*Gerd Kaiser*) 147

## Annotationen

- Alexander Kochanski: Polska 1944–1991. Informator historyczny (Polen 1944-1991. Historisches Vademecum), Bd. I (*G. Kaiser*) 148
- Petra Blachetta-Madajczyk: Klassenkampf oder Nation? Deutsche Sozialdemokratie in Polen 1918–1939 (*G. Kaiser*) 148
- Andreas Ciesielski und Autorenkollektiv: Die Hoffnung starb zuletzt. Das Beispiel Bestwood (*J. Roesler*) 149
- Robert Streibel; Hans Schafranek (Hg.): Strategie des Überlebens: Häftlingsgesellschaften in KZ und Gulag (*J. Stroech*) 150
- Bernd Langer: Kunst als Widerstand: Plakate, Ölbilder, Aktionen, Texte der Initiative Kunst und Kampf (*J. Stroech*) 151
- Christoph Schottes: Die Friedensnobelpreiskampagne für Carl von Ossietzky in Schweden (*J. Stroech*) 151

## Redaktionelles und Impressum

152

# Österreich 1918 bis 1945 – eine nationale Frage?\*

HELMUT BLEIBER

Lassen Sie mich einleitend die Äußerungen von zwei namhaften Schriftstellern zitieren, die deren Ansichten über die wünschenswerte Gestaltung der Beziehungen zwischen dem nach der Auflösung des Habsburgerreiches 1918 verbliebenen Restösterreich einerseits und Deutschland andererseits dokumentieren. Anfang des Jahres 1919 reflektierte Robert Musil in seinem Essay “Der Anschluß an Deutschland” darüber, was eine Nation sei. Nation sei keine mystische Einheit, jedoch “als Sprachgemeinde ein natürlicher Leistungsverband, das Sammelbecken, innerhalb dessen sich der geistige Austausch zunächst und am unmittelbarsten vollzieht”. Musil teilte die weit verbreitete Auffassung von Österreichs Unfähigkeit zum ökonomischen Überleben. Ihm tue “das Aufgehen in Deutschland not und zwar sowohl dann, wenn morgen schon die aus dem Osten kommende Bewegung der Welt eine neue, die Grenzen brechende Gestalt geben sollte, wie dann, wenn im Westen die Beschränktheit von gestern noch einmal siegen sollte. In beiden Fällen werden ungeheure Aufgaben gestellt sein, die zur Lösung der zweckmäßigst zusammengeführten Kraft bedürfen.”<sup>1</sup>

Als zweiten Zeitzeugen rufe ich Thomas Mann auf, damals ähnlich wie Musil noch weit entfernt vom Gipfel seines Ruhmes, wenn auch im Vergleich zu diesem – vor allem als Autor der “Buddenbrooks” – bereits weitaus bekannter. Im Oktober 1920, anlässlich der Volksabstimmung in Kärnten über die künftige Zugehörigkeit zu Jugoslawien oder zu Österreich schrieb er den Satz: “Ein Diener am deutschen Wort darf an das Kommen des Tages glauben, da alles, was deutsch spricht, in einem Staate und Reiche versammelt sein wird.”<sup>2</sup> Wenige Wochen später äußerte er sich: “Ich bin überzeugt, daß der Anschluß Österreichs an Deutschland nur eine Frage der Zeit ist, und bekenne mich von Herzen zu dem Wunsch, daß er sich bald vollziehen möge.”<sup>3</sup>

Es erscheint nicht erforderlich, hier im einzelnen auszuführen, daß die zitierten Auffassungen der beiden Schriftsteller nicht als abseitige Meinungen von vereinzelt Außenseitern zu bewerten sind. Sie entsprachen den Vorstellungen und Wünschen der großen Mehrheit der Bevölkerung in Österreich, aber auch in Deutschland. In der

---

\* Geringfügig überarbeitete Fassung eines in einer Veranstaltung der Europäischen Akademie Otzenhausen gehaltenen Vortrages.

1 Robert Musil: Der Anschluß an Deutschland. In: Derselbe, Gesammelte Werke, Bd. 8, Reinbek 1978: 1035, 1042.

2 Thomas Mann: Grüße aus Kärnten. In: Aufsätze, Reden, Essays, Bd. 3, Berlin 1986: 78.

3 Ders.: Heim, ins Reich. In: Ebd.: 83.

Literatur ist mehrfach und überzeugend darauf hingewiesen worden, daß und wie dieses Anschlußstreben breiter Bevölkerungskreise von dominierenden wirtschaftlichen und politischen Kräften Deutschlands für expansionistische Ziele ausgenutzt wurde.<sup>4</sup> Allgemeine Menschenrechtsforderungen wie die nach Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts wurden zur Manipulierung der Massen im Interesse des Vormacht- und Hegemoniestrebens der Deutschland beherrschenden Eliten mißbraucht.

Dieser Zusammenhang ist nicht zu übersehen. Indessen erklärt der Hinweis auf einen solchen Zusammenhang nicht, warum er sich herstellen konnte. Manipulierung von Massen setzt ihre Manipulierbarkeit voraus und diese erfordert, daß wenigstens teilweise oder zumindest scheinbar an echte Bedürfnisse, Interessen und Erfahrungen dieser Massen angeknüpft wird. Das gilt auch in unserem Fall. Die Popularität der Anschlußforderung nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie sowie im besonderen dann auch der Vollzug des Anschlusses im März 1938 und seine bekannten Begleitumstände sind aus ökonomischen und politischen Interessen des deutschen Finanzkapitals allein nicht zu erklären. Sie zu begreifen und zu verstehen erfordert, der Frage nachzugehen, inwiefern dabei auch Bedürfnisse und Wünsche breiter Bevölkerungskreise mit im Spiele waren. Die Popularität der Anschlußforderung nach 1918 ist zuerst und bevor sie als Vehikel deutschen Machtstrebens benutzt werden konnte, zu begreifen und zu verstehen als eine Folge deutscher oder präziser mitteleuropäischer Geschichte im 19. Jh., im besonderen als Ergebnis unerfüllt gebliebener Hoffnungen und Forderungen der deutschen nationalen Bewegung in der Aufstiegsphase der bürgerlichen Gesellschaft. Damit bin ich bei der ersten von zwei Fragen, zu denen ich einige Überlegungen äußern möchte, der Frage nach den historischen Voraussetzungen dafür, daß sich die überwältigende Mehrheit der Österreicher 1918 als der deutschen Nation zugehörig empfand.<sup>5</sup>

In den Jahren und Jahrzehnten seit der Wiedererrichtung des österreichischen Staates im Jahre 1945 hat sich, wie mehrere seriöse soziologische Untersuchungen darlegen,<sup>6</sup>

4 Vgl. Mirjam Kölling: Die Annexionsbestrebungen des deutschen Imperialismus gegenüber Österreich im Frühjahr 1919. In: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 1 (1967): 180 ff.; Dieselbe: Deutschland, Österreich und der Anschluß 1918–1922. phil. Diss. Berlin 1965; Norbert Schausberger: Der Griff nach Österreich. Der Anschluß, Wien/München 1979; Ders.: Anschlußideologie und Wirtschaftsinteressen 1918–1938. In: Heinrich Lutz/Helmut Rumpel (Hg.), Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert, Wien 1982: 282 ff.

5 Die folgenden Ausführungen stützen sich teilweise auf Helmut Bleiber: Deutschland und Österreich im 19. Jahrhundert – Anmerkungen zur nationalen Frage. In: Bulletin des Arbeitskreises "Zweiter Weltkrieg", 1988, Nr. 1–4: 6 ff. – Über Standpunkte, Probleme und weiterführende Literatur zur Gesamthematik informieren Agnes Blänsdorf: Staat – Nation – Volk: Österreich und Deutschland. Zu Gerald Stourzh's Auseinandersetzung mit Karl Dietrich Erdmann. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Jg. 42 (1981), H. 12: 767 ff.; Karl Dietrich Erdmann: Die Spur Österreichs in der deutschen Geschichte. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Jg. 38 (1987), H. 10: 597 ff.; Fritz Fellner: Das Problem der österreichischen Nation nach 1945. In: Otto Büsch/James J. Sheehan (Hg.): Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte und Gegenwart. Berlin 1985: 193 ff.; Dieter Langewiesche: Deutschland und Österreich. Nationswerdung und Staatsbildung in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Jg. 42 (1991), H. 12: 754 ff.; Ders.: Reich, Nation und Staat in der jüngeren deutschen Geschichte. In: Historische Zeitschrift, Bd. 254 (1992): 361 ff.; Hans Mommsen: Österreichs Weg vom habsburgischen Nachfolgestaat zur demokratischen Nation. In: Helmut Konrad/Wolfgang Neugebauer (Hg.): Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewußtsein, Wien 1983: 391 ff.

6 Zuletzt Albert F. Reiterer (Hg.): Nation und Nationalbewußtsein in Österreich. Wien 1988.

bei der großen Mehrheit der Bevölkerung ein eigenständiges österreichisches Nationalbewußtsein herausgebildet. Eine Nation Österreich ist damit nicht mehr nur das beschworene Wunschbild einiger Publizisten und Politiker, sondern historische Realität. Herrscht über dieses Faktum heute weitgehend Übereinstimmung, so gehen die Auffassungen darüber, wie weit in die Vergangenheit zurück die Vorgeschichte dieser Nation Österreich reicht bzw. welches historische Ereignis die entscheidende Wendemarke hin zu diesem Ergebnis war, weit auseinander. Der damalige Bundespräsident Franz Jonas hat 1972 gemeint, von "einer schon um 1500 wirksamen schicksalhaften Verbundenheit der alten Erblände und heutigen Bundesländer" ausgehen zu können.<sup>7</sup>

Andere Stimmen meinen, in Österreich das "Profil zweier Jahrtausende" zu erkennen,<sup>8</sup> und glauben, daß die Länder, die das heutige Österreich bilden, schon seit dem Regnum Noricum um 180 vor der Zeitrechnung "ein Zusammenstrebendes gewesen"<sup>9</sup> seien. Der Wiener Historiker Ernst Bruckmüller wiederum hält es nicht für angängig, Kontinuitätslinien hin zu einer österreichischen Nation bis zur Spätantike zurück suchen zu wollen. Erst die Entstehung der Länder und von Landesbewußtsein im Gebiet des heutigen Österreichs im Hochmittelalter markiert nach seiner Meinung den Beginn einer Entwicklung, die für die Ausprägung einer österreichisch-nationalen Eigenständigkeit Bedeutung erlangte.<sup>10</sup>

Zutreffend erscheinen mir solche Deutungen nur insoweit, als sie die Ausbildung bzw. das Vorhandensein regionaler Besonderheiten für die in Rede stehenden Territorien konstatieren. Daß dieses Phänomen hier einen die Zukunft präjudizierenden qualitativ anderen Charakter gehabt haben sollte als entsprechende besondere regionale Ausprägungen etwa in Bayern, Schwaben, Nieder- und Obersachsen, Mecklenburg oder in noch anderen Teilen des Reiches, dürfte indes höchst fragwürdig sein.

Größere Bedeutung darf zweifellos der Verweis auf das Jahr 1866 und das damit verbundene Ausschließen Österreichs aus der deutschen Nationalstaatsgründung im 19. Jh. beanspruchen. Im 1984 erschienenen Band 4 der in der DDR erarbeiteten "Deutschen Geschichte" wird in diesem Zusammenhang an das Scheitern des demokratischen großdeutschen Lösungsversuchs der Einheitsfrage infolge der Niederlage der Revolution von 1848/49 erinnert. "Die deutschsprachigen Teile der Habsburgermonarchie wurden auf den Weg einer nationalen Sonderentwicklung gedrängt, den sie nach 1866 endgültig einschlugen."<sup>11</sup>

Aber auch diese Aussage wird von der historischen Realität, die sie beschreiben will, nicht voll gedeckt.

---

7 Franz Jonas: Die österreichische Nation profiliert sich. In: Georg Wagner (Hg.): Österreich. Von der Staatsidee zum Nationalbewußtsein. Studien und Ansprachen, Wien 1982: 186.

8 Georg Wagner: Österreich Profil zweier Jahrtausende. In: Ders. (Hg.): Österreich: 203 ff.

9 Ebd.: 117.

10 Ernst Bruckmüller: Nation Österreich. Sozialhistorische Aspekte ihrer Entwicklung. Wien/Köln/Graz 1984: 20.

11 Walter Schmidt u. a.: Deutsche Geschichte, Bd. 4: Die bürgerliche Umwälzung von 1789 bis 1871, Berlin 1984: 510.

Gewiß steht außer Frage, daß das Ende des Deutschen Bundes und das Eingehen seiner Erbmasse mit Ausnahme Österreichs in das im Jahr 1871 unter preußischer Führung gegründete kleindeutsche Reich eine gravierende Zäsur in der österreichischen Geschichte darstellt. Die staatliche Trennung Österreichs von dem, wenn auch sehr lockeren, so doch immerhin vorhandenen Gesamtverband deutscher Staaten, wie der Deutsche Bund ihn verkörperte, war damit vollzogen. Seine staatliche Selbständigkeit war perfekt. Gleichermaßen kann nicht bezweifelt werden, daß auch sozialökonomische Strukturen vorhanden oder doch in Ausbildung begriffen waren, wie sie zu meist als konstitutive Elemente von Nationsbildungsprozessen begriffen werden. Dennoch gab es weder 1866/70 noch 1918 oder 1938 eine österreichische Nation – und dies einfach deshalb, weil zu keinem der genannten Zeitpunkte ein größerer Teil oder gar die Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung Österreichs sich als zu einer besonderen österreichischen Nation gehörend verstand. Dieses Phänomen verweist zwingend darauf, daß außer einer Reihe anderer Faktoren auch nationales Bewußtsein zu den unabdingbaren Voraussetzungen für die Entstehung einer Nation gehört.

Der Versuch einer Erklärung dafür, warum es in den deutschsprachigen Gebieten der Habsburgermonarchie auch in den Jahrzehnten nach 1866 nicht zur Ausbildung eines besonderen österreichischen Nationalbewußtseins kam, wird vor allem folgende Aspekte zu berücksichtigen haben:

1.) Der Ausschluß Österreichs aus der deutschen Nationalstaatsgründung stürzte viele Österreicher in eine tiefe Identitätskrise. Ohne Österreich, das über Jahrhunderte hinweg die Vormachtstellung in Deutschland innegehabt hatte, war ihrer Meinung nach das neue Deutsche Reich unvollkommen, war die deutsche Nation zerrissen zugunsten eines preußisch-kleindeutschen Sonderinteresses. An die Sieger von 1871 gerichtet dichtete Franz Grillparzer: “Ihr glaubt, Ihr habt ein Reich geboren, / und habt doch nur ein Volk zerstört”.<sup>12</sup>

Ein deutscher Nationalstaat ohne Österreich war aus dieser Sicht ein Unding. Der Ausschluß Österreichs aus Deutschland wurde geistig-mental nicht akzeptiert, weil er der traditionellen Stellung Österreichs in Deutschland zuwiderlief.

2.) Die deutsche Nationalbewegung, die im Verlaufe der ersten Hälfte des 19. Jh. breite Massen des Volkes erfaßt hatte, war von Anfang an großdeutsch orientiert gewesen. “So weit die deutsche Zunge klingt” lautete die Antwort auf die Frage “Was ist des Deutschen Vaterland?” im Gedicht Ernst Moritz Arndts.<sup>13</sup> Während die Mehrheit des Großbürgertums getreu seiner antirepublikanischen Haltung die Fortexistenz der bestehenden Fürstenhäuser, insbesondere der Hohenzollern und Habsburger wünschte und sich daher auch mit den Ergebnissen von 1866 bzw. 1870/71 abfand, lebte in der demokratischen Linken der Traum von einer großdeutschen Republik fort, wie sie die

---

12 Zit. nach Brigitte Hamann: Die Habsburger und die deutsche Frage im 19. Jahrhundert. In: Heinrich Lutz/Helmut Rumpel (Hg.): Österreich und die deutsche Frage: 229.

13 Ernst Moritz Arndt: Gedichte, Berlin 1865: 233.

Revolutionäre von 1848/49 erstrebt hatten. Insbesondere die österreichische Sozialdemokratie hielt bekanntlich – wir kommen darauf zurück – an dieser Forderung fest.

3.) Die Ausbildung eines spezifisch österreichischen Nationalbewußtseins erhielt keinerlei Impulse von der Habsburgermonarchie, sondern wurde von dieser eher behindert. Aus der inneren Struktur und Beschaffenheit dieses Staatswesens, insbesondere aus seinem Charakter als Vielvölkerstaat ergab sich, daß jede nationale Bewegung eine Gefährdung seiner Existenz bedeutete. Die Habsburgermonarchie sah sich einer übernationalen, einer universalen Staatsidee verpflichtet.<sup>14</sup>

4.) Die staatliche Trennung von Deutschland hatte keineswegs eine solche in geistig-kultureller Hinsicht zur Folge. Mit Recht ist sogar von einer “Gegenläufigkeit politischer und kultureller Entwicklung nach 1866” gesprochen worden.<sup>15</sup> “Nun das politische Band gelöst war, erstarkte das geistige mehr und mehr, sichtlich von Jahr zu Jahr”, schrieb Karl Emil Franzos im Vorwort zu seiner 1883 erschienenen Anthologie “Deutsches Dichterbuch aus Österreich”.<sup>16</sup>

Das Motiv für diese verstärkte Hinwendung zu deutscher Kultur und ihrer Pflege in der deutschsprachigen Bevölkerung der Habsburgermonarchie ist zweifellos in deren Sorge um die Bewahrung ihrer geistigen Überlegenheit und damit des Führungsanspruchs ihrer Eliten gegenüber den anderssprachigen Bevölkerungsmehrheiten der Habsburgermonarchie zu suchen.

Eric Hobsbawm hat in seinem in deutscher Übersetzung 1991 erschienenen Buch “Nationen und Nationalismus” die Auffassung vertreten, nationale Bewegungen und Nationalismus hätten historisch gesehen den Höhepunkt ihrer Wirksamkeit überschritten.<sup>17</sup> Unbestreitbar erzwingt die Entwicklung der Wirtschaft, der Technik, des Verkehrs- und Kommunikationswesens die Überwindung nationaler Abgrenzungen und Beschränkungen. Großräumigere Organisationsformen der Gesellschaft, als die Nation sie bieten kann, sind ein unumgängliches Erfordernis der Gegenwart und Zukunft. Gleichzeitig beobachten wir, daß trotz solcher über die Nation hinausweisender Entwicklungstendenzen Nation und Nationales bis zum heutigen Tage alles andere als überholt, zweitrangig oder nebensächlich geworden sind. In Europa, dem Erdteil, der sie historisch zuerst hervorgebracht hat, beweisen sie ein erstaunliches Beharrungsvermögen. Gleichzeitig vollziehen sich, vor allem in der Dritten Welt, bis heute Nationsbildungsprozesse, Vorgänge, deren Ende noch nicht abzusehen ist.

---

14 Ernst Hoor: Wandlungen der österreichischen Staatsidee. Vom Heiligen Römischen Reich zur österreichischen Nation. In: Georg Wagner (Hg.): Österreich: 438; Robert A. Kann: Das deutsche Reich und die Habsburgermonarchie 1871 bis 1918. In: Robert A. Kann/Friedrich E. Prinz (Hg.): Deutschland und Österreich. Ein bilaterales Geschichtsbuch. Wien/München 1980: 143 ff.

15 Hubert Lengauer: Kulturelle und nationale Identität. Die deutsch-österreichische Problematik in Spiegel von Literatur und Publizistik der liberalen Ära (1848–1873). In: Heinrich Lutz/Helmut Rumpfer (Hg.): Österreich und die deutsche Frage: 210.

16 Karl Emil Franzos: Deutsches Dichterbuch aus Österreich. Leipzig 1883: VII.

17 Eric J. Hobsbawm: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt a. M./New York 1991: 194, 214.

Ob das Phänomen des Nationalen in der Geschichte der Neuzeit seinen Höhepunkt wirklich hinter sich hat, erscheint zumindest fragwürdig. Die Virulenz seines Auftretens in der gegenwärtigen Weltarena spricht jedenfalls dagegen, Nationales als historisches Auslaufmodell zu verstehen. Um so dringlicher erscheint die intensive wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Thema. Dies ist auch deshalb besonders geboten, weil Nationales nicht selten in die Nähe von Mystik und Mythen gerückt wird. Dagegen geht es doch in aller Regel um ganz handfeste Interessen. Die jeweiligen realen Interessen sichtbar zu machen, die sich in jeweiligen Haltungen zu nationalen Fragen in der Vergangenheit manifestierten, halte ich für eine wichtige Aufgabe historischer Forschung und Darstellung. Die Geschichte Österreichs bietet für diesen Zusammenhang eklatante Zeugnisse. An zwei Beispielen will ich versuchen, die Interessenbestimmtheit der jeweiligen Haltung zum Nationalen zu demonstrieren.

Die Habsburgermonarchie brach bekanntlich im Herbst 1918 auseinander. Am 21. Oktober 1918 erklärte die provisorische österreichische Nationalversammlung, den Staat Deutsch-Österreich gründen zu wollen. Drei Wochen später, am 12. November, beschloß sie das Gesetz über die Form des neuen Staates. Artikel 1 des Gesetzes lautete: Deutsch-Österreich ist eine demokratische Republik, Artikel 2: Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik. Am 22. November erfolgte die Erklärung über den Umfang und die Grenzen des Staatsgebietes von Deutsch-Österreich. Beansprucht wurde die Gebietshoheit über das gesamte geschlossene Siedlungsgebiet der deutschsprachigen Bevölkerung innerhalb der bisher im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder. Ausgeschlossen wurden ausdrücklich die von Slowenen bzw. Italienern bewohnten Gebiete Kärntens und Tirols, eingeschlossen wurden ausdrücklich die deutschsprachigen Gebiete Böhmens und Mährens.

Es ist unbestritten, daß diese Beschlüsse der provisorischen österreichischen Nationalversammlung, die am 12. März 1919 von der inzwischen gewählten Nationalversammlung einstimmig bestätigt wurden, den Wünschen der großen Mehrheit der Bevölkerung entsprachen, für die sie sich zuständig glaubte. Das Streben nach staatlichem Anschluß an Deutschland war in den deutschsprachigen Gebieten der zerfallenen Habsburgermonarchie allgemein. Weit verbreitet war die Vorstellung, daß Österreich als ein Land, das – wie Karl Renner schrieb – “übrig geblieben” war, “ein Gebirgsland, das nicht leben und nicht sterben kann”,<sup>18</sup> nach der Trennung vom Gesamtterritorium des bisherigen Reichs ökonomisch nicht überlebensfähig und aus diesem Grunde zwingend auf die Aufnahme in Deutschland angewiesen sei. Otto Bauer hat später berichtet, daß im Oktober 1918, als die Führung der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie für den Anschluß an Deutschland zu werben begann, von der Masse der Arbeiterschaft Unverständnis geäußert wurde. “Sie hatte”, so schrieb er, “den deutschen Imperialismus während des Krieges allzu tief gehaßt, als daß sie sich nun hätte für den Anschluß an dasselbe Deutschland begeistern können”.<sup>19</sup>

18 Zit. nach Alfred D. Low: Die Anschlußbewegung in Österreich und Deutschland, 1918 - 1919, und die Pariser Friedenskonferenz. Wien 1975: 203.

19 Otto Bauer: Die österreichische Revolution. In: Derselbe, Werkausgabe, Bd. 2, Wien 1976: 623.



Der Sieg der Novemberrevolution 1918 in Deutschland veränderte die Voraussetzungen. In der politisch bewußten Arbeiterbewegung wurde die im Grunde seit 1848 niemals völlig aufgegebene Vorstellung wieder virulent, die Arena in den Dimensionen Großdeutschlands würde einen günstigeren Kampffplatz für die Verwirklichung ihrer Ziele darstellen. Das Anschlußverlangen der Bevölkerung in den deutschsprachigen Gebieten Böhmens und Mährens wurde zusätzlich von den Befürchtungen vor der Perspektive gespeist, sich als nationale Minderheit in einem tschechischen Staat einrichten und arrangieren zu müssen.

Daß die Anschlußbestrebungen Deutsch-Österreichs den Repräsentanten des Deutschen Reiches, dessen Expansionspläne soeben an der Überlegenheit der Entente gescheitert waren, wie ein Geschenk des Himmels erscheinen mußten, liegt auf der Hand. Bereits 1916 hatte der langjährige Vorkriegskanzler Fürst Bülow formuliert: "Selbst wenn wir den Krieg verlieren sollten, werden wir die Partie doch gewinnen, denn wir werden Österreich annectieren".<sup>20</sup>

Von den vielfältigen Aktivitäten, die im Sinne dieser Zielstellung entfaltet wurden, verweise ich hier nur auf das sogenannte Berliner Protokoll vom 2. März 1919, das die Ergebnisse mehrtägiger Verhandlungen zwischen dem Außenminister des Deutschen Reiches, Graf Brockdorff-Rantzau, und dem Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Deutsch-Österreich, Otto Bauer, festhielt. Sein Inhalt reichte von der Absichtserklärung, "mit tunlichster Beschleunigung über den Zusammenschluß des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs einen Staatsvertrag abzuschließen", bis zur Fixierung von Maßnahmen, mit denen der bisherigen Hauptstadt des Habsburgerreiches Wien eine exzeptionelle Stellung auch innerhalb des erstrebten großdeutschen Reiches gesichert werden sollte. Bemerkenswert unter dem uns interessierenden Gesichtspunkt von der Wirksamkeit jeweiliger spezifischer Interessen ist die Tatsache, daß seitens der offiziellen Vertreter des Deutschen Reiches die Anschlußfrage in der fraglichen Zeit, das heißt vor Abschluß des Friedensvertrages, wesentlich zurückhaltender behandelt wurde, als dies von österreichischer Seite aus geschah. Der Grund dafür waren nicht etwaige grundsätzliche Vorbehalte. Er ergab sich einzig und allein aus der Befürchtung, der Anschluß Österreichs könnte sich auf das Bemühen kontraproduktiv auswirken, die zu erwartenden Forderungen nach Gebietsabtretungen vom Bestand des Reiches in den Grenzen von 1871 zurückzuweisen beziehungsweise möglichst einzuschränken.

Die Pariser Vorortverträge vom Sommer und Herbst 1919 machten bekanntlich allen deutschen und deutsch-österreichischen Anschlußhoffnungen einen Strich durch die Rechnung. Die Siegermächte des ersten Weltkrieges, allen voran Frankreich, waren nicht gewillt zuzustimmen, daß dem eben niedergerungenen und geschwächten Gegner Deutschland durch den Anschluß Österreichs neue Ressourcen und Kräfte zuflössen.

---

20 Zit. nach Joachim Petzold: Zur Problematik progressiver Anschlußbemühungen in Österreich und Deutschland im Zeitraum der Ersten österreichischen Republik. In: Bulletin des Arbeitskreises "Zweiter Weltkrieg": 39.

Daß dabei die vom Präsidenten der USA Woodrow Wilson als Prinzip für die anstehenden staatlichen Neuordnungen verkündete Doktrin vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, auf die sich natürlich auch die Sprecher der deutschsprachigen Bevölkerung Österreichs, Böhmens und Mährens beriefen, öffentlich ihre politische Unschuld verlor, nahm man in Kauf.

Die Pariser Vorortverträge des Jahres 1919 waren über Jahrzehnte hin ein Gegenstand schärfster Ablehnung und Kritik sowohl in der deutschen als auch in der österreichischen Geschichtsschreibung. Erst in dem Maße, wie nach 1945 sich allmählich ein neues österreichisches Selbstbewußtsein ausbildete, zu dem auch die definitive Annahme österreichischer staatlicher Selbständigkeit gehörte, gewann in der österreichischen Historiographie eine andere Sicht auf diese Verträge Raum, die in mancher Hinsicht Beurteilungen der Pariser Vorortverträge ähnelt, wie sie seit eh und je etwa von tschechischen, polnischen oder rumänischen Historikern vorgetragen wurden.

Auf ein zweites Beispiel, das die Interessengebundenheit der Haltung zur nationalen Frage augenfällig demonstriert, will ich verweisen, auf die Haltung der Kommunistischen Partei Österreichs in den dreißiger Jahren zur Frage, ob Österreich eine Nation sei. Noch zu Beginn der dreißiger Jahre hatte die KPÖ sich zu einem "Anschluß Sowjet-Österreichs an Sowjet-Deutschland" bekannt.<sup>21</sup> Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland 1933 begannen jedoch intensive Auseinandersetzungen darüber, wie der Gefahr eines Anschlusses an Nazideutschland am wirksamsten zu begegnen sei. Auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 wurden von Vertretern der KPÖ dazu noch divergierende Standpunkte vorgetragen.<sup>22</sup> Während ein Sprecher sich scharf gegen den Österreich-Kult des Schuschnigg-Regimes wandte und die Zugehörigkeit der Österreicher zum deutschen Volk betonte, forderte der KPÖ-Sekretär Johann Koplenig, den vorhandenen österreichischen Patriotismus nicht dem Austrofaschismus zu überlassen, sondern als mögliche Potenz im Kampf gegen die Anschlußgefahr zu begreifen.

In ihren Bestrebungen, sich mit der Frage einer österreichischen Nation zu befassen, wurde die Leitung der KPÖ durch den wegen seiner Verteidigung im Reichstagsbrandprozeß bekannt gewordenen bulgarischen Kommunisten Georgi Dimitroff, der damals an der Spitze der Komintern stand, bestärkt. Erst nach mehreren Beratungen zwischen Kominternführung und KPÖ-Leitung im Frühjahr 1936 gab letztere eine theoretische Untersuchung zur Frage einer österreichischen Nation in Auftrag. Im Frühjahr 1937 veröffentlichte die in Prag erscheinende theoretische Monatsschrift der KPÖ "Weg und Ziel" das Ergebnis dieser Bemühungen in Gestalt von mehreren Auf-

---

21 Zit. bei Kurt Skalnik: Auf der Suche nach der Identität. In: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hg.): Österreich 1918–1938: Geschichte der Ersten Republik, Graz 1983: 15.

22 Vergleiche zum Folgenden Winfried R. Garscha: Überlegungen zur österreichischen Nationswerdung. Die Etappe 1932/33 bis 1938. In: Bulletin des Arbeitskreises "Zweiter Weltkrieg", a. a. O.: 47 ff.; Arnold Reisberg: Alfred Klahr – erster marxistisch-leninistischer Theoretiker über die österreichische Nation. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 25 (1983), H. 3: 411 ff.

sätzen aus der Feder von Alfred Klahr,<sup>23</sup> dem am österreichischen Sektor der internationalen Lenin-Schule der Komintern in Moskau wirkenden Parteitheoretiker der KPÖ. Klahr ging von der ethnischen Zugehörigkeit der Österreicher zum deutschen Volke aus. Noch 1918 habe die Möglichkeit für die Einbeziehung der Deutschösterreicher in die deutsche Nation bestanden. Das Zusammenleben auf dem Territorium der Republik Österreich seit 1918, insbesondere aber der Gegensatz zum nationalsozialistischen Deutschland seit 1933 hätten nationsstiftend gewirkt. Gefördert worden sei diese Entwicklung zur eigenen Nation durch das Vorhandensein der besonderen katholisch geprägten kulturellen Traditionen Österreichs, die Klahr zwar als vorwiegend fortschrittsfeindlich, aber im Kampf gegen die drohende Gefahr einer Annexion durch Hitlerdeutschland als nützlich bewertete. Klahr trat dafür ein, österreichischen Patriotismus zu propagieren, österreichisches Nationalbewußtsein zu fördern und den Prozeß der Nationswerdung zum Abschluß zu bringen. Die Ergebnisse von Klahrs Analyse wurden im August 1937 zur offiziellen Parteilinie erklärt. Sie dienten nun als Richtschnur bei den Bemühungen der KPÖ um eine antinationalsozialistische Volksfront in Österreich.

Der nationale Schwenk der österreichischen Kommunisten in der Mitte der dreißiger Jahre hat sehr unterschiedliche Beurteilungen erfahren. Aus linker nationalnihilistischer Sicht und im Hinblick auf ihre Marginalisierung in der politischen Szene Nachkriegsösterreichs ist ihnen vorgeworfen worden, mit ihrer Erfindung der österreichischen Nation hätten sie nur die Geschäfte anderer besorgt. "Die kommunistischen Patrioten waren nur die Stuntmen im nationalen Filmepos, dessen Hauptrollen mit Männern wie Kurt Waldheim besetzt wurden"<sup>24</sup> Kritische Stimmen aus anderen Richtungen haben immer wieder moniert, die Entscheidung der österreichischen Kommunisten für die österreichische Nation sei einem politischen Kalkül entsprungen. Diese Feststellung ist unbestreitbar richtig. Zu fragen wären die Kritiker dieses Faktums, was daran Besonderes sei.

Die unmittelbare Wirkung des Werbens für eine österreichische Nation ist im einzelnen schwer zu bestimmen. Jedenfalls muß sie wohl als sehr gering angenommen werden. Eine große Mehrheit der Bevölkerung Österreichs begrüßte im März 1938 den Anschluß an Deutschland. Der Einfluß, den die Nationalsozialisten in Österreich gewinnen konnten, sei, so ist geurteilt worden,<sup>25</sup> vor allem der Tatsache zu danken gewesen, daß sie als die sichersten Garanten des Anschlusses galten. Abgelehnt wurde das Konzept einer österreichischen Nation bekanntlich auch von der österreichischen Sozialdemokratie. Ihre führenden Vertreter, sowohl Karl Renner als auch Otto Bauer, ließen sich auch durch die Tatsache, daß der Anschluß nun unter nationalsozialistischen Vorzeichen erfolgt war, in ihrer großdeutschen Haltung nicht beirren. Im Juli

---

23 Diese und weitere Aufsätze des Autors zum Thema in: Alfred Klahr: Zur österreichischen Nation. Wien 1994.

24 Gerhard Scheit: Hahns Schüler. In: Konkret, 1994, H. 10: 36.

25 Nikolaus von Preradovich: Der nationale Gedanke in Österreich 1866 - 1938. Göttingen (1962): 30.

1938 kommentierte Otto Bauer das Geschehene: “Österreichische Klerikale und Monarchisten mögen im Ausland Komitees gründen, die von der Wiederherstellung eines österreichischen Staatswesens phantasieren, mögen sich einbilden, eine österreichische Irredenta organisieren zu können. Das ist kindisches Spiel... Wir können das Rad der Weltgeschichte nicht zurückdrehen... Die Zukunft der deutschösterreichischen Arbeiterklasse ist die Zukunft der deutschen Revolution”.<sup>26</sup>

Wie ungesichert die Perspektive Österreichs als selbständiges Staatswesen bis weit in die Kriegsjahre hinein noch war, mag der Verweis auf zwei Äußerungen bzw. Gelegenheiten aus dem Lager der Antihitlerkoalition verdeutlichen. Zu erinnern ist einmal an die Teilungspläne für ein besiegtes Deutschland, die von den Regierungen der westlichen Alliierten damals erörtert wurden. Bemerkenswert für unser Thema ist die Tatsache, daß dabei auch das Projekt eines süddeutschen Staates, der Österreich einschließen sollte, auftaucht.<sup>27</sup> Zu erinnern ist zweitens an die Stalinrede vom 6. November 1941, in der sich die Äußerung findet, bis zum Jahre 1938, also einschließlich des Anschlusses Österreichs und der Annexion des Sudetenlandes, habe man die Hitlerleute für nationale Politiker halten können,<sup>28</sup> eine Äußerung, die zumindest davon zeugt, daß der damalige Hauptrepräsentant des kommunistischen Lagers die These der österreichischen Kommunisten von der Existenz einer österreichischen Nation noch keineswegs verinnerlicht hatte.

Festen Grund gewannen die Bestrebungen zur Rekonstituierung des österreichischen Staates erst mit der von der Moskauer Außenministerkonferenz im Oktober 1943 verabschiedeten Deklaration über Österreich, in der es hieß, daß alle von den Aggressoren vorgenommenen Veränderungen null und nichtig seien und die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen österreichischen Staates das Ziel der Vereinten Nationen sei.<sup>29</sup> Für seine Entwicklung ab 1945 sollten sich die Bemühungen um die theoretische Begründung einer österreichischen Nation als wichtige geistige Vorarbeit erweisen.

---

26 Otto Bauer: Österreichs Ende. In: Ders.: Werkausgabe, Bd. 9, Wien 1980: 844. Siehe ferner Helmut Konrad (Hg.): Sozialdemokratie und “Anschluß”. Historische Wurzeln – Anschluß 1918 und 1938 – Nachwirkungen, Wien 1978. Zu Karl Renner siehe Siegfried Nasko: Ein “deutschösterreichischer” Staatsmann? Karl Renners Haltung zur Anschlußidee 1918–1938. In: Michael Gehler/Rainer F. Schmidt u. a. (Hg.): Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1996: 399 ff.

27 Fritz Fellner: a. a. O.: 195.

28 Josef Stalin: Über den großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion. Berlin 1945: 20. – Über unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Zukunft Österreichs innerhalb der Moskauer Führungsspitze – Außenminister Molotow habe “großdeutsch” gedacht – berichtet Ernst Fischer: Erinnerungen und Reflexionen. Frankfurt a. M. 1987: 459.

29 Felix Kreissler: Der Österreicher und seine Nation: Ein Lernprozeß mit Hindernissen. Wien 1984: 295 ff.

# Die theoretische und strategische Dimension von Palmiro Togliattis “Wende von Salerno”

HARALD NEUBERT

Palmiro Togliattis politischer Lebensweg war ein Beispiel für die wechsel- und widerspruchsvolle Geschichte der kommunistischen Bewegung. In der Geschichte dieser Bewegung verkörperte er eine Mischung von persönlicher Anpassungsbereitschaft und Erneuerungsfähigkeit. Geboren wurde er vor 105 Jahren, am 26. März 1893, gestorben ist er am 21. August 1964. Der Beitrag ist einem Abschnitt in seinem Leben (zwischen 1944 und 1947) gewidmet, der ihn als originellen Politiker ausweist.<sup>1</sup>

## I. Ein bedenkliches Nachspiel

Als im September 1947 in Polen das Kommunistische Informationsbüros (Kominformbüro) gegründet wurde, dem die sich zum Marxismus-Leninismus bekennenden Parteien aus der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, aus Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Ungarn, Frankreich und Italien angehörten, attackierte der Leiter der jugoslawischen Kommunisten Edvard Kardelj die IKP und die FKP, vor allem aber die Partei Togliattis, in sehr aggressiver Weise, indem er ihnen parlamentarische Illusionen, Opportunismus, unzulässige Zusammenarbeit mit Kräften der Bourgeoisie, Verzicht auf einen Aufstand zwecks Machtergreifung, eine ungenügende Orientierung auf die Sowjetunion usw. vorwarf.<sup>2</sup> Mit diesen Vorwürfen war die ganze Strategie Togliattis seit 1944 als eine Abweichung vom Leninismus angeprangert worden. Es ist nicht bekannt, ob andere Parteien sich dieser Kritik angeschlossen haben. Anlaß der Kritik war die Reaktion von IKP und FKP auf den Ausschluß der kommunistischen Minister aus den antifaschistischen Koalitionsregierungen im Frühjahr 1947.

Togliatti, der nicht an der Gründungstagung des Kominformbüros teilnahm, hatte den Delegierten der IKP, Luigi Longo und Eugenio Reale, wohl ahnend, was da kommen könnte, zuvor den Rat gegeben: “Falls man uns den Vorwurf machen wird, daß wir nicht verstanden hätten, die Macht zu ergreifen oder daß wir zugelassen haben, uns aus der Regierung zu jagen, so sagt ihnen, daß wir Italien nicht in ein zweites Grie-

---

1 Ausführlicher über Togliattis Rolle an der Spitze der Italienischen Kommunistischen Partei und in der internationalen kommunistischen Bewegung siehe: Harald Neubert: Palmiro Togliatti – zwischen Anpassung und Erneuerung. Eine personifizierte Geschichte der Komintern. Hrsg. Grundsatzkommission der PDS, Berlin 1997 (Controvers-Reihe)

2 Eugenio Reale: Nascita del Cominform. Mailand 1958: 39f.

chenland verwandeln wollten. Und dies ist nicht nur in unserem Interesse, sondern auch in dem der Sowjets selbst.”<sup>3</sup>

Der Gedanke, den Ausschluß aus der Regierung mit einem staatsstreichähnlichen Kampf um die Macht zu beantworten, war den italienischen Kommunisten abwegig, und zwar aus zwei Gründen: Es hätte der konzipierten Strategie eines demokratischen Vormarsches zum Sozialismus widersprochen; und die IKP befürchtete zu Recht eine direkte militärische Konfrontation mit den in Italien präsenten westlichen Siegermächten, wie dies in Griechenland der Fall war.

Man hat wiederholt vermutet und behauptet, hinter den Angriffen Kardeljs habe Stalin gestanden, was kaum zu beweisen, wohl aber zu bezweifeln ist. Bekannt ist, daß sich Togliatti unmittelbar vor seiner Rückkehr aus Moskau nach Italien Anfang März 1944 mit Stalin beraten und sehr wahrscheinlich die Linie mit ihm abgestimmt hat.<sup>4</sup> Stalin dürfte im Jahre 1947 um so mehr bewußt gewesen sein, daß unter den Bedingungen des sich entfaltenden kalten Krieges und der Spaltung der Welt in zwei machtpolitische gegnerische Blöcke die italienischen und französischen Kommunisten keine Chance hatten, mit einer revolutionären militärischen Aktion aus dem amerikanischen dominierten westlichen Lager auszubrechen und daß demnach revolutionäre Abenteuer keine Erfolgchancen haben konnten. So hatte Stalin auch gegenüber dem bewaffneten Kampf von EAM und ELAS um die Macht in Griechenland, der ja 1947 noch im Gange war, ein distanzierendes Verhältnis, während dieser Kampf die uneingeschränkte Unterstützung der jugoslawischen Kommunisten besaß.

Um die Haltung der IKP im März 1947 zu verstehen, bedarf es einer näheren Beleuchtung der theoretischen und strategischen Konzepte Togliattis, die er seit 1944 vertrat.

## II. Die “Wende von Salerno”<sup>5</sup>

Palmiro Togliatti war aus der Moskauer Emigration nach einer beschwerlichen Reise über Kairo Ende März 1944 nach Italien zurückgekehrt, das zweigeteilt war. Der Norden war faschistisch beherrscht – besetzt von deutschen Truppen und formal regiert von der republikanisch-faschistischen Regierung Mussolini; und im Süden existierten die Monarchie und die ihr ergebene Regierung des Marschalls Pietro Badoglio, während sich die anglo-amerikanischen Truppen auf dem Vormarsch in Richtung Norden befanden. In beiden Landesteilen hatten sich antifaschistische Befreiungskomitees gebildet, die im Norden militärisch operierende Partisaneneinheiten bildeten und einen bewaffneten Kampf gegen die deutschen Truppen führten.

3 Zit. nach Aldo Agosti: Palmiro Togliatti . Turin 1996: 346.

4 Siehe Anm. 12

5 Togliatti nannte sie auf dem V. Parteitag Ende 1945/Anfang 1946 “Wende von Neapel”, da er sie nach seiner Ankunft in Italien erstmals in Neapel verkündet hatte. Siehe Togliatti: Italien erneuern. Bericht an den V. Parteitag. In: Palmiro Togliatti: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Berlin 1977: 223. Später wurde nur noch von der “Wende von *Salerno*” gesprochen, da Salerno zu jener Zeit der Zufluchtsort der Regierung Badoglio war.

Die politischen Positionen der antifaschistischen Kräfte waren aus der Sicht Togliattis teils ultraradikal, teils sektiererisch und teils konfus. Es handelte sich um ganz unterschiedliche politische Kräfte, die nicht viel mehr als die Einsicht verband, gemeinsam gegen den deutschen und italienischen Faschismus kämpfen zu müssen. Es überwog dabei die Absicht, mit dem Faschismus zugleich auch die Monarchie zu beseitigen, was ein Zusammengehen mit der Regierung Badoglio, die im Oktober 1943 nach dem Frontenwechsel Italiens Deutschland den Krieg erklärt hatte und der immerhin noch beträchtliche Teile der Armee unterstanden, ausschloß. Für viele kommunistische und sozialistische Funktionäre hatte der Befreiungskampf darüber hinaus die sozialistische Revolution zum Ziel.

Togliatti war bereits seit Mitte 1943 im Moskauer Exil zu dem Schluß gekommen, daß auf diese Weise die Lage blockiert war. Aus drei Briefen, die er zwischen Juli und Oktober 1943 – in deutscher Sprache – an Georgi Dimitroff schrieb, geht folgendes hervor: Er war bemüht, so schnell wie möglich nach Italien zurückzukehren und dafür die Zustimmung Stalins zu erlangen; er befürchtete die Teilnahme der Kommunisten im Lande an einer Blockbildung gegen den König und die Regierung Badoglio, was er für “eine falsche, zu korrigierende Linie” hielt; deshalb begründete er schon in dieser Zeit jene Politik, die dann die Bezeichnung “Wende von Salerno” erhielt; und schließlich wird aus den Briefen deutlich, daß er diese seine politische Orientierung eigenständig konzipierte, keineswegs als Vehikel sowjetischer Außenpolitik.<sup>6</sup>

Die Situation, die einen koordinierten Kampf aller verfügbaren und willigen Kräfte gegen den Faschismus und die deutsche Okkupation nicht zuließ, wurde im Frühjahr 1944 durch zwei Entscheidungen entwirrt: Entsprechend einer Italien betreffenden Resolution der Moskauer Außenministertagung vom Oktober 1943, daß in die Regierung Vertreter aller gegen den Faschismus kämpfenden Schichten des italienischen Volkes aufzunehmen seien, erkannte die Sowjetregierung unter dieser Maßgabe am 14. März 1944 als erste der alliierten Mächte die Regierung Badoglio diplomatisch an. Und zum zweiten bekundete Togliatti bei seiner Ankunft in Neapel am 27. März die Bereitschaft seiner Partei, ohne Abdankung des Königs an einer Regierung teilzunehmen, vorausgesetzt, sie führt einen konsequenteren Kampf gegen die deutschen Truppen im Lande und sie willigt ein, nach dem Kriege in einer verfassunggebenden Versammlung die Entscheidung über die Frage der Monarchie und die künftige Ordnung des Landes zu treffen.

Um diese Linie durchzusetzen, bedurfte es einer intensiven Überzeugungsarbeit Togliattis, und zwar auch in seiner eigenen Partei, wo es merklichen Widerspruch gab. Doch bereits in einer Resolution des Nationalrates der IKP von Ende März 1944 wurde diese Linie bestätigt. Die Resolution kennzeichnete als das Grunddilemma der damaligen Situation im befreiten Teil Italiens “die Existenz.... einer mit Macht ausgestatteten, aber der Autorität – weil der Unterstützung durch die Massen – beraubten Re-

---

6 Siehe: Giuseppe Vacca: Togliatti sconosciuto /Der unbekannte Togliatti/. Rom 1994, hrsg. als Supplement von *L'Unità* vom 31. August 1994, S. 67 ff.

gierung einerseits und einer mächtigen Massenbewegung andererseits, die von der Macht ausgeschlossen ist". Alle Hindernisse für die nationale Einheit und die Befreiung des Landes sollten aus dem Weg geräumt, die Lösung der Verfassungsfrage nach Kriegsende in Angriff genommen und eine Regierung gebildet werden, in der alle Kräfte, die "für die Freiheit Italiens zu kämpfen gewillt sind", vertreten sind. Rechenschaft vor dem Volke über ihr politisches Verhalten sollten alle politischen Kräfte erst nach der Befreiung ablegen.<sup>7</sup> Letztes galt besonders für das Militär und die Monarchie wegen ihrer Rolle im Faschismus und im Kriege an der Seite Deutschlands. Den Kurswechsel begründete Togliatti für die Öffentlichkeit in einem Interview für die Parteizeitung *L'Unità* vom 2. April. "Wir können uns heute nicht von einem sogenannten engen Parteiinteresse leiten lassen. Es sind die unmittelbaren und die Lebensbedürfnisse unseres Landes, die wir heute verteidigen müssen. Und diese Bedürfnisse können wir wirksam verteidigen, wenn wir immer mehr die Einheit aller jener verbreitern und festigen, die bereit sind, gegen den Eindringling zu kämpfen, ganz gleich, welches ihr Glauben und welches ihre politische Richtung ist. Es ist die Kommunistische Partei, es ist die Arbeiterklasse, die das Banner der nationalen Interessen in die Hände nehmen müssen, das der Faschismus und die Gruppen, die ihm die Macht übertrugen, verraten haben."<sup>8</sup> Auf einer Konferenz kommunistischer Funktionäre am 11. April in Neapel sah sich Togliatti gezwungen, sich erneut mit dem Widerstand in den eigenen Reihen auseinanderzusetzen: "Revolutionär ist nicht derjenige, der am lautesten schreit und am meisten gestikuliert, sondern derjenige, der sich konkret darum bemüht, die Aufgaben zu lösen, die die Geschichte den Völkern und Klassen stellt und die von ihnen erfüllt werden müssen, wenn sie den Weg für die Entwicklung der menschlichen Zivilisation eröffnen wollen."<sup>9</sup>

Togliatti betrieb eine Politik, die man als Fortsetzung von Grundpositionen des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale von 1935 werten kann, an deren Formulierung er selbst maßgeblich beteiligt war. Das gilt besonders für die Feststellung im Referat Georgi Dimitroffs, daß *es den Kommunisten "durchaus nicht gleichgültig (ist), welches politische Regime in einem Lande besteht: eine bürgerliche Diktatur in der Form der bürgerlichen Demokratie... oder eine bürgerliche Diktatur in ihrer offenen faschistischen Form. Als Anhänger der Sowjetdemokratie werden wir jeden Fußbreit der demokratischen Errungenschaften verteidigen, die die Arbeiterklasse in jahrelangem, zähem Kampf erobert hat, und entschlossen für deren Erweiterung kämpfen."* Und deshalb hätten *"die werktätigen Massen in einer Reihe von kapitalistischen Ländern konkret für den heutigen Tag zu wählen nicht zwischen proletarischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie, sondern zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus"*.<sup>10</sup>

7 Il comunismo italiano nella seconda guerra mondiale. Rom 1963: 224f.

8 Zit. nach Aurelio Lepre: La svolta di Salerno. Rom 1966: 98 ff.

9 Togliatti: Die Politik der Kommunisten für nationale Einheit. In: Ausgewählte Reden und Aufsätze: 159.



Vorbehalte gegen die von ihm eingeleitete Wende mußte Togliatti auch in den anderen antifaschistischen Parteien ausräumen. So lehnten besonders auch die Liberalen ein Zusammenwirken mit der Monarchie ab. In dem Maße, wie es ihm gelang, seine Linie auch gegenüber den anderen antifaschistischen Parteien als unumgänglich darzulegen, wurde er zu einer zentralen Figur, die IKP zu einer führenden Partei in der italienischen Politik der folgenden Jahre. Aber gerade bei den engsten Verbündeten, in der Sozialistischen Partei, blieb seine Rolle stets umstritten. Deutlicher als Pietro Nenni, der an der Spitze der Sozialistischen Partei stand, opponierte Lelio Basso von der linkssozialistischen Bewegung der Proletarischen Einheit gegen die Linie Togliattis. Die Überwindung des Faschismus müsse, so meinte er, direkt mit der Überwindung des Kapitalismus verknüpft werden, da die von den Kommunisten angestrebte "Ordnung einer progressiven Demokratie" historisch nicht realisierbar sei. Nur die sozialistische Republik käme als Alternative zum Faschismus in Frage, – eine Position, die zum Beispiel auch die KPD 1932–1933 vertrat und später als falsch einschätzte. Während Togliattis Politik im Interesse der UdSSR läge, käme es darauf an, so Basso, "die Autonomie der italienischen Arbeiterbewegung gegenüber der UdSSR" zur Geltung zu bringen.<sup>11</sup>

Wie bereits erwähnt, hatte Togliatti seine Position in Moskau offenbar abgestimmt. So berichtet Dimitroff in seinem Tagebuch, daß Togliatti unmittelbar vor seiner Abreise in der Nacht vom 4. zum 5. März 1944 ein Gespräch mit Stalin hatte, bei dem er sehr vermutlich dessen Zustimmung, wenn nicht überhaupt dessen Direktive für die in Italien zu befolgende Politik erhielt.<sup>12</sup> Es ist zu bezweifeln, daß es angesichts der Kräftekonstellation im Lande und international damals für Italien eine vernünftige Alternative zu dieser Wende von Salerno gegeben hätte, die nicht dazu geführt hätte, den erfolgreichen gemeinsamen antifaschistischen Kampf zu vereiteln und die Kommunisten und Sozialisten von den bürgerlichen Bündniskräften zu isolieren.

Das Konzept der nationalen Einheit Togliattis führte rasch zu praktischen politischen Ergebnissen. Am 12. April 1944 erklärte der König, nach der Befreiung Roms zurücktreten und seinem Sohn die Statthalterschaft übertragen zu wollen. Unter Marschall Badoglio wurde am 22. April die Regierung als Regierung der Nationalen Einheit umgebildet. Alle Parteien des Nationalen Befreiungskomitees waren in ihr vertreten. Neben Palmiro Togliatti wurden der liberale Philosoph Benedetto Croce, der liberale Politiker Graf Carlo Sforza, der Christdemokrat Giulio Rodinò und der Sozialist Pietro Mancini zu Ministern ohne Portefeuille ernannt. Togliatti schätzte ein, daß mit der Bil-

10 Georgi Dimitroff: Schlußwort: Für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. In: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Referate. Aus der Diskussion. Schlußwort Resolutionen. Frankfurt a. M. 1971: 255.

11 So in *Bandiera rossa* (Mailand), 25. Mai und 9. Juni 1944, zit. nach: N. P. Komolova: Dvizenie soprotivlenija i političeskaja bor'ba v Italii, Moskau 1972: 187.

12 Siehe Agosti: 275. Bisher existiert keine genaue Kenntnis des Inhalts dieses Gespräches. Wadim Sagladin hat mir persönlich mitgeteilt, daß er im Besitz eines Protokolls dieses Gesprächs sei und es mir gelegentlich zeigen wolle, was allerdings nie geschehen ist.

dung dieser Regierung im Lande eine neue Situation geschaffen wurde, es aber falsch wäre zu meinen, "es würde sich um eine völlig demokratische Situation handeln", vielmehr sei es nur ein erster Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung der Demokratie.<sup>13</sup> Nachdem die alliierten Truppen Rom am 4. Juni 1944 befreit hatten, wurde die Regierung Badoglio von einer Regierung abgelöst, die allein aus den Parteien des Nationalen Befreiungskomitees unter Ivanhoe Bonomi gebildet wurde. Togliatti übernahm wiederum ein Ministeramt ohne Portefeuille.

### III. Togliattis Konzept zur Neuformierung der Kommunistischen Partei

Als eine der wichtigsten Aufgaben nach seiner Rückkehr galt für Togliatti die Neuformierung der Partei. Ihr Charakter mußte in Übereinstimmung mit den veränderten politischen Erfordernissen und Aktionsformen sowie mit ihrer gesamt-nationalen Verantwortung gebracht werden. Um zu verstehen, worin hierbei die Probleme lagen, muß man ihren Zustand im Herbst 1943 und Frühjahr 1944 in Betracht ziehen. An der Spitze standen Funktionäre, die im Zuchthaus, in der Illegalität, im Widerstandskampf, in der Emigration ganz unterschiedliche Erfahrungen gemacht hatten. Es überwogen bei ihnen revolutionäre Ungeduld, sektiererischer Avantgardismus, politische Intoleranz, eine Mißachtung demokratischer Prinzipien. Die Rolle, die Togliatti der Partei zuschrieb, und die Ziele, die er verfolgte, verlangten eine andere, eine erneuerte Partei: eine im ganzen Volke verwurzelte hegemonie- und regierungsfähige, einheitliche, gut organisierte und kämpferische *Massenpartei*, eine Partei, in der die Funktionäre und Mitglieder auf allen Ebenen und im ganzen Lande in der Lage sein mußten, selbständig und mit Initiative die vereinbarte Politik zur demokratischen Erneuerung des Landes durchzusetzen. Es war unverkennbar, daß es sich um ein anderes Parteimodell handelte, als es die KPdSU und die meisten anderen der Komintern-Nachfolgeparteien "neuen Typus" verkörperten, obwohl sich Togliatti absicherte, eine Partei neuen Typus sei in Italien ja schon Mitte der 20er Jahre formiert worden.<sup>14</sup>

Im April 1944 hatte Togliatti in einem Brief an Dimitroff nach Moskau über den damaligen Zustand der Partei geschrieben, daß sie wachsendes Ansehen im Lande besitze und einerseits sehr stark, doch andererseits hinsichtlich der Organisiertheit und der politischen Linie sehr schwach sei. Sie sei fast vollständig von der "Autorität derer abhängig, die an ihrer Spitze stehen, und nur im geringsten Maße von der Reife ihrer Mitglieder".<sup>15</sup> Die Partei müsse die Fähigkeit erwerben, so Togliatti auf der bereits erwähnten Funktionärskonferenz in Neapel, die Politik der nationalen Einheit und

13 *L'Unità*, (Neapel), 26. Mai 1944; abgedruckt in: Palmiro Togliatti: *La politica di Salerno*. Rom 1969: 42.

14 Die wechselvolle Geschichte seiner Partei resümierte Togliatti im Januar 1961 auf einer Tagung des Zentralkomitees und der Zentralen Parteikontrollkommission anlässlich des 40. Gründungsdatums der Partei: *Nel quarantesimo anniversario del Partito comunista italiano*. In: Palmiro Togliatti: *Il Partito*. Rom 1964: 183 ff.

15 Brief vom 29. April 1944, erstmals veröffentlicht in: *L'Unità*, 21. Januar 1973.

demokratischen Wiedergeburt Italiens vorantreiben zu können. Dabei gebrauchte er den Begriff der “neuen Partei”, auf den er sodann immer wieder zurückkam. “Als kommunistische Partei, als Partei der Arbeiterklasse bestehen wir entschieden auf unserem Recht, an der Schaffung des neuen Italiens teilzunehmen. Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß – wenn wir dieses Recht nicht beanspruchen und uns nicht in der Lage erweisen würden, heute und in Zukunft diese Funktion zu verwirklichen – Italien nicht wieder aufgebaut werden könnte.”<sup>16</sup> Am 3. Oktober 1944 hielt er in Florenz eine Rede, in der er auf *drei neue* Momente seines Parteikonzepts hinwies: auf den “gesamtnationalen Charakter” der Partei, auf die “aktive, das heißt nicht nur kritische Beteiligung an der nationalen Regierung” und auf den “Massen- und Volkscharakter”, den die Partei annehmen müsse.<sup>17</sup> In einer Rede vor der Provinzorganisation der Partei im befreiten Rom am 24. September 1944 hatte er bereits zuvor sein Konzept der *neuen Partei* präzisiert: “Vor allem, und dies ist das wesentliche, ist die neue Partei eine Partei der Arbeiterklasse und des Volkes, die sich nicht mehr nur auf die Kritik und auf die Propaganda beschränkt, sondern die Einfluß nimmt auf das Leben des Landes mit einer positiven und konstruktiven Aktivität, die mit der Zelle in der Fabrik und im Wohnort beginnt und bis zum Zentralkomitee und jenen Personen erstrecken muß, die wir zwecks Vertretung der Arbeiterklasse und der Partei in die Regierung delegieren.”<sup>18</sup>

Eine entscheidende Voraussetzung, um auf die Gestaltung Nachkriegsitaliens maßgeblich Einfluß nehmen zu können, sei es, eine hegemoniale Stellung der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei im politischen Leben des Landes zu erringen. Dabei verstand Togliatti die “führende Rolle” der Partei nicht als einen aus der Theorie abgeleiteten Anspruch, sondern als eine ständige Aufgabe, deren Realisierung stets die Anerkennung derer voraussetzt, auf die sie sich erstrecken soll. Für diese Funktion mußten Vorstellungen von einer elitären Kaderpartei überwunden und eine Massenpartei geschaffen werden, “eine Partei der Arbeiterklasse und des Volkes”<sup>19</sup> als “Vorhut der Arbeiterklasse und Führerin des ganzen Volkes im Kampf um dessen Freiheit und Wiedergeburt”.<sup>20</sup> Auch in dieser Hinsicht ging er über das überlieferte kommunistische Parteiverständnis hinaus. Ihm ging es nicht um eine reine Klassenpartei, sondern um eine – zwar in der Arbeiterklasse verwurzelte – Partei, “die dem Volk am nächsten” ist, “eine Partei des ganzen Volkes”, also um eine kommunistisch ausgerichtete Volkspartei. “Wir können nicht mehr eine kleine, begrenzte Vereinigung von Propagandisten allgemeiner Ideen des Kommunismus und des Marxismus sein.

---

16 Togliatti: Die Politik der Kommunisten für nationale Einheit. In: Ausgewählte Reden und Aufsätze: 147.

17 Togliatti: Die Aufgaben der Partei in der gegenwärtigen Situation, Ebd.: 186.

18 Togliatti: Avanti verso la democrazia! In: *Critica marxista*, 4-5/1964: 47f. Diese Passage ist wörtlich enthalten in einem Beitrag Togliattis “Che cosa è il ‘partito nuovo’”? In: *Rinascita*, 4/1944.

19 Palmiro Togliatti: Il partito: 69.

20 Rede in Neapel am 11. April 1944. In: Ausgewählte Reden und Aufsätze: 174.

Wir müssen eine große Partei, eine Massenpartei sein, die ihre entscheidenden Kräfte aus der Arbeiterklasse schöpft und zu denen sich die besten Vertreter der fortschrittlichen Intelligenz sowie die besten Vertreter der bäuerlichen Klassengesellen, eine Partei, die folglich alle erforderlichen Kräfte und Kapazitäten in sich vereinigt, um die breiten Massen der Arbeiter und Werktätigen im Kampf für die Befreiung und für den Wiederaufbau Italiens zu führen.”<sup>21</sup>

Als ein weiteres Kriterium der neuen Partei forderte Togliatti, daß sie eine *Partei der Einheit* sein müsse, und zwar “der Einheit der Arbeiterklasse, der Einheit der antifaschistischen Kräfte, der Einheit der ganzen Nation”.<sup>22</sup> Auf dem V. Parteitag, der vom 29. Dezember 1945 bis zum 6. Januar 1946, also nach der Befreiung, stattfand, plädierten Togliatti und Luigi Longo für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, der Sozialistischen und der Kommunistischen.<sup>23</sup>

Sorgen bereitete ihm der ideologische Zustand der neuen, zahlenmäßig rasch anwachsenden Partei. Neben der mangelnden ideologischen Einheitlichkeit der alten Parteikader kam nun durch den Zustrom neuer Mitglieder, die sich aus ganz unterschiedlichen Gründen der Partei anschlossen, ein unübersichtliches ideologisches Spektrum hinzu, das in der Partei Erosionserscheinungen auszulösen drohte. Ohne ideologische, weltanschauliche, politische Vorbedingungen konnte jeder/jede in die Partei eintreten, sofern er/sie die Politik und Ziele der Partei anerkannten. Giorgio Amendola hat rückblickend davon gesprochen, daß in der ideologisch und politisch heterogen zusammengesetzten Partei die Marxisten vor der Aufgabe standen, “ihre Hegemonie durchzusetzen, indem sie gleichzeitig eine offene Konfrontation mit anderen Positionen zuließen”.<sup>24</sup> Togliatti selbst ließ aber ganz im traditionellen kommunistischen Parteiverständnis keinen Zweifel daran, daß die bestimmende ideologische Richtung dieser Partei nichts anderes sein könne “als die marxistische und leninistische Lehre”, daß sie allein es ermögliche, “die politische Aktion der Arbeiterklasse und einer großen Partei exakt mit der Realität in Übereinstimmung zu bringen”.<sup>25</sup> Eine gewisse ideologische Toleranz räumte er hierbei ein. In einem Brief an einen Maler schrieb Togliatti: “Ich hoffe,... Dir klarmachen zu können, daß heute keine offizielle Doktrin der Partei in bezug auf die Probleme der Kunst existiert und niemals existieren kann... Es wäre... nicht nur ungerecht, sondern absurd, wenn wir den Künstlern die Akzeptanz einer bestimmten Meinung als Bedingung für die Mitgliedschaft in der Partei abverlangen würden. Die Künstler selbst dürfen nicht an so etwas denken. Wir fordern alle Künstler auf, in unserer Presse mitzuarbeiten und über Fragen zu diskutieren, die sie interessieren,

---

21 Ebd.: 148.

22 Ebd.: 173.

23 Das Referat hierzu hielt Luigi Longo: Per il partito unico della classe operaia e dei lavoratori, nachgedruckt in: *Rinascita*, 26. Dezember 1964.

24 Giorgio Amendola: Dal ‘Quaderno’ del 300 alla coscienza storica del partito nuovo di oggi. In: *Rinascita*, 48/1970: 13.

25 P. Togliatti: Partito nuovo, Beitrag in *Rinascita*, 4/1944, nachgedruckt in: Togliatti: Il partito: 65.

sowie bei schwierigen Problemen uns Toleranz zu raten.“<sup>26</sup> Auch hierin wich er von der sowjetischen Parteidoktrin ab.

#### IV. Die Strategie der Kommunisten für den Nationalen Aufstand

Die Widerstands- und Befreiungsbewegung, insbesondere die bewaffneten Partisanenverbände im von den deutschen Truppen besetzten und faschistisch regierten Norditalien wirkten als Verbündete der anglo-amerikanischen Truppen im Hinterland des Feindes. Das Ziel bestand darin, mit einem finalen Nationalen Aufstand einen wesentlichen Beitrag zur Befreiung des Landes vom Faschismus, sozusagen als Akt der Selbstbefreiung, zu leisten. Von den Kommunisten als der stärksten und dominierenden Kraft dieser Bewegung hing in besonderem Maße ab, welchen Charakter der Nationale Aufstand haben sollte.

Die Führung der IKP hatte seit der Wende von Salerno zwei Momente in Erwägung gezogen: die Notwendigkeit einer breiten Einheit im antifaschistischen Befreiungskampf sowie die Berücksichtigung der realen Möglichkeiten und Kräfteverhältnisse. Die Orientierung auf eine proletarische, sozialistische Revolution galt als abenteuerlich. Pietro Secchia, zunächst zweiter Mann in der Partei, sodann linker Opponent Togliattis, schrieb später: “Wir befanden uns 1943–1945 nicht vor einer Wahl zwischen nationaler Erhebung und proletarischer Revolution, sondern zwischen der Rückkehr zur vorfaschistischen bürgerlichen Demokratie und einer Demokratie neuen, progressiven Typs, die auf neuen Strukturen, auf einer Erneuerung des Staates basiert und die in Italien den Weg einer weitergehenden Entwicklung und zum Sozialismus eröffnen sollte.”<sup>27</sup>

Die IKP hatte als Ziel ihres damaligen Befreiungskampfes die Herstellung einer “fortgeschrittenen Demokratie” verkündet. Was darunter verstanden wurde, hatte Togliatti bereits in einer Rede am 9. Juli 1944 in Rom so formuliert: “Fortgeschrittene Demokratie ist eine solche, die nicht an der Vergangenheit ausgerichtet ist, sondern auf die Zukunft orientiert. Fortgeschrittene Demokratie ist eine solche, die dem Faschismus keine Atempause verschafft, sondern jegliche Möglichkeit seiner Rückkehr zunichte macht. Fortgeschrittene Demokratie wird in Italiens jene sein, die alle Überreste des Feudalismus zerstört und das Agrarproblem löst, indem das Land denen übergeben wird, die es bearbeiten, die den plutokratischen Gruppen jede Möglichkeit nimmt, noch einmal zurückzukehren, in ihren Händen die Ressourcen des Landes zu konzentrieren, die Regierung in ihre Hände zu nehmen, die Freiheiten des Volkes zu liquidieren und uns in eine Folge von tragischen räuberischen Abenteuern zu stürzen. Fortgeschrittene Demokratie ist eine solche, die die ökonomische und politische Rückständigkeit Süditaliens überwindet, indem sie die reaktionären Gruppen, die sie verkörpern und davon

26 Brief vom 22. Februar 1945, zit. nach Agosti: 293.

27 P. Secchia: La resistenza: grandezza e limiti oggettivi. In: *Rinascita*, 8/1971: 20.

leben, ausschaltet, die das Recht Siziliens und Sardinien auf eine autonome Ordnung in einem einheitlichen und unabhängigen Italien anerkennt. Fortgeschrittene Demokratie ist eine solche, die eine Regierung des Volkes und für das Volk hervorbringt und in der alle gesunden Kräfte des Landes vertreten sein werden, die alle ihre Wünsche behaupten und für deren Durchsetzung eintreten werden können.“<sup>28</sup>

Die Strategie der Kommunisten, die mit dem Namen Togliattis verbunden war, hatte in diesem Sinne zum Erfolg geführt. So konnten die alliierten Truppen unter maßgeblicher Beteiligung der vereinten Partisanenverbände, die mit ihrem Kampf und schließlich mit ihrem Nationalen Aufstand am 23./24. April 1945 hierzu einen Beitrag leisteten, Italien vom Faschismus und der deutschen Besetzung befreien. Die Leitung der IKP für Oberitalien, wie sie sich im besetzten Teil gebildet hatte, schickte am 27. April 1945 an Togliatti nach Rom folgendes Grußschreiben: “Die Linie der Einheit, die von Dir vorgezeichnet wurde, diente uns als Führerin in der Erhebung, sie wird uns an die Spitze des ganzen Volkes, zum Sieg auch im Wiederaufbauwerk führen.”<sup>29</sup>

## V. Das Programm zur Gestaltung Nachkriegsitaliens. Das Konzept der “Strukturenreformen”

Nach Einschätzung Togliattis befand sich das Land zum Zeitpunkt der Befreiung mitten in einer demokratischen Revolution zwecks grundlegender Erneuerung des Landes.<sup>30</sup> Dies besagte, daß die Kommunisten mit der siegreichen Nationalen Erhebung und dem Beitrag zur Selbstbefreiung vom Faschismus und von der deutschen Okkupation ihre Ziele erst teilweise verwirklicht sahen. Die demokratische Erneuerung des Landes, nach Möglichkeit im Verein mit allen anderen politischen Strömungen des Befreiungskampfes, den Katholiken, den Liberalen, der Sozialistischen und der Aktionspartei, und mit dem Anspruch auf eine maßgebliche nationale gesellschaftliche und politische Rolle der Arbeiterklasse, stand nun erst bevor. Auf dem V. Parteitag, der vom 29. Dezember 1945 bis zum 6. Januar 1946 stattfand, sprach Togliatti von der notwendigen Fortsetzung der demokratischen Umwälzung, die im Lande im Gange war und die noch vielfältige Aufgaben zu lösen hätte.<sup>31</sup> Damit sollten Voraussetzungen für einen demokratischen Vormarsch zum Sozialismus eröffnet werden. “Wir wünschen”, so betonte er in diesem Zusammenhang mit großem Optimismus, “daß auch Italien, so wie es heute alle zivilisierten Länder tun, zum Sozialismus voranschreitet.”<sup>32</sup>

28 Togliatti: Per la libertà d'Italia! Per la creazione di un vero regime democratico. In: Palmiro Togliatti: La politica di Salerno. Aprile – dicembre 1944. Rom 1969: 80.

29 Il comunismo italiano nella seconda guerra mondiale: 336. Unterzeichnet ist das Schreiben von Longo, Secchia, Roveda, Amendola, Colombi, Grassi.

30 P. Togliatti: Per la salvezza del nostro paese. Rom 1946: 314f.

31 Togliatti: Italien erneuern, a. a. O.: 250f.

32 Ebd.: 252.

Der Erfolg dieser Politik mit dieser Zielstellung hing vor allem von zwei Voraussetzungen ab: von der entsprechenden strategischen Orientierung und deren praktischer Umsetzung zum einen und von den gegebenen Bedingungen, vor allem von der Entwicklung des konkreten Kräfteverhältnisses im Lande und international. Die Strategie der IKP, wie sie im wesentlichen Togliatti konzipiert hatte, war auch weiterhin keineswegs unumstritten. Damals wie auch später gab es immer wieder bei linken Kräften Diskussionen, ob sie richtig oder illusionär oder gar gänzlich falsch war. Es sei nochmals betont, daß es auch aus heutiger Sicht kaum eine vernünftige, realistische Alternative für den Kampf der italienischen Kommunisten gab als einen Kampf entsprechend dieser Strategie. Es war ein zwingendes Gebot dieser Strategie, stets zunächst die militärische Präsenz anglo-amerikanischer Truppen und später den dominierenden amerikanischen Einfluß auf die italienische Innenpolitik zu berücksichtigen. Hätte Togliatti dies nicht getan und die Partei auf die direkte Machteroberung orientiert, hätte er das militärische Eingreifen der Anglo-Amerikaner provoziert und die Zerschlagung der Partei mit anschließendem Verbot riskiert, wie das in Griechenland der Fall war.

Von Bedeutung war auch, daß die Italienische Kommunistische Partei – ähnlich anderen vergleichbaren kommunistischen Parteien – in Übereinstimmung mit der nationalen Spezifik auf einen *nationalen* Weg orientierte. Auf der III. Org-Konferenz der IKP im Januar 1947 erklärte Togliatti, “daß der Vormarsch zur Demokratie und zum Sozialismus in jedem Lande spezifische Formen annimmt”. Ein *italienischer Weg zum Sozialismus* bedeute, die Demokratie in höchstem Maße zu entwickeln, denn dies sei Sozialismus. “Die internationalen Erfahrungen besagen, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen des Klassenkampfes in der ganzen Welt die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen werktätigen Massen neue Wege finden können, um zum Sozialismus zu gelangen, das heißt um dahin zu gelangen, die Demokratie bis zur äußersten Grenze zu entwickeln, die genau genommen die Schwelle zum Sozialismus ist, neue Wege also, die sich von denen unterscheiden, die zum Beispiel von der Arbeiterklasse und den Werktätigen der Sowjetunion beschritten worden sind.” Daraus ergebe sich die Aufgabe, “sich jene ideologische, politische und organisatorische Fähigkeit anzueignen, die uns gestattet, unseren Weg, den italienischen Weg... zu finden”.<sup>33</sup>

Auf dem V. Parteitag präziserte die Partei ihr strategisches Konzept. Der IKP ging es immer wieder um die Bekräftigung des *demokratischen* Charakters ihrer Politik und Zielstellung. Das Demokratieverständnis war dabei keineswegs abstrakt. Es solle “nicht irgendeine Demokratie sein, sondern sie muß sehr präzise wirtschaftliche Veränderungen zum Inhalt haben”.<sup>34</sup> Erreicht werden sollten diese Veränderungen durch *Strukturenreformen*. Mit ihnen sollten die reaktionärsten Gruppen in der Industrie und der Landwirtschaft enteignet, die Produktion zum Wohle des Volkes reorganisiert werden. “Das kann nicht ohne die Einflußnahme des Staates, ohne die Einführung von

33 Togliatti: Unser Kampf für Demokratie und Sozialismus, Ebd.: 341f.

34 Togliatti: Italien erneuern, ebd.: 249.

Elementen der Organisation durch den demokratischen Staat in unserem gesamten industriellen Leben geschehen. Der Staat müßte also die große Monopolindustrie in die eigenen Hände nehmen und seine Kontrolle über das gesamte Banksystem wirksam werden lassen.“ Die Reformen in der Industrie sollten ergänzt werden durch solche in der Landwirtschaft, in der die großen Latifundienbesitzer die Vorherrschaft besaßen, die in einer reaktionären Politik Ausdruck fand.<sup>35</sup> Auf der Org-Konferenz der IKP im Januar 1947 in Florenz sprach Togliatti davon, es bestehe ein Grundproblem für die IKP darin, “daß die politischen Errungenschaften, die wir bis heute verwirklicht haben, nicht ausreichen, um Italien wirklich demokratisch zu machen”, so daß es darum gehe, “die italienische Demokratie auf dem Gebiete der Wirtschaft, auf dem Gebiete der sozialen Strukturreformen” voranzubringen. Dies sei, so wiederholte er, der Inhalt des italienischen Weges in Richtung des Sozialismus.<sup>36</sup> Wichtig dafür wären jedoch veränderte Machtverhältnisse auf der Grundlage der Komitees der Nationalen Befreiung “als Organe des Kontaktes zwischen den verschiedenen Parteien und als Organe des Kampfes für die Demokratisierung des Landes sowie als Basis einer neuen Macht”. Doch hätte sich die italienische Demokratie so nicht entwickelt.<sup>37</sup>

## VI. Die Entwicklung hin zur Wende des Jahres 1947

Sobald Italien vom Faschismus befreit war, hing der weitere Erfolg der strategischen Orientierung Togliattis, auf dem Wege der Demokratisierung und der Durchführung von Strukturreformen dem Lande eine sozialistische Perspektive zu eröffnen, von der weiteren für die sozialistischen Linkskräfte günstigen Entwicklung des innenpolitischen Kräfteverhältnisses und davon ab, ob es gelingt, die international entgegenwirkenden Einflüsse zu paralysieren. Erste Probleme in der Dynamik der inneren Kräftekonstellation und des politischen Klimas traten bereits im Verlaufe des Jahres 1945 auf.

Nach der vollständigen Befreiung des Landes war die Regierung Bonomi von der Regierung Parri<sup>38</sup> abgelöst und vorerst der dominierende Einfluß der linken Kräfte in der Regierung gewährleistet worden. Nach Pietro Nennis Charakterisierung nannte man diese Zeit als die des “Windes aus dem Norden”, weil diese Regierung sich vor allem auf die politisch starke, linksorientierte und noch immer bewaffnete Befreiungsbewegung Norditaliens stützte. Doch schon im Dezember 1945 scheiterte die Regierung Parri daran, daß sich ihr Regierungsprogramm als völlig unzureichend erwies, daß die in ihr wirkenden Kräfte gegeneinander arbeiteten und sich unter der Meinungsführerschaft der Christlichen Demokraten und der Liberalen ein Rechtstrend manifestierte. Die ihr folgende Regierung des Christdemokraten Alcide De Gasperi, die zu-

35 Togliatti: *Italien erneuern*, ebd.: 253f.

36 Togliatti: *Unser Kampf für Demokratie und Sozialismus*, ebd.: 315.

37 Ebd.: 341.

38 Ferruccio Parri war einer der Präsidenten des Nationalen Befreiungskomitees für Oberitalien gewesen.



nächst weiterhin eine Koalitionsregierung der antifaschistischen Parteien war (Togliatti war Justizminister), stellte bereits eine unverkennbare Verschiebung der politischen Achse zuungunsten der Linkskräfte dar.

Trotz dieser beginnenden Trendwende vermochten es die linken Kräfte, zwei wesentliche Ziele der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung durchzusetzen. Am 2. Juni 1946 fanden das Referendum über die Monarchie sowie die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Mit 54,69 % der Stimmen wurde die Monarchie abgeschafft. Wenngleich sich bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung ebenfalls eine Veränderung der Kräftekonstellation zugunsten der Christlichen Demokratie abzeichnete (die IKP erhielt 19 Prozent, die Sozialistische Partei 20,7 Prozent und die Christlich-Demokratische Partei 35,2 Prozent der Stimmen) übernahm ein Kommunist – Umberto Terracini – das Amt des Präsidenten. Nach langwieriger intensiver Arbeit wurde eine Verfassung vorgelegt, die am 1. Januar 1948 in Kraft trat. Eines ihrer Wesenszüge bestand darin, daß sie nicht nur die vollzogenen Veränderungen fixierte, sondern zugleich einen programmatischen, das heißt auf weitere demokratische Veränderungen gerichteten Charakter besaß. Dies war das Ergebnis linker Einflußnahme. Terracini schätzte ein, daß für eine bürgerlich-demokratische Verfassung als die weitestgehenden jene Artikel zu nennen sind, die, “wenn auch vorsichtig, eine neue Gesellschaftskonzeption über das Eigentum” und die sozialen Verhältnisse zum Inhalt haben.<sup>39</sup> Alle Hindernisse und Beschränkungen für Freiheit und Gleichheit der Bürger seien abzuschaffen; die öffentliche Einflußnahme auf das wirtschaftliche Leben zum Wohle der Gesellschaft solle durchgesetzt werden; aus Gründen des allgemeinen Interesses könne das Privateigentum gegen Entschädigung enteignet werden; der Arbeiterschaft wurde das Recht auf Mitbestimmung eingeräumt, d. h. an der Führung der Betriebe entsprechend den sozialen und Produktionserfordernissen mitzuarbeiten usw.

Ein Streitpunkt war der Artikel 7 der Verfassung, der das Verhältnis zwischen dem italienischen Staat und dem Vatikan zum Inhalt hatte. Bei einer für den Vatikan negativen Entscheidung drohte ein Konflikt zwischen den linken Kräften und der katholischen Bevölkerungsmehrheit des Landes auszubrechen, denn der Vatikan kündigte für diesen Fall einen “Religionskrieg” an. Es ging darum, ob die Lateran-Verträge zwischen dem Vatikan und der italienischen faschistischen Regierung aus dem Jahre 1929 als verfassungsmäßig weiterhin gültig anerkannt werden oder nicht. Die Kommunisten lehnten zunächst ebenso wie andere atheistische Kräfte ihre Anerkennung ab. Togliatti befürchtete aber zu Recht eine Zuspitzung und einen möglichen Vertrauensverlust der IKP in der katholischen Bevölkerung. Deshalb entschied er sich schließlich erneut für einen Ausweg aus einer blockierten Situation, indem er im Namen seiner Partei folgender Formulierung dieses Verfassungsartikels zustimmte: “Der Staat und die katholische

---

39 U. Terracini: *La Costituzione italiana e il socialismo*. In: *Trenta anni di vita e lotte del PCI*. Quaderni di Rinascita. Nr 2, hrsg. von Palmiro Togliatti, Rom 1951: 216.

Kirche sind – jeder in seinem Bereich – unabhängig und souverän. Ihre Beziehungen werden durch die Lateran-Verträge bestimmt. Beiderseits angenommene Abänderungen der Pakte bedürfen nicht des Verfahrens konstitutioneller Revision.”<sup>40</sup> Für Togliatti handelte es sich bei der Zustimmung durchaus nicht nur um eine taktische oder opportunistische, sondern um eine grundsätzliche, in den folgenden Jahren immer wieder bekräftigte Entscheidung hinsichtlich der Suche nach einem konstruktiven Verhältnis zum Katholizismus, dessen Einfluß auf das politische und geistige Leben in Italien nicht mißachtet werden durfte. In der Verfassungsgebenden Versammlung am 25. März 1947 erklärte Togliatti sodann: “Nachdem unsere Bemühungen gescheitert sind, eine Veränderung der Formulierung des Artikels zu erreichen, hat die kommunistische Parlamentsfraktion aus ernsten, die gesamte politische Orientierung unserer Partei betreffenden Gründen beschlossen, für die Formulierung zu stimmen, so wie sie gegenwärtig vorliegt. Unser Kampf ist auf die Wiedergeburt unseres Landes, auf seine politische, soziale und wirtschaftliche Wiedergeburt gerichtet. In diesem Kampf wollen wir vor allem die Einheit der Werktätigen; und auf dieser Grundlage streben wir nach der politischen und moralischen Einheit der ganzen Nation. Verjagen wir die Schatten, durch die die Herstellung dieser Einheit verhindert wird!”<sup>41</sup>

Was den programmatischen Charakter der italienischen Verfassung anbelangte, hob Togliatti hervor, daß es sich um einige zum Staatsgesetz gewordene Grundprinzipien handelte, die “eine Umgestaltung der alten politischen und wirtschaftlichen Ordnung Italiens verlangten und einen Entwicklungsweg aufzeigten, der in Richtung des Sozialismus führt”.<sup>42</sup>

Ohne ein entsprechendes inneres und äußeres Kräfteverhältnis im allgemeinen und ohne eine starke, hegemonie- und bündnisfähige kommunistische Partei im besonderen waren diese Ziele nicht zu verwirklichen. Die IKP war inzwischen dank ihrer Rolle im Befreiungskampf und dank dem Parteikonzept Togliattis tatsächlich eine respektable gesamt-nationale politische Kraft geworden. Im Jahre 1947 konnte er feststellen, daß sie ein “neuer Organismus” geworden war. Die Partei sei “eine Massenpartei, aber gleichzeitig eine führende Kraft..., die zur gleichen Zeit kämpft und aufbaut; die die Massen nicht nur durch Propaganda und Agitation für sich gewinnt, sondern durch eine konstruktive Tätigkeit, die auf allen Bereichen ihren Ausdruck findet: auf dem Gebiet der Regierung, des Kommunalwesens, der Gewerkschaften, des Genossenschaftswesens und auf allen Gebieten der sozialen Arbeit”.<sup>43</sup>

Die Partei zählte 1947 2,2 Millionen Mitglieder und war zur größten kommunistischen Massenpartei in einem kapitalistischen Lande geworden. “Die Realität besteht darin”, hatte Togliatti bereits im Oktober 1945 in Florenz ausgeführt, “daß wir

40 Verfassungen nach dem 2. Weltkrieg. Hrsg. von A. J. Zürcher. Meisenheim 1956: 271.

41 P. Togliatti: *Sui rapporti tra la Chiesa e lo Stato*. In: P. Togliatti: *La via italiana al socialismo*. Rom 1964: 108.

42 P. Togliatti: *Il Partito comunista italiano*. Rom 1961: 102 ff.

43 Togliatti: *Unser Kampf für Demokratie und Sozialismus*, a. a. O.: 338.

Kommunisten in Italien – vielleicht als erste unter den Kommunisten ganz Westeuropas – mit einem neuen Problem konfrontiert werden, das sich uns nie in den vergangenen Jahren gestellt hat, das sich uns nicht in den Jahren der Legalität stellte und schon gar nicht in den harten Jahren der Illegalität und der Verfolgung. Als erste unter den Kommunisten ganz Westeuropas stehen wir... vor der neuen und schweren Aufgabe, eine kommunistische Partei unter völlig neuen Bedingungen zu schaffen, mit völlig neuen Aufgaben, die sich von denen unterscheiden, die früher vor unserer Partei standen...”<sup>44</sup> Und weiter: “Wir können uns nicht mehr darauf beschränken, nur eine Vereinigung zu sein, die die Ideale des Kommunismus und eine sozialistische Gesellschaft propagiert”.<sup>45</sup>

Immer wieder kam Togliatti auf den Charakter der Partei als einer “neuen Partei” zurück, zumal seitens anderer kommunistischer Parteien – und dies wohl nicht unberechtigt – der Verdacht gehegt wurde, Togliatti weiche von der Leninschen Parteidoktrin ab.<sup>46</sup> Wie man dies auch immer bewertet, in dieser Tatsache lag nicht der Grund für die Rückschläge, die der IKP bevorstanden. Wenn es im Jahre 1947 die italienischen Kommunisten im Bündnis mit den Sozialisten nicht vermochten, die Wende der politischen Situation nach rechts abzuwenden, so bestand der eigentliche Grund vor allem darin, daß mit der ungünstigen Entwicklung der inneren und internationalen Kräftekonstellation sich zugleich eine einschneidende Kräftepolarisierung, der Zerfall der antifaschistischen Front in zwei feindliche Lager und die Forcierung eines militanten Antikommunismus vollzogen, für die die politische Rolle und programmatische Orientierung der IKP keinen begründeten und nachweisbaren Anlaß boten.

Die politische Wende und der Bruch der antifaschistischen Einheit wurden vornehmlich vom katholischen politischen Lager betrieben, und zwar mit aktiver Unterstützung aus den USA. Daß die USA-Regierung so massiv in die italienische Politik eingriff, dürfte sich aus der von ihr ohne Zweifel erkannten Tatsache erklären, daß gerade in Italien im Unterschied zu den vergleichbaren anderen westlichen Ländern Europas eine demokratische, reformatorische Entwicklung in Richtung auf den Sozialismus reale Erfolgchancen besaß. Derartige Befürchtungen bestimmten bekanntlich in den 70er Jahren gleichermaßen die negative Reaktion der USA auf den sogenannten Eurokommunismus.<sup>47</sup>

---

44 P. Togliatti: Die Aufgaben der Partei in der gegenwärtigen Situation, a. a. O.: 177.

45 Ebd.: 180.

46 So sah er sich z. B. in seiner Rede auf der Internationalen Beratung kommunistischer und Arbeiterparteien im November 1957 in Moskau genötigt, sein Konzept der *Neuen Partei* und deren Strategie zu rechtfertigen, da es bei anderen Parteien “Mißverständnisse” hervorgerufen hätte. Tatsächlich war ihm, auf der Konferenz selbst, und zwar ausgerechnet von Seiten der Französischen KP, Revisionismus vorgeworfen worden. Seine Rede auf dieser Konferenz “Sugli orientamenti politici del nostro partito” ist abgedruckt in: Togliatti: Problemi del movimento operaio internazionale. 1956–1961. Rom 1962: 258 ff.

47 Siehe z. B. den Artikel “Eurokommunismus” im Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus. Hrsg. von W. F. Haug, Bd. 3, Hamburg/Berlin 1997: 990.

Togliatti sprach im Januar 1947 von einem für das Land entstehenden Schaden, der durch einen prinzipiellen Widerspruch heranreife, den die Christlich-Demokratische Partei dadurch erzeuge, „auf der einen Seite die Zusammenarbeit mit uns zu suchen, weil wir eine große Massenpartei und eine große parlamentarische Partei sind, gegen die man nicht regieren kann und ohne die man nicht regiert, und auf der anderen Seite den Arm nach ausgesprochen reaktionären Elementen auszustrecken, mit diesen enger als mit uns zusammenzuarbeiten und faktisch zur Speerspitze der antikommunistischen Offensive zu werden“.<sup>48</sup> Togliatti sah aber nicht voraus, daß die sich verändernde Situation schließlich die Bildung einer mehrheitsfähigen Regierung ohne kommunistische Minister möglich machte.

Im Januar 1947 war Ministerpräsident De Gasperi in die USA gereist, wo ihm für Italien ein Kredit von 100 Millionen Dollar und Lebensmittelhilfe mit der Maßgabe versprochen wurde, daß die Kommunisten aus der Regierung ausgeschlossen werden. Damit ergriffen die USA offen Partei und beeinflussten in nicht geringem Maße die politische Stimmung in der italienischen Bevölkerung, die vor allem die Überwindung von Hunger, Not und Zerstörung im Sinn hatte. US-Präsident Truman gab sodann im März 1947 mit der nach ihm benannten Doktrin das Signal des internationalen Kampfes zur „Eindämmung des Kommunismus“. Die großbürgerliche Zeitung *Corriere della sera* bemerkte, daß die USA De Gasperi im Nacken sitzen würden, doch daß es erst mit der Krise der Sozialistischen Partei möglich geworden wäre, sich vom Einfluß der Kommunisten zu befreien.

Am 13. Mai 1947 demissionierte die Regierung De Gasperi. Die neue von ihm gebildete Regierung kam ohne kommunistische Beteiligung mit Unterstützung der Liberalen und der Sozialdemokraten um Giuseppe Saragat zustande. Letztere trugen mit ihrem Frontwechsel<sup>49</sup> wesentlich zur inneritalienischen Kräftepolarisierung im Sinne des kalten Krieges bei. Ein Argument der antikommunistischen Kräfte bestand in der absurden, aber wirksamen Behauptung, daß die Kommunisten sich angeschickt und darauf vorbereitet hätten, mit einem Staatsstreich die Macht zu ergreifen. Es wurde ihnen gerade das unterstellt, worauf sie nach Meinung Kardeljs von der KP Jugoslawiens, wie eingangs erwähnt, sträflich verzichtet hätten.

Die Kommunisten hatten dennoch allen Grund, sich selbstkritisch mit ihrer Politik vor dem Ausschluß aus der Regierung und mit ihrer Reaktion danach zu beschäftigen. Doch der Vorwurf, sie hätten zu den Waffen greifen, mit Gewalt um die Macht kämpfen müssen, mißachtet die realen Bedingungen, die dem entgegenstanden und die Togliatti stets in Betracht zog. In einer Erklärung des Sekretariats der IKP vom

48 Togliatti: Unser Kampf für Demokratie und Sozialismus, a. a. O.: 326f.

49 Gemeint ist die Abspaltung einer sozialdemokratisch-reformistisch orientierten Gruppe unter Giuseppe Saragat von der Sozialistischen Partei, die unter Pietro Nennis Führung stand und sich im Aktionsbündnis mit der IKP befand. Siehe Cesare Pillon: I comunisti nella storia d'Italia. Mailand, o. J., Bd. 2: 934.

50 Ebd.: 945.

31. Mai 1947 hieß es: “Die Kommunisten lehnen jene Kampfformen ab, die im Körper der Nation unüberwindbare Brüche erzeugen würden.”<sup>50</sup> Und Togliatti erklärte, “in Opportunismus zu verfallen, wäre Kapitulation, in Extremismus von Losungen zu verfallen, käme einen Verzicht auf einen solchen Kampf gleich, den wir als einen langen und schwierigen Kampf zur Umwandlung der Struktur des Staates und der italienischen Gesellschaft, zur Erhebung einer neuen herrschenden Klasse an die führende Position dieser Gesellschaft betrachten”.<sup>51</sup>

Hervorzuheben sind zwei Grundpositionen, die allgemein charakteristisch waren für die italienischen Kommunisten unter Togliattis Führung: zum einen, sich nicht zu politischen Kurzschlußreaktionen provozieren zu lassen, die dann einen Vorwand für Vorwürfe hätten bieten können, sie seien Feinde der Verfassung, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie; zum anderen, stets die Einheit der Nation über die eigenen Partei- und Klasseninteressen zu stellen. Wie das aber häufig der Fall ist, hat auch damals die Reaktion derartige edle Motive nicht befolgt.

Die Reaktion auf ihren Ausschluß aus der Regierung hat die IKP später selbst kritisch eingeschätzt, allerdings nicht in einem linksradikalen Sinn. Es ging vielmehr um ihre Illusion, der Ausschluß wäre ein zeitweiliger, den sie glaubte rückgängig machen zu können. Die IKP hatte erst viel später erkannt, daß es sich um einen irreversiblen Bruch in der Nachkriegsgeschichte, sich also nicht nur “um eine Regierungskrise handelte, sondern um eine Krise des gesamten politischen Systems, eine Krise der antifaschistischen Allianz”, wie Giorgio Amendola konstatierte.<sup>52</sup> Und in einer Vorlesung bemerkte 1971 Gian Carlo Pajetta: “Ich glaube, wir müssen zugestehen, daß wir damals geglaubt haben, daß eine kapitalistische Restauration und ein Ausschluß der Kommunisten aus den Regierungspositionen für eine längere Periode wenn nicht unmöglich, so gewiß doch sehr schwierig wäre... Wir hielten eine so lange Zeit der Auseinandersetzungen und neuer Unsicherheiten ohne einen raschen Vormarsch unsererseits und eine offene reaktionäre Restauration des Gegners für unmöglich.”<sup>53</sup>

Zwar gelang es den rechten, konservativen Kräften in den Jahren 1947–1948 nicht, die wesentlichen demokratischen, Errungenschaften des nationalen, antifaschistischen Befreiungskampfes rückgängig zu machen, doch für die Kommunisten war eine gänzlich neue strategische Situation entstanden, die die Fortsetzung des bis dahin befolgten Kurses nicht erlaubte.

Besonders im Jahre 1948, als in der Atmosphäre einer antikomunistischen Hysterie und einer Rechts-Links-Konfrontation Parlamentswahlen vorbereitet und durchgeführt wurden, glitt Italien in den Zustand eines zum Teil blutigen Bürgerkriegs ab. Hierbei ging es keineswegs um die Alternative zwischen Sozialismus und Kapitalismus, sondern

51 Ebd.: 947.

52 G. Amendola: *Lotta di classe*, in: *Tendenze del capitalismo italiano*. Rom 1962, Bd. I: 174.

53 G. C. Pajetta: *Dalla liberazione alla repubblica*. In: Spriano, Ragionieri, Natta u. a.: *Problemi di storia del Partito comunista italiano*. Rom 1971: 103.

um den Platz und die Rolle der kommunistisch-sozialistischen Koalition im politischen Leben eines bürgerlich-demokratischen Italiens.

Es gehört aus linker Sicht ebenfalls zu den Verdiensten Togliattis, wenn es den rechten Kräften in Italien – im Unterschied zu vielen anderen Ländern – nicht gelang, die Kommunistische Partei erheblich zu schwächen und zu isolieren. Nun mußte sie aber ihren Kampf unter gänzlich veränderten Bedingungen fortführen.

ANZEIGE

Neuerscheinungen aus dem trafo verlag  
im Jahr 1999

Reihe: Social Studies on Eastern Europe  
Hrsg. von Helmut Steiner

**Band 1**

**Helmut Steiner / Wladimir A. Jadow (Hg.):** "Rußland – Wohin? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen", trafo verlag 1998, ca. 300 S., zahlr. Tab.

Redaktionsschluß: Oktober 1998

ISBN: 3-89626-215-7 58,80 DM

Subskriptionspreis bis 31.12.1998 = 52,80 DM

Voraussichtl. Auslieferung: Ende Januar 1999

**Band 2**

**Nikolai Genov (Hg.):** "Central and Eastern Europe Continuing Transformation", englisch, mit deutschen Zusammenfassungen, trafo verlag 1999, ca. 250 S.

Redaktionsschluß: März 1999

ISBN: 3-89626-216-5 58,80 DM

Subskriptionspreis bis 31.04.1999 = 52,80 DM

Voraussichtl. Auslieferung: Mai 1999

**Band 3**

**Tàmas, Pal / Wesolowski, W. (Hg.):** "The New Business Elites of East Central Europe – Czech Republik – Hungary – Poland in the 90ies", englisch, mit deutschen Zusammenfassungen, trafo verlag 1999, ca. 250 S.

Redaktionsschluß: Januar 1999

ISBN: 3-89626-217-3 58,80 DM

Subskriptionspreis bis 31.05.1999 = 52,80 DM

Voraussichtl. Auslieferung: Juni 1999

**Band 4**

**Viktor A. Artjemov / Wladimir A. Tonkich (Hg.):** "Ideale und Werte im heutigen Rußland" (Arbeitstitel), trafo verlag 1999, ca. 250 S.

Redaktionsschluß: Juni 1999

ISBN: 3-89626-218-1 58,80 DM

Subskriptionspreis bis 31.09.1999 = 52,80 DM

Voraussichtl. Auslieferung: Oktober 1999

# “Prager Frühling” – unverstandene Chance und zerstörte Hoffnung

Tschechoslowakische Reformer probten einen demokratischen Sozialismus

STEFAN BOLLINGER

Dreißig Jahre ist es nun her, daß faktisch die finale Krise des Realsozialismus begann. Genauer gesagt, war es eine doppelte Krise, die durch die sich abzeichnende weltweite Technologierevolution alle Industriestaaten zur Entscheidung drängte. Was sich in Westeuropa und Nordamerika als Studentenbewegung vollzog, das fand in Osteuropa in subtilerer Form als Krise eines etablierten staatssozialistischen Sozialismusmodells so-wjetischer Konstruktion statt. Anderthalb Jahrzehnte nach Stalins Tod, zwölf Jahre nach den verschämten Enthüllungen Chruschtschows hatte endlich in den Kernländern des Realsozialismus ein Wandlungsprozeß begonnen, um sich den neuen Bedingungen zu stellen.

Der “Prager Frühling” wurde zum Sinnbild eines versuchten antistalinistischen Neuanfangs, eines “Sozialismus mit menschlichen Antlitz” in Osteuropa. Das war allerdings nur die halbe Wahrheit. Denn seit Beginn der 60er Jahre hatten mehrere osteuropäischen Länder – angefangen in der Sowjetunion – experimentiert.<sup>1</sup> Die meisten – ausschlaggebend war die Abkehr der Sowjetunion von diesen Reformansätzen – waren alsbald aus diesem Aufbruch ausgestiegen, weil die Beharrungskräfte und die Angst vor unkalkulierbaren Risiken für die Allmacht der herrschenden Partei und ihres engsten Führungszirkels bestimmend waren.

Während die sowjetischen Reformansätze mit dem Sturz des ersten Mannes durch Breshnew 1964 weitgehend beendet waren, wurden sie in anderen osteuropäischen Staaten noch fortgesetzt. Das Neue Ökonomische System in der DDR seit 1963, der Neue Ökonomische Mechanismus in Ungarn ab 1968 und die Reformbemühungen der Prager Kommunisten um Alexander Dubcek<sup>2</sup> oder Zdenek Mlynár<sup>3</sup> suchten, einen neuen Schritt sozialistischer Entwicklung zu sichern.

- 
- 1 Siehe z. B. K.C. Thalheim/H.-H. Höhmann-(Hrsg.): Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Köln 1968: 167, 172; J. Roesler: Wirtschaftsreformen und Wirtschaftswachstum in den europäischen Mitgliedsländern des RGW. In: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 30, Berlin 1986: 9-43.
  - 2 Siehe A. Dubcek: Leben für die Freiheit. München 1993.
  - 3 Siehe zum Thema Z. Mlynár (Hrsg.): Der “Prager Frühling”. Ein wissenschaftliches Symposium. Köln 1983.

In einer akuten inneren Wirtschaftskrise hatten tschechoslowakischen Reformer sehr genau erkannt, daß das überzentralisierte Kommandosystem der Wirtschaftslenkung und die Starrheit der Planung nicht nur aktuell Probleme verursachten, sondern generell eine Bedrohung des Sozialismus als gesellschaftliche Alternative darstellten. "Nutzung und Auswertung der Wissenschaft und Technik auf Grund einer die gesamte Gesellschaft umfassenden Einheit, Entfaltung eines wirksamen Interesses aller am Produktivitätswachstum der gesellschaftlichen Arbeit, zielbewußter Einsatz moderner Technik, Schaffung von Bedingungen dafür, daß alle menschlichen Fähigkeiten entstehen und zur Geltung kommen können – das sind die eigentlichen Reserven und einzigen Garantien eines Sieges neuer gesellschaftlicher Prinzipien unter den heutigen Zivilisationsbedingungen. Mit ihnen steht und fällt der Sozialismus und Kommunismus: alle müssen wissen, daß die neue Gesellschaft ohne die wissenschaftlich-technische Revolution unausweichlich untergehen müßte – ohne Rücksicht auf schöne Wünsche, festen Willen und die besten Absichten."<sup>4</sup> Das war die zentrale Einsicht, die sie – durchaus in Übereinstimmung mit ihren osteuropäischen Genossen bewegte. So war es nicht verwunderlich, daß Walter Ulbricht zunächst mit wachem Interesse und durchaus Sympathien den Reformkurs in Prag verfolgte. An die ängstlichen Mitglieder in seiner Führung gewandt, erklärte er: "es genügt nicht, daß wir bestimmte falsche Auffassungen widerlegen. – Das sage ich nicht für die Veröffentlichung. – Man muß sich doch im klaren sein, daß es echte Entwicklungsprobleme gibt. Entweder packt eine Partei- und Staatsführung diese Probleme rechtzeitig an, dann geht es gut vorwärts, oder sie hinkt hinter der Entwicklung her, dann wird sie einigemal stolpern, und dann kann es Verletzungen geben. Das ist die Frage, um die es geht."<sup>5</sup> Im Unterschied zu den osteuropäischen Bündnispartner begriffen die Prager Reformer aber, daß dies *nicht allein* eine wirtschaftliche, sondern eine *politische* Herausforderung war, die das bisher praktizierte administrativ-zentralistische, auf eine dogmatisch und diktatorisch handelnde kommunistische Partei reduzierte politische System in Frage stellen mußte.

Diese Entwicklung vollzog sich parallel zu Krisenprozessen in den westlichen Ländern, die vor ähnlichen Herausforderungen standen. Diese entluden sich zunächst in Studentenunruhen, die im Pariser Mai 1968 explodierten. Und es war ein Prozeß, der auch die Form der Systemauseinandersetzung neu definieren mußte, denn deren militärischer Entscheid – das sahen realistische Politiker in den USA wie in der Bundesrepublik und anderswo – war nicht mehr möglich. Gewinnen würde auf lange Dauer allein, wer die neuen Herausforderungen meistert!

4 R. Richta und Kollektiv (Hrsg.): Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse. Frankfurt/M. 1971 (im weiteren: Richta-Report): 322/323.

5 [Stenografische Niederschrift der 5. Tagung des ZK der SED. Schlußwort von Walter Ulbricht. 21. März 1968] Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv/Zentrales Parteiarchiv der SED (im weiteren: SAPMO-BArch, ZPA) DY 30 IV 2/1/212 (Die zitierten Archivdokumente werden nach dem Original wiedergegeben, allein offensichtliche Schreibfehler wurden stillschweigend korrigiert.)



Insofern ist das Jahr 1968<sup>6</sup> ein Schlüsseljahr in diesem kurzen Jahrhundert von 1917 bis 1989 (Hobsbawm). Denn in diesem Jahr kulminierten in Ost und West Prozesse, die mit einem Umschwung der Produktivkräfte, einem Bruch von Sozialstrukturen, einem Ende von militärischer Dominanz und einem partiellen Aufbrechen von Blockstrukturen neue Entwicklungen anstießen. Immanuel Wallerstein, ein US-amerikanischer Politikwissenschaftler, wertet deshalb: "1968 was a revolution in and of the world system". Und er stellt fest: "Als Ereignis ist 1968 seit langem Geschichte. Jedoch war es eines der großen formenden Ereignisse in der Geschichte unseres modernen Weltsystems. Eines von der Art, die wir Wasserscheiden nennen. Dies bedeutet, daß die kulturell-ideologischen Realitäten des Weltsystems durch dieses Ereignis sich definitiv gewandelt haben. Es wirkt als ein Kristallisor von sicher lange vorhandenen strukturellen Trends innerhalb des Wirkens dieses Systems."<sup>7</sup>

### Vom stalinistischen Musterknaben und reformerischen Windfang

Zunächst schien die politische Entwicklung in der CSR nach der Befreiung das Musterbeispiel für eine flexible kommunistische Politik, die den Ausgleich mit den bürgerlichen Kräften suchte und auf demokratischem Wege zur Macht führte. Aber es kam 1948 parallel zur offenen Stalinisierung der osteuropäischen Verbündeten auch in diesem Land zum Bruch. Die Februar-Ereignissen beendeten das Techtelmechtel mit den bürgerlichen Beneš-Kreisen und den demokratischen Anstrich. Innerhalb kurzer Zeit erwies sich die KPTsch als übereifriger Schüler Moskaus. Weit radikaler als anderswo wurde das sowjetische Modell kopiert, die Vorherrschaft der KPTsch allseitig gesichert. Der Slánský-Prozeß 1952 wurde zum Symbol der verbrecherischen Massenrepressalien des Stalinismus in Osteuropa. Die Verstaatlichung der gesamten Gesellschaft wurde so konsequent durchgesetzt, daß selbst Ulbricht später (etwas überheblich zwar) nur Verwunderung zeigen konnte. "Es ist klar: Wenn man voll sozialisiert, einschließlich der Betriebe des Mittelstandes, der Handwerker usw., heißt das, daß die Arbeiter- und Bauern-Macht ihre eigene politische Basis und sogar ihre ökonomische Basis verengt"<sup>8</sup>

Wie dem auch sei. Die ökonomischen Zwänge stellten die tschechoslowakische Führung Ausgang der 50er Jahre vor Entscheidungen. 1958 mußten – ähnlich wie in

6 Dieser Beitrag stützt sich in wesentlichen Passagen auf meine ausführliche Studie: *Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968: Hoffnung ohne Chance*. Schriftenreihe des Gesellschaftswissenschaftlichen Forums e.V.: *Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart*. Bd. 1, Berlin 1995. Zum Thema siehe von mir auch: *Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling*. hefte zur ddr-geschichte. Heft 5, Berlin 1993; *Prager Frühling – Testfall für einen demokratischen Sozialismus? Chancen, Dilemmas, Probleme*. In: *Utopie kreativ*, 35/36 (1993): 39–52; *DDR-Außenpolitik im Spannungsfeld von Innenpolitik, Führungsmacht und 'alter ego' BRD: Das Verhängnis des Jahres 1968*. In: S.-Y. Kaufmann (Hrsg.): *DDR-Außenpolitik aus heutiger Sicht*. Politikwissenschaftliche Konferenz der PDS. 16. April 1994, Berlin o.J. (1995): 149–156.

7 I. Wallerstein: *Geopolitics and geoculture. Essays on the changing world-system*. Cambridge 1991: 65.

8 [Stenografische Niederschrift der 5. Tagung des ZK der SED. Schlußwort von Walter Ulbricht. 21. März 1968] Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv/Zentrales Parteiarchiv der SED (im weiteren: SAPMO-BArch, ZPA) IV 2/1/212.

der DDR – Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus zur Lockerung der Überzentralisierung eingeleitet werden. Obzwar das Land zunächst sehr zögerlich die Entstalinisierung des XX. Parteitagess anging – die das Land angesichts seiner tiefen Verstrickungen sehr nötig hatte, wirkte schließlich eine tiefe Wirtschaftskrise ab 1962 als Katalysator für einen ideologischen, ökonomischen und schließlich politischen Neubeginn. Das war die Zeit, da auch andere osteuropäische Länder die Reformsignale aus Moskau, die mit dem Liberman-Aufsatz<sup>9</sup> zur größeren Selbständigkeit der Betriebe ihren äußeren Ausdruck fanden, aufgriffen.

Unter der Intelligenz wurde die bisherige realsozialistische Entwicklung mit ihren negativen Zügen – Terror, undemokratische Strukturen, wirtschaftliche Stagnation, Entfremdung, kulturelle Einseitigkeit – breit diskutiert und die Kritik öffentlich gemacht. Übrigens sehr zum Leidwesen der DDR, die sich seit der Kafka-Konferenz 1963 und dem Schriftsteller-Kongreß 1967 mit einem bedenklichen geistigen "Südwind" konfrontiert sah, den sie nicht guthieß und bereits damals – erfolglos – bei der CSSR-Führung anmahnte. In der SED-Argumentation 1968 wurde deshalb immer wieder auf diese früheren ideologischen Aufweichungserscheinungen Bezug genommen.<sup>10</sup> Alfred Kurella, Schriftsteller und Kulturpolitiker, erinnerte auf der 9. Tagung des ZK der SED im Oktober 1968, daß er und andere die Kafka-Konferenz als "erste öffentliche Äußerung einer im Kern antimarxistischen und in der Auswirkung antisozialistischen Theorie öffentlich angeprangert" hatten. Vorwurfsvoll in Richtung Parteiführung bedauerte er, daß ihm "damals ... empfohlen (wurde), die Polemik einstweilen einzustellen". Für die Zukunft forderte er, ganz im Geiste jener konservativen Wende auch der SED, daß international institutionell der Kampf mit solch schädlichen Positionen geführt wird. "Wir müssen das rücksichtsvolle Versteckspielen in theoretischen Fragen zwischen kommunistischen und Arbeiterparteien aufgeben." Er lobte in diesem Zusammenhang die Zeiten der Komintern und der "Bolschewisierung" der kommunistischen Parteien in den 20er Jahren, also einen Streit-Stil, der Diskussion ausschloß.<sup>11</sup> In den nächsten zwanzig Jahren sollte die SED-Politik zeigen, daß genau diese Lehren – bei allen taktischen Winkelzügen – beherzigt wurden.

Der Druck der inneren Widersprüchen des spätstalinistischen Systems mit seinen Anpassungsproblemen an eine veränderte Weltlage wie an neue wirtschaftliche Herausforderungen, die Kommandostrukturen obsolet machten, manifestierte sich in mehreren *zentralen Auseinandersetzungs- und Reformfeldern*, die Mitte der 60er Jahre immer stärker das bestehende sowjetische Modell des Realsozialismus in dem Land an der Moldau in Frage stellten.

9 Siehe J. Liberman: Plan – Gewinn – Prämie. Die Leitung und Planung der Volkswirtschaft vervollkommen. In: Presse der Sowjetunion, 108/1962: 2331–2335.

10 Siehe z. B. [Stenografische Niederschrift der 5. Tagung des Zentralkomitees am 21. März 1968, Diskussionsbeitrag Hermann Axen] SAPMO-BArch, ZPA DY 30 IV 2/1/212.

11 [Stenografische Niederschrift der 9. Tagung des Zentralkomitees am 23.–25. Oktober 1968, Diskussionsbeitrag Alfred Kurella] SAPMO-BArch, ZPA DY 30 IV 2/1/221.

Zum ersten waren es die unbewältigten Probleme einer mißglückten politisch-juristischen Aufarbeitung der politischen Prozesse vor allem der ersten Hälfte der 50er Jahre.<sup>12</sup> Es gab zwar Untersuchungskommissionen und schleppende Rehabilitierungen. Aber die personelle Kontinuität in der Führung ließ ein wirkliches Aufarbeiten dieser Verbrechen sichtbar scheitern.

Die kulturell-ideologischen Öffnung, die mit der Kafka-Konferenz einen geistigen Prozeß des Tauwetters einleitete, war der *zweite* Reformstrang, der bis zum Schriftstellerkongreß 1967 führte. Tschechoslowakische und westeuropäische Marxisten entdeckten jene Entfremdung wieder, die Kafka am Kapitalismus verzweifeln ließ und die noch nicht aufgehoben war. "Kafka, dieser Dichter einer für uns schon unendlich weit entfernten Welt, der unter ganz anderen gesellschaftlich-ökonomischen und ethischen Voraussetzungen aufwuchs, richtet über alles, was der Personenkult in unserem Gesellschaftssystem verschuldete, was von seinen Folgen noch unter uns und in uns geblieben ist und in krassestem Widerspruch mit dem befreienden humanistischen Sinn des Sozialismus steht. Er warnt uns vor allen bisher nicht beseitigten Deformationen der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen, die das Schicksal des Menschen noch irgendwelchen mythischen, durch Verstand oder menschliche Erkenntnis beherrschbaren Kräften ausliefern. Kafka, das ist, wie ... Goldstücker ... gezeigt hat, der Appell an unser kommunistisches Bewußtsein und Gewissen, all das aus unserem gesellschaftlichen Leben auszumerzen, was den einzelnen zum Spielball unlenkbarer Kräfte macht, mögen es sich um Bürokratismus, um mystische und mystifizierende Verzerrungen der rationalen Beziehungen zwischen dem einzelnen und dem Kollektiv oder zwischen dem Kollektiv und seiner Führung, der Gesellschaft und ihren Organen und Institutionen handeln."<sup>13</sup> Die Entfremdung für den Realsozialismus als existent anzuerkennen hieß, dieses Modell nicht als bereits abgeschlossen, als bereits harmonisch funktionierend, sondern als entwicklungs-, d. h. reformbedürftig zu betrachten. Genau das löste Widerspruch und wütende Kritik der Verteidiger dieses Modells aus, die das Infragestellen nur als Bedrohung, nicht als Entwicklungschance zu begreifen vermochten.

Damit stand *drittens* generell die Frage nach der Tragfähigkeit des vorhandenen Sozialismusmodells, das vielleicht unter spezifisch russischen Bedingungen und für Zeiten des militärischen Überlebenskampfes sowie der extensiven Entwicklung brauchbar war. Nun offenbarte es deutlich die Grenzen eines Zwangs- und Kommandosystems, da Kreativität, demokratische Mitwirkung, Individualität für die neuen Produktivkräfte zwingend wurden. "Der Punkt, in dem sich die wissenschaftlich-technische Revolution als treibende Kraft der Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten und zugleich als Gele-

12 Siehe u.a. J. Pelikán (Hrsg.): Das unterdrückte Dossier. Bericht der Kommission des ZK der KPTsch über politische Prozesse und "Rehabilitierungen" in der Tschechoslowakei 1949–1968. Wien-Frankfurt/M.-Zürich 1970; M. Siska: "Verschwörer, Spione, Staatsfeinde ...". Politische Prozesse in der Tschechoslowakei 1948–1954. Hrsg. von E. Mehls und B. Birnstengel, Berlin 1991.

13 J. Hájek: Kafka und wir. In: P. Reimann (Wiss. Redakteur): Franz Kafka aus Prager Sicht, Prag 1965: 108/109.

genheit zur Selbstrealisierung des Menschen vereint, ist die Formung jedes Einzelnen als *aktives Subjekt* im Flechtwerk objektiver Zivilisationsprozesse."<sup>14</sup> Das bislang nicht erreicht zu haben – bei Anerkennen der objektiven Reifegrenzen der russischen Revolution und ihres Gesellschaftsmodells – war der Kritikpunkt an der eigenen Entwicklung. So, wie diese Gesellschaft bislang eingerichtet war, hatte sie keine Chance, dieses Subjekt in eine aktive, gestaltende Rolle zu bringen.<sup>15</sup> Das war spätestens unter den Vorzeichen der Produktivkraft-Revolution aber unverzichtbar, um die Potenzen einer sozial gerechten, humanen Gesellschaft überhaupt auszuschöpfen und die neuen Probleme im Interesse der Menschen und durch sie zu lösen. Ein starres, dirigistisches, überzentralisiertes Plansystem ohne individuelle Handlungs- und Entscheidungsspielräume, eine nur passive, zustimmende Rolle des Einzelnen in der sozialistischen Demokratie, ein gängelnder Kollektivismus waren dazu nicht ange-tan und nach der frühen Phase des Sozialismus auch so nicht mehr erforderlich.

Dies entsprach einem wissenschaftlichen Neuorientierungsprozeß auf die sozialen Konsequenzen aus der wissenschaftlich-technischen Revolution als Bedingung einer neuen "unbekannten Zivilisation der Zukunft".<sup>16</sup> Darin stimmten die Reformer durchaus mit ähnlichen Überlegungen der NÖS in der DDR überein, die auch der dortige Parteichef Ulbricht für gegeben hielt.

Um diese Ziele zu erreichen, setzten die Prager Reformer *viertens* auf die Entwicklung eines Konzepts der Wirtschaftsreform mit stark marktwirtschaftlichen Elementen. Ota Siks Vorschläge wurden nach intensiver, auch kontroverser Diskussion dann im Januar 1965 vom Zentralkomitee als Grundsatzresolution zum Neuen Ökonomischen System angenommen und schrittweise 1966 und 1967 eingeführt. Der Volkswirtschaftsplan sollte zu einem indikativen Perspektivplan werden, der Kennziffern für die volkswirtschaftlichen Proportionen und Entwicklungsrichtungen, das Verhältnis von Akkumulation und Konsumtion, die Entwicklung des Lebensstandards vorgab. Ausschlag sollten die Unternehmen geben. "Es wird sich nunmehr darum handeln, daß die *Unternehmen* in Verfolgung ihres eigenen Interesses gleichzeitig auch im Interesse der ganzen Gesellschaft ihre jeweiligen Entscheidungen treffen müssen. Dies bedeutet allerdings, daß für die Zentralorgane eine neue gewichtige Aufgabe darin bestehen wird, unaufhörlich unter elastischer Anwendung der ökonomischen Instrumente die Harmonie zwischen den gesellschaftlichen und den Teil- bzw. Einzelinteressen wiederherzustellen. Hierbei wird es sich um langfristig festgelegte Grundregeln handeln, Abführungen von den Bruttoeinkommen oder vom Gewinn des Unternehmens an die Staatskasse, die als Ziel die Bildung eines langwährenden Interesses des Unternehmens an optimaler Wirtschaftsführung anstreben, ferner um solche ökonomischen Mittel wie Preise, Kredite, Zinsen usw."<sup>17</sup>

14 Richta-Report: 175.

15 Siehe z. B. ebd.: 109.

16 Ebd.: 323.

17 Siehe Grundsatzresolution des ZK der KPC vom 29. Januar 1965 zum Neuen Ökonomischen System. In: P. Norden: Prag – 21. August. Das Ende des Prager Frühlings, München 1977: 17.

Dieses Reformkonzept hatte drei grundlegende Ziele:<sup>18</sup>

- An die Stelle des von der Zentrale festgelegten Volkswirtschaftsplanes mit seiner Verbindlichkeit und den Vorgaben bis ins Detail sollte ein Rahmenplan treten, der nur noch Indikatoren der volkswirtschaftlichen Entwicklung beinhaltete.
- Nicht mehr zentral vorgegebene Kennziffern und Direktiven sollten die Wirtschaft steuern, sondern wertbestimmte, marktpolitische Instrumente und Regeln. Über Preisbildung, Investitions- und Kreditlenkung, eine Einkommens- und Steuerpolitik sollten die Marktbeziehungen der Betriebe im Interesse der Gesellschaft beeinflusst werden.
- Auf horizontaler Ebene zwischen den Betrieben, insbesondere auch zwischen den Zuliefer- und Abnehmerbetrieben, sollten Marktbeziehung mit teilweise frei gebildeten Preisen und orientiert an der jeweiligen Rentabilität wirksam werden.

Diese Reform konzentrierte sich also auf einzuführende marktwirtschaftliche Mechanismen sowie auf ein Dezentralisieren von Entscheidungen und Kompetenzen. Die führende Rolle der Partei wurde ebensowenig in Frage gestellt wie zu diesem Zeitpunkt das bisherige Modell (eingeschränkter) sozialistischer Demokratie. Ein Aufwerten von privaten Eigentumsformen, auch im Dienstleistungsbereich, fand keineswegs statt.

Insofern unterschied sich dieses Reformkonzept wenig von den Reformansätzen in der DDR seit 1963 mit ihrem NÖS und den damals laufenden Vorbereitungen für den ungarischen Neuen Ökonomischen Mechanismus, der dann in einem Zuge 1968 – ohne politische Querelen – eingeführt wurde. Deshalb wurde die tschechoslowakische Reformdiskussion zu diesem Zeitpunkt in der DDR durchaus wohlwollend beobachtet.<sup>19</sup> Im Unterschied zur CSSR setzte die DDR-NÖS aber stärker, zumindest wieder seit dem 11. Plenum 1965,<sup>20</sup> auf den Plan und die Verantwortung der Zentrale, d. h. die entscheidenden Organe der führenden Partei. Aber auch in der DDR wurde die Zahl der vorgegebenen Kennziffern reduziert. Der Gewinn spielte eine zentrale Rolle, der Markt jedoch sollte im Rahmen des Planes wirken.<sup>21</sup>

Der 1968 *ausschlaggebende Konfliktpunkt* trat dann zu Tage, als es um den politischen Rahmen für den dauerhaften Erfolg solcher Reformen ging. Oder, wie einer der westlichen Beobachter des damaligen osteuropäischen Reformzyklus anmerkte: "Markt ist mit Marx leichter zu vereinbaren als mit Macht."<sup>22</sup> Deshalb spitzte sich 1968

18 Siehe J. Kosta: Wirtschaftssysteme des realen Sozialismus. Probleme und Alternativen. Köln 1984: 142/143; siehe auch ders.: Sozialistische Planwirtschaft. Theorie und Praxis, Opladen 1974

19 Siehe z. B. O. Sik: Ökonomie – Interessen – Politik. Mit einem Vorwort von O. Reinhold. Berlin 1966 (Prag 1962)

20 Siehe W. Ulbricht: Probleme des Perspektivplanes bis 1970. Referat auf der 11. Tagung des ZK der SED. 15.–18. Dezember 1965, Berlin 1966; D. Eckert: Die Volkswirtschaft der DDR im Spannungsfeld der Reformen. In: Agde, Günter (Hrsg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin 1991: 32–38

21 Siehe zum Vergleich der beiden Ansätze: St. Bollinger: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. a.a.O., bes.: 20-27; ausführlich J. Roesler: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1990, Freiburg - Berlin 1990; ders.: Das Neue Ökonomische System – Dekorations- oder Paradigmenwechsel? hefte zur ddr-geschichte. Heft 3. Berlin 1993

22 H.-H. Höhmann: Die sowjetische Wirtschaftsreform vom Herbst 1965 – Ausmaß und Bedeutung der institutionellen Veränderungen. In: K.C. Thalheim, H.-H. Höhmann (Hrsg.): Wirtschaftsreformen in Ost-europa. a.a.O.: 67

die Auseinandersetzung schließlich *fünftens* in der Notwendigkeit einer politischen Reform der Demokratisierung und Pluralisierung der Gesellschaft sowie einer Neudefinition der Rolle der kommunistischen Partei zu. Die Prager Reformer begriffen, daß ihr Reformversuch nur erfolgreich sein konnte, wenn das Volk dahinterstand, wenn es aktiv in die Prozesse eingriff. Zweifellos entstanden die Reformen von "oben", aus Teilen der Parteiführung und der Intelligenz. Der Verlauf der Diskussionen zeigte auch, daß sich hier wenig spontan vollzog, sondern viele Ideen vor 1968 und dann in den ersten Monaten aus den Diskussionszirkeln hervorkamen. Trotzdem ist nicht zu übersehen, daß die Menschen die neuen Möglichkeiten besonders nach dem März-Plenum 1968 nutzten und in neuen Demokratieorganen mitarbeiteten.<sup>23</sup>

### Mehr sozialistische Demokratie – eine Gefahr?

Es waren vornehmlich *drei Prozesse*, die damals eine neue Qualität für sozialistische Demokratie ermöglichen sollten. *Erstens* vollzogen sich die interessantesten Entwicklungen auf dem Gebiet der Produktionsdemokratie. "Das markanteste Phänomen war die im Sommer 1968 eingeleitete Errichtung von Werktagenräten in den Betrieben. Das 'dezentral-technokratische Reformmodell' (der bisherigen Wirtschaftsreform – St. B.) schlug in ein 'dezentral-partizipatorisches Modell' eines sozialistischen Wirtschaftssystems um."<sup>24</sup>

Die damaligen Versuche und Ideen sind besonders deshalb so wichtig, weil sie nicht allein in der CSSR, sondern auch in den westeuropäischen sozialen Bewegungen Ende der 60er Jahre eine Rolle spielten.

Ein *zweites* Feld der Demokratisierungsdiskussion war die Suche nach einem generell neuen politischen System, das auf gesamtgesellschaftlicher Ebene in der Lage sein sollte, unterschiedliche Interessen zu repräsentieren und Konflikte produktiv auszutragen. Im Aktionsprogramm der KPTsch vom April 1968 war konstatiert worden, daß "die tiefere Ursache der Tatsache, daß sich überlebte Methoden der Wirtschaftsleitung halten konnten, ... in der Deformation des politischen Systems (bestand). Die sozialistische Demokratie wurde nicht rechtzeitig erweitert, die Methoden der revolutionären Diktatur entarteten zu Bürokratismus und wurden zum Hindernis der Entwicklung auf allen Abschnitten unseres Lebens."<sup>25</sup> Also auch hier wieder die Frage der Voraussetzungen für eine funktionierende Ökonomie, die für das Verwirklichen der sozialen Ziele der Gesellschaft unerlässlich war, nun aber nicht mehr im revolutionären Durchpeitschen ökonomischer Ziele bestehen konnte. Dafür wurden die Menschen und ihre demokratische Aktivität gebraucht und dafür mußte ein entsprechender Rahmen geschaffen werden. Das Richta-Team sah es im Juni 1968 als nötig an, sich

23 Siehe z. B.: Z. Mlynár: Nachtfrost. Das Ende des Prager Frühlings, Frankfurt/M. 1988: 151/152.

24 J. Kosta: Wirtschaftssysteme des realen Sozialismus. a.a.O.: 143.

25 Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. In: Prag 1968 – Dokumente. Eingeleitet und zusammengestellt von M. Csizmas, Bern 1968 (im weiteren: Aktionsprogramm): 51.

vom traditionellen Konzept des Sozialismus zu befreien und ein neues Modell zu bilden, "das von einer industriell begründeten und bürokratischen Beschränktheit befreit sowie von einer machtmäßigen und doktrinären Willkür gereinigt ist".<sup>26</sup> Im Kern zielten diese Reformideen auf eine neue Rolle der Volksvertretungen, beginnend bei den kommunalen Nationalausschüssen. Das Parlaments sollte zu einem tatsächlichen, Organ der Volkssouveränität werden. Hauptsorge, so das Aktionsprogramm, war, "daß es im ganzen Staatsmechanismus keine allzu große Konzentration der Macht innerhalb eines Gliedes, eines Apparates oder bei einer Einzelperson kommen darf".<sup>27</sup>

Drittens ging es um eine erneuerte Rolle der Partei selbst. Hier ist selbstverständlich von den Überlegungen die Rede, die innerhalb der KPTsch angestellt wurden. Nicht übersehen werden dürfen – und die Verbündeten in Berlin und Moskau waren hier sehr hellhörig – Forderungen, die Partei vollkommen zu beseitigen und den Sozialismus abzuschaffen. Das war aber – so die Position der Reformer damals und in der Folge, so auch die Einsicht aus der Analyse der vorliegenden Materialien – nicht die bestimmende Tendenz, allerdings eine reale Gefahr. Darüber waren sich die Reformer im Prinzip klar, ohne daß sie im Inneren effektiv politisch handelten und nach außen hin das glaubhaft machen konnten. Die Reformer wußten von dem schwierigen "Verhältnis zu jenen sozialistischen Ländern ..., deren innenpolitische Probleme virulent sind (häufig wegen Fragen, die auch bei uns vor dem Januar 1968 bestanden)". Das betraf die Angst vor Infektion ebenso wie "berechtigte Befürchtungen, daß die tatsächlich gegebenen negativen Momente unserer Entwicklung an Kraft zunehmen könnten und es zu einer Entwicklung wie in Ungarn 1956 kommt". Die Folgerung war, daß "auch diesen internationalen Zusammenhängen Rechnung zu tragen" sei,<sup>28</sup> aber doch eher als eine aufgesetzte Frage, die nicht so wichtig sein sollte.

Das sollte sich rächen. Denn schließlich waren es genau diese Fragen, die in dem ultimativen Warschauer Brief<sup>29</sup> vom Juli 1968 die Weichen für ein gewaltsames Ende der Reformen stellten. Denn dort wurde "die Macht und die Festigkeit" des Bündnisses direkt an der "Stärke der sozialistischen Ordnung in einem jeden unserer Bruderlän-

26 Gesellschaftspolitische Reformvorstellungen. In: H. Dahm: Demokratischer Sozialismus, Opladen 1971: 45.

27 Aktionsprogramm: 80.

28 Über die Vorbereitung und die Grundzüge eines langfristigen Parteiprogramms (Entwurf für den 14. Parteitag der KPTsch). In: J. Pelikán (Hrsg.): Panzer überrollen den Parteitag. Protokoll und Dokumente des 14. Parteitages der KPTsch am 22. August 1968, Wien-Frankfurt/M.-Zürich 1969 (im weiteren: Programmtext): 228/229.

29 Siehe Gemeinsamer Brief der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien Bulgariens, Ungarns, der Deutschen Demokratischen Republik, Polens und der Sowjetunion an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Bd. XII, Berlin 1971 (im weiteren: Warschauer Brief): 85–95. Hier wurden die unverzichtbaren Eckpunkte des sowjetischen Sozialismusmodells festgeschrieben: "einen entschiedenen und kühnen Angriff gegen die rechten und antisozialistischen Kräfte zu führen, alle Mittel zur Verteidigung, die der sozialistische Staat geschaffen hat, zu mobilisieren; mit der Tätigkeit aller politischen Organisationen, die gegen den Sozialismus auftreten, Schluß zu machen; die Leitung der Massenmedien – Presse, Rundfunk, Fernsehen – durch die Partei zu sichern und sie im Dienste der Arbeiterklasse, al-

der" gemessen. Diese hängen "von der marxistisch-leninistischen Politik unserer Parteien ab, die die führende Rolle im politischen und gesellschaftlichen Leben ihrer Völker und Staaten ausüben". Wenn nicht, dann führt das "zur Liquidierung der sozialistischen Demokratie und der sozialistischen Ordnung. Damit entsteht eine Gefahr für die Grundlagen unserer Bündnisse und die Sicherheit der Gemeinschaft unserer Länder."<sup>30</sup> Das war aber gleichbedeutend mit dem Eintritt des Bündnisfalles, denn "die entschlossene Verteidigung der sozialistischen Ordnung in der Tschechoslowakei (ist) nicht nur ihre, sondern auch unsere Aufgabe".<sup>31</sup>

Hier prallten zwei gegensätzliche Parteikonzepte aufeinander. Das eine, traditionelle, in den Zeiten des illegalen Kampfes entstandene, militärische, straff disziplinierte. Die Partei als diejenige Kraft, die das revolutionäre Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineintragen muß und auch nach der sozialistischen Revolution die Zügel angesichts der Unreife und der äußeren Angriffe nicht aus der Hand lassen darf. Und zudem eine Partei, deren Mitgliedschaft, deren Apparate selbst für nicht wenige auch zu einem Feld eigener Interessen geworden waren.

Auch für die Reformer spielte "die marxistisch-leninistische Partei eine unersetzliche Rolle". Sie sollte die neue Gesellschaft wissenschaftlich begründen, die Arbeitenden für die neue Gesellschaft gewinnen und sammeln. "Dazu freilich muß sich die Partei selbst von Grund auf erneuern; ihre äußere Tätigkeit und ihr organisatorisches Leben müssen vom bürokratischen Schutt befreit werden." Das betraf einerseits das Ende ihrer Instrumentalisierung als Machtinstitution, ihre "Verschmelzung mit der Macht". Dadurch verlor sie ihren Charakter als Bewegung und wurde zu einem, dem zentralen Glied eines Machtsystems. So konnte die Partei nicht anziehend sein. Das bedeutete aber auch andererseits ein Ende der inneren Abschottung durch "neue, wahrhaft demokratische Entscheidungsmethoden", wie auch den Schutz von Minderheiten in der Partei selbst. Nur damit könnten die Mitglieder ihre Partei wieder in Besitz nehmen.<sup>32</sup>

Es ging also um einen grundsätzlichen Wandel der Rolle der Partei. "Sie kann sich ihre Autorität nicht erzwingen, sondern muß sie immer aufs neue durch ihre Taten gewinnen."<sup>33</sup> Als selbst demokratisch funktionierende Institution sollte sie geistig anziehen und wissenschaftlich begründete Konzepte für die Zukunft entwickeln, die vom Volk demokratisch entschieden würden, auch im Wettbewerb mit anderen Parteien und Interessenverbänden.

Praktisch rechnete dieses ganze Demokratiekonzept radikal mit dem osteuropäischen politischen System ab. Das sowjetische Modell einer "Diktatur des Proletariats", die eine

---

ler Werkträgigen, der Sache des Sozialismus einzusetzen. Das erfordert die Geschlossenheit der Reihen der Partei selbst auf der prinzipiellen Grundlage des Marxismus-Leninismus, die unbedingte Einhaltung des Prinzips des demokratischen Zentralismus, den Kampf mit denen, die durch ihre Tätigkeit den feindlichen Kräften in die Hände arbeiten.": 91/92.

30 Ebd.: 87.

31 Ebd.: 91.

32 Programmentwurf: 136-138; siehe auch Gesellschaftspolitische Reformvorstellungen. a.a.O.: 53-56.

33 Aktionsprogramm: 61/62.



eher vorsorgliche, oft repressive Diktatur über das Proletariat war, wurde verworfen. Die Einmarschbegründung war insofern richtig – es ging um die Macht, sie war aber weniger durch die Konterrevolution als durch den Souverän, das Volk, bedroht.

### Konservative Warnmarken

All dies ließ schon frühzeitig die Warnlocken in den osteuropäischen Hauptstädten bei den konservativeren Parteiführern schrillen. Auffällig war, daß dieser Prozeß bei allen Parallelen zu Entwicklungen in den osteuropäischen Ländern zeitlich versetzt – und verhängnisvoller – konträr zu dem dortigen Restalinisierungsprozeß stattfand. Während die DDR mit dem NÖS bereits 1963 ihren Weg zu einer Neugestaltung begann, hatte der Sturz Chruschtschows und das Ende des geistigen Tauwetters in der DDR mit dem "Kahlschlag-Plenum" vom Dezember 1965 bereits wesentliche Momente einer Reform unterminiert. In der DDR wurden hier bereits Pflöcke eines unantastbaren Modells eingeschlagen – führende Rolle der Partei und Machtfrage – die in der CSSR viel weiter gingen.

Dementsprechend widersprüchlich fiel die Position der SED zu den Prager Vorgängen aus. Zunächst von Ulbricht aufmerksam verfolgt, mit Sympathien beobachtet, bestimmte alsbald die Furcht vor Machtverlust das Handeln. Bereits auf der 5. ZK-Tagung im März 1968 wurde gewarnt. So fiel das Verdikt von Hermann Axen in einem nicht veröffentlichten Diskussionsbeitrag eindeutig aus: "Die politische Hauptlosung der "Demokratisierung" wurde in den letzten Wochen – wenn ich mich so ausdrücken darf, mit Verlaub zu sagen, – theoretisch vertieft durch solche Vertreter wie Goldstücker oder Smrkovsky, die jetzt – man höre und staune! – erklären, daß zum erstenmal in der Geschichte und zum erstenmal innerhalb des sozialistischen Weltsystems in der CSSR eine Einheit zwischen Sozialismus und Freiheit, zwischen Sozialismus und Demokratie herbeigeführt werden soll. Nun, Genossen, diese Parolen sind uns nicht unbekannt. Alle diese Parolen über die Erneuerung, über die Renaissance des Marxismus und des Sozialismus haben tiefe Wurzeln. Sie wurden auch schon deutlich auf der Konferenz über Kafka, auf der bekanntlich Ernst Fischer unsere Partei und unsere sozialistische Kulturpolitik kritisierte. Es ist nicht erforderlich, daß wir uns auf diesem Plenum etwa mit der theoretischen Widerlegung dieser Losungen beschäftigen – Losungen, die bekanntlich schon von Lenin in der Auseinandersetzung mit dem Renegaten Kautsky, in der Auseinandersetzung mit Otto Bauer widerlegt wurden und in der ganzen Periode der Entwicklung des Sozialismus immer wieder, von sozialdemokratischen Führern oder von linken und rechten Abweichlern, gegen den Marxismus-Leninismus, gegen die KPdSU und auch gegen unsere Partei vorgebracht worden sind."<sup>34</sup>

Gleichzeitig machte Axen – nicht nur stellvertretend für seine Politbüro-Genossen – die eigentliche Sorge klar. "Wenn das, Genossen, vom westdeutschen Fernse-

34 [Stenografische Niederschrift der 5. Tagung des Zentralkomitees vom 21. März 1968. Diskussionsbeitrag von Hermann Axen] SAPMO-BArch, ZPA, DY 30 IV 2/1/212.

hen verbreitet und natürlich auch in der westdeutschen Presse nachgedruckt wird, dann ist das schon keine innere Angelegenheit, keine Diskussionsfrage der KPC oder der CSSR mehr, dann ist das vielmehr eine massive direkte Einmischung in die Politik der Arbeiterklasse beider deutscher Staaten, in die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ...; denn das leitet faktisch Wasser auf die Mühlen der 'psychologischen Krieger'".<sup>35</sup>

Es begann eine Phase intensiver Beobachtung und zunehmender Einmischung in die Prager Vorgänge, an dem die DDR maßgeblich beteiligt war.<sup>36</sup>

### Die Eigenlogik der Reformen

Die Ereignisse im Nachbarland entwickelten sich im Frühjahr und Sommer 1968 widersprüchlich, aber durchaus im Sinne einer sozialistischen Reform. Die Wirtschaftsdaten begannen sich deutlich zu erholen. Die politische Erneuerung – zunächst in symbolischen Akten – bewirkte eine Belebung des politischen Klimas im Lande. Die Pluralisierung rief naturgemäß auch politische Kräfte auf die Tagesordnung, die mit der offiziellen Reformlinie nicht konform gingen. Die Orientierung auf eine allseitige Erneuerung der Politik machte zum Entsetzen der DDR vor den Beziehungen zur Bundesrepublik nicht halt, was als widersprüchlicher Prozeß zum Tragen kam. Eine positive Einschätzung der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung wurde von der SED als bedrohlich empfunden.<sup>37</sup> Die kommunistische Partei und ihre Führer genossen ungewohnte Popularität im eigenen Volk.

Die Skepsis und die sich artikulierenden Drohungen der Verbündeten, alsbald mit offenem militärischem Druck und die unverhohlene Zustimmung des Westens zu Reformen im Realsozialismus ließen die tschechoslowakischen Führer in die Zwänge der Blocklogik geraten.

Dabei radikalisierte der permanente Druck von außen die Entwicklung und begünstigte antisowjetische und antistalinistische Tendenzen, die auch antisozialistische Züge annahmen. Ludvík Vakuík, im Jahr zuvor aus der KPTsch ausgeschlossener Schriftsteller, suchte mit seinem "Manifest der 2000 Worte" den Reformprozeß gegen die konservativen Kräfte in der Partei und im eigenen Block zu forcieren. Er anerkannte die Rolle der KPTsch im "Wiedergeburtprozeß der Demokratisierung". Aber gleichzeitig stellte er sie in Frage: "Der kommunistischen Partei gehört ... kein Dank, vielleicht kann man ihr zugestehen, daß sie ehrlich die letzte Gelegenheit zur Rettung ihrer eigenen

35 Ebd.

36 Siehe L. Prieß/V. Kural/M. Wilke: Die SED und der "Prager Frühling" 1968. Politik gegen einen "Sozialismus mit menschlichem Antlitz". Berlin 1996. Gegen die dort vertretene Position einen besonderen Scharfmacherrolle der SED wendet sich zurecht neuerdings: Kaiser, Monika: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972. Berlin 1997, hier bes.: 281–308.

37 Siehe z. B.: [Stenografische Niederschrift der 7. Tagung des ZK der SED. Bericht des Politbüros, Berichterstatter: Hermann Axen. 7. August 1968] SAPMO-BArch, ZPA, DY 30 IV 2/1/217.

und der nationalen Ehre auszunutzen versucht."<sup>38</sup> Sein Vorstoß sollte die Reformkräfte in der Partei stärken, Einfluß auf die laufenden Parteiwahlen und den anstehenden Parteitag nehmen. Der Regierung wurde in kaum verhüllter Konfrontation gegenüber den Verbündeten versichert, "daß wir auch mit der Waffe hinter ihr stehen würden", soweit sie bereit wäre, der Übermacht standzuhalten.<sup>39</sup> Letztlich markierte der sowjetische Block in seinem Warschauer Brief die Breshnew-Doktrin eines modifizierten, aber verbindlichen stalinistischen Sozialismusmodells – das nur geringe Bandbreite für national besondere Entwicklungen zuließ. Der Prager Reformversuch – wie jeder andere Versuch davor und danach – stand vor einem doppelten Dilemma.

*Einmal* war er eingebunden in die Systemauseinandersetzung, die zwangsläufig Blockzugehörigkeit und eingeforderte Blockloyalität gegenüber der Führungsmacht nach sich zog. Im ultimativen Brief der Warschauer Fünf vom Juli 1968 hatten diese gedrängt: "Nach unserer Überzeugung ist eine Situation entstanden, in welcher die Bedrohung der Grundlagen des Sozialismus in der Tschechoslowakei die gemeinsamen Lebensinteressen der übrigen sozialistischen Länder gefährdet. ... Jede unserer Parteien trägt die Verantwortung nicht nur vor ihrer Arbeiterklasse, vor ihrem Volk, sondern zugleich auch vor der internationalen Arbeiterklasse, der kommunistischen Weltbewegung ... Deshalb meinen wir, daß ... die entschlossene Verteidigung der sozialistischen Ordnung in der Tschechoslowakei nicht nur Ihre, sondern auch unsere Aufgabe ist."<sup>40</sup> Diese Formulierung schrieb fest, was seit Stalins Zeiten verbindlich und Grundanliegen sowjetischer Politik gegenüber allen Verbündeten – auch der DDR – war und bis Gorbatschow blieb. Es ging der sowjetischen Führung erst in zweiter Linie um die reine Lehre. Sie hatte aber ein untrügliches Gespür für die Grundlagen ihrer geopolitischen Macht. Die bestanden im Inneren im unbedingten Behaupten der führenden Rolle der kommunistischen Partei, genauer ihres engsten Führungszirkels, als Kern des Modells. Wenn es denn nicht anders ging, war *zum anderen* durchaus Bereitschaft vorhanden, abweichende innen- oder außenpolitische Positionen (z. B. in Jugoslawien oder Rumänien) zu dulden. Denn vor allem bewegte Moskau, jene Linien zu halten, die mit dem Blut des Sowjetvolkes 1945 erobert worden waren. Hier hatte die Sowjetunion ihr Glacis, ihr Festungsvorfeld, das auch die andere Weltmacht respektierte.

In Cierna nad Tisu und Bratislava versuchten Moskau und seine Verbündeten Ende Juli/Anfang August 1968 erfolgreich, wie es schien, Prag zum Einlenken und zu einer inneren "Lösung" zu zwingen.<sup>41</sup> Trotz laufender Interventionsvorbereitungen eröffnete sich nochmals die Chance für eine friedliche Lösung, die letztlich auch die DDR interessierte. Die Aktivitäten der DDR Anfang August deuten darauf hin, die zu die-

38 L. Vakulík: Zweitausend Worte. In: R. Cousins/H. Kuhl/J. Skála/M. Wilke: CSSR Fünf Jahre "Normalisierung". 21.8.1968/21.8.1973 Dokumentation. Hamburg o. J. (1973) 2. Aufl.: 30.

39 Ebd.: 34.

40 Warschauer Brief: 91.

41 Siehe Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder [Bratislava, 3. August 1968]. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. a.a.O.: 108-115; siehe auch

sem Zeitpunkt erneut mit Bonn ins Gespräch kommen wollte.<sup>42</sup> Gleichzeitig war die DDR und die NVA aber aktiv in die Vorbereitung einer Sonderaktion gegen die CSSR involviert.<sup>43</sup>

### Die vertane Chance

Der Einmarsch beendete das Experiment. Der scheinbare Sieg entpuppte sich als Pyrrhussieg. Denn die eigentlichen Vorstellungen einer schnellen Klärung der Verhältnisse erwiesen sich als erfolglos und die Sowjetunion verlor nach außen hin durch die Moskauer Verhandlungen an Gesicht. Erst mit der Installation Gustáv Husáks als neuen 1. Sekretär der KPTsch im April 1969 konnte das Problem im Moskauer Sinne gelöst werden. Vor allem aber wurden die Reformbemühungen im Ostblock für die nächsten zwanzig Jahre auf Eis gelegt. Spielräume anderer Länder bleiben bis weit nach Gorbatschows Machtantritt gering. Für die DDR bedeutet dies das Ende des Reformprozesses der NÖS, was Ulbricht sehr deutlich begriff. Über den Spielraum Moskauer Verbündeter hegte er keinen Zweifel – sicher nicht nur auf die Prager Genossen gemünzt: "Es gibt kein sozialistisches Land, das autonom existieren könnte. Praktisch werden wir gemeinsam geschützt durch die Atomstreitmacht und die Raketen der Sowjetunion. Das ist die reale Lage."<sup>44</sup>

Deshalb ist die Reaktion der SED, besonders Ulbrichts, bemerkenswert. Die SED bekannte sich lautstark zum Einmarsch und entlarvt die Konterrevolution. Obwohl im letzten Moment die NVA nicht mit geschlossenen Verbänden in das Nachbarland einrückte – nicht zuletzt aus Rücksicht auf die Erfahrung von 1938 – ließ die SED bis 1989 öffentlich die "internationalistische Hilfeleistung" immer wieder herausstellen. Die im Lande vorhandenen Sympathien wurden brutal unterdrückt. Systemkonforme, aber aufmüpfige Intellektuelle wurden gemaßregelt.<sup>45</sup> Ulbricht machte deutlich, daß er die sowjetische Lektion begriffen hatte, er wußte, wo die Panzer standen. Gleichzeitig wollte er Reste seines NÖS retten und setzt auf ein Nachdenken des Ostblocks über die ökonomischen Ursachen für die Prager Entwicklungen – er wollte eine Reform des RGW. Ganz bewußt argumentierte er genau in dieser Richtung in seiner Rechtfertigungsrede zum Einmarsch vor dem ZK mit den in Bratislava vereinbarten Positionen: "Wir haben in der gemeinsamen Erklärung von Bratislava zu der Frage der öko-

---

[Stenografische Niederschrift der 7. Tagung des ZK der SED. Bericht des Politbüros, Berichterstatter: Hermann Axen. 7. August 1968; Schlußwort von Walter Ulbricht ] SAPMO-BArch, ZPA, DY 30 IV 2/1/217.

42 Siehe St. Bollinger: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. a.a.O.: 45–47.

43 Siehe R. Wenzke: Die NVA und der Prager Frühling 1968. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung. Berlin 1995.

44 [Stenografische Niederschrift des Empfangs des Präsidiums des Parteivorstandes der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands durch Walter Ulbricht. 6. September 1968] SAPMO-BArch, ZPA, DY 30 NL 182/761.

45 Siehe T. Klein/W. Otto/P. Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED. Frankfurt/Oder 1996: 72–73, 364–380.

nomischen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder und zum Kampf um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt Stellung genommen. In der Erklärung von Bratislava ist präzise gesagt, daß es notwendig ist, die ökonomischen Gesetze des Sozialismus in den sozialistischen Ländern voll auszunutzen und durchzuführen und die Kräfte auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und auf die weitere Entwicklung der wissenschaftlichen Führungstätigkeit in Staat und Wirtschaft zu konzentrieren."<sup>46</sup>

Dieses kaum verhüllte Kritteln sollte er alsbald angekreidet bekommen. Seine Widersacher im SED-Politbüro um Erich Honecker vergaßen nicht, daß Ulbricht in den 60er Jahren ein Reformfreund war, der es mit den angestammten Führungs- und Machtfragen nicht mehr so genau nahm. In einer für Moskau bestimmten Auflistung der "Fehler" Ulbrichts – als Argumentationshilfe für die sowjetischen "Freunde" gedacht, die den Sturz des ersten Mannes der SED unterstützen sollten – denunzierte Honecker: "Nicht nur intern, sondern auch in offiziellen Veranstaltungen und Beratungen kam beim Genossen W. Ulbricht eine gewisse Überheblichkeit im Verhältnis zur Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft zum Ausdruck. Die DDR sollte nach dem Willen des Genossen W. Ulbricht das Modell für den Sozialismus sein. Der Übergang zu diesem Standpunkt vollzog sich bei ihm offiziell mit der Formulierung, daß die Sowjetunion nur das Grundmodell sein könne. Nach seiner Rückkehr im Februar 1968 aus Prag äußerte er seine tiefe Befriedigung darüber, daß mit dem Einsatz A. Dubcek als Erster Sekretär des ZK der KPTsch die Beseitigung der Dogmatiker in der Führung der KPTsch eingeleitet worden wäre. Er selbst habe Dubcek, so sagte er, den Vorschlag gemacht, weitere 5 Dogmatiker aus dem Präsidium des ZK der KPTsch zu entfernen und durch junge Kräfte aus der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zu ersetzen. Bei jeder Gelegenheit betonte er die Rolle der DDR und ihre Erfahrung als Modell."<sup>47</sup>

Letztlich hatte die Niederlage des Prager Frühlings differenzierte Wirkungen. Für viele Bürger und Intellektuelle Osteuropas war sie die Erfahrung eines möglichen Reformversuches innerhalb der kommunistischen Partei. Solange die eigene Führungsmacht aber nicht selbst betroffen war – also faktisch bis zu Gorbatschows Perestroika – blieben die Erfolgsaussichten gering. Die Nachkriegsordnung von Jalta und Potsdam funktionierte.

Gleichzeitig steht die Niederschlagung des Prager Frühlings für eine Zäsur in Biographien und wurde in den späten 70er und 80er Jahren Ausgangspunkt oppositionellen Verhaltens. Das letzte Ausbleiben einer dauerhaften Reformbewegung innerhalb der herrschenden Partei begünstigte in der CSSR, aber auch in Polen oder Ungarn den

46 [Stenografische Niederschrift der 8. Tagung des ZK der SED Bericht des Politbüros, Berichterstatter: Walter Ulbricht. 23. August 1968] SAPMO-BArch, ZPA, DY 30 IV 2/1/219.

47 [Sogenannter "Brauner Kalbslederband" mit einer Zusammenstellung von Dokumenten der SED-Geschichte durch Honecker – Arbeitsprotokoll 8. Sitzung des Politbüros vom 21.2.1989. hier: Zur Korrektur der Wirtschaftspolitik Walter Ulbrichts auf der 14. Tagung des ZK der SED 1970 - ohne Datum (Anfang 1971), Verfasser offensichtlich Honecker, Paraphe E.H. – Für das Archiv des ZK] SAPMO-BArch, ZPA DY 30 J IV 2/2A/3196.

Bruch mit demokratisch-sozialistischen Alternativvorstellungen. Die Einsicht wurde entscheidend, daß eine Reform innerhalb der Partei und des Realsozialismus nicht mehr möglich sei. Sie schienen nicht radikal genug und allein die Rückbesinnung auf kapitalistische – marktwirtschaftlich und pluralistisch-demokratisch verklärte – Zielvorstellungen bewegten Ausgang der 80er Jahre osteuropäische Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen.

Der Versuch der konservativen Kräfte, durch materiellen Wohlstand das Wohlverhalten der Bürger zu erkaufen, scheiterte in diesen Jahren ebenso. Denn genau die Voraussetzungen für eine prosperierende Wirtschaft wurden durch den Verzicht auf wirtschaftliche und mit ihnen verbundene politische Reformen zunichte gemacht. Mit Westverschuldung und Auspowerung der eigenen Wirtschaftsbasis war das nicht möglich. Jene Widersprüche, die in den beginnenden 60er Jahren die Wirtschaftsreformen auf die Tagesordnung gesetzt hatten, waren nun überreif. Und allein die westlichen Metropolen hatten zu diesem Zeitpunkt tragfähige Antworten gefunden – sie hatten erfolgreicher aus der Krise der 60er Jahre gelernt.

Nur der Wandel, die Reform in Moskau konnte den Ostblock aus seiner Erstarrung lösen. Das unternahm Gorbatschow, der bis fast zuletzt aber vermied, seine geistigen Anleihen zu erklären. Seine Reform kam, inkonsequent und konzeptionslos, genau diese zwanzig Jahre zu spät. Der Ostblock und seine Führungsmacht mußten nun in Zeiten der Schwäche reformieren und das mißglückte. Nicht ein sozialistischer Modellwechsel, sondern der Systemwechsel waren das Resultat.

ANZEIGE

## Aktuelle Titel der Reihe "Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart"

**Band 14**

**Küttler, W./Schmidt, W. (Hrsg.):** "Der Ost-West-Konflikt und sein Ende. Beiträge eines Kolloquiums zum 65. Geburtstag von Karl Drechsler", trafo verlag, Berlin 1998, 186 S.

ISBN: 3-89626-192-4

46,80 DM

**Band 15**

**Winter, H.-D.:** "Der Nahe und Mittlere Osten am Ende des Ost-West-Konflikts. Politische und ideologische Orientierungen der Region zwischen Maghreb und Golf", hrsg. v. Helmut Meier, trafo verlag, Berlin 1998, 242 S.

ISBN: 3-89626-193-2

49,80 DM

**Band 17**

**Bollinger, Stefan:** "Eine Wende zurück? – Die abgebrochene Wende 1989/90 in der DDR und keine neue Bundesrepublik", trafo verlag, Berlin 1999, 350 S.

ISBN: 3-89626-195-9

ca. 58,00 DM

Vor. Auslieferung: Februar 1999

# Die Lage der Gewerkschaften in Großbritannien nach zwanzig Jahren marktliberaler Politik unter einer konservativen Regierung

STEVE DAVISON

*“Das Vereinigte Königreich hat in Europa die arbeitsrechtlichen Bestimmungen mit den geringsten Auflagen für Arbeitgeber, es kennt nur wenige Einschränkungen in bezug auf Arbeitszeit, Überstunden und Urlaub ... Die Anerkennung einer Gewerkschaft ist nicht gesetzlich vorgeschrieben. Viele Unternehmen arbeiten in Schichtbetrieb und 24-Stunden-Turnus und an sieben Tagen der Woche, sowohl für Männer wie Frauen.”*

(Aus dem Leitfaden für ausländische Investoren, herausgegeben vom Büro “Invest in Britain” des Ministeriums für Handel und Industrie)

Großbritannien, einst “die Werkstatt der Welt”, ist zum Sweatshop Westeuropas geworden. Es war ein längerer Prozeß, aber die zwei Jahrzehnte konservativer Herrschaft haben das Land in einem solchen Maße deindustrialisiert, daß heute einer von fünf Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe für südostasiatische Firmen arbeitet. Die Auto-, Motorrad-, Fernseh- und Haushaltsgeräte-Industrie sind nur noch ein Schatten ihres früheren Selbst und liegen zum überwiegenden Teil in ausländischer Hand. Genaugenommen sind es Montagewerke multinationaler Konzerne, deren Geschichte in Detroit, Seoul und Tokio entschieden werden.

Weniger als die Hälfte der potentiellen britischen Arbeitskräfte hat einen Full-time-Job im traditionellen Wortsinn. In der Zeit zwischen den Parlamentswahlen von 1992 und 1997 haben neun Millionen Arbeitnehmer ihren Job verloren oder den Arbeitgeber gewechselt, weil sie entweder in die Arbeitslosigkeit entlassen oder ihre Betriebe privatisiert wurden. Fast die Hälfte der Männer über 55 und der Frauen über 50 sind nicht mehr berufstätig. Für junge Menschen zwischen 16 und 25 sind die statistischen Zahlen sogar noch höher. Ganze Sozialgemeinschaften sind verarmt, da der Prozeß der Deindustrialisierung eine Verlagerung mit sich gebracht hat: weg von der verarbeitenden Industrie in Nordengland, Schottland und Wales, hin zum Dienstleistungsgewerbe in London und Südostengland. Großbritanniens Gesellschaft, wie sie noch vor einem Vierteljahrhundert existierte, ist heute fast nicht mehr wiederzuerkennen. Das alles hat sich während einer Periode allgemeinen Wachstums der Weltwirtschaft abgespielt. Da die britische Wirtschaft jetzt an Wachstumstempo verliert und nach einer Zeit wohl in eine Rezession eintreten wird, sind die Perspektive für die nächsten Jahre absolut erschreckend.

Großbritannien hat bei der Durchsetzung der marktliberalen ökonomischen Theorien, von denen die kapitalistischen Ökonome behaupteten, daß sie "die beste aller möglichen Welten" herbeiführen würden, in vorderster Front gestanden. Gemäß dieser einst von Voltaires Pangloß verkündeten Vision sind im letzten Jahrzehnt mehr Menschen zu Millionären geworden als in den fünfzig Jahren davor, aber zugleich ist auch die größte "Unterklasse" entstanden, die seit dem neunzehnten Jahrhundert in Europa zu beobachten war. Zwölf Millionen Menschen sind zu ihrer Existenz auf Sozialleistungen angewiesen. In den britischen Groß- und Kleinstädten sind heutzutage harte Drogen und Verbrechen, Einbrüche und Gewalt auf der Straße zur Norm geworden.

Statt diesen Irrsinn zu verurteilen, suchen die Politiker und das Big Business Europas dem britischen Beispiel zu folgen. Kanzler Kohl und seine Amtskollegen kommen regelmäßig zu Treffen mit ihrem britischen Pendant in dessen Ideenfabriken für die Deregulierung zusammen. Die Katastrophe der Privatisierung in Großbritannien wird in ganz Europa begeistert nachgeahmt und als Modell für die frühere Sowjetunion und ihre einstigen Satellitenstaaten in Osteuropa angesehen. Doch das Dogma vom freien Markt ist nicht nur von den konservativen Politikern geschluckt worden. Auch sozialdemokratische Politiker treten nun an, um den Göttern des freien Unternehmertums zu huldigen. In ganz Europa hat die Arbeiterklasse heute keine wirksame politische Vertretung mehr. Die Sozialdemokratie ist tot. Und das gilt nirgendwo mehr als in Großbritannien.

Margaret Thatcher brüstete sich einst, es sei ihr Ziel, den Sozialismus in Großbritannien zu beseitigen. Das mißlang ihr. Doch in ihren verwegenen Träumen hätte sie sich nicht ausmalen können, daß diese Zielstellung mit einem solchen Enthusiasmus von den Führern der britischen Arbeiterbewegung übernommen werden würde.

## Die Reform des Arbeitsrechts

1998 soll das Jahr werden, in dem eine britische Regierung zum erstenmal seit zwanzig Jahren ein Arbeitsrecht zugunsten der arbeitenden Menschen beschließt. Doch statt mit Schwung die negativen Folgen der konservativen Offensive gegen die Rechte der Arbeitnehmer zu beseitigen, fordert die jetzige Labour-Regierung von den Gewerkschaftsführern als Gegenleistung für die neuen Gesetze Konzessionen. Es gibt eine ungeschriebene Abmachung, wonach die Gewerkschaften ihren Einfluß auf die politische Entscheidungsfindung der Labour Party und ihre Repräsentation in den höchsten Parteorganen zurückschrauben, während zugleich durch undemokratische Reformen den Labourführern größere Machtbefugnisse eingeräumt werden und die Gewerkschaften in bezug auf die Beschneidung von Sozialleistungen und öffentlichen Ausgaben stillhalten. Dafür sollen einige der schlimmsten Auswüchse gewerkschaftsfeindlicher Gesetze reformiert werden. Doch bislang wurde keines der vorgeschlagenen Gesetze dem Parlament vorgelegt, und die Gewerkschaften können über den Zeitpunkt des Inkrafttretens nur Vermutungen anstellen.



Die neuen Gesetze sollen einen gesetzlichen Mindestlohn vorsehen, des weiteren gewisse Formen eines Rechts auf Anerkennung der Gewerkschaften sowie die Verkürzung der geforderten Beschäftigungsdauer, nach der ein Arbeitnehmer Klage wegen ungerechtfertigter Entlassung beim Arbeitsgericht einreichen kann, von zwei Jahren auf ein Jahr. Auch die im übrigen Europa voriges Jahr umgesetzte Arbeitszeitrichtlinie der EU soll in naher Zukunft Gesetzeskraft erhalten. Diese Reformen sind mager, doch im Umfeld des zutiefst deregulierten britischen Arbeitsmarktes können sie Millionen von Beschäftigten Vorteile bringen.

Wenn ein Mindeststundenlohn von 4 Pfund eingeführt wird, stünde sechs Millionen Arbeitnehmern eine Lohnerhöhung zu. Gegenwärtig gibt die Regierung 3,4 Milliarden Pfund an Steuergeldern für Income Support (Sozialhilfe) zugunsten der Geringverdiener aus. Bei Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie bekommen vier Millionen Beschäftigte zusätzliche Urlaubstage und eine Million überhaupt zum erstenmal bezahlten Urlaub. Millionen von Arbeitnehmern, die eine geringe Entlohnung vorwiegend auf der Basis von Teilzeit- und nichtständigen Verträgen erhalten und bisher keinerlei gewerkschaftlichen Schutz genießen, sollen die Chance bekommen, sich zu organisieren und in Kollektivverhandlungen mit ihren Arbeitgebern eintreten.

Die britischen Unternehmer behaupten, diese Maßnahmen würden die Wirtschaft lahmlegen, und sie zetteln ein Rückzugsgefecht an, um jegliche in Aussicht genommene Gesetzgebung zu verwässern. Der "Bankrott" der Sozialdemokratie in Großbritannien geht so tief, daß die Labour- und Gewerkschaftsführer diese "Fortschritte" als den Gipfel aller denkbaren Errungenschaften ausgeben. Die Macht der Gewerkschaftsführer ist so gestutzt worden, daß sie heute um grundlegende Menschenrechte betteln müssen. Dabei ist anzumerken, daß viele dieser Maßnahmen darum notwendig sind, damit Großbritannien eine gewisse Einhaltung des "Sozialkapitels" der EU demonstrieren kann, die Umsetzung ist auch erforderlich, um bestimmte Urteile des Europäischen Gerichtshofes zu befolgen.

## Die Zerschlagung der Gewerkschaften

Die von der Thatcher-Regierung betriebene Abkehr von der Keynes'schen Wirtschaftspolitik einer staatlichen Intervention in die Wirtschaft und die Hinwendung zu einer freien Marktwirtschaft war ein verzweifelter Schachzug, um die Wettbewerbsfähigkeit Großbritanniens auf dem Weltmarkt wiederherzustellen. Er erforderte einen weitreichenden Angriff auf den Lebensstandard der britischen Arbeitnehmer und die Demontage des Wohlfahrtsstaates, der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges errichtet worden war. Die Attacke auf die Arbeitnehmer wurde mit Begeisterung von den Konservativen in Angriff genommen, in denen der Haß auf die Gewerkschaften, besonders die der Bergarbeiter, tiefe Wurzeln hat. Die Konservativen hatten sich schon frühzeitig auf eine Kraftprobe mit der britischen Arbeiterklasse vorbereitet.

Sie leiteten sie mit der Attacke gegen eher gemäßigte Gewerkschaften ein, stießen aber auf entschlossenen Widerstand. Die für ihre maßvolle Haltung bekannten Stahl-

arbeiter erwiesen sich als schwerer zu besiegen als die Konservativen gedacht hatten. Sie griffen zu dem Mittel, über zwei Drittel der Stahlproduktion einzustellen, um die Kraft der Stahlarbeitergewerkschaft zu zerschlagen. Danach kamen die Eisenbahn, die Docks, der Schiffbau und die Fahrzeugindustrie an die Reihe. Zwischen 1980 und 1982 hat die verarbeitende Industrie ein Drittel ihrer gesamten Arbeitskräfte abgebaut. Die Strategie, absichtlich eine permanente Massenarbeitslosigkeit hervorzurufen, war der zynischste Versuch, die Kraft der organisierten Arbeitnehmer zu brechen. Die Konservativen nutzten ihre staatliche Kontrolle über die Industrie und das Verkehrswesen aus, um diese Politik durchzusetzen. Nachdem sie die britischen Kernindustrieweige auf diese Weise dezimiert hatten, verkauften sie die Überbleibsel für ein Butterbrot an ihre Freunde aus der Londoner Finanzwelt.

Mit den Mitteln der Arbeitslosigkeit, der Ausbreitung von nichtständiger Beschäftigung und befristeten Arbeitsverträgen, der Unsicherheit des Arbeitsplatzes, vollzog sich in den britischen Unternehmen praktisch eine *“Konterrevolution des Managements”*. Um die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor zu zerschlagen, besonders die der Busfahrer, Krankenhausangestellten und kommunalen Beschäftigten, wurde die Waffe der Privatisierung eingesetzt. Den Gewerkschaften in der Bauindustrie und im Sektor der Lastwagenfahrer wurde das Rückrat gebrochen durch Förderung des massiven Übergangs zur Selbständigkeit. Die Medienmogule, allen voran Robert Maxwell und Rupert Murdoch, machten sich die Fortschritte in der Computertechnologie zunutze, um auf dem nationalen Zeitungsmarkt die Macht der Druckergewerkschaft zu brechen. Die Fernsehgesellschaften schlossen sich ihnen an und führten in ihrer Sphäre die unständige Beschäftigung ein.

Die Kraftprobe mit den Kohlebergarbeitern war eine strategisch vorbereitete Konfrontation, für die die Regierung über zehn Mrd. Pfund an Steuergeldern einsetzte, um den Kohlebergbau zu dezimieren und die National Union of Mineworkers niederzuschmettern. Dies erwies sich als ein entscheidender Schlag gegen die britische Arbeiterklasse, in der die Stimmung aufkam, wenn die Bergarbeiter sich schon nicht durchsetzen konnten, dann hätten alle übrigen keine Chance. Die Hinterlassenschaft dieser Niederlage lastet noch immer schwer auf den organisierten Arbeitern, selbst ein Jahrzehnt nach dem damaligen, ein Jahr währenden Streik.

Die Produktivitätssteigerungen in Großbritannien sind im großen und ganzen nicht durch Investition in neue Anlagen und Ausrüstungen erzielt worden, sondern durch die exzessive Ausbeutung der Arbeitnehmer. Die Unternehmer holen ihre Profite aus dem Blut, Schweiß und den Tränen der Arbeiter, indem sie die Arbeitsbelastung erhöhen, die Tages- und Wochenarbeitszeit verlängern. Die britischen Arbeitnehmer haben die längste Arbeitszeit in ganz Europa, und eine Sieben-Tage-Arbeitswoche ist nicht ungewöhnlich. Auch die Kinderarbeit hat zugenommen, Schätzungen besagen, daß im heutigen Großbritannien etwa 25 % der Kinder zwischen 13 und 16 Jahren arbeiten. Der *“Flexible Arbeitsmarkt”*, mit dem sich die britischen Politiker so gern brüsten, hat einen erschreckenden Preis verlangt, er wurde auf Kosten des Lebensstandards, der

Lebensqualität und Gesundheit der Arbeitnehmer eingeführt. In den letzten Jahren ist es zu einer dramatischen Steigerung von Todesfällen am Arbeitsplatz gekommen, die staatliche Arbeitsschutzbehörde schätzt, daß die britische Wirtschaft jährlich über 14 Mrd. Pfund an Einbußen aufgrund von Arbeitsunfällen und Erkrankungen erleidet. Streß am Arbeitsplatz ist zur Berufskrankheit der neunziger Jahre geworden.

Eine bleibende Hinterlassenschaft des Thatcherismus in Großbritannien ist die gesetzliche Zwangsjacke, die den Gewerkschaften angelegt wurde, um sie an wirkungsvoller gewerkschaftlicher Aktivität zu hindern. Die seit dem Anfang unseres Jahrhunderts fast ohne Unterbrechung geltenden Rechte der Gewerkschaften, sich frei zu organisieren und Kampfmaßnahmen zur Unterstützung ihrer Mitglieder einzuleiten, darunter Solidaritätsstreiks und branchenweite Kampfmaßnahmen, wurden schrittweise durch gewerkschaftsfeindliche Gesetze abgebaut. Die Labour-Regierung hat nicht die Absicht, diese Gesetze aufzuheben. Und die Gewerkschaftsführer fordern ihre Aufhebung schon gar nicht mehr. Denn sie haben nicht nur gelernt, mit diesen Gesetzen zu leben, sondern sie in ihr eigenes gewerkschaftliches Regelwerk übernommen und benutzen sie zur Disziplinierung der Basis.

### Die Antigewerkschaftsgesetze

Thatcher leitete ihre Offensive gegen die Gewerkschaften ein, indem sie behauptete, diese stünden "über dem Gesetz". Darin steckt ein Körnchen Wahrheit. Wären die Gewerkschaften an normales Vertragsrecht gebunden gewesen, dann hätten sie jedesmal, wenn sie einen "geschäftlichen" Vertrag brachen, auf Schadenersatz verklagt werden können. Wenn Arbeitnehmer im Vereinigten Königreich streiken, dann "brechen" sie ihren Arbeitsvertrag. Alle erfolgreichen Kampfmaßnahmen stellen daher Vertragsbrüche dar. Da die Gewerkschaft die Aktion autorisiert, ist sie rechtlich verantwortlich, kann verklagt und zum Schadenersatz aus ihren Finanzmitteln verurteilt werden. Dieser Alptraum von Rechtslage wurde in Großbritannien durch den Trades Disputes Act von 1906 beseitigt, ein Gesetz, das den Gewerkschaften "Immunität" gegen Strafverfolgung wegen eines gesetzlich zulässigen Arbeitskampfes einräumte.

Die konservative Regierung der Periode 1970-1974 hatte versucht, diese Rechtslage zu kippen, war aber an den Solidaritätsaktionen der Gewerkschaften abgeprallt. Die Regierung Thatcher zog die Lehren aus dem Scheitern ihrer Vorgängerin und führte die Gesetzgebung nicht auf einen Schlag ein, sondern schiebenweise durch eine Reihe von Gesetzen, die in den achtziger Jahren durch das Parlament gingen. Schritt für Schritt sind die "Immunitäten" so weit eingeengt worden, daß ein Solidaritätsstreik heute gesetzwidrig und ein 'trade dispute' (eine Definition, der jede Aktion entsprechen muß, um das Gesetz nicht zu verletzen) jetzt nur unter extremen Einschränkungen zulässig ist. Nach der alten Definition war ein *trade dispute* ein "Konflikt zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern". Das ist jetzt ersetzt durch die Formulierung: "Konflikt zwischen Arbeitnehmern und *ihrem* Arbeitgeber".

Alle Kampfmaßnahmen zur Unterstützung von Arbeitnehmern im Ausland oder mit politischem Charakter sind daher gesetzwidrig. Wenn die Gewerkschaften die eng definierten Kriterien nicht einhalten, setzen sie sich juristischen Gegenmaßnahmen aus. Mit jedem Arbeitskonflikt entsteht jetzt eine Situation, die "ein Paradies für Advokaten" darstellt. Die Geschicklichkeit der konservativen Strategie bestand darin, daß nicht die Regierung selbst Klage aufgrund der Antigewerkschaftsgesetze erheben muß (was ja eventuell eine Welle von Sympathie für die Streikenden auslösen könnte), sondern daß es den Unternehmern freisteht, solche Klagen zu erheben oder nicht. An Klagewilligen hat seither kein Mangel geherrscht!

Die Kampagne für die Abschaffung der gewerkschaftsfeindlichen Gesetze in Großbritannien ist keine zweitrangige Frage. Die britischen Arbeitnehmer müssen sich die gesetzliche Grundlage zurückerobern, die ihren Gewerkschaften das Recht auf Existenz und freies Agieren im Interesse ihrer Mitglieder ohne juristische Verfolgung aufgrund dieser Tätigkeit einräumt. Die Antigewerkschaftsgesetze haben eine bedeutsame Rolle in der konservativen Offensive gegen die Rechte und das Lebensniveau der arbeitenden Bevölkerung gespielt. Die Gewerkschaftsführer wurden vor die Entscheidung gestellt, entweder die kämpfenden Arbeiter zu unterstützen, damit Gesetze zu brechen und die sich daraus ergebenden Risiken auf sich zu nehmen, oder aber dem Gesetz zu gehorchen und damit de facto die Privilegien der Gewerkschaftsbürokratie zu verteidigen. Wie sie sich entscheiden würden, darüber bestand von Anfang an kein Zweifel. Die einzigen Verlierer waren die britischen Arbeitnehmer.

### Die gewerkschaftliche Organisation

Da die Führung der Gewerkschaften den Antigewerkschaftsgesetzen nicht trotzte und im Arbeitskampf stehende Arbeiter nicht unterstützte, hat unter den aktiven Gewerkschaftern Enttäuschung um sich gegriffen und einen massiven Rückgang der Mitgliederzahlen von einem Höchststand von 13 Millionen im Jahre 1979 auf heute weniger als 7 Millionen bewirkt. Manche Gewerkschaften, die einst in der vordersten Front des Kampfes standen, existieren heute fast gar nicht mehr. Im Kohlebergbau sind heute weniger als 10 000 Mitglieder organisiert.

Tausende von aktiven Shop Stewards, gewählte Vertrauensleute im Betrieb, sind arbeitslos geworden, und falls sie einen neuen Job finden, sind sie infolge fehlenden Kündigungsschutzes gefährdet durch erneute Entlassung. Die gezielte Bestrafung guter Shop Stewards ist heute eine alltägliche Erscheinung in Großbritannien, viele ehemalige Aktivisten finden sich an Arbeitsplätzen ohne gewerkschaftliche Organisation wieder und sind gezwungen, "sich zu ducken". Eine vorrangig aus Demoralisierung und Scheitern erwachsene Stimmung der Apathie hat dazu geführt, daß die Beteiligung an den inneren Angelegenheiten der Gewerkschaft massiv zurückgeht.

Die Gewerkschaften funktionieren heute kaum noch als landesweite Organisation. Verhandlungen im betrieblichen Rahmen, also auf der niedrigsten Verhandlungs-

ebene, sind weitgehend an die Stelle branchenweiter Tarifverhandlungen getreten. Statt sich auf für sämtliche Beschäftigten der Branche geltende Minimalstandards wie Mindesttariflöhne, Arbeitszeitregelungen und sonstige Bedingungen stützen zu können, müssen die Vertreter im einzelnen Betrieb diese Dinge aushandeln, in einem Umfeld von aggressiven Unternehmern, die wohl wissen, daß die Gewerkschaften schwerlich Kampfmaßnahmen genehmigen werden und daß jegliche Solidaritätsaktion zugunsten ihrer Belegschaft gegen das Gesetz verstoßen würde. Heutzutage ist den Shop Stewards in den Verhandlungen "ein Arm auf dem Rücken gefesselt". Für Millionen britischer Arbeitnehmer ist "die Gewerkschaft" zu ihrer betrieblichen Organisation geworden, scharf getrennt von der nationalen Organisation, die ihr tägliches Leben kaum noch tangiert. Dieser Prozeß hat die Gewerkschaftsfunktionäre weitgehend vom Druck der Mitgliedermassen befreit, die kampfbereiten Arbeiter aber bleiben isoliert, wie es die Docker von Liverpool am eigenen Leibe zu spüren bekamen.

Der rasante Rückgang der Mitgliederzahlen hat zu einer Welle von Zusammenschlüssen zwischen einzelnen Gewerkschaften geführt. Dieser Prozeß vollzieht sich jedoch nicht auf Branchenebene, sondern aufgrund politischer Abmachungen, welche die Privilegien der Spitzenfunktionäre absichern sollen. Im Ergebnis dieser Zusammenschlüsse bleibt die Struktur der britischen Gewerkschaftsbewegung nach wie kaum von einer rationalen Branchenlogik bestimmt, in den meisten Industriezweigen konkurrieren noch immer drei bis vier Gewerkschaften um Mitglieder. Die erlittenen Niederlagen und die sich ausbreitende Apathie hat es den Gewerkschaftsführungen ermöglicht, die organisatorischen Zusammenschlüsse zum weiteren Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie zu nutzen. Diese Strukturen haben in Verbindung mit den gewerkschaftsfeindlichen Gesetzen dazu geführt, daß die britischen Arbeitnehmer derzeit von ihren Funktionären stärker "unter Kontrolle gehalten" werden, als es jemals seit dem 19. Jahrhundert der Fall war.

Jede Niederlage hat die Position jener Gewerkschaftsführer gestärkt, die, ebenso wie ihre Entsprechungen in der Labour Party, im Namen der Modernisierung voller Begeisterung "den Markt" hochhalten und ihr historisches Engagement für öffentliches Eigentum in der Industrie und im Dienstleistungssektor fallenlassen. Die Führung des TUC hat die Theorie von der "Sozialpartnerschaft" "geschluckt", und das in einem Lande, das keinen Mechanismus zu ihrer Verwirklichung besitzt – in Großbritannien gibt es keine "Mitbestimmung" und keine Betriebsrätestrukturen – und genau zu einem Zeitpunkt, an dem in Europa die "Sozialpartnerschaft" zusammenbricht. Die Führer der britischen Gewerkschaften mögen sich noch so sehr als "Modernisten" darstellen, in Wirklichkeit laufen sie den Ereignissen hinterher und artikulieren die Ansichten von gestern.

## Die Mitgliedschaft in der EU

Für das vergangene Jahrzehnt ist unter anderem charakteristisch, daß die einzigen Rechte in bezug auf das Beschäftigungsverhältnis, die die britischen Arbeitnehmer bekommen haben, von der EU stammen. Das hat bei der Mehrzahl der Gewerkschaftsführer zu einer unkritischen Befürwortung der EU-Mitgliedschaft und der Einheitswährung geführt. "Alles steht zum besten in der besten aller EU-Welten". Damit haben sie eine komplette Kehrtwendung vollzogen gegenüber der vom TUC über lange Zeit verkündeten Ablehnung des "Klubs der Bosse". Die unkritische Befürwortung Europas (der EU) ist noch dadurch verstärkt worden, daß aufgrund von EU-Gesetzen oder Urteilen des Europäischen Gerichtshofes Verbesserungen im britischen Recht zustande kamen, besonders in den Bereichen Gleichbehandlung, Gesundheit und Arbeitsschutz. Es wurde indes keine vollständige Bilanz gezogen, wie sich die EU-Gesetzgebung europaweit ausgewirkt hat – daß zum Beispiel die Arbeitszeitrichtlinie der EU in Deutschland dazu benutzt wurde, Arbeitsbedingungen zu verschlechtern –, sondern die EU wird als Heilsbringer für die britischen Arbeitnehmer dargestellt. Wie nicht anders zu erwarten, herrscht über die ganze Frage unter der arbeitenden Bevölkerung Großbritanniens enorme Verwirrung. Das Eintreten für Europa wird den Arbeitern als ein neuer Internationalismus präsentiert, wobei gänzlich unter den Tisch fällt, daß die EU eine Zollunion zum Schutz des europäischen Big Business gegen seine Konkurrenten und ein imperialistisches Werkzeug zur Ausbeutung fremder Märkte, vor allem in der unterentwickelten Welt ist.

Obwohl sich der TUC auf seinem Kongreß 1997 nicht auf eine offizielle Linie zum Thema der Europäischen Währungsunion festgelegt hat, spricht John Monks, der Generalsekretär des TUC, regelmäßig auf Tagungen, häufig auch in Foren, wo er gemeinsam mit dem CBI (dem Britischen Arbeitgeberverband) auftritt, und befürwortet die Währungsunion. Es hat zu dieser Frage innerhalb der britischen Labour- und Gewerkschaftsbewegung keine ernsthafte Debatte gegeben, die Strategie scheint darauf hinauszulaufen, die Problematik ohne viel Aufsehen durch die nächsten Parlamentswahlen "zu schmuggeln" und somit ein Referendum und eine eventuelle Ablehnung zu umgehen. Millionen von Beschäftigten im öffentlichen Sektor Großbritanniens wären aber von einer Teilnahme an der Einheitswährung nachteilig betroffen, doch ihre Funktionäre schweigen zu dieser Kernfrage.

Die Politik der Konservativen, der Liberalen und der Labour Party ist sich so ähnlich geworden, daß zum erstenmal seit den dreißiger Jahren wieder das Schreckgespenst einer "nationalen Regierung" an der Wand erscheint. Solange der extreme rechte Flügel der Konservativen noch existiert (die sogenannten Euroskeptiker, in Wahrheit engstirnige Nationalisten), ist nicht auszuschließen, daß im Falle einer schweren Rezession in Großbritannien und der ungelösten Kernfrage der bevorstehenden Währungsunion die politischen Parteien eine "nationale Lösung" für die ökonomischen Probleme vorschlagen. Dies wäre eine logische Schlußfolgerung aus dem seit den letzten Parlamentswahlen zutage tretenden postthatcherischen politischen Konsens. Es wäre einer

der großen Ironien im Leben, falls Margaret Thatchers größte Leistung just in der Dezimierung der Konservativen Partei bestanden haben sollte!

### Eine Gesellschaft in der Krise

Die gewerkschaftlichen Aktivisten müssen begreifen, daß die Veränderungen einer Gesellschaft, die sich in einem langwierigen Prozeß der Krise, des Wandels und erneuten Wandels befindet, alle Teile dieser Gesellschaft ergreifen, *auch die Organisationen der Arbeiterklasse*. Niemand ist immun gegenüber den sozialen Prozessen. Die Thatchersche "Konterrevolution" in Großbritannien hat solche Auswirkungen gezeitigt. Und ähnliche Prozesse spielen sich derzeit in Frankreich, Belgien und Deutschland, ja in mehr oder minder starkem Maße in ganz Westeuropa ab. Dabei ist der Ausgang völlig offen, es können Bewegungen nach rechts oder Bewegungen nach links entstehen. *Die einzige Gewißheit besteht im Fehlen von Gewißheit.*

Die britische Arbeiterklasse ist nicht mehr dieselbe wie vor zwanzig Jahren, darum können ihre Organisationen unmöglich von den Veränderungen unberührt bleiben. Die britischen Arbeiter werden stärker ausgebeutet als in der Vergangenheit und mehr als die anderer europäischer Länder – bislang. Aber das wird sich ändern. Infolge der Niederlagen der Gewerkschaften in Großbritannien haben die hiesigen Arbeitnehmer die längste Arbeitszeit, die geringsten Rechte, und sie zählen zu den am schlechtesten bezahlten in ganz Europa. Das gilt für die Industriearbeiter, aber auch für Millionen von Arbeitnehmern, die einst meinten, sie wären über den Klassenkampf erhaben. Die Lehrer an Schulen und Colleges sind in die Reihen der organisierten Gewerkschaften gedrängt worden und sahen sich gezwungen, zur Waffe des Streiks zu greifen. Die Angestellten im Bank- und Finanzwesen, einstmals unorganisiert, bilden heute für die Gewerkschaften den Sektor, in dem die Mitgliederzahlen am stärksten anwachsen. Die Postangestellten, einstmals ein weitgehend gefügiger Sektor, haben sich in den letzten Jahren am aktivsten an inoffiziellen Streiks beteiligt. Ja, massive Schichten der "Mittelklasse" werden durch Unsicherheit des Arbeitsplatzes, Arbeitslosigkeit und Beschneidung ihres Lebensstandards proletarisiert.

Die Zahl der Ausfalltage infolge von Streik liegt weiterhin auf einem historischen Tiefstand, steigt aber langsam an. Früher oder später wird sich der brennende Groll, den Millionen britischer Arbeitnehmer angesichts ihrer schmählichen Behandlung empfinden, ein Ventil suchen.

Man kann es niemandem übelnehmen, aus dieser Analyse pessimistische Schlüsse zu ziehen. Die einst mächtige und stolze britische Gewerkschaftsbewegung erscheint gelähmt, sie erfleht von ihrem "Sozialpartner", den Unternehmern, "sozialen Anstand", nachdem diese sie in den letzten zwei Jahrzehnten gerade halbtot getrampelt haben. Sie verläßt sich darauf, daß eine "großzügige" Regierung bereit sein wird, ihr ein paar Krumen anzubieten, damit sie sich ihre Mitglieder innerhalb der total gewandelten Arbeiterklasse und der frisch proletarisierten Mittelklasse erhalten kann. Und sie hält das Banner der EU hoch, um die "Menschenrechte" zu verteidigen.

Doch das ist nur die eine Seite des Bildes. Die Unternehmer und kapitalistischen Politiker begehen stets den klassischen Fehler, daß sie ihr Urteil über die Arbeiter allein von ihren Führern ableiten. Die arbeitenden Menschen Großbritanniens sind zwar angeschlagen und haben sich Schrammen zugezogen, aber sie halten dennoch ihre Gewerkschaftsorganisationen am Leben und bewahren sich ihr Empfinden für soziale Gerechtigkeit. Sie haben noch immer kämpferische Leitfiguren, auch wenn es weniger sind und sie derzeit über keinen Sprecher auf nationaler Ebene verfügen.

Die Wahl der Labour-Regierung im Mai 1997 hat in Großbritannien eine neue Periode eingeleitet. Die Revolte von 47 Unterhausabgeordneten gegen die Beschneidung der Sozialleistungen für Alleinerziehende durch die Regierung war ein warnendes Vorzeichen dessen, was die Zukunft noch bringen kann.

Die Masse der arbeitenden Menschen in Großbritannien erwartet nach wie vor von einer Labour-Regierung, daß sie in ihrem Interesse Gesetze erläßt und handelt. Sollte sich das nicht bewahrheiten, wird eine breite Welle von Zorn losbrechen. In der nächsten Zeit werden die britischen Arbeiter zu ihren Kampftraditionen zurückfinden und sich daran machen, ihre traditionellen Organisationen zurückzugewinnen und die für künftige Kämpfe umzugestalten.

*(Rede auf dem 4. Bezirkstag der IG Medien am 7. März 1998 in Berlin)*

ANZEIGE

## Biographien deutscher Gewerkschafter

### **Soeben erschienen:**

**Ernst Stock / Karl Walcher:** "Jacob Walcher (1887–1970). Gewerkschafter und Revolutionär zwischen Berlin, Paris und New York", trafo verlag 1998, 258 S., 50 Fotos u. Dokumente, ISBN: 3-89626-144-4, Preis: 39,80 DM

### **In Vorbereitung:**

**Ulla Plener:** "Theodor Leipart. Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirkungsbilanz – Ein Lebensbild mit Dokumenten (1867–1947)", trafo verlag, Berlin 1998, ca. 500 S., 2 Teile, zahlr. Fotos und Dokumente

Redaktionsschluß: März 1998

Teil 1: Biographie, ISBN: 3-89626-079-0, Preis: ca. 40,00 DM

Teil 2: Dokumente, ISBN: 3-89626-080-4, Preis: ca. 40,00 DM

Voraussichtl. Auslieferung: Februar 1999

### **In Vorbereitung:**

**Helga Grebing (Hrsg.):** "Johannes Sassenbach (1866–1940). Erinnerungen", Faksimile-Ausgabe der Lebenserinnerungen, mit einem Aufsatz von Daniela Münkler, trafo verlag 1998, 225 S., ISBN: 3-89626-156-8, Preis: 49,80 DM

Voraussichtl. Auslieferung: Januar 1999



# Dokumente und Materialien

## Zum 85. Todestag August Bebels

### Familienbriefe von August und Julie Bebel an Agnes und Ignatz Auer

#### URSULA HERRMANN

Im folgenden werden 19 Briefe erstveröffentlicht, die zwischen 1875 und 1913 entstanden sind. Julie Bebel schrieb 4 Briefe an Agnes Auer, August Bebel richtete 7 an Ignatz und 7 an Agnes Auer. Hinzugefügt ist ein Brief von Paul Singer an Ignatz Auer. Der Bestand wurde von Peter Mönnikes für das Paderborner Archiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung erworben und dankenswerterweise zur Publikation in der BzG zur Verfügung gestellt. Es handelt sich um persönliche Briefe, die sich offensichtlich im Familienbesitz der Auers und ihrer Nachkommen befanden.<sup>1</sup> Wie für die Bebels typisch, sind in ihnen private Inhalte mit politischem Geschehen verflochten.

Ignatz<sup>2</sup> Auer (19. April 1846-10. April 1907) und August Bebel lernten sich 1872 in Berlin kennen; ihre Freundschaft datiert ab 1875, als Bebel knapp drei Jahre Festungshaft und Gefängnis überstanden hatte. Auer, von Beruf Sattler, war wegen seiner außerordentlichen agitatorischen und organisatorischen Fähigkeiten 1874 zum Sekretär der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gewählt worden. Er wirkte in dieser Funktion nach dem Gothaer Kongreß 1875 in der vereinigten Partei. Auer gehörte nun stets zur engeren Leitung der Sozialdemokratie, auch als er zeitweilig unter dem Sozialistengesetz kein Reichstagsmandat besaß. Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes wurde er wiederum zum Sekretär der Partei berufen. Bei der Entwicklung der Sozialdemokratie zur Massenpartei, die sich gegen Kapitalismus und Militarismus zur Wehr setzte, erwarb er sich unermeßliche Verdienste.

---

1 In der Ausgabe: August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, sind weitere 6 Briefe von Bebel an Auer veröffentlicht: in Bd. 2/2 vom 4.1.1882 u. 14.11.1884; in Bd. 5 vom 10.9. u. 18.9.1899; in Bd. 9 vom 4.6.1901 u. 27.9.1903.

2 Laut Geburtsurkunde und Unterschriften unter Briefen in den 80er Jahren des 19. Jh. schreibt sich Auer im Vornamen mit "tz", also "Ignatz" (vom Taufnamen Ignatius abgeleitet). Später wurde das "t" gestrichen. Ich halte mich an die ursprüngliche Schreibweise. Seine Freunde kürzten den Rufnamen zum damals gebräuchlichen "Nazi" ab.

Bebel und Auer verband ihr gemeinsames Streben um die Einheit der Arbeiterbewegung, für die Ausdehnung der Mitgliederzahl und die Festigung von Partei und Gewerkschaften mit dem Ziel, die Lage der Arbeiter zu verbessern und eines Tages die bestehende Gesellschaftsordnung von Grund auf zu verändern. Sie standen zusammen in der Abwehr der Anarchisten, besonders 1879/1880, und der "Jungen" 1890/1891. Im Dampfersubventionskonflikt 1885 überwarfen sie sich. Aber neun Monate Gefängnishaft in Zwickau von Mitte November 1886 bis Mitte August 1887 verbanden sie im täglichen Meinungsaustausch bei ihren Spaziergängen wieder aufs engste.

Gegenüber dem aufkommenden Revisionismus standen sie auf gegensätzlichen Positionen – bekannt ist ihr heftiger Zusammenprall auf dem Dresdner Parteitag 1903. Wie die hier publizierten Briefe offenbaren, vergaß Bebel aber über den politischen Kontroversen weder die Jahrzehnte währende engste Kampfgemeinschaft unter härtesten Bedingungen noch die überaus großen Verdienste, die sich Auer um die Partei erwarb. Bebel unterschied zwischen politisch-theoretischen Differenzen, die er durchaus als schwerwiegend ansah, und dem gemeinsamen Grundanliegen: die Arbeiterbewegung zu befähigen, die kapitalistische Ausbeuterordnung zu beseitigen, was Auer nach Bebels Auffassung nicht aufgegeben hatte. Bebel vertrat damit ein Prinzip, das später vielfach aufgegeben wurde.

Die Briefe belegen auch die Fürsorge der Familie Bebel für das Wohlergehen von Agnes Auer nach dem Tod ihres Mannes. In den Erinnerungen, die den Briefen beiliegen und die wohl von Auers jüngster Tochter Emmy stammen, wird betont: "Eines möchte ich noch hinzufügen, daß Bebel nach dem Tode meines Vaters sich meiner Mutter gegenüber hilfreich erwies und ihr mit Rat und Tat beistand, im Gegensatz zu manchen anderen, die zu Lebzeiten Vaters als seine besten und aufrichtigsten Freunde gegolten hatten."

In dieser Vorbemerkung kann weder die immer noch ausstehende Biographie von Ignatz Auer nachgeholt werden<sup>3</sup> noch kann das jahrzehntelange Zusammenwirken von Bebel und Auer sowie Bebels zunehmende Enttäuschung über Auers Haltung zum Revisionismus dargestellt werden.<sup>4</sup> Hier sollen zwei wenig bekannte Aspekte herausgegriffen werden: die Persönlichkeit von Agnes Auer, an die die meisten Briefe gerichtet sind, und die Entstehung der Schrift "Nach zehn Jahren".

Agnes Auer gehört zu jenen Frauen, die unter dem Sozialistengesetz harte Schicksalsschläge trafen, die aber unbeirrt und tapfer die Verfolgungen ihrer Männer mit allen persönlichen Konsequenzen auf sich nahmen. Geboren wurde Agnes Wilhelmine

3 Sofort nach Auers Tod verfaßte Eduard Bernstein, der zeitlebens eng mit Auer befreundet war, einen knappen Lebensabriß mit dem Titel "Ignaz Auer. Eine Gedenkschrift. Mit Porträt und Abbildern, Berlin 1907". Siehe auch die Nachrufe auf Auer in der zeitgenössischen Presse, besonders Vorwärts, 11. – 16.4.1907; Die Neue Zeit mit Nachrufen von Franz Mehring und Parvus, Jg. 1906/1907, 2. Bd.: 41–43, 110–118. Die "Sozialistischen Monatshefte" widmeten Auer in Heft 5, Mai 1907, mehrere Artikel. Siehe auch die Würdigung im Protokoll des Essener Parteitags 1907: 63/64.

4 Zu den Beziehungen von Bebel und Auer siehe "August Bebel. Eine Biographie. Autorenkollektiv unter Leitung von Ursula Hermann und Volker Emmrich, Berlin 1989". Siehe auch: August und Julie Bebel. Briefe einer Ehe. Hrsg.v. Ursula Hermann, Bonn 1997 (im folgenden: Briefe einer Ehe).

Christine am 14. April 1858 in Schwerin als jüngste Tochter von Maria Henckhus (um 1820–1894) und dem Schuhmacher Friedrich Henckhus (1820–1863)<sup>5</sup>. Nach dessen Tod betätigte sich Maria Henckhus als Kleiderhändlerin und Trödlerin<sup>6</sup>. Agnes ging nach Hamburg in Stellung, sie folgte ihrer älteren Schwester. Dort lernte sie im Oktober 1875 auf einem Ball Ignatz Auer kennen. Am 16. Mai 1876 heirateten sie in Schwerin.<sup>7</sup> Agnes wird als ein lebhaftes, fröhliches und sehr hübsches Mädchen geschildert. Gewiß kam sie mit dem humorvollen, manchmal bärbeißigen, aber immer auf Ausgleich bedachten Ignatz Auer gut aus. Von Gestalt war sie klein und zierlich, vielleicht erschien sie so auch besonders neben der hünenhaften Gestalt ihres Mannes.

Agnes begleitete ihren Mann Ende 1877 nach Berlin, der dort als Redakteur der „Berliner Freien Presse“ das Zusammenwachsen von ehemals SDAP und ADAV förderte. Nach Erlaß des Sozialistengesetzes traf Auer am 29. November 1878 die Ausweisung. Er ging zurück nach Hamburg, wohin ihm Agnes hochschwanger folgte. Am 7. März 1879 entband sie ihre Tochter Anna Maria.<sup>8</sup> Nach Auers Ausweisung aus Hamburg im Oktober 1880 und aus Harburg im März 1881 begab sich die Familie nach Schwerin. Dort richtete Auer in der Wladimirstraße 16a eine Tischlerei ein, von Carl Höchberg mit einem Startkapital von 1.500 M unterstützt.<sup>9</sup> Aus dieser Zeit stammt die bei Bernstein zu findende Berufsangabe für Agnes' Mutter als Altmöbelhändlerin.

Das Geschäft ging kümmerlich. Bebel schrieb 1887 aus dem Gefängnis darüber, nachdem Auers im April 1886 nach München gezogen waren: „Daß es ihr [Agnes] in München sehr gut gefällt, begreift jeder, der Schwerin und München kennt. Der Unterschied ist noch größer wie zwischen Borsdorf und Dresden. Allzuviel Vergnügen hat sie in ihrem Leben nicht genossen. Die Ausweisungen aus Berlin und Hamburg waren kein Vergnügen und der Aufenthalt in Schw[erin] auch nicht. Dort haben sie 4 Jahre lang so proletarisch gewohnt, daß ich nicht begreife, wie sie es fertig brachten, und in seinem elenden Loch von Laden hat er sich die Krankheit [damals wohl vor allem Bronchialkatarrh] geholt.“<sup>10</sup>

- 
- 5 Das Geburtsdatum von Agnes Auer ist hier erstmals ermittelt (Staatsarchiv Hamburg, Politische Polizei: 149/88; Stadtarchiv Schwerin 166/5074, MV-H 1001 u. MV-H 1005). Ihre Mutter Maria (auch Marie) Christine Dorothee, geb. Siewert, war in erster Ehe mit dem Schustermeister Johann Friedrich Heinrich Ulrich verheiratet. Dieser Ehe entstammten ein Sohn, später Schuhmachermeister, und eine Tochter. Verwitwet heiratete Agnes' Mutter im September 1850 den Schustergesellen Christoph Johann Friedrich Henckhus (auch Henkhus bzw. Henkus). Beide waren bei der Hochzeit 30 Jahre alt. Beim Tod von Maria Henckhus lebten von den sechs Kindern aus dieser Ehe noch vier: außer Agnes Auer die Tochter Frieda Mojes (geb. 1850) in San Franzisko sowie die Söhne Johannes (geb. 1853, Sattler) und Albert (geb. 1855, Handelsmann), beide in Schwerin (vgl. oben, Stadtarchiv Schwerin).
  - 6 Angaben zur Tätigkeit der Mutter nach dem Schweriner Wohnungsanzeiger.
  - 7 Vgl. Standesamt Stuttgart, Familienregistereintrag Bd. 210: 355; vgl. auch Eduard Bernstein, Ignaz Auer: 28.
  - 8 Vgl. Staatsarchiv Hamburg, Politische Polizei: 149/88.
  - 9 Vgl. Schweriner Wohnungsanzeiger; C. Höchberg an E. Bernstein, 4.9. u. 18.9.1881. In: Archiv des Russischen Zentrums ... Moskau, Fonds 204, op. 1, Nr. 761, 762.
  - 10 Briefe einer Ehe: 496.

In München arbeitete Auer als Redakteur an den von L. Viereck herausgegebenen Arbeiterzeitungen. Dort fühlte sich Agnes unter den engagierten Sozialdemokraten und in Kreisen der Volkspartei sehr wohl. Aber bereits ab Mitte November 1886 bis Mitte August 1887 wurden die Eheleute durch Auers Haft in Zwickau getrennt. Nach einem Besuch von Agnes im Zwickauer Gefängnis lernten sich Agnes und Julie im Mai 1887 in Dresden kennen. Agnes fiel die lange Trennung von ihrem Mann schwer. Sie konnte es kaum verstehen, wie Julie das über Jahre ausgehalten hatte. Die 14 Jahre ältere Julie urteilte bei diesem Besuch etwas von oben herab, nachdem sich Agnes bei Bebels Tochter Frieda als erstes erkundigt hatte, an wieviel Bällen diese im Winter teilgenommen hätte: “Ich habe das auch Frau Auer nicht übelgenommen, sie ist noch jung und von einer naiven Unbefangenheit und hat bisher den Ernst des Lebens nicht so zu kosten bekommen wie manche andere. Deshalb hat sie auch Sinn für Vergnügungen.”<sup>11</sup> Aber August nahm Agnes in Schutz, das obige Zitat ist seine Antwort auf Julies Feststellung. Als später Agnes und Julie in Berlin wohnten, befreundeten sich beide Frauen und gingen zum vertraulichen “Du” über.

Nach der Zwickauer Haft wuchsen die Sorgen bei Auers. Ignatz Auer überwarf sich mit Viereck infolge von Beschlüssen des Parteitags von St. Gallen im Oktober 1887 und verlor sein Einkommen. Da übertrug ihm die Partei die Aufgabe, eine Denkschrift zum 10. Jahrestag des Sozialistengesetzes für Oktober 1888 zu verfassen. Sie erschien unter dem Titel “Nach zehn Jahren. Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes”. Auer hatte aber durch die Haft schwere gesundheitliche Schäden davongetragen. Immer stärker litt er unter einer Nervenerkrankung.

Zunächst widmete sich Auer für die Denkschrift einer Darstellung der Geschichte der Sozialdemokratie seit der Vereinigung 1875 bis zur Verlängerung des Sozialistengesetzes Anfang 1888. Auer verfaßte also die erste Geschichtsdarstellung über diese Zeit. Ihr sollte sich eine Auflistung aller Strafen und Verfolgungen anschließen sowie Berichte über die Polizeischikanen in einzelnen Orten. Hierzu trafen viele Materialien von Sozialdemokraten ein, die es zu redigieren und in die Schrift einzupassen galt. Damit die Materialien nicht der Polizei in die Hände fielen, begab sich Auer nach dem Münchner Sozialistenprozeß, der am 26./27. Oktober 1888 stattfand und für Auer mit Freispruch endete, in die Schweiz. Agnes begleitete ihn.

Bald wurde Auers Nervenleiden so schlimm, daß “ihm die Feder aus der Hand fiel”, also Lähmungserscheinungen auftraten. Er mußte sich monatelang in der Schweiz auskurieren. Wasserheilanstalten waren damals die bevorzugte Behandlungsmethode. Wo und wie lange er sich einer Wasserkur unterzog, ist nicht zu belegen, jedenfalls mehrere Monate, also schon vor Oktober 1889, als Bebel und Singer dazu an Auer schrieben. Kurz vor Bebels Brief an Auer äußerte Bebel gegenüber Friedrich Engels: “Auer ist schwer nervenkrank und muß in eine Kaltwasserheilanstalt, wahrscheinlich Baden-Zürich. Die Sache ist scheusslich. Auer ist einer unserer besten Leu-

---

11 Ebd.: 491.

te.”<sup>12</sup> Nach der Kur verbrachte das Ehepaar Auer den Winter am Genfer See, in einem der Dörfer von Montreux.<sup>13</sup> Alle Kosten trug die Sozialdemokratie; vor allem die Hamburger Parteiorganisation spendete große Beträge.

Durch die Ausweisung von Redaktion und Expedition des “Sozialdemokrat” im April 1888 aus der Schweiz, angesichts der Kompliziertheit, das Material zusammenzutragen, und wegen Auers Erkrankung konnte die Denkschrift nicht zum 10. Jahrestag des Sozialistengesetzes erscheinen. Man entschloß sich, den von Auer fertiggestellten Teil über die Geschichte der Sozialdemokratie zunächst gesondert zu publizieren. Er trug den Untertitel “I. Historisches” und wurde im Parteiverlag in London hergestellt. Die Auslieferung erfolgte am 24. August 1889. Die Nachfrage war so groß, daß bereits Anfang Oktober 1889 eine Nachauflage herauskam, insgesamt 15. 000 Exemplare.<sup>14</sup>

Die in der Literatur verbreitete Darstellung, Auer habe nach seiner Genesung die Schrift beendet, entspricht nicht den Tatsachen. Dazu dauerte die Genesung zu lange. Anhand der Materialien und Auers redaktioneller Vorarbeiten stellte Richard Fischer in London den zweiten Teil der Schrift fertig. Mit dem Untertitel “II. Die Opfer des Sozialistengesetzes” wurde dieser Teil ab 9. Mai 1890 ausgeliefert.<sup>15</sup>

Die illegal verbreitete Schrift trug keinen Verfassernamen – zum Schutz des Autors und weil sie in gewisser Weise eine kollektiv entstandene Darstellung war. Erst bei einer Neuauflage 1913 in Nürnberg mit einem Vorwort von Adolf Geck lautete der Titel nunmehr “Ignaz Auer: Nach zehn Jahren”, ebenso bei der Auflage von 1929.

Auers Kur “hatte den Erfolg, daß er nun lange Jahre wieder arbeits- und kampffähig war”. Allerdings äußerte Auer 1892, er habe “Jahre lang an dieser schlimmsten aller Krankheiten gelitten... und [sei] die letzten Nachwehen noch nicht ganz los”.<sup>16</sup> Länger als ein Jahrzehnt wirkte Auer ab September 1890 als Sekretär der Partei und als Redakteur des “Vorwärts”, ohne seine Kräfte zu schonen, oft 14 Stunden am Tag. Wie für Julie begannen auch für Agnes nach Aufhebung des Sozialistengesetzes, dem

12 A. Bebel an F. Engels, 17.10.1889. In: August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels. Hrsg. Werner Blumenberg, London u. a.: 368. In der Trauerrede für Auer sagte Bebel, daß dieser Ende 1888 in die Schweiz ging. Dagegen schrieb Bernstein im Lebensabriß, Auer sei Anfang 1889 nach Zürich übersiedelt (S. 53). Beide sprechen von einer mehrmonatigen Kur. Sie muß demnach vor Ende Oktober 1889 begonnen haben. In Zürich war Auer nicht polizeilich gemeldet, wie das Stadtarchiv Zürich mitteilte. Es ist auch fraglich, ob er sich in Zürich aufhielt, wie sich aus Bebels Brief vom 19.10.1889 ergibt. Im “Sozialdemokrat” vom 19.10.1889 hieß es u. a.: “Wir erfahren zu unserem großen Bedauern, daß der Zustand unseres schon seit Jahren wiederholten Erkrankungen ausgesetzten Genossen Ignaz Auer sich derart verschlimmert hat, daß die Ärzte ihm jegliche Beschäftigung untersagt und eine ausschließlich seiner Pflege gewidmete Kur für unerläßlich zu seiner Wiederherstellung erklärt haben.”

13 Vgl. Auers Erwiderung auf eine Verleumdung im “Leipziger Tageblatt”. In: Der Sozialdemokrat, 8.2.1890.

14 Siehe Kopierbücher von Julius Motteler im August-Bebel-Archiv, A 29, Bl. 115 u. a.; jetzt im Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn. Vgl. auch Der Sozialdemokrat, 24.8.1889 u. 15.2.1890.

15 Mottelers Kopierbuch, A 29, Bl. 323, 334 u. a.; Der Sozialdemokrat, 31.5.1890.

16 Bebels Trauerrede, Vorwärts, 16.4.1907; I. Auer an V. Adler, 26.9.1892. In: Victor Adler. Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky ... Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954: 101.

Umzug nach Berlin und der Genesung Auers glücklichere Tage. Am 2. April 1896 wurde Auers die Tochter Emmy geboren.

Auer konnte sein Nervenleiden nie völlig überwinden. Ende 1903 mußte er sich von Parteaufgaben weitgehend zurückziehen, versuchte aber 1905/1906, sich wieder einzureihen.<sup>17</sup> Die Wünsche nach Genesung Auers durchziehen mehrere Briefe der Bebels. Am 10. April 1907 erlöste ihn ein Schlaganfall von seinen Leiden.

Die Trauerfeier am Sonntag, dem 14. April 1907, steht in einer Reihe mit den Trauerzügen von Wilhelm Liebknecht und später von Paul Singer. Weit über hunderttausend Menschen folgten dem Sarg und säumten die Straßen nach Friedrichsfelde. Delegierte aus vielen Orten Deutschlands und dem Ausland gaben Ignatz Auer das letzte Geleit. In der Trauerhalle hielt August Bebel die Gedenkrede. Nach ihm sprachen Victor Adler, Rosa Luxemburg und weitere Redner. Am offenen Sarg entbot Paul Singer einen letzten Gruß. Der Grundtenor der Reden und Nachrufe stimmte mit Bebels Feststellung überein: „...sein Name aber wird allezeit auf der Ehrentafel der Parteigeschichte stehen“.<sup>18</sup>

Agnes Auer begab sich – wie die hier publizierten Briefe belegen – 1909 nach Stuttgart, wo ihre Tochter Anna mit Familie wohnte. Sie starb dort am 5. Februar 1922.<sup>19</sup>

## Dokumente

[August Bebel an Ignatz Auer]  
Leipzig, den 19. Dezember 1875<sup>20</sup>  
Lieber Auer!

Gestern überraschte mich Bernstein, der in den Reichstag kam, mit der Nachricht, daß Du Dich verlobt habest, und nach dem Vornamen und sonstigen Anzeichen zu schließen, ist es die kleine Agnes vom Hamburger Fest.<sup>21</sup> Ich bin zwar der Meinung, daß es kein

17 Im Lebensabriß schrieb Bernstein über Auers Befinden 1906: Er nahm am Parteitag in Mannheim teil. „Im Gespräch mit Genossen zeigte er sich geistesfrisch und voller Humor, aber das Wort hat Auer ... nicht genommen. – Ebenso besuchte er seit 1906 wieder den Reichstag, ohne in dessen Debatten einzugreifen. Es lag im Wesen seiner Krankheit, daß er zeitweise fast in Apathie verfiel und dann wieder tage- und wochenlang geistige Regsamkeit zeigte.“ Mühsam schleppte er sich des Wegs, „aber er klagte nie, sondern wehrte Fragen nach seinem Befinden mit Scherzworten ab“. (S. 68)

18 Bebels Trauerrede, Vorwärts, 16.4.1907. Durch die Presse ging auch ein Foto von Bebel, als er Erde in Auers Grab warf (siehe Bebel-Biographie, nach S. 624).

19 Vgl. Standesamt Stuttgart, Familienregistereintrag Bd. 210: 355. Dort auch die Angaben zu Emmy Bertha Johanna Auer. Diese heiratete am 23.12.1922 den Kandidaten der Staatswissenschaften Johann Scherm.

20 Zu dieser Zeit war Auer einer der beiden Sekretäre des Parteausschusses der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschland (SAPD) mit Sitz in Hamburg. Bebel war Erster Vorsitzender der Kontrollkommission der SAPD mit Sitz in Leipzig sowie Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Zu ihr gehörten die 1874 gewählten Vertreter der 1869 gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und des 1863 unter Ferdinand Lassalles Einfluß gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Geniestreich ist, wenn unsere Leute dem “Zug des Herzens” folgend, sich in die Bande der Ehe begeben,<sup>22</sup> sintemalen und alldieweilen aber das Lieben kein Verbrechen ist und es grausam wäre zu verlangen, daß jemand sein warmes Herz mit einem Kieselstein vertausche – was namentlich im vorliegenden Falle besonder schwer sein dürfte – so sende ich Dir – vorausgesetzt, daß mich B[ernstein] mit der Nachricht nicht “geuzt” hat, meine herzlichsten Glückwünsche, denen sich auch meine Frau anschließt. Auch bitte ich Dich, diese unsere Glückwünsche Deiner kleinen Braut in unserm Namen zu übermachen.

Frau Geib<sup>23</sup> wird Dich für die “Heuchelei”, die Du neulich an ihr in meiner Gegenwart begangen, wohl züchtigen, verdient hast Du es. – Gibt’s denn bald Hochzeit?! Ich bitte Dich an Geib und Große<sup>24</sup> die Beilagen befördern zu wollen, ich erspare das Porto.

Die Revision habe ich noch nicht vorgenommen, da mir faktisch dazu die Zeit fehlte; es soll das aber in der Pause geschehen, die wir bis Mitte nächsten Monats haben.<sup>25</sup> Es läßt sich dann gleich die Revision für dies. Quartal mit verbinden.

Das ist mir lieb, daß unsere Leute mit ihrer Vertretung zufrieden sind. In der Nachsession müssen aber auch Geib etc. heran. Vahlteich<sup>26</sup> hätte sehr gut zum Wort kommen können, wenn er nicht in einem fast kindisch zu nennenden Trotz sich geweigert, das Wort in der Spezialdebatte zu nehmen, d. h. wenigstens sich zu melden. Ich begreife nicht, wie man sich über irgendeine Handlung dieses Reichstags so aufbringen lassen kann. Wer sich über den ärgert, bleibt am besten zu Haus.

Die Strafgesetznovelle ist noch nicht fertig, Bismarck weiß, was er tat, indem er ihre Vertagung selbst befürwortete. Die Ferien dienen zum Kompromisseln. Ich bin üb-

21 Gemeint ist Agnes Henckhus (siehe Vorbemerkung). Bebel lernte sie wahrscheinlich auf einem “Concert und Ball” kennen, den die SAPD am 13. November 1875 in Hamburg veranstaltete. Einen Tag vorher hatte Bebel in Altona einen Vortrag gehalten über “Die soziale und politische Stellung des Kleinbürgertums und der Sozialismus”.

22 Zu diesem Urteil kam Bebel, der seit dem 9. April 1866 mit Julie Otto (1843-1910) verheiratet war, nachdem er 1872 bis 1874 zwei Jahre Festungshaft und vom 1. Juli 1874 bis 1. April 1875 neun Monate Gefängnis hinter sich gebracht hatte.

23 Wilhelmine Geib, geb. Riek aus Eutin (1834-1902), heiratete 1866 August Geib (1842-1879) in Hamburg, der sich seit 1864 in der Arbeiterbewegung engagierte und jetzt Mitglied des Parteiausschusses war. 1874 wurde Geib in den Reichstag gewählt.

24 Gemeint ist wahrscheinlich Johann (Jean) Groß (1849-1885), Delegierter des Gothaer Vereinigungskongresses 1875, der wohl die Versammlung mit Bebel in Altona organisiert hatte. Unter dem Sozialistengesetz aus Hamburg ausgewiesen, emigrierte er im Mai 1881 nach New York. (Staatsarchiv Hamburg, Politische Polizei: 149/328).

25 Die Reichstagssession dauerte vom 27. Oktober bis 18. Dezember 1875 und wurde vom 19. Januar bis 10. Februar 1876 fortgesetzt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sprachen vor allem zur Gewerbenovelle und zu den Hilfskassen sowie zum Reichshaushaltsetat (siehe auch August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften – im folgenden: BARS – Bd. 1, Nr. 37).

26 Julius Vahlteich (1839–1915) zählte zu den Mitinitiatoren der selbständigen Arbeiterbewegung Anfang der 60er Jahre des 19. Jh. Seit 1874 gehörte er dem Reichstag an. Bebel bezieht sich wohl auf die Spezialdebatte zum Reichshaushaltsetat. Vahlteich und Geib sprachen am 3. bzw. 8. Februar 1876 zum Gesetzentwurf über die Hilfskassen.

rigens auch der Ansicht, daß ihre Annahme oder Ablehnung für uns ziemlich auf dasselbe hinauskommt.<sup>27</sup>

Über Lossau<sup>28</sup> laufen bereits Klagen. Der Mann scheint sehr dem Kneipen ergeben zu sein und kürzt deshalb seine Arbeitszeit auf das geringste Maß. Er ist jetzt 2 Tage hintereinander erst nachmittags spät in die Redaktion gekommen. Ich bin der Ansicht, daß solchem Treiben von unserer Seite streng entgegengetreten werden muß. Wir spielen nicht die Ausbeuter, aber andererseits dürfen die Beamten sich auch nicht einbilden, daß die Partei ihre Liederlichkeit oder Bummelei zu bezahlen habe und sich ruhig gefallen lassen müsse.

Freundschaftlichst grüßt

Dein Bebel

[Julie Bebel an Agnes Auer]

Plauen-Dresden, den 21. Februar 1887<sup>29</sup>

Hohestraße 22

Liebe Frau Auer!

Im Auftrage eines hiesigen Freundes habe ich Ihnen anbei 60 Mark zu übersenden, welche Sie recht bald zu einem Besuch Ihres Mannes verwenden wollen. Die Gefängnisordnung verlangt, daß Sie sich vorher beim Direktor anmelden resp. anfragen, ob und wann Sie an einem beliebigen Tage Ihren Mann besuchen dürfen, was in der Woche an jedem Tag außer Sonntag geschehen kann. [Seite 1 u. 2 unten zugefügt:] Sie brauchen nicht dem Direktor zu schreiben, sondern schreiben zwei Tage vor Ihrer Abreise eine Karte an Ihren Mann, daß Sie den und den Tag kommen würden. Schreiben Sie an Herrn Julius Seifert, Zwickau, Innere Leipziger Straße 48 eine Karte und bitten ihn, daß er sie am Bahnhof abholt, aber zwei Tage vorher, der Mann tut das gern. Sie müssen am Bahnhof verweilen und sehen, wer wartet, da Sie den Mann nicht kennen.

Ich habe kürzlich mit meiner Tochter meinen Mann besucht,<sup>30</sup> und waren wir mit ihm eine ganze Stunde allein. Da ich das nicht dachte, nahm ich keine S.D. mit, und mein

27 Die Strafgesetznovelle, die Anfang Oktober 1875 eingebracht worden war, sollte gegenüber dem 1871 beschlossenen Strafgesetzbuch die Verfolgung politischer Gegner des Deutschen Reiches verschärfen. Die entscheidenden Paragraphen 130 und 131 wurden jedoch am 9. Februar 1875 vom Reichstag abgelehnt. Siehe BARS, Bd. 6: 432 ff.

28 Paul Lossau (1848–1884) gehörte 1876/1877 zu den ersten Redakteuren der "Berliner Freien Presse", seit 1878 in Stuttgart. Nach mehreren Verurteilungen emigrierte er in die USA und redigierte seit 1882 das "Philadelphia Tageblatt".

29 Ignatz Auer und August Bebel befanden sich zu dieser Zeit im Landesgefängnis Zwickau. Sie waren zu neun Monaten Haft wegen Teilnahme am sozialdemokratischen Parteikongreß in Kopenhagen 1883 verurteilt worden. Bebel wurde vom 15. November 1886 bis 14. August 1887 der Freiheit beraubt, Auer vom 16. November 1886 bis 15. August 1887. Der niederländische Sozialist Ignatz Bahlmann (1852–1934), der in Dresden wohnte, wollte Agnes Auer eine Reise zu ihrem Mann nach Zwickau finanzieren. Der Besuch im Gefängnis fand am 21. Mai 1887 statt. Anschließend hielten sich Agnes Auer und ihre Tochter drei Tage in Dresden auf. Sie wohnten bei Familie Bebel und unternahmen Ausflüge und Museumsbesuche mit I. Bahlmann. Dann fuhren sie nach Schwerin zu Agnes' Mutter Maria Henckhus. Auf der Rückreise besuchten sie nochmals I. Auer im Gefängnis. Genauer dazu Briefe einer Ehe, Briefe Nr. 127–128 und 130 sowie 102–103, 105, 117, 121–124, 126, 132–133.

30 Julie und Frieda Bebel unternahmen den Gefängnisbesuch am 5. Februar 1887.



Mann möchte es so gern<sup>31</sup> und wahrscheinlich auch die andern Herren. Vielleicht könnten Sie die Nummern recht klein zusammenfalten und mitnehmen und in Ihrer Kleider tasche verbergen. Wenn Sie, wie ich annehme, Ihren Mann auch allein sprechen dürfen,<sup>32</sup> können sie ihm dieselben geben, vorausgesetzt, daß er es will, natürlich dürfen Sie ihn nicht brieflich darum befragen. Die Reise werden Sie wohl am besten so einrichten, daß Sie München morgens mit dem Courierzug 7 Uhr 15 Minuten verlassen, welcher abends 6 Uhr 42 Minuten in Zwickau ankommt, dort übernachten, den folgenden Tag Ihren Mann besuchen, abends 7 Uhr 28 Min. wieder abfahren und den folgenden Morgen 8 Uhr wieder in München eintreffen. In beiden Courierzügen gibt es zwischen München und Zwickau Durchgangswagen, so daß sie nicht umzusteigen brauchen. Sie werden gut tun, ein Retourbillet II. Klasse über Bamberg nach Hof zu nehmen, welches 31 M 20 Pf kostet und in Hof ein Retourbillet II. Klasse nach Zwickau, dessen Preis der Herr nicht genau weiß. Auf der Hinreise erhalten Sie zu den Retourbillets ohne weiteres ein Zuschlagsbillet, damit Sie die Courierzüge benutzen dürfen. Auf der Rückreise wollen Sie jedoch nicht vergessen, sich ja ein Zuschlagsbillet an den Billetschaltern in Zwickau und Hof zu holen.

Wenn Sie Ihr Töchterchen<sup>33</sup> mitnehmen wollen und dieselbe über 10 Jahr alt ist, gibt es keine Preisermäßigung und wäre der doppelte Betrag für die Reise erforderlich. Die III. Wagenklasse gibt es bei den Courierzügen ja leider nicht, und die Personenzüge fahren so langsam, daß Sie dieselben nicht benutzen können. Auch die sogenannten kombinierbaren Rundreisebillets würden in diesem Falle nicht vorteilhaft sein, weil Sie damit die Bamberger Route nicht zweimal befahren dürfen. Wenn Ihr Töchterchen aber noch nicht 10 Jahr alt ist, brauchen Sie glaube nur die Hälfte zu zahlen und muß ich das Ihrem Ermessen anheim stellen. Vielleicht können Sie auch Frau Viereck von dem Vorstehenden unterrichten, da sie ihren Mann bald besuchen will. Daß es unsren Männern gut geht, werden Sie von Fr. Viereck erfahren haben und hoffe ich, daß sie an ihrer Gesundheit keinen Schaden leiden. Diese miserablen Wahlergebnisse werden sie allerdings niederschmettern, wie es uns auch ergangen ist.<sup>34</sup> Indes glaube ich, daß es für Ihres Mannes Gesundheit ganz gut ist, wenn er nicht die strapaziösen Reisen immer zu machen hat. Aber für die Sache ist's freilich ein großer Verlust und bringt das mühsam Erworbene um viele Jahre zurück, solche Resultate hatte man nicht

---

31 Julie Bebel hatte versäumt, Exemplare des illegal vertriebenen "Sozialdemokrat" ins Gefängnis zu schmuggeln.

32 Nachdem Laura Viereck ab Ende April 1887 etwa zwei Wochen täglich bei ihrem Mann im Zwickauer Gefängnis weilte, wurde am 14. Mai 1887 festgelegt, daß die inhaftierten Sozialdemokraten nur im Beisein eines Beamten Besuch empfangen durften. Laura Viereck (geb. 1855) war die Tochter von Wilhelm Viereck, der 1848 in die USA emigrierte und in San Franzisko ein deutsches Theater gründete. Sie heiratete ihren Cousin Louis Viereck (1851–1922) im Juni 1881.

33 Siehe Brief vom 24.9.1900.

34 Offenbar beendete Julie Bebel den Brief nicht am 21. Februar, dem Tag der Reichstagswahlen. Die Sozialdemokratie erhöhte ihre Stimmenzahl von rund 550 000 auf rund 763 000 Stimmen, erlangte aber statt 25 nur noch 11 Mandate. Bebel siegte im 1. Hamburger Wahlkreis, Auer unterlag im Wahlkreis Glauchau-Meerane.

erwartet. In Sachsen sind sämtliche Sitze verlorengegangen. Der arme Herr Viereck tut mir auch leid, sogar Herr Liebknecht ist durchgefallen.<sup>35</sup>

Doch ich muß schließen mit dem Wunsche, daß Sie Ihren Mann bald wiedersehen und recht gesund finden mögen. Mein Mann sagte mir, daß sich sein Husten fast ganz verloren hätte, der anfangs sehr heftig war, auch sein Aussehen sei viel besser.

Nun glückliche Reise und herzliche Grüße, bitte auch [an] Frau und Frl. Viereck<sup>36</sup>, deren Brief ich erhalten habe, von Frieda und Julie Bebel

[August Bebel an Agnes Auer]

Dresden-Plauen, den 15. August 1887

Geehrte Frau Auer!

Ihrem gestern übermittelten telegraphischen Glückwunsch zu meiner Befreiung lasse ich heute den meinen zugleich im Namen von meiner Familie folgen, und wünschen wir insbesondere, daß dies erste Mal auch das letzte Mal sein möge, wo der Mann Ihnen auf solche Weise entrissen wurde. Viel Glück für die Zukunft.

Wir hoffen, Nazi morgen hier bei uns zu sehen, statt in B[erlin].<sup>37</sup>

Mit den besten Grüßen

von Haus zu Haus Ihr

A. Bebel

[Julie Bebel an Agnes Auer]

Plauen-Dresden, den 29. Dezember 1888

Liebe Frau Auer!

Haben Sie schönen Dank für Ihr Bild, es ist sehr hübsch gemacht und gut getroffen, wir haben uns darüber gefreut. Ebenso danke ich für die Weihnachtswünsche. Wir haben die Feiertage sehr einfach, wie immer, aber glücklich und zufrieden verlebt. Kam doch Frieda gesund und vergnügt aus des Schwarzwalds Tannenwäldern zurück, und das allein schon genügte mir, um das Fest zufrieden zu begehen. Frieda geht auch wieder dorthin zurück, da es ihr dort sehr gefällt und sie körperlich und geistig profitiert.<sup>38</sup>

35 Wilhelm Liebknecht (1826–1900), der vor den Wahlen aus Offenbach-Dieburg ausgewiesen worden war, verlor dort sein Reichstagsmandat. Im August 1888 erlangte er in Berlin ein Mandat.

36 Es handelt sich um die Schwester von Laura Viereck.

37 Am 16. August 1887 trafen sich Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Bebels Wohnung. Sie berieten über die Einberufung des nächsten Parteikongresses und beschlossen einen entsprechenden Aufruf, den Bebel im Zwickauer Gefängnis entworfen hatte. Durch die Art der Einberufung wurde eine Verurteilung wegen Geheimbündelei wie nach dem Kongreß in Kopenhagen – umgangen.

38 Frieda Bebel (1869–1948) erlitt im Mai 1888 einen Nervenzusammenbruch. Um Frieda Luftveränderung zu verschaffen, lud Bebel Frau und Tochter zu einer Reise nach Süddeutschland ein. Um den 18. Juli 1888 weilten sie in München. Auf Einladung der befreundeten Arztfamilie Hope Adams-Walther (1855–1916) und Otto Walther (1855–1919) reiste Frieda am 31. Juli 1888 zu Walthers auf die Brandeck. Dort erholte sie sich bald, blieb aber bis April 1889 bei ihnen, um sich auf ein geplantes Studium in Zürich vorzubereiten.

Sie hat 18 Pfund zugenommen und [ist] ganz rund geworden, sie hat drei Kinder unter ihrer Obhut<sup>39</sup> und treibt nebenbei ihre Studien, hat Stunden in Offenburg, hat dort überhaupt viel geistige Anregung. Herr Träger<sup>40</sup> hat sie kürzlich dort besucht, es ist überhaupt sehr viel Fremdenverkehr dort, so daß es ihr nicht einsam ist. Zum Frühjahr will sie nach der Schweiz. Aber nach München werden wir dies Jahr nicht kommen, so gut es uns dort auch gefallen hat. Kommen Sie nur einmal wieder hierher zum Besuch. Ich glaube gern, daß Sie an Ihrem Mutterchen hängen, es ist eine gute Mutter, die die Liebe erntet, die sie ausstreut. Ich habe mich gefreut, sie kennenzulernen,<sup>41</sup> und wie gefällig liebenswürdig hat sie uns den Schinken besorgt, er war wirklich ausgezeichnet. Ich hätte allerdings nicht geglaubt, daß man in dem großen München sich isoliert fühlen kann, aber nachdem Sie es mir geschildert, ist's ja erklärlich. Die leidige Politik zerstört aber alle freundschaftlichen Bande, und für uns Frauen ist das oft am fühlbarsten.<sup>42</sup> Wir haben ja auch nichts Besonderes hier und Verkehr sehr wenig. Bahlmanns sind ja sehr gut, aber es ist zu eintönig dort, und kann man sie recht gut mit Dr. Braun vergleichen und sagen: Wie angenehm könnten die sich das Leben machen.<sup>43</sup> Herr Bahlmann war übrigens sehr krank an der Gesichtsrose, und war es auch das Fest über. Jetzt beginnt es besser zu werden, und ist er wieder aufgestanden. Die Kinder<sup>44</sup> waren zum Bescherabend bei uns, weil zu Hause nichts beschert wird. Es gefällt ihnen sehr gut und wollen sie immer nicht fort. Herr Singer freut sich wieder seiner Heimat, wenn nur der Reichstag recht lange dauert,<sup>45</sup> obgleich mein Mann es für sich nicht wünscht. Doch ich muß schließen. Hoffentlich befinden Sie sich mit Ihrem lieben Mann und Annchen recht wohl? Dasselbe kann ich Ihnen auch von uns versichern.

39 Zwei der Kinder waren die des Arztehepaares: Heinz Walther (1884–1968) und Mara Walther (1886–1964).

40 Ein Herr Träger (Traeger?) studierte 1886/1887 am Polytechnikum in Dresden und ging dann nach Heidelberg. In Dresden unterrichtete er Frieda in Latein.

41 Offenbar weilte Maria Henckhus aus Schwerin zur gleichen Zeit wie Familie Bebel in München.

42 Familie Auer war im April 1886 nach München gezogen, da Ignatz Auer als Redakteur an den von Louis Viereck herausgegebenen Blättern mitwirkte. Besonders während der Zwickauer Haft 1886/1887 verkehrten Agnes Auer und Laura Viereck sowie ihre Kinder freundschaftlich miteinander. Der Parteitag in St. Gallen im Oktober 1887 entzog Viereck alle Vertrauensstellungen in der Partei. Auer trat aus der Redaktion aus und brach die persönlichen Verbindungen ab.

43 Zwischen Ignatz Bahlmann (1852–1934) und seiner Frau Barbara kam es mehrfach zu Zwistigkeiten. Sie wurden 1902 geschieden. Zerwürfnisse gab es auch zwischen Heinrich Braun (1854–1927) und seiner ersten Frau Josefine. Sie trennten sich 1890.

44 Gemeint sind Bahlmanns Kinder Felix (geb. 1882), Ottilie (geb. 1885) und August (geb. 1887). Zu Bahlmanns vgl. Briefe einer Ehe.

45 Da Paul Singer (1844–1911) aufgrund des Sozialistengesetzes aus Berlin ausgewiesen war, durfte er sich nur während der Reichstagsessionen in Berlin aufhalten, wo er mit seinem Bruder Heinrich (1841–1920) und seiner Schwester Mathilde (1842–1902) zusammenlebte. Außerhalb dieser Zeiten wohnte er wie Familie Bebel in Plauen bei Dresden. Die Reichstagsession dauerte vom 22. November 1888 bis 24. Mai 1889.

Nehmen Sie alle drei unsere herzlichen Glückwünsche zum neuen Jahr entgegen, und seien Sie vielmals begrüßt von meinem Mann, der Frieda und Ihrer freundschaftlich ergebenen  
Julie Bebel

[August Bebel an Ignatz Auer]

Dr[esden-]Pl[auen], den 19. Oktober 1889

Lieber Nazi!

Ich rate Dir ebenfalls, nach Baden/Schw[eiz] zu gehen. Du hast dort nicht allein weit mehr Ruhe, was jetzt für Dich die Hauptsache ist, sondern auch bessere Luft.<sup>46</sup>

Ich bin der Meinung, daß Du neben dem 17. Wahlkreis ruhig auch in Görlitz kandidieren solltest, es fehlt an Kandidaten. Habe ich doch auch 3 Kandidaturen wieder auf dem Hals.<sup>47</sup>

Die Agitation im 17. werden wir energisch betreiben, ich hoffe, daß wir diesmal dort gründlich siegen und Dich heraushauen. Die Landtagswahlen haben den Mut unserer Leute mächtig gehoben und ebenso sehr den der Gegner gedrückt.<sup>48</sup>

Für Dich ist jetzt die Hauptsache, Dich aufs strengste allen ärztlichen Anordnungen zu fügen, es wäre doch des Teufels, wenn Du dann in 4 - 5 Monaten Dich nicht wieder vollkommen erholt hättest.

Der Elberfelder Prozeß ist mir natürlich sehr ärgerlich, aber ich glaube sicher durchzukommen. Es ist die ganze alte Litanei, die wiedergekäut wird. Ich hoffe auch, daß wir durchsetzen, daß die allgemeine Verbindungsgeschichte gleich an den ersten Tagen erledigt wird und wir dann, da uns der lokale Quark nichts angeht, beurlaubt werden, so daß wir nicht länger als absolut nötig sitzen werden.<sup>49</sup> Der Präsident<sup>50</sup> hat schon geäußert, daß er uns möglichst entgegenkommen wird.

46 Auer sollte zum 10. Jahrestag des Sozialistengesetzes im Oktober 1888 eine Broschüre zusammenstellen über die Verfolgungen, denen die Sozialdemokratie ausgesetzt war. Zur Entstehung der Schrift "Nach zehn Jahren. Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes", London 1889 u. 1890, und zu Auers Aufenthalt in der Schweiz siehe die Vorbemerkung.

47 Es geht um die Reichstagswahlen am 20. Februar 1890, bei denen die Sozialdemokratie zur wählerstärksten Partei wurde. Ihr großer Wahlerfolg mit 19,7 Prozent der Stimmen trug zu Bismarcks Sturz bei. Im 17. sächsischen Wahlkreis Glauchau-Meerane erhielt Auer im 1. Wahlgang die absolute Mehrheit. In Görlitz kandidierte Auer nicht. Bebel siegte im 1. Hamburger Wahlkreis. In der Stichwahl unterlag er 1890 in den Wahlkreisen Leipzig-Stadt und Erlangen-Fürth.

48 Bei den Reichstagswahlen 1887 hatte die Sozialdemokratie in Sachsen alle Mandate verloren. Bei den Landtagswahlen am 15. Oktober 1889 – ein Drittel der Abgeordneten wurde neu gewählt – erlangte sie 20 Prozent der Stimmen und besaß nunmehr 7 statt bisher 5 Mandate.

49 Der Elberfelder Geheimbundprozeß fand vom 18. November bis 30. Dezember 1889 statt. Angeklagt waren 91 Sozialdemokraten. Bebel stand vor Gericht, weil ein über das Deutsche Reich verzweigter Geheimbund nachgewiesen werden sollte, dem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vorstehe. Diesen Teil der Anklage mußten die Richter fallen lassen, konstatierten aber für Elberfeld einen örtlichen Geheimbund. Bebel war fast die ganze Verhandlungszeit anwesend und leitete faktisch die Verteidigung. Freispruch erhielten 43 Sozialdemokraten. Siehe auch Briefe einer Ehe, Nr. 151–157 und BARS, Bd. 2/2, Nr. 213–214.

50 Gerichtspräsident war Friedrich Pinoff (1849–1916).

Kommt Ihr nach Baden, so wird Euch auch meine Frieda mal besuchen. Adresse Casinotr. 3 I Z[ürich]-Hottingen.<sup>51</sup>

Und vielleicht findet Frl. Viereck in St. [Paolo?], was sie in Deutschland vergebens erwartete, einen – Mann.

Herzlichen Gruß von Haus zu Haus

Dein

A. Bebel

Stolle ist gewählt. Nun kann's Konzert losgehen, den Kapellmeister haben wir.<sup>52</sup>

[Paul Singer an Ignatz Auer]

Dresden-Plauen, den 19. Oktober 1889

Lieber Nazi!

Ich will diesen Brief nicht abgehen lassen, ohne Dir einen recht guten Erfolg Deiner Kur zu wünschen.

Vor allem mach Dir nur nicht die geringste Sorge; es ist alles eingerichtet, daß Du die nächste Zeit nur Deiner Erholung zu leben brauchst. Jetzt wünschte ich Deinetwegen, die Wahlen schöben sich noch hinaus, damit Du ordentlich dazwischen schmettern kannst.

Aurevoir; laß Dir's gut gehen und grüß Deine kleine Frau und Tochter.

Mit Gruß und Handschlag

Dein

Paul Singer

[August Bebel an Ignatz Auer]<sup>53</sup>

[Zürich,] den 4. April 1896

L[ieber] N[azi!]

Unsern herzlichen Glückwunsch zu dem Maidlein,<sup>54</sup> wahrscheinlich hätte Anna lieber ein Brüderlein gehabt. Aber wir haben bis jetzt leider noch nicht die Kunst erfunden, die Wünsche nach Belieben zu befriedigen.

---

51 Im April 1889 begab sich Frieda Bebel nach Zürich. Sie bereitete sich dort auf die Reifeprüfung vor. An der Höheren Töchterschule am Großmünster nahm sie Stunden und war Gasthörerin an der Zürcher Universität. Ein Studium begann sie nicht, vorwiegend aus gesundheitlichen Gründen. In Zürich lernte sie Dr. Ferdinand Simon (1862–1912) kennen. Beide heirateten am 2. Februar 1891. – Auer kann sich demnach 1889 wohl nicht in Zürich aufgehalten haben.

52 Mit dem Kapellmeister ist Wilhelm Liebknecht gemeint, der in Chemnitz in den Landtag gewählt wurde nach vierjährigem Mandatsverlust. Außer ihm gewann Heinrich Stolle (1840–1911), Bruder von Wilhelm Stolle (1842–1918), das Landtagsmandat in Stollberg-Lugau.

53 Seit dem Parteitag in Halle 1890 wurde Auer auf den jährlich stattfindenden Parteitagen stets zum Sekretär des Parteivorstandes gewählt. In dieser Funktion leistete er Immenses zur organisatorischen Festigung und zur Ausweitung der Agitation der Partei.

54 Agnes und Ignatz Auer wurde die zweite Tochter namens Emmy geboren.

Ich las letztere Tage in einer Zeitung, daß unser Prozeß kurz nach Ostern vor dem Schöffengericht zur Verhandlung kommen sollte. Da Du darüber nichts bemerkst, wird das wohl nicht richtig sein. Sollte eine Anordnung getroffen werden vor Ablauf der Ferien, dann bitte ich Dich um sofortige Benachrichtigung, damit ich rechtzeitig eintreffe.<sup>55</sup> Bisher hatten wir hier schlechtes Wetter. Schnee und Schmutz und naßkalte Witterung, so daß die Vegetation bis jetzt weniger entwickelt ist als in der Berliner Gegend. Erst heute fängt es an wärmer zu werden.

Herzlichen Gruß von Haus zu Haus Dein

A. B[ebe]l

Der Frau Netterl<sup>56</sup> wünschen wir noch besonders Glück zu dem guten Gang der Sache.

[Julie Bebel an Agnes Auer]

Küsnacht, den 24. September 1900

Meine liebe Frau Auer!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihr liebes Briefchen und die freundliche Einladung zu Annchens Hochzeit resp. ihrer Vorfeier, wir werden sehr gern dabei sein.<sup>57</sup> Wir gehen Anfang nächster Woche heim.

Daß Sie sich so hübsch erholt haben in Ihrer Sommerfrische, freut mich ungemein, und noch dazu in Gesellschaft Ihres Schwiegersohnes. Das war besonders angenehm. Aber es freut mich auch ganz besonders, daß sich Ihr lieber Mann ganz erholt hat, damit er jetzt schon auf dem Posten sein kann.

Unser Aufenthalt war diesmal nicht sehr günstig.

Erst hatten wir viel Besuch, eine Schwägerin aus Leipzig<sup>58</sup> war 5 Wochen da, da mußten wir immer etwas unternehmen, und bei der Hitze hatte ich täglich für 6 - 7 Personen zu kochen und noch dazu bei ungünstigen Küchenverhältnissen und ohne Hilfe. Wir haben ein ganz junges Mädchen, eine Französin, wovon unser Kleiner<sup>59</sup> Französisch lernt, [die] aber vom Kochen nichts versteht und erst lernen will.

---

55 Am 29. November 1894 waren der sozialdemokratische Parteivorstand und Leitungsgremien der Berliner Sozialdemokratie polizeilich geschlossen – also verboten – worden. Die Reichstagsfraktion übernahm die Leitung der Partei. Der Prozeß gegen den Parteivorstand fand vom 15. bis 18. Mai 1896 statt. Das Urteil, das auf dauernde Schließung lautete, wurde durch Revisionsverhandlung am 8. März 1897 aufgehoben.

56 Vielleicht eine Verwandte Auers? Im Nachruf auf Ignatz Auer im "Illustrierten Neue-Welt-Kalender für das Jahr 1908" wird der Geburtsname von Agnes Auer mit Netterl angegeben.

57 Anna Auer (1879–1965) heiratete am 15. Oktober 1900 den Sozialdemokraten Berthold Heymann (1870–1939). Im April 1901 zogen sie nach Stuttgart. Sie hatten drei Kinder. Heymann redigierte in Stuttgart den "Wahren Jacob", war 1906–1933 Mitglied des württembergischen Landtags, November 1918 bis Juli 1920 erst Kultus-, dann Innenminister, später Schriftsteller und Redakteur. Beide emigrierten 1933 nach Zürich, wo sie eine Fremdenpension unterhielten.

58 Gemeint ist Bertha Otto (1843–1930).

59 Gemeint ist Bebels Enkel Werner Simon (1894–1916).

Dann kam die Attacke mit dem armen Herrn Liebknecht, wo mein Mann zwei Tage von Hause fort war in die Berge und gleich wieder zurück mußte, um in Berlin zu sein.<sup>60</sup> Und zu guter Letzt noch die Augenentzündung. Das waren böse 4 Wochen, wo er nichts lesen und schreiben konnte und Frieda und ich ihm vorlesen und seine Korrespondenz führen mußten.<sup>61</sup> Auf diese Weise ist die Zeit verzettelt worden, ohne daß man sie viel genießen konnte.

Na, wir sind nur froh, daß mein Mann soweit wieder hergestellt ist, daß er schreiben und lesen selbst wieder kann. Aber in Acht muß er sich noch sehr nehmen, damit er keinen Rückfall bekommt.

Ich wußte ja gar nicht, daß Sie auch eine Augenentzündung hatten? Ja, es geht doch nichts über die Gesundheit. Ich bin auch froh, es wieder zu sein. Die arme Emmy Herzfeld kann mir auch leid tun, daß sie sich gesellschaftlich ruiniert. Und der arme Robert hat dabei auch was abgekrigelt. Dabei wußte Herr Herzfeld nichts davon, wie ihn mein Mann frug.<sup>62</sup>

Die Gute hilft Ihnen gewiß auch mit.

Daß Sie jetzt tüchtig zu tun haben, glaube ich gern, das ist auch noch eine unruhige Zeit vor einer Hochzeit, aber man tut es so gern und freut sich, wenn die Kinder glücklich sind.

Doch nun Adjeu, bis auf Wiedersehen, recht herzliche Grüße Ihnen und Annchen und dem kleinen Emmychen und wenn der Gatte zurückkommt, auch diesem von uns allen, von Frieda und meinem Mann besonders

Ihre

Julie Bebel.

Unser Kleiner nicht zu vergessen, er geht hier in die Dorfschule und schreibt und liest sehr nett, für ihn war der Aufenthalt hier sehr von Nutzen.

60 Wilhelm Liebknecht verstarb ganz unerwartet am 7. August 1900. Er wurde am 12. August in Friedrichsfelde beigesetzt, etwa 150 000 Menschen folgten dem Sarg bzw. säumten die Straßen. Bebel sprach als erster Worte des Gedenkens. Er widmete dem Freund mehrere Gedenkartikel und würdigte ihr gemeinsames Wirken in seinen Erinnerungen "Aus meinem Leben". Vgl. BARS, Bd. 4, Nr. 41; Bd. 6, Aml; Bd. 7/1 Nr. 4 u. 18; Bd. 8/2 Nr. 69. Siehe auch August Bebel. Schriften 1862–1913. Hrsg. von Cora Stephan, Bd. 2, Nr. 35.

61 Bebel erlangte erst nach einem Jahr wieder die volle Sehkraft. Er nahm zwar ab 19. September 1900 am sozialdemokratischen Parteitag teil. Doch wurde an seiner Stelle Ignatz Auer zum Internationalen Sozialistenkongreß nach Paris, der vom 23. bis 27. September 1900 stattfand, delegiert.

62 Robert Herzfeld, von Beruf Gelbgießer, später Expedient, engagierte sich in der Berliner Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz. Ab 1889 Stadtverordneter in Berlin, 1901 kandidierte er nicht wieder. Mit Emmy Herzfeld verbanden Julie Bebel bis zu ihrem Tod freundschaftliche Beziehungen. – Emmy Herzfeld war demnach nicht die Frau von Joseph Herzfeld, wie in "August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky. Hrsg. Karl Kautsky Jr., Assen 1971" angegeben.

[August Bebel an Ignatz Auer]

Berlin, den 24. Dezember 1900<sup>63</sup>

L[ieber] I[gnatz]

Briefe erhalten, schönsten Dank. Ich war ganz überrascht über den Ton, den der V[orwärts] gegen L.[?] anschlug und meine doch, daß man der Redaktion scharf zur Vorsicht raten solle. Die Antipathien gegen Personen können doch nicht maßgebend sein, und was geplant wird, ist toll.

Wie ich erwartet, so scheint es zu kommen. Wie ich heute hörte, will E[duard Bernstein] mit der Übersiedelung noch warten. Man hat ihm überflüssiger Weise Flöhe ins Ohr gesetzt und zwar von dort aus. J. B[loch] mag wohl selbst überrascht sein, das zu hören.<sup>64</sup>

Wir haben hier mehr Frühlings- als Winterwetter. Tretet das neue Jahrhundert vergnügt an. Ende gut alles gut.

Mit den besten Grüßen von Haus zu Haus

Dein A. B[ebel]

[August Bebel an Ignatz Auer, mit Zusatz von Julie Bebel]

Schöneberg-Berlin,

Hauptstraße 84, den 18. April 1904

Lieber Nazi!

Zu Deinem Geburtstag senden wir Dir unsere herzlichsten Glückwünsche. Wir wünschen, daß Dir die Landluft auf das Beste bekomme und Dich dieser Aufenthalt so stärke, daß Du wieder in Reih und Glied mitarbeiten kannst. Schließlich ist Gesundheit doch das höchste aller Güter.

Ich wäre gerne persönlich gekommen, aber es geht leider nicht. Ich muß Vormittag wieder in die Budgetsitzung und nachher haben wir, wie Du weißt, Plenarsitzung.<sup>65</sup>

Wenn nur dieser Schwatz einmal ein Ende nähme, es ist zum Davonlaufen, so ein Reichstag hat noch nicht existiert.

Gestern war ich für Buchwald in Kahla und nächsten Sonntag blühen mir 2 Versammlungen im westlichen Altenburg.<sup>66</sup> O Herr, halt ein mit Deinem Segen.

63 Die Karte trägt den Poststempel "Zürich, 26.XII.00".

64 Ende des Jahres 1900 wurde der polizeiliche Steckbrief wegen "Gemeinbündelei" gegen Eduard Bernstein und Julius Motteler aufgehoben. Wegen der Herausgabe des "Sozialdemokrat" unter dem Sozialistengesetz erlassen, war der Steckbrief seit 1890 jedes Jahr erneuert worden. Über Möglichkeiten der Rückkehr nach Deutschland hatte sich Bernstein mit Auer auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Paris beraten. Bernstein kam im Januar 1901 zurück und nahm in Berlin seinen Wohnsitz. Da Bernsteins Revision des Marxismus auf dem Parteitag in Hannover 1899 verurteilt worden war, schied er im April 1900 aus dem Mitarbeiterstab der "Neuen Zeit" aus. Er wurde ständiger Mitarbeiter der "Sozialistischen Monatshefte", dem Organ der Revisionisten, das Joseph Bloch (1871–1936) herausgab.

65 Im Reichstag wurde der Etat beraten, speziell für das Auswärtige Amt.

66 In Sachsen-Altenburg fand am 29. April 1904 eine Wiederholungswahl zum Reichstag statt. Bebel sprach am 17. April 1904 in Kahla und am 24. April in Hermsdorf und Eisenberg. Vor allem prangerte er Milita-



Verlebe den Tag mit den Deinen recht vergnügt.  
Mit herzlichem Gruß von Haus zu Haus Dein  
A. Bebel

[Zusatz von Julie Bebel]

Lieber Herr Auer! Meine besonderen Wünsche für Ihr Gesundwerden in dem neuen Lebensjahre sendet nebst herzlichen Grüßen Ihnen und den Ihren Ihre Julie Bebel.

[August Bebel an Ignatz Auer]

Lugano, den 17.4.1905

Lieber Nazi!

Meine Frau und ich senden Dir zu Deinem Geburtstage unsere herzlichsten Glückwünsche. Vor allem wünschen wir Dir, daß Du Deine Gesundheit wieder voll erlangen mögest. Was hilft alles andere, so angenehm es sein mag, wenn einem die Gesundheit und damit die Genußfähigkeit fehlt. Ich habe in der letzten Zeit den Eindruck gehabt, als seiest Du frischer als seit langem gewesen, vielleicht verhilft Dir Eure neue Wohnung zu weiteren Fortschritten.<sup>67</sup> Sobald wir wieder zu Hause sind, was für mich wenigstens am 2. oder 3. Mai der Fall sein dürfte, besuchen wir Euch.

Hier ist die Vegetation nicht so weit vor, als ich erwartet hatte. Wären nicht die südländischen Bäume und Sträucher vorhanden, Kamelienbäume etc., die fast verblüht sind, man könnte glauben, man sei im südwestlichen Deutschland. Berlin gegenüber dürfte die Vegetation 4–5 Wochen voraus sein. Die Gegend selbst ist herrlich, Lugano liegt wohl am schönsten von den Städten an den verschiedenen Seen.

Heute oder morgen werden Dietzgens aus Locarno mit Kautskys auf einen halben Tag zu Besuch eintreffen.<sup>68</sup> Mittwoch brechen wir auf nach dem Comosee, indem wir eine kleine Rundreise unternehmen und werden Freitag am Lago Maggiore in Locarno landen, wo wir die Feiertage über bleiben, um am 3. Feiertag nach Zürich zurückzudampfen.

Dort müssen wir unsern Umzug bewerkstelligen, sonst werde ich am 30. aus meinem ehemaligen Haus herausgeschmissen.<sup>69</sup>

---

rismus und Kolonialpolitik des Deutschen Reiches an und verurteilte den Ausrottungsfeldzug gegen die Hereros in Südwestafrika. Das 1903 für den Buchbinder und Redakteur Bruno Buchwald (1847–1913) gewonnene Mandat ging wieder verloren. Buchwald war 1889–1913 Landtagsabgeordneter in Sachsen-Altenburg.

67 Bei der Übersiedlung nach Berlin nahm Familie Auer in der Katzbachstraße 9 Quartier, dem Sitz des Parteivorstands. Dann zogen sie in die Kreuzbergstraße 80 und 1905 in die Lichterfelder Straße 30.

68 Gemeint sind Eugen Dietzgen und seine Frau Anna sowie Karl Kautsky (1854–1938) und seine Frau Luise (1864–1944).

69 Nach der erneuten schweren Krankheit seiner Tochter im Sommer 1894 erwarb Bebel ein Grundstück in Küsnacht, direkt am Zürichsee, und ließ eine Villa errichten. Die ersten beiden Stockwerke vermietete er. Die Mansarde bezogen Bebels. Dort erholte sich ab 1897 die Familie den Sommer über. Vor allem wegen gehässiger Angriffe seitens seiner politischen Gegner versuchte Bebel seit 1900 die Villa zu verkaufen, was erst 1905 gelang.

Als wir hier ankamen, trafen wir Manasse<sup>70</sup>, der sich bis nach Neapel geschlängelt hatte. Samstag ist er nach Luzern zum Vortrag.

Von Bekannten haust Dodel<sup>71</sup> hier, auch hat Ruegg<sup>72</sup> auf 8 Tage Urlaub für hier genommen.

Viel Vergnügen zu Deinem Geburtstag und herzlichen Gruß von uns an Euch  
Dein

A. Bebel

[August Bebel an Ignatz Auer]

Zürich, den 17. April 1906

Lieber Nazi!

Meine Frau und ich senden Dir zu Deinem sechzigsten Geburtstag unsere herzlichsten Glückwünsche.<sup>73</sup> Vor allem wünschen wir, daß es Dir gelingen möge, Deine volle Gesundheit wieder zu erlangen. Bei dem großen Mangel an jungen und jüngeren Kräften müssen wir Alten so lange wie möglich auszuhalten suchen, koste es, was es wolle. Da wir nicht in Berlin sein können und wir nicht recht wissen, womit wir einen Wunsch von Dir befriedigen können, übersenden wir Dir durch die Deutsche Bank M 150.- und bitten wir diese in einer Deinen Wünschen entsprechenden Weise zu verwenden. Wir waren eine Woche in Südtirol und am Gardasee und sind von dort am 1. Feiertag früh hier angekommen. Wir haben uns auch Meran angesehen und trafen grade bei der Rückfahrt am Bahnhof Bürks[?] Schwiegersohn und Frau, die den Vater von München erwarteten.

Allzu entzückt sind wir von der Reise nicht, obgleich das Wetter sehr schön war. Man bekommt eine Unmenge Staub zu schlucken, und der gänzliche Mangel an staubfreien Anlagen in den Städten – meist sind überhaupt keine Anlagen vorhanden – daneben die tristen Berge ohne Wald und die Überfüllung aller Hotels und Bahnzüge machen eine Reise um diese Zeit nicht sehr angenehm.

Hier, wo in der Vegetationsentwicklung im Vergleich zu Südtirol nur wenig Unterschied besteht, gefällt es mir weit besser. Und da ich mir auf der Reise einen Magenka-

70 Der Kaufmann und Schriftsteller Waldeck Manasse (1864–1923) vertrat die Sozialdemokratie ab 1906 als Stadtverordneter in Berlin. 1921–1923 Mitglied des preußischen Landtags, zunächst USPD, dann SPD. In seiner Gedenkrede auf einer der sozialdemokratischen Trauerfeiern für Bebel am 17. August 1913 in Berlin erwähnte Manasse dieses Zusammentreffen. Siehe W. Manasse, August Bebel. Gedenkrede (Brauerei Friedrichshain am Tage der Einäscherung), Berlin 1913: 8.

71 Arnold Dodel (1843–1908), Anhänger der Darwinschen Lehre, Professor für Botanik an der Zürcher Universität.

72 Reinhold Ruegg (1842–1923) Demokrat, Redakteur der "Züricher Post".

73 Der "Vorwärts" würdigte am 19. April 1906 unter der Überschrift "Zum 60. Geburtstag Ignaz Auers" dessen Wirken für die Partei. Am 21. April erschien dort Auers Danksagung, gewidmet "Allen lieben Freunden und Genossen, die mir zu meinem 60. Geburtstage ihre Aufmerksamkeit und Glückwünsche übermittelten".

tarrh mal wieder zuzog, kann ich ihn auch kurieren. Samstag reise ich zurück, zunächst nach Darmstadt, wo ich Sonntag und Montag Versammlungen abhalten muß.<sup>74</sup>

Verlebt den Tag Deines Geburtstages recht vergnügt.

Herzliche Grüße von Haus zu Haus

Dein

A. Bebel.

Auch Simons senden herzlichen Glückwunsch und freundliche Grüße.

[August Bebel an Agnes Auer)<sup>75</sup>

Berlin, den 18. April 1907

Liebe Frau Auer!

Im Auftrag des Parteivorstandes habe ich Ihnen mitzuteilen, daß Sie auf die unverkürzte Fortzahlung des bisherigen Gehalts bis mit September dies. Jahres rechnen können. Über die weitere Ordnung Ihrer Verhältnisse möchten wir später einmal Rücksprache mit Ihnen nehmen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich einen persönlichen Wunsch aussprechen. Sollte Auer seine Korrespondenz aus früheren Jahrzehnten aufbewahrt haben und sollten sich unter derselben auch Briefe von mir aus den siebenziger, achtziger und neunziger Jahren befinden, so wäre ich dankbar, wenn ich diese Briefe zur Abschrift auf kurze Zeit bekommen könnte. In den Briefen werden sicher allerlei innere Parteiangelegenheiten besprochen, die mittlerweile meinem Gedächtnis entschwunden sein dürften, und da ich kein Tagebuch führen konnte, wäre mir die Kenntnis der Briefe zur Auffrischung meines Gedächtnisses sehr angenehm.<sup>76</sup> Ich erkläre ausdrücklich, daß von einer Veröffentlichung derselben nicht die Rede sein kann.

Es genüge, wenn ich die Briefe im Laufe des Jahres einsehen könnte.

Mit den besten Grüßen

Ihr

A. Bebel.

---

74 Bebel sprach in Darmstadt am 22. und 23. April 1906 anlässlich einer Reichstags-Nachwahl. Am 4. Mai siegte dort der Kandidat der Sozialdemokratie.

75 Am 10. April 1907 verstarb Ignatz Auer an den Folgen eines Schlaganfalls. Am Leichenbegängnis von Auers Wohnung in der Lichterfelderstraße 30 nach Friedrichsfelde am Sonntag, dem 14. April, beteiligten sich weit über Hunderttausend Personen (siehe Vorbemerkung). In ihrer "Danksagung", datiert 15. April 1907, betonte Agnes Auer: "Besonders danke ich dem Parteivorstand, der mir in diesen schweren Tagen treu und hilfreich zur Seite gestanden hat"; sie "danke jedem herzlich, der gestern unserem teuren Toten die letzte Ehre erwiesen hat." (Vorwärts, 16.4.1907)

76 Bebel schrieb seine Erinnerungen nieder, die 1910, 1911 und 1914 unter dem Titel "Aus meinem Leben" von Heinrich Dietz gedruckt wurden.

[August Bebel an Agnes Auer]  
 Schöneberg-Berlin, den 24. Mai 1907  
 Hauptstraße 84  
 Liebe Frau Auer!

Trifft die Nachricht zu, so ist gestern Arons<sup>77</sup> nach Hause gekommen, ich hoffe also, daß wir ihn in den nächsten Tagen sprechen können. Auf alle Fälle würde ich Ihnen empfehlen, Ihre bisherige Wohnung zu kündigen, falls Sie nicht mit dieser Arrangements treffen können, die Ihnen die Miete erleichtern.

Meine Frau sagte mir, Sie hätten Zweifel geäußert über die Leistungsfähigkeit der Kasse des Vereins Arbeiterpresse.<sup>78</sup> In dieser Beziehung kann ich Sie beruhigen. Die Kasse ist vollkommen sicher, weil gut fundiert, und würden äußersten Falls Partei und Gewerkschafter rechtzeitig eingreifen, um ihre Leistungen sicherzustellen.

Mit den besten Grüßen

Ihr

A. Bebel.

[August Bebel an Agnes Auer]  
 Schöneberg, den 19. Februar 1908  
 Liebe Frau Auer!

Wir hatten die Absicht, Sie für Sonntag, den 1. März abends zu uns zu bitten. Leider müssen wir die Einladung bis auf weiteres verschieben. Julie muß Dienstag oder schon Montag eine Brustoperation vornehmen lassen, die zwar nicht gefährlich ist, aber sie doch einige Zeit in der Klinik festhält.<sup>79</sup>

Mit besten Grüßen Ihr

A. Bebel.

[Julie Bebel an Agnes Auer]  
 Zürich I, den 24. Juni 1909  
 Meine liebe Agnes!

Also soll es schneller werden, als ich gedacht, daß Ihr nach Stuttgart übersiedelt.<sup>80</sup> Aber Du kanntest meine Ansicht darüber, und so kann ich nur wiederholen, Du tust recht daran. Wenn es auch nicht gar so leicht ist, von Berlin zu gehen, wo Du so viele Freunde

77 Leo Arons (1866–1919) Physiker, wurde 1899 wegen seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie als Dozent der Berliner Universität verwiesen. Hier geht es offenbar um finanzielle Unterstützung für Agnes Auer. Arons war als Schwiegersohn des Bankiers Bleichröder vermögend.

78 Dem Verein Arbeiterpresse gehörten fest angestellte Redakteure der sozialdemokratischen Presse und beruflich für die Partei Tätige an. Zu seinen Zwecken zählte auch die Unterstützung von Witwen und Waisen verstorbener Mitglieder.

79 Julie Bebel wurde am 25. Februar 1908 wegen einer Krebsgeschwulst an der Brust operiert. Ihre Genesung verlief gut.

80 In Stuttgart wohnte die Familie von Auers ältester Tochter.

hast und auch viele angenehme Zeit dort verlebst, aber es wird immer für Euch eine Leere sein, niemand kann Euch ein Familienleben ersetzen, im Gegenteil, alle Deine Bekannten haben eben in ihrem Familienleben genug zu tun, und das empfindet man dann doppelt, wenn man keines mehr hat. Wenn man das also bewerkstelligen kann, mit seiner Familie beisammen zu sein, mit denen man in Liebe verbunden ist, ist es ganz selbstverständlich, daß es einen dahin zieht.

Also ich wünsche Euch alles Glück, das Ihr in Gemeinschaft Eurer Lieben finden möchtet. Ganz fremd bist Du ja dort auch nicht und hast verschiedene Anknüpfungspunkte,<sup>81</sup> also werdet Ihr Euch mit der Zeit schon einleben. Für Emmy halte ich es ganz besonders vorteilhaft, damit sie an ihrer Schwester und der Familie liebevollen Anschluß findet.

Ich schickte meinem Mann Deinen Brief, damit er veranlassen kann, Dir einen Beitrag zu den Umzugskosten zukommenzulassen.

In Flims sind Herzfelds am schönsten und teuersten Orte der Schweiz, nun wenn es ihnen nur gut bekommt, das wünsche ich im Interesse Roberts. Wahrscheinlich sind sie dort mit ihren Verwandten zusammen.

Meinem Manne scheint der Aufenthalt in Albisbrunn gut zu bekommen, er ist entschieden wohler aussehend und ißt auch endlich mit Appetit, was dem Körper zu Gute kommt.<sup>82</sup>

Mit der Gewichtszunahme hapert's noch immer, er mußte Folgedessen die Bäder wiederum aufgeben, die man in einem Sanatorium für unerlässlich zu halten scheint, Radium-Bäder. Frieda, die mit meinem Manne ist, hat sich gut erholt, ihre Nerven waren die letzte Zeit arg mitgenommen, da der Junge Keuchhusten hatte und sehr schlimm und noch jetzt an starker Heiserkeit leidet, wir nehmen aber an, daß sie mit dem Stimmbruch zusammenhängt. Sonst entwickelt er sich gut und wächst über alle hinaus. Ich begleite ihn an freien Nachmittagen auf seinen botanischen Exkursionen.

Es tat mir wirklich leid, daß ich nicht zur Fr. Oppenheimer kommen konnte, aber es ist unsagbar, was wir in Berlin immer heimgesucht werden, dabei beständig auf dem Reisesprunge. Die meiste Last hat man mit der alten Fr. Schweichel,<sup>83</sup> das ist schrecklich. Jetzt ist ihre Schwester gestorben, und sie ist allein, wie von Gott verlassen und klammert sich an uns, aber mein Mann bedarf selbst der Ruhe und Schonung, sie macht ihn ganz nervös! Es ist ja furchtbar traurig, aber ich kann trotzdem in Zukunft mich nicht mehr soviel mit ihr befassen, ich habe mit meinem Mann auch zu tun und muß mich nach ihm richten. Ich will froh sein, wenn er sich wieder erholt, so daß er wieder teilneh-

---

81 Agnes Auer war seit etwa 1875 mit Heinrich Dietz (1843–1922) und seiner Frau Helene (1847–1927) näher bekannt, da beide Familien einige Jahre zur gleichen Zeit in Hamburg wohnten und sich dort ein geselliger Kreis um August Geib gebildet hatte.

82 August Bebel litt seit Oktober 1907 an Herzschwäche, von der er sich erst Ende 1909 erholte. Von Anfang Juni bis 10. Juli 1909 befand er sich im Sanatorium Albisbrunn in der Schweiz.

83 Elise Schweichel (1831–1912), Frau des Schriftstellers Robert Schweichel (1821–1907), war selbst schriftstellerisch für die Sozialdemokratie tätig.

men kann an den Parteiarbeiten. Wenn Frieda nächste Woche nach Hause kommt, gehe ich zu meinem Mann, um noch eine kurze Zeit bei ihm zu verbringen.

Hier ist es auch schön in Zürich, man hat die schöne Natur so nahe, und ich bin immer froh, wenn man eine Zeitlang Berlin den Rücken kehren kann. Aber für immer hier zu leben, fehlt einem doch der geistige Mittelpunkt.

Grüße mir Frau Dietz oder die ganze Familie, man erfährt nichts von ihr, weil sie auf eine Korrespondenz nicht eingeht. Grüße auch Deine Kinder und Emmy und sei Du es selbst aufs herzlichste von

Deiner Julie und allen Familiengliedern.

Ich wünsche Euch auch angenehmen Sommeraufenthalt in Boll.

Mir geht es sehr gut gesundheitlich und auch sonst, da ich ja auch meine Lieben um mich habe.

Und nun "Glück zur Reise".

[August Bebel an Agnes Auer, Karte mit schwarzem Rand]

Zürich, den 29. November 1910

Liebe Frau Auer!

In unser aller Namen sage ich Ihnen meinen herzlichsten Dank für Ihre Teilnahme. Nun hat auch uns das böse Schicksal gepackt. Wir sind untröstlich und niedergeschmettert, starb doch mit meiner Julie eine der besten Frauen und ein großes Herz.<sup>84</sup> Wir müssen sehen, wie wir über das uns noch immer Unfaßbare hinwegkommen. –

Komme ich wieder einmal zu einem Aufenthalt nach Stuttgart, werde ich es nicht unterlassen, Sie zu besuchen.

Auch meine Frieda läßt Ihnen herzlich danken, die Arme hat der Schlag sehr schwer getroffen.

Mit herzlichem Gruß Ihr

A. Bebel

[August Bebel an Agnes Auer]

Zürich, den 27. Mai 1912

Schanzenberg 5

Liebe Frau Auer!

Ihr Brief nach Berlin kam in die Hände des Vorstandes, da ich mit kurzen Unterbrechungen seit Anfang März nur wenig in Berlin war. Er hat bereits Ihren Wunsch erfüllt,<sup>85</sup> meinerseits wünsche ich Ihnen guten Erfolg der Kur.

84 Julie Bebel erkrankte Mitte 1910 an Leberkrebs und verstarb am 22. November 1910.

85 Es handelt sich um finanzielle Unterstützung für Agnes Auer bei einer Kur.

Mit Frieda geht es nach wie vor nicht gut, wir dürfen seit 14 Tagen sie nicht besuchen, [sie] leidet an Wahnideen aller Art. Es ist tieftraurig, sie befindet sich in einem Sanatorium zu Küsnacht.<sup>86</sup>

Wie sie aus obiger Adresse sehen, sind wir umgezogen und zwar seit 3 Tagen. Es war ein schweres und unangenehmes Stück Arbeit, das ich auch noch auf mich nehmen mußte.

Die Abschriften der Briefe werden mir willkommen sein, ich erwarte in Kürze Freund Dietz.<sup>87</sup>

Herzlichen Gruß Ihr A. B[ebe]

[August Bebel an Agnes Auer]

Sch[öneberg-]B[erlin], den 23. Juni 1913<sup>88</sup>

Liebe Frau Auer!

Daß Sie auch viel Schmerzen haben, ist mir leid zu hören. Hoffentlich hilft die Kur darüber weg.

Bei mir ist vor einigen Tagen eine Nierenerkrankung zum Ausbruch gekommen, und werde ich in Folge davon, sobald ich reisefähig bin, wohl nach Wildungen müssen.<sup>89</sup>

Das ist nun schon das sechste Jahr, daß in unserer kleinen Familie die Krankheiten nicht aufhören.

Mit herzlichen Grüßen Ihr

A. B[ebe]

---

86 Am 4. Januar 1912 war Ferdinand Simon infolge seiner Streptokokken-Forschung an Blutvergiftung gestorben. Frieda Simon hatte Ende Februar einen Selbstmordversuch unternommen. Vom 8. März bis 27. Oktober 1912 befand sie sich in einem Nervensanatorium. Sie erholte sich nie wieder völlig von ihren Depressionen.

87 Bebel bezieht sich auf die Niederschrift seiner Erinnerungen. So nahm er den aussagestarken Brief an Ignatz Auer vom 4. Januar 1882 in Teil III von "Aus meinem Leben" auf.

88 Außer den hier veröffentlichten Briefen befinden sich in dem von Peter Mönnikes erworbenen Bestand knappe, nicht gezeichnete Erinnerungen, die wohl Emmy Auer niederschrieb. Darin sind die Briefe vom 29. November 1910, 27. Mai 1912 (Auszug) und 23. Juni 1913 (Auszug) eingefügt, allerdings nicht immer exakt entziffert.

89 Außer an Herzattacken erkrankte Bebel am 21. Juni 1913 an einer Nierenentzündung, so daß Frieda Simon am 25. Juni in Berlin eintraf, um ihn zu pflegen. Bebel reiste nicht nach Wildungen, sondern begann am 1. August 1913 in Passugg eine Kur, wo er am 13. August 1913 verstarb.

## Zum 80. Todestag von Georgi Walentinowitsch Plechanow

### In einer zu den bibliophilen Raritäten zählenden Zeitung gelesen

#### RUTH STOLJAROWA/WLADISLAW HEDELER

Vor achtzig Jahren, am 30. Mai 1918, starb G. W. Plechanow im Sanatorium in Pitkejarwi bei Terijoki (heute Selenogorsk). Am Sonntag, dem 9. Juni 1918, wurde er, seinem Wunsch entsprechend, auf dem Wolkowo-Friedhof in Petrograd beigesetzt. Zuvor fand im Gebäude der Freien Ökonomischen Gesellschaft eine öffentliche Gedenkfeier statt.

Zum Tage der Beisetzung erschien am 9. Juni 1918 eine unter Redaktion von D. N. Jerschow herausgegebene achtseitige Zeitung mit dem Titel *“Zum Gedenken an G. W. Plechanow”*, die auf dem Demonstrationszug und vor dem Friedhof verkauft wurde.

Die Zeitung enthält neben aktuellen Informationen über den vorgesehenen Ablauf des Zeremoniells und Beileidsbekundungen zahlreiche Würdigungen der politischen und wissenschaftlichen Tätigkeit Plechanows, die sowohl von Anhängern als auch von früheren Opponenten verfaßt waren, sowie eine bisher nicht bekannte Erinnerung von A. S. Potressow.

Angesichts der zu erwartenden großen Beteiligung der Öffentlichkeit an dem Trauerzug, der nach der Gedenkfeier im Gebäude der Freien Ökonomischen Gesellschaft ab 12.00 Uhr den Sarg zum Wolkowo-Friedhof begleiten sollte, und offensichtlich auch, um möglichen Provokationen vorzubeugen, wurden die Teilnehmer in einem mit großen Lettern gedruckten halbseitigen Aufruf des Komitees zur Organisation der Trauerfeierlichkeiten aufgefordert, Ordnung und Ruhe zu bewahren, den Anweisungen der Ordner Folge zu leisten, die Route des Trauerzuges einzuhalten und den Zug nicht zu verlassen.

Den Nachruf auf G. W. Plechanow, in dem seine großen Verdienste um die russische und internationale Arbeiterbewegung gewürdigt wurden, schrieb der 1910 zu den Kritikern Plechanows zählende, den Menschewiki angehörende Publizist S. O. Portugejs unter seinem Pseudonym St. Iwanowitsch. Er bezeichnete Plechanow als *“Ritter ohne Furcht und Tadel”*. *“Die Reihen der Garde des internationalen Sozialismus lichten sich”*, schrieb er, *“ihre Vertreter mit den klarsten Köpfe und den heißesten Herzen gehen von uns.”* Er verglich Plechanow mit dem französischen sozialistischen Poli-



tiker Jean Jaurés, der am Vorabend des ersten Weltkrieges von Chauvinisten ermordet wurde, und stellte fest: "Das Proletariat verliert seine Führer. Möge es zu sich selbst finden."

Ein besonderer – nicht unterzeichneter – Gruß war Plechanows Ehefrau, Rosalija Markowna, gewidmet. Darin hieß es: "Wenn wir Plechanow heute zu Grabe tragen und dies nicht vor fünf oder zehn Jahren oder noch eher tun mußten, wenn unsere Wissenschaft um die drei Bände seiner bemerkenswerten Geschichte des gesellschaftlichen Denkens in Rußland reicher geworden ist und wenn die internationale Arbeiterbewegung durch seine Reden über die Internationale, über Imperialismus und Krieg Bedeutung erlangte, so haben wir dies in hohem Maße der Fürsorge und Selbstlosigkeit seiner Frau zu verdanken. ... Sie hat Plechanow überallhin begleitet. Sie war gemeinsam mit ihm Verfolgungen und Not ausgesetzt. Sie ging mit ihm ins Exil. Sie unterstützte die Familie materiell und durch ihre Arbeit, wenn er seine großen Werke schrieb. Und sie kehrte gemeinsam mit ihm trotz ihrer Herzkrankheit in die Heimat zurück, wohl als einzige Frau, die bereit war, die Belastungen und Gefahren einer Schiffsreise über den Ärmelkanal und die Nordsee auf sich zu nehmen, wo friedliche Schiffe von den deutschen Piraten schonungslos versenkt wurden. ... Vierzig Jahre sind sie gemeinsam gleichen Schrittes durchs Leben gegangen. Und sie vermochte wie kein anderer, das ehrenvolle, aber schwere Los zu tragen, die Gefährtin eines aus der Heimat vertriebenen, genialen Menschen zu sein, der von den Feinden verfolgt, von den Gegner verleumdet und von vielen, vielen Freunden nicht verstanden wurde."

Unter dem Pseudonym P. Dnewizki umriß der Publizist F. O. Zederbaum, der 1909 Plechanows Sekretär war und von 1910 bis 1912 an der von diesem herausgegebenen Zeitschrift "Dnewnik Sozialdemokrata" (Tagebuch eines Sozialdemokraten) mitgearbeitet hatte, in einem ganzseitigen Beitrag wesentliche Meilensteine des Lebens und Schaffens Plechanows. Im Mittelpunkt steht hierbei der Weg Plechanows von der Volkstümlicherideologie zum Marxismus. "Nachdem sich Plechanow die Grundthesen des Marxismus und vor allem dessen Methode angeeignet hatte", stellte D. abschließend fest, "kommt er zu der Schlußfolgerung, daß es notwendig ist, diese Forschungsmethode auf Rußland anzuwenden. Er sucht nach einer Linie für die Entwicklung des Landes und findet sie in der Entwicklung des Kapitalismus und der mit diesem verknüpften Entwicklung der Arbeiterklasse. Er wird Sozialdemokrat und erklärt den Klassenkampf der russischen Arbeiter zum Hauptfaktor der Befreiungsbewegung in Rußland. Doch jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf. Der Widerspruch zwischen dem Klassenkampf, dem Kampf für den Sozialismus und der Politik verschwindet. So meistert Plechanow seine Aufgabe. So findet er die Antwort auf die Frage nach dem Schicksal der Werktätigen und Unterdrückten, die ihn seit seiner Kindheit beschäftigt."

Zwei Artikel entstammen der Feder von S. I. Sagorski, der 1903 in der Emigration in Genf und Zürich die in russischer Sprache erscheinende Zeitung der revolutionären Studentenschaft "Student" herausgab. In dem Beitrag "Plechanow als Ökonom"

stellte er Plechanows Ansichten über die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland und über die mangelnden sozialökonomischen Voraussetzungen einer sozialistischen Entwicklung des Landes dar. Der zweite Beitrag ist Plechanows Einschätzung des imperialistischen Weltkrieges und der Stellung des Proletariats zur "Vaterlandsverteidigung" gewidmet.

S. J. Semkowski (Bronstein), 1917/1918 Mitglied des ZK der Menschewiki, charakterisierte Plechanows Wirken in der II. Internationale, vor allem seine Rolle auf den Internationalen Sozialistenkongressen und seinen Einfluß auf die internationalen Arbeiterbewegung. Besonders hob er hervor, daß "der Name Plechanows in der internationalen Arbeiterbewegung nicht weniger, wenn nicht sogar mehr bekannt ist als unter den russischen Arbeitern. Die Internationale betrachtete ihn nicht nur als den hervorragendsten Vertreter des russischen Sozialismus, sondern auch als einen ihrer eigenen geistigen Führer. Im Bewußtsein der internationalen Sozialdemokratie steht Plechanow neben Bebel und Kautsky, Jaurés und Victor Adler. Auf den internationalen Sozialistenkongressen schenkte man ihm Gehör als anerkanntem Theoretiker des Marxismus, der zu Recht nicht nur Rußland, sondern zugleich der gesamten Internationale gehört."

W. A. Kantorowitsch, der zu den radikalen Menschewiki gehörte und im Frühjahr 1917 Mitglied der menschewistischen Fraktion des Petrograder Sowjets war, beschreibt Plechanow in einem Artikel unter der Überschrift "Ein bedeutender Westler" als einen Weltbürger, dessen Wunsch es war, neben Belinski beigesetzt zu werden, als "Apostel einer universalen Wahrheit, dessen Lehre der Sozialismus war, den jedoch die Flamme der russischen Revolution verzehrte". "Rußland eröffnete und beschloß den Kreis seines Lebens", schrieb er. "Rußland war für ihn nie ein mathematischer Punkt, eine abstrakte Kategorie, nie nur ein Versuchsfeld. Arbeiterbewegung und Sozialismus, Klassenkampf und Revolution – all dies waren lebendige Zeichen auf dem lebendigen Körper Rußlands. Er kannte den Weg nach dem Westen, nach Europa gut und war sein Leben lang ein Schrittmacher einer russischen Demokratie. ... Er stand etwa an der Grenze zwischen Ost und West; er weckte Rußland und rief es auf, sich der internationalen Demokratie anzuschließen. In der russischen Sozialdemokratie ist Plechanow unser Peter der Große. Der russische Sozialismus hat in seiner Person einen großen Westler verloren. Und die russische Intelligenz setzt seine sterblichen Überreste neben dem Grab Belinskis bei."

"Ein Führer oder nur ein Theoretiker?", diese Frage stellte Konstantin Feldman, Mitglied der Gruppe der Menschewiki um die von Plechanow 1914 gegründete und geleitete, jedoch nur kurze Zeit bestehende und 1917/1918 erneut erscheinende legale Zeitung "Jedinstwo" (Die Einheit). Unter dieser Überschrift setzte er sich mit Meinungen auseinander, Plechanow sei "nur" ein fanatischer Theoretiker, jedoch keine agile Führerpersönlichkeit gewesen, da er Kompromisse und Zugeständnisse strikt abgelehnt habe. F. wies an Beispielen aus dem politischen Wirken Plechanows, insbesondere aus dem Jahr 1917, mit zahlreichen Zitaten aus Reden und Schriften belegt,

die Unhaltbarkeit dieser Behauptungen nach. "Er kannte den Kompromiß", schrieb er, "jedoch nur den einen: mit der Linie der historischen und ökonomischen Entwicklung. Niemals jedoch hat er sich auf einen Vergleich mit zeitweiligen Stimmungen der Massen, mit Irrwegen, auf die sie sich begaben, eingelassen. Seine Natur lehnte in erster Linie Demagogie ab, in der er einen Handel sah, um die Massen auf die eigene Linie einzuschwören."

Weitere Beiträge enthalten eine Würdigung Plechanows als einen mit der internationalen Arbeiterbewegung und der Arbeiterklasse seines eigenen Landes eng verbundenen führenden und weltweit anerkannten Marxisten (A. Gisetti), Analysen über Plechanows Beziehungen zur Arbeiterklasse (A. Djubua [A. W. Gorski]) und Fragen der Gewerkschaftsbewegung (J. Schiller), Nachrufe und Ankündigungen über Delegationen, die zur Teilnahme an den öffentlichen Trauerveranstaltungen entsandt wurden, Berichte über Beileidsbekundungen in Betrieben und auf Arbeiterversammlungen sowie Mitteilungen über Spenden für den Plechanow-Fonds zur Ausrichtung des Trauerzeremoniells.

Nachfolgend werden erstmals in deutscher Übersetzung die oben erwähnten Erinnerungen A. N. Potressows<sup>1</sup> Plechanow abgedruckt.

### Aus Erinnerungen...

Plechanow ... Angesichts des schmerzlichen Verlustes fällt es einem schwer, seine Gedanken und Erinnerungen zu ordnen, einen Schwerpunkt zu finden und zu versuchen, das Bild Plechanows, der nun in die Ewigkeit eingegangen ist, so wiedererstehen zu lassen, wie er im Leben war. Es müßte sehr viel gesagt werden, es müßte ein sehr mannigfaltiges Bild gezeichnet werden, um auch nur im entferntesten den ganzen Facettenreichtum und alle Dimensionen dieses bedeutenden, dieses großen Menschen aufzuzeigen. Aber dies ist jetzt auch nicht meine Absicht. Ich möchte in diesem Artikel nur einige Seiten jener Vergangenheit streifen, die mich mit Plechanow verbindet, und einige meiner Gedanken über ihn skizzieren. ...

---

1 Potressow, Alexandr Nikolajewitsch (1869–1934) – Anfang der 90er Jahre Mitglied revolutionärer Zirkel; gehörte ab 1892 zum Zirkel um J. O. Martow, für den er nach seinem Aufenthalt in der Schweiz marxistische Literatur mitbrachte; unterhielt Verbindung zu der marxistischen Organisation "Befreiung der Arbeit"; organisierte 1894/1895 die legale Publikation der Arbeit Plechanows "Zur Frage der Entwicklung der monistischen Geschichtsauffassung"; 1896 Mitglied des Petersburger Kampfbunds zur Befreiung der Arbeiterklasse; verfaßte im Juni 1896 gemeinsam mit Plechanow den Bericht der russischen Sozialdemokratie für den Londoner Kongreß der II. Internationale, dessen Delegierter er war; Ende 1896 verhaftet und 2 Jahre Verbannung; Anfang 1900 Emigration; lebte von 1900 bis 1903 in München und London, danach in der Schweiz; Mitbegründer der "Iskra" (Der Funke); Teilnehmer der Revolution von 1905–1907 in Rußland; ab 1910 Mitglied der Redaktion der Monatsschrift "Nascha Sarja" (Unsere Morgenröte) und Mitarbeit an anderen Organen der Liquidatoren; während des ersten Weltkrieges Anhänger der Vaterlandsverteidigung; nach mehrfachen Verhaftungen aus Petersburg und Anfang 1917 auch aus Moskau ausgewiesen; lehnte die Oktoberrevolution ab; nach 1917 wissenschaftlich tätig; ging 1924 legal ins Ausland; seit 1931 Herausgeber der Zeitschrift "Sapiski Sozial-Demokrata" (Aufzeichnungen eines Sozialdemokraten); Verfasser politischer Porträts von Plechanow, Lenin, Sassulitsch u.a.

Ich erinnere mich an Plechanow seit 1892. Nachdem er auf Druck der russischen Regierung aus Genf vertrieben worden war, lebte er damals in dem abgelegenen Dörfchen Mornex in Savoyen und fühlte sich in Frankreich, das gerade eine Allianz mit dem damaligen zaristischen Rußland eingegangen war, nicht wohl. Er war von seiner Familie abgeschnitten, die, durch die Umstände gezwungen, in Genf zurückgeblieben war und ihn nur hin und wieder besuchte. ... Seine Verbannung nach Mornex teilte damals nur Wera Iwanowna Sassulitsch<sup>2</sup>, die einige Jahre gemeinsam mit ihm in dieser Einsiedelei in Savoyen lebte. ... Das war eine Zeit deprimierender Reaktion in Rußland, da es schien, alles würde in der Heimat Plechanows noch in ewigem Schlaf liegen, und erst das unvergeßliche Hungerjahr 1891 war die erste Warnung für das Zarenregime.

...

In Rußland gab es noch keine Bewegung. Mitteilungen über die öffentliche Meinung in Rußland gelangten nur selten zu Plechanow. Zu der Zeit, als ich die Gelegenheit hatte, ihn in seinen dörflichen Gefilden zu besuchen, erhielt er überhaupt nur wenig erfreuliche Nachrichten aus der Ferne. ... Für uns, den damaligen kleinen Kreis marxistischer Jugend in Rußland, hatte der Name Plechanow bereits den Nimbus des Begründers des russischen Marxismus und zugleich eines Kämpfers der siebziger Jahre. Seine Rede auf dem Kasaner Platz im Jahr 1876 und sein damals viel Mut erfordernder Kampf gegen die populären Ideen der "Narodnaja Wolja"<sup>3</sup> sind uns fest in Erinnerung geblieben. Wir wußten jedoch kaum etwas Konkretes über ihn, denn in jener Zeit der gesellschaftlichen Einschüchterung in Rußland trugen die Verbindungen zwischen Rußland und den Emigranten rein zufälligen Charakter. Und daher vergesse ich nie, wie verwundert ich war, daß ein Mensch mit einer so langjährigen und reichen Vergangenheit, dem im wahrsten Sinne des Wortes das historische Verdienst zukam, ein Neuerer der russischen revolutionären Bewegung zu sein, ein im wesentlichen noch so junger Mensch war. Diesen Eindruck hatte ich von Plechanow bei meinem ersten Besuch.

...

Noch jung, voller Tatendrang und sprudelnden Witzes, strahlend, mit einem breiten Wissensspektrum, war er niemals aus der Fassung zu bringen oder niedergeschlagen, wie dies damals bei vielen zu beobachten war; er hatte nicht die geringste Neigung, sich ständig einzubilden, Rußland befände sich am Vorabend großer Ereignisse, und er hatte keinerlei Hang zu illusionären Vorstellungen bezüglich einer noch gar nicht vorhandenen Bewegung. ...

2 Sassulitsch, Wera Iwanowna (1849–1919) – Revolutionärin; anfänglich Volkstümlerin; verübte 1878 ein Revolverattentat auf den russischen Polizeigeneral Trepow; 1883 zusammen mit Plechanow, Axelrod, Deutsch und Ignatow Mitbegründerin der ersten russischen marxistischen Organisation "Befreiung der Arbeit"; Publizistin und Übersetzerin zahlreicher Werke von Marx und Engels; 1896, 1900 und 1904 Teilnehmerin der Kongresse der II. Internationale; 1900 Redaktionsmitglied der "Iskra" (Der Funke) und der "Sarja" (Die Morgenröte); ab 1903 Anhängerin der Menschewiki; 1914 und ab 1917, nach Wiederherstellung der von Plechanow geleiteten Zeitung "Jedinstwo" (Die Einheit), deren Redaktionsmitglied und Mitglied der gleichnamigen Gruppe; lehnte die Oktoberrevolution ab.

3 Narodnaja Wolja (Volkswille) – Geheimbund der Volkstümler, der 1879 zum revolutionären Kampf gegen den Zarismus gegründet wurde; war vor dem Aufkommen der Arbeiterbewegung Rußlands bedeutendste revolutionäre Organisation.

Er ging damals ganz in der Arbeit auf, denn er war zu dieser Zeit völlig von seinen vielfältigen geistigen Interessen in Anspruch genommen. Rastlos studierte er und war unermüdlich schöpferisch tätig; er nutzte – wie er sagte – fieberhaft jede Minute jener politischen Stagnation und jene Situation eines Verbannten, die ihn als Kämpfer zu ungewollter Untätigkeit verurteilt hatte.

Und da entdeckte ich auch jenen für Plechanow charakteristischen Zug, der ihn so grundlegend von dem gesamten Kreis unseres revolutionären und sozialistischen Milieus unterschied. Im Gegensatz zur großen Mehrheit der Intelligenz lebte er gleichzeitig sowohl mit den Anforderungen der europäischen Kultur – auf dem Niveau des europäischen Geisteslebens, dessen Philosophie, Ästhetik, Politik und Ökonomie – als auch mit allen Details des russischen gesellschaftlichen Lebens, das er mit unermüdlicher Aufmerksamkeit verfolgte, wobei er alles, was aus der Heimat kam, gierig in sich aufnahm. Er beschäftigte sich gedanklich mit den unterschiedlichsten Wissensgebieten, und seine Seele, sein grundlegendes Lebensinteresse, war organisch mit Rußland verbunden.

In der ganzen Art seiner Lebensweise und Geisteshaltung war er durch und durch Europäer, kein bißchen Nihilist, zugleich aber auch kein Kosmopolit und kein perspektivloses Opfer der Treibhausbedingungen in der Emigration. ... Seine Kenntnis von Geschehnissen aus dem Alltagsleben und aus der Presse in Rußland war geradezu verblüffend und zeugte davon, wieviel Mühe er aufwandte, um zu Informationen über Rußland zu kommen, die unter den damaligen Bedingungen nur schwer zugänglich waren. ... Wenn er über Rußland sprach, geriet er in Begeisterung; er lebte in der Atmosphäre des gesellschaftlichen Lebens in Rußland; wie kaum einer war ihm dessen Geschichte in all ihren Verzweigungen vertraut. Die russische Literatur kannte er fast auswendig und liebte es, in seine Unterhaltung Gestalten aus den Werken seiner Lieblingsschriftsteller einzuflechten. Gleb Iwanowitsch Uspenski hatte er sehr ins Herz geschlossen, aber eine ganz besondere Verwandtschaft, eine besondere Nähe, eine gewisse Ehrfurcht empfand er gegenüber Belinski und Tschernyschewski. ... Wenn man sich ein paar Stunden mit Plechanow unterhalten hatte, umgab einen die Kultur Rußlands, all das, was dort an Wertvollem und Bedeutsamem entstanden war. ... Und in sprühenden Erzählungen, in denen sich Tragisches mit Komischem abwechselte, erstand vor einem die revolutionäre Bewegung, und die Gestalten zogen in endloser Reihe an einem vorüber. ... Er hatte so viel erlebt in den Jahren, in denen er in Rußland geweltet hatte, und war mit so vielen Menschen zusammengetroffen, daß die Reihe der Porträts, die er nachzeichnete, schier unerschöpflich war.

Die außergewöhnliche Begabung seiner Natur war auffallend, versetzte einen in Erstaunen und Begeisterung und bezauberte.

Ein Europäer und zugleich bis ins Mark ein Russe. Ein Revolutionär und Sozialist und zugleich ein Gentleman, in seinen Umgangsformen war er Weltmann und Aristokrat. In dieser Hinsicht ähnelte er Engels, mit dem er mich zwei Jahre zuvor in London bekannt gemacht hatte, und er ähnelte ihm auch noch in etwas anderem, nämlich

in der Vielseitigkeit seines Wissens und in dem breiten Spektrum seines Schaffens sowie in seinem weiten Gesichtskreis. Nach Engels kamen ihm unter den Sozialisten nur wenige seiner Zeitgenossen in Europa in diesem Maße gleich; er war unübertroffen. ... Was einem gleich beim ersten Mal an Plechanow auffiel, das war seine Logik, seine erstaunliche Dialektik, die er beherrschte wie ein erstklassiger Fechter den Degen, wobei er die Waffe ohne die geringste sichtbare Mühe, spielend leicht dem Gegner aus den Händen schlug und ebenso spielend leicht seine scharfsinnigen Gedanken ins Gefecht brachte. ...

Und da war der Glaube an die Bewegung, an den endgültigen Sieg des Sozialismus, an einen relativ baldigen Sieg der politischen Freiheit in Rußland. ...

Das war mein erster Eindruck von Plechanow. Und dieser hatte für immer Bestand. ... Er wurde in der späteren langjährigen Bekanntschaft mit ihm einer Prüfung unterzogen und weiter vertieft; und dieser Eindruck wurde selbst in den nachfolgenden Jahren in nichts zerstört, als viele von uns, unter ihnen auch ich, in einigen Fragen der praktischen Bewegung eine andere Meinung als er vertraten. ...

All dies wurde ergänzt ... durch meine letzten Eindrücke von Plechanow. Aus der langen Kette meiner unzähligen Begegnungen mit Plechanow wähle ich den Anfang und das Ende aus. Jenen Anfang, als der sechsunddreißigjährige Plechanow mit mir, einem grünen Jungen, 1892 zusammentraf, und jenes Ende, als er sich als ein erschöpfter, ans Bett gefesselter alter Mann im französischen Krankenhaus auf der Wassiljew-Insel in Petersburg Anfang Dezember 1917 von mir verabschiedete.

“Ich möchte Ihnen zum Abschied etwas sagen”, bemerkte er, “wer weiß, ob wir uns noch einmal wiedersehen werden. Wir sind doch alle unter den Bolschewiki.”...

Und als Kommentar dafür, weshalb er “zum Abschied” sagte, berichtete er darüber, wie Leute zu ihm nach Zarskoje Selo gekommen waren, die keine Ahnung davon hatten, daß sie den Willen derer ausführten oder, genauer gesagt, ausgeführt hatten, von denen sie geschickt worden waren. Und das war der Augenblick, als sich Plechanow darauf vorbereitete, daß man ihn – wie dies schon einmal mit anderen in Zarskoje Selo geschehen war – auf den Hof führen und erschießen würde.

“Ich war durch die Krankheit geschwächt”, fügte Plechanow hinzu, “und konnte nicht fest auf den Beinen stehen. Ich fürchtete, sie könnten denken, ich hätte Angst vor der Erschießung, und ich bat, mir Kaffee zu kochen, um fest auf den Beinen stehen zu können und nicht zu schwanken, wenn ich gehen würde.” ...

Mit Plechanow ging es zu Ende. Rußland lag im Sterben, und gemeinsam mit ihm lag ein großer russischer Revolutionär, ein Internationalist und Patriot im Sterben. ... Er war beunruhigt wie nie zuvor. Zum ersten Mal verlor er den Glauben an sein Land, den er sein ganzes Leben lang besessen hatte. ... Er fürchtete, die Entwicklung der Produktivkräfte Rußlands könne in den Krallen des deutschen Räubers unterbrochen werden und damit auch für lange Jahre sein gesellschaftlicher Fortschritt. Und es war zu spüren, daß Plechanow keine Ruhe fand, daß er aufgewühlt war, daß er den Tod herbeisehnte. ...

Neben jenem ersten Eindruck, den ich von Plechanow als hervorragender Revolutionär und Dialektiker, als Europäer und Russe gewonnen hatte, vermittelte mir diese letzte Begegnung – wie auch das ganze letzte Jahr seines Aufenthalts in Rußlands, das für Plechanow ein Leidensweg war – hinsichtlich seiner Persönlichkeit noch einen weiteren Eindruck: den eines Menschen, der nur von dem einen Gedanken be-seelt war und der nur die eine große Leidenschaft kannte – die Liebe zu seinem Land. Diese Liebe war es, an der Plechanow zugrunde ging, als er fühlte, daß Rußland zu-grunde gehen würde. ...

Hinter dem kühlen, zurückhaltenden Äußeren verbarg sich ein Herz, das flammend zu lieben und zu hassen vermochte. Und es hat aufgehört zu schlagen – in den Tagen, als bei uns Brest stattfand. ...

A. Potressow

Aus der Zeitung "Zum Gedenken an G. W. Plechnow", Petrograd, 9. Juni 1918, S. 2/3. – Archiv des Russischen Zentrums zur Aufbewahrung und zum Studium der Dokumente der neuesten Zeit, Moskau.

ANZEIGE

Neuerscheinungen in der Reihe  
"Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft"  
hrsg. von Hanna Behrend

**Band 6**

**Schindler, Roland W.:** "Rationalität zur Stunde Null. – Mit Hannah Arendt auf dem Weg ins 21. Jahrhundert", trafo verlag 1999, 253 S., ISBN: 3-89626-134-7,

Preis: 32,80 DM, voraussichtliche Auslieferung: Februar 1999

**Band 8**

**Braun, Anneliese:** "Arbeit ohne Emanzipation und Emanzipation ohne Arbeit – Zur Notwendigkeit der Umsteuerung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit", trafo verlag 1998, 187 S., ISBN: 3-89626-137-1 , Preis: 29,80 DM, voraussichtliche Auslieferung: Dezember 1998

Bezugsmöglichkeit: über jede Buchhandlung (bitte ISBN oder Bestellzeichen angeben) oder direkt bei: trafo verlag, Abt. Versandbuchhandlung, Finkenstraße 8, 12621 Berlin, Tel: 030/56 701 939, Fax: 030/56 70 19 49, e-Mail: trafoberlin@t-online.de

# Zwei Dokumente über den gewerkschaftlichen Widerstand 1933–1945.

Aus dem Nachlaß von Walter Maschke (1891–1980)

## ULLA PLENER

Der Sozialdemokrat Walter Maschke war 1922–1933 Jugendsekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Er kam im Dezember 1934, illegaler Zusammenkünfte mit SPD-Mitgliedern beschuldigt, in "Schutzhaft" und wurde wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" angeklagt, jedoch im Februar 1936 freigesprochen, da ihm nichts nachgewiesen werden konnte. Am 1. September 1939 wurde W. Maschke erneut verhaftet, wie eine ganze Reihe Gewerkschaftsfunktionäre auch, die illegaler Verbindungen verdächtigt wurden, und bis einschließlich August 1940 im KZ festgehalten. Im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 wurde er wieder verhaftet und ins KZ Ravensbrück gebracht. Im Januar 1945 kommt er vor den "Volksgerichtshof". Aus Vernehmungen von W. Leuschner, H. Maaß und den Aussagen von W. Maschke selbst wurden Maschkes Kontakte zu Leuschner und Maaß in Fragen des zukünftigen Gewerkschaftsaufbaus – aber nicht die Kenntnis über Vorbereitungen des 20. Juli 1944 – nachgewiesen.<sup>1</sup> Am 19. Januar 1945 verurteilte ihn Freisler zu zwei Jahren Gefängnis mit der Begründung, Maschke habe "mit früheren sozialdemokratischen Gewerkschaftlern konferiert". "Solche Gespräche, noch dazu zwischen Gewerkschaftlern der früheren Zeit, sind reaktionäre Gruppenbildung. Sie ist verboten... Die Gespräche mit Leuschner gingen bis nahe an den Hochverrat heran. Denn sie behandelten auch Fragen der gewerkschaftlichen Personalpolitik. Man überlegte sich, wer von den früheren Gewerkschaftlern wohl noch in Frage kommen könnte..."<sup>2</sup> W. Maschke kam in das Zuchthaus Bayreuth und wurde dort im Mai 1945 von den Amerikanern befreit.

Seit 1946 war er Mitglied der SED, 1946–1963 Mitglied des Bundesvorstandes des FDGB und in anderen gewerkschaftlichen Funktionen, zwischen 1949 und 1959 auch Mitglied des Präsidiums des Kulturbundes der DDR.

Den Bericht über die Vorgeschichte des 20. Juli 1944 aus gewerkschaftlicher Sicht (Dok. 1) verfaßte W. Maschke im Juni/Juli 1945 noch in Bayreuth; den Vortrag (Dok. 2) hielt er am 18. März 1946 im Berliner Polizeipräsidium. Beide Dokumente rekapitulieren also die Ereignisse weitgehend unmittelbar nach dem Geschehen – und unab-

1 Vgl. "Spiegelbild einer Verschwörung". Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. Hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart 1984, 2 Bde, u. a. Bd. 1: 413 ff. 464, 498; Bd. 2: 732, 760 ff. Die erste Ausgabe dieser sog. Kaltenbrunner-Berichte erschien (in einem Band) schon 1961.

2 Ebenda, Bd. 2: 762.



hängig von späteren Auseinandersetzungen um den 20. Juli 1944, den gewerkschaftlichen Widerstand und den Anteil der einzelnen Akteure daran.

Der Nachlaß enthält weitere Erinnerungsberichte von W. Maschke, darunter "Erinnerungen an KZ Ravensbrück" (17.12.1977). Darin teilt W. Maschke mit, daß er im August 1944 in den Zellenbau des Frauenlagers nach Ravensbrück kam, wo alle Insassen Todeskandidaten waren. Er erinnerte sich aber nur an Wilhelm Leuschner und Hermann Maaß – diese beiden hatte er Mitte der dreißiger Jahre miteinander bekannt gemacht. H. Maaß wurde engster Mitarbeiter Wilhelm Leuschners in dessen seit Juni 1934 in Berlin betriebenen Fabrik für Leichtmetallarmaturen, bei der Herstellung illegaler Verbindungen zu Militärs und zu Kirchenkreisen und bei den Vorbereitungen des Umsturzes, der am 20. Juli 1944 mißlungen war. "Leuschner und Maaß u. a. wurden schon Mitte September (Maaß im Oktober – U. P.) gehängt. Vorher war ich einmal mit Leuschner zusammengekettet im Pkw von Drögen (b. Fürstenberg, dort fanden die Verhöre statt) nach Ravensbrück zurückgebracht worden. Im Zellenbau sah ich H. Maaß in seiner Zellentür nach seinem Termin stehen. Er deutete an, daß sein Todesurteil schon gefällt war."

Über Hermann Maaß berichtet Kurt Finker in diesem Heft. Der biographischen Skizze ist der – ebenfalls in W. Maschkes Nachlaß (in Abschrift) aufbewahrte – Abschiedsbrief von H. Maaß an seine Frau Eva hinzugefügt. Er wird hier erstmals vollständig veröffentlicht. K. Finker ging schon in seinen früheren Arbeiten, die dem Obersten v. Stauffenberg sowie dem Grafen Moltke und dem Kreisauer Kreis gewidmet waren, auf die aktive Widerstandstätigkeit von H. Maaß an der Seite Wilhelm Leuschners ein. In diesen Arbeiten zitierte er die Berichte von Walter Maschke, mit dem er zu dessen Lebzeit persönlich gesprochen hatte.

W. Maschke hatte sich nach 1945 mehrfach darum bemüht, das Andenken an Hermann Maaß zu bewahren. Am 21. Oktober 1946 übersandte er an die Zeitung "Neues Deutschland" einen kurzen Beitrag, in dem er H. Maaß würdigte; die Zuschrift wurde nicht veröffentlicht. Am 1. Mai 1977 schrieb Maschke an das IML beim ZK der SED und sprach seine Verwunderung darüber aus, daß in dem vom IML 1958 herausgegebenen Band "Erkämpft das Menschenrecht" mit Berichten über deutsche Widerstandskämpfer gegen das Naziregime (der W. Maschke erst 1977 in die Hände fiel) H. Maaß gar nicht (und W. Leuschner nur unzureichend) erwähnt wurde; eine Antwort erhielt er nicht. Am 7. Oktober 1977 schrieb W. Maschke erneut an das IML: "Heute will ich nur noch feststellen, daß (in dem erwähnten Band) selbst Namen wie Artur Ewert, Graf Moltke, Julius Leber, Dr. Haubach u. a. fehlen! Um mir eine Antwort zu sichern, sende ich einen Durchschlag dieses Schreibens an Gen. Erich Honecker." (Dieser hatte das Gratulationsschreiben des ZK der SED anlässlich des 85. Geburtstags von Maschke vom Tage zuvor unterschrieben, und M. bedankte sich dafür mit einem Brief an Honecker vom 7.10.) Jetzt erst (mit Schreiben vom 13.10.1977) antwortete der zuständige Forscher beim IML und verwies auf einige Veröffentlichungen, in denen W. Leuschners Tätigkeit ausführlicher als 1958 gewürdigt und "auch

H. Maaß erwähnt” sei, darunter das zweibändige Werk “Deutsche Widerstandskämpfer” (1970). Hier wurde H. Maaß in der Tat drei Mal buchstäblich nur erwähnt (Bd. 1, S. 576 und 592; Bd. 2: 80).

Dagegen war H. Maaß in dem von Annedore Leber in der BRD herausgegebenen Gedenkband schon 1957 ein eigenständiger Beitrag gewidmet worden.<sup>3</sup>

Gerhard Beier erwähnte in seiner Arbeit “Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933–1945” (Köln 1981) H. Maaß nur einmal als jemanden, der mit Leuschner dessen Berliner Fabrik ausgebaut habe (S. 79); W. Maschke kam in dieser Arbeit nicht vor. In einem späteren Aufsatz stellte G. Beier, nunmehr gestützt auf Berichte vom Herbst 1945, die sich im Nachlaß von Hermann Schlimme befinden, fest, “Schlimme und Maschke bildeten also eine erste illegale Reichsleitung” der Gewerkschaften, und erwähnt Maschkes Reisen “im Auftrag der deutschen Kollegen nach Prag, Amsterdam und London”; zu H. Maaß trägt er hier nach, dieser habe Leuschner dabei geholfen, mit Vertretern anderer politischer und wirtschaftlicher Gruppen Verbindungen aufzunehmen.<sup>4</sup> Als “nach 1933 engster Mitarbeiter von Wilhelm Leuschner” wird H. Maaß in einer jüngeren Dokumentation des DGB-Archivs erwähnt.<sup>5</sup>

W. Maschkes Berichte ergänzen die bisherige Literatur über den gewerkschaftlichen Widerstand in den Jahren 1933–1945.

Die skandalösen Vorgänge um die am 25. Januar 1998 in Frankfurt am Main – als Gegenstück zu der Wanderausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht 1939–1945 – eröffnete Ausstellung “Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler” verleihen der folgenden Publikation neben dem historischen Wert auch einen aktuellen Bezug. Die Ausladung von Prof. Hans Mommsen, der wie weitere Historiker zur Eröffnung sprechen sollte, durch das Kulturdezernat der Stadt erfolgte, so die Meinung vieler Kollegen und eines Teils der Presse, deshalb, weil er die Aufständischen des 20. Juli 1944 “nicht als die großen Heldenstandbilder, die man später in westdeutscher Rezeption aus ihnen gemacht hat”, betrachtet, “sondern als Menschen, die durch innere Kämpfe hindurchgegangen und teilweise zunächst in NS-Verbrechen verstrickt waren”; suspekt sei Mommsens Kritikern auch “dessen Bewertung von Linken, die dem 20. Juli nicht nur zugehörten, sondern in seinem engeren Kreis wirkten” (so Dr. Lisa Abendroth in einem Gespräch mit “Neues Deutschland”, 23. Januar 1998). Gerade dazu enthalten die in einem Abstand von nur einem bzw. anderthalb Jahren vom Zeitpunkt der Ereignisse entstandenen Berichte W. Maschkes bisher kaum bekannte Tatsachen.

3 Vgl. Das Gewissen entscheidet. Bereiche des deutschen Widerstandes von 1933–1945 in Lebensbildern. Hrsg. Annedore Leber in Zusammenarbeit mit Willy Brandt und Karl Dietrich Bracher, Berlin/Frankfurt a. M. 1957, S. 64–66; Das Gewissen steht auf. Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933–1945, Mainz 1984: 250–252.

4 Vgl. G. Beier: Wilhelm Leuschners Widerstand gegen Hitler und sein Konzept für eine neue Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Köln, H. 10, 1994: 642, 643. Der von G. Beier zitierte Bericht (S. 644) stammt von Walter Maschke.

5 Vgl. Erschlagen – Hingerichtet – in den Tod getrieben. Gewerkschafter als Opfer des Nationalsozialismus. Hrsg. vom DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1995: 54.

## Dokument 1

Pläne zum Wiederaufbau der Gewerkschaften nach 1945  
und die (gewerkschaftlichen) Vorbereitungen zum 20. Juli 1944.  
Bericht von Walter Maschke vom Juni/Juli 1945

### Vorbereitungen zum 20. Juli 1944. Wiederaufbau von Gewerkschaften

Bereits in den Jahren 1933 u. 1934 wurden von ehemaligen Gewerkschaftern und Sozialdemokraten Versuche unternommen, eine gemeinsame Geheim-Organisation zur Bekämpfung des National-Sozialismus aufzubauen. In Verbindung mit Vertretern internationaler Organisationen sowie mit emigrierten Deutschen wurde ein System von Vertrauensleuten aufgebaut, durch das vom Ausland eingeschmuggelte Drucksachen zur Verteilung gebracht wurden. Ich habe 1934 in der Tschecho-Slowakei mit Vertretern der Soz.Dem.Partei und in Holland und England mit Vertretern der Gewerkschafts-Internationale Besprechungen gehabt, in denen ich den Standpunkt vertrat, daß der organisierte Drucksachen-Vertrieb zu viele Opfer kostete, da der Spitzel-Apparat der Gestapo immer mehr ausgebaut werde. Diesen Standpunkt nahm ich gemeinsam mit den meisten Gewerkschaftern ein, die nach dem 30. Juni 1934 (als sich ergab, daß selbst ein offen zugegebener moralischer Bankrott des National-Sozialismus dessen politische Machtposition nicht zu erschüttern vermochte) zu der Ansicht kamen, daß eine baldige Beseitigung des Hitler-Regimes durch eine aus der Volksmasse kommende revolutionäre Bewegung nicht zu erwarten sei. Dagegen waren wir der Meinung, daß wirtschaftliche und außenpolitische Schwierigkeiten eine Situation schaffen würden, die die Wehrmacht, deren ablehnende Haltung dem National-Sozialismus gegenüber uns bekannt war, zu einem politischen Umsturz zwingen würden.

Daraus ergab sich die Erkenntnis: Es ist notwendig, mit Vertretern der verschiedenen nazifeindlich eingestellten Bevölkerungskreise und auch mit Vertretern der Wehrmacht in Verbindung zu sein, um Gedanken-Austausch über die politische Situation und gewisse Vorbereitungen für den Fall eines Umsturzes herbeizuführen. Als Vertreter der Gewerkschaften galt für diese vorbereitende Arbeit von vornherein Wilhelm Leuschner, der im Juni 1934 aus dem Konzentrationslager entlassen wurde. Leuschner übertrug mir die Aufgabe, Verbindungen unter den Gewerkschaftern herzustellen, damit eine gewisse Bereitschaft zum Wiederaufbau der Gewerkschaften vorhanden sei, wenn ein Umsturz eintrete. Im Herbst 1934 besprach ich die Situation mit führenden Gewerkschaftern der wichtigsten Berufsgruppen und verschiedener Bezirke Deutschlands, um sie zu einer entsprechenden Verständigung ihrer wichtigsten Vertrauensleute zu veranlassen. Zu den in Frage kommenden Personen gehörten Hermann Schlimme-Berlin (ADGB), Richard Timm und Richard Engelhard-Berlin, Alwin Brandes, Heinrich

Schliestedt, Erich Bührig (Metallarbeiter-Verband), Fritz Husemann-Bochum (Bergarbeiter-Verband), Albin Karl-Hannover (Fabrikarbeiter-Verband), Richard Bart-Berlin (Buchdrucker-Verband), Cäsar Thierfelder-Berlin (Bekleidungsarbeiter-Verband), Eduard Backert-Berlin (Nahrungsmittel-Arbeiter-Verband), Bernhard Göring-Berlin (Angestelltenorganisationen), Franz Apitsch-Berlin (Eisenbahner), Nikolaus Bernhard-Berlin (Bauarbeiter). Für die Bezirke des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes habe ich die folgenden Gewerkschafter eingesetzt: Erich Schilling-Leipzig, Oswald Wiersig-Breslau, Franz Drees-Königsberg/Ostpreußen, August Hein-Hamburg, Hermann<sup>6</sup> Böckler-Düsseldorf, Wilh. Richter-Darmstadt, Jakob Weimer-Stuttgart, Hagen-Nürnberg, Max Uhrig-Berlin und Karl Hartmann-Jena und Artur Zabel-Stettin.

Im Dezember 1934 wurde ich wegen des Verdachts illegaler Tätigkeit verhaftet, im Februar 1936 freigelassen. Die von mir oben genannten Gewerkschaftler sind in den folgenden Jahren fast ohne Ausnahme für längere Zeit in Haft gewesen. Der Bergarbeiter-Führer Husemann wurde im Konzentrationslager Papenburg "auf der Flucht erschossen" (1935). Während meiner Haft hat Leuschner selbst direkt und durch Vermittlung von Richard Engelhard (1943 verstorben) den Verkehr mit den Gewerkschaftern fortgesetzt. Inzwischen hat er auch durch Jakob Kaiser (Christliche Gewerkschaften) und den Sozialdemokraten Hermann Maaß, Berlin-Babelsberg, Verbindung zu führenden Vertretern der Wehrmacht aufgenommen, deren Namen mir aber zunächst unbekannt blieben. Der Verkehr mit Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes erfolgte durch Heinrich Schliestedt (Metallarbeiter-Verband), der inzwischen nach der Tschecho-Slowakei emigriert war. Zwischen Leuschner und Kaiser war ein engeres Verhältnis zustande gekommen, das dazu führen sollte, daß auch örtlich eine Zusammenarbeit zwischen Vertretern der freien und der christlichen Gewerkschaften vorbereitet wurde. Grundsätzlich war von vornherein von allen Gewerkschaftern der Standpunkt eingenommen, daß es beim Wiederaufbau von Gewerkschaften nur eine Organisation, nicht verschiedene Richtungen geben sollte.

Im allgemeinen wurde in den Jahren 1936–1938 die politische Situation so beurteilt, daß keine baldige Änderung der Machtverhältnisse in Deutschland zu erwarten sei, da das Ausland Hitler toleriert hatte. Die durch die Aufrüstung Deutschlands erzielte Wirtschaftsbelebung ließ innenpolitische Schwierigkeiten für das Hitler-Regime nicht erwarten.

Am 1. September 1939, als Deutschland den 2. Weltkrieg begann, wurde ich zusammen mit vielen anderen Gewerkschaftern wieder in Haft genommen. Als ich nach 16 Monaten Konzentrationslager wieder in Freiheit kam, erfuhr ich im Frühjahr 1941, daß bereits im Frühjahr 1940, also vor Beginn der Frankreich-Offensive, die Absicht eines Militärputsches gegen Hitler bestanden hatte. Nähere Einzelheiten über politische und militärische Voraussetzungen für diesen Putsch konnte ich nicht erfahren, doch gewann ich den Eindruck, daß die politisch-organisatorischen Vorbereitungen als unzureichend angesehen werden mußten. Als ich Leuschner gegenüber diese Mei-

---

6 Gemeint ist wohl Hans Böckler.

nung zum Ausdruck brachte, äußerte er nur sein Erstaunen, daß ich nachträglich von dieser Angelegenheit etwas erfahren hatte, ging aber auf die Angelegenheit selbst nicht weiter ein.

Leuschner teilte mir dann noch mit, daß er es für zweckmäßig halte, wenn ich, der ich wahrscheinlich von der Gestapo aufmerksam beobachtet werde, nicht im engen Kreis mitarbeite, da alles versucht werden solle, der Gestapo nichts bekannt werden zu lassen. So habe ich in der Zeit von 1941–1944 nur in gelegentlichen Unterhaltungen mit Leuschner, Maaß und Kaiser deren Ansichten über die politische und militärische Lage und über die von ihnen in Verbindung mit anderen Gruppen getroffenen vorbereitenden Maßnahmen zum Sturz von Hitler erfahren.

In den Händen von Hermann Maaß lag die Vorbereitung eines Programms der Gewerkschaften und der Verfassung des zukünftigen Deutschland. Von Maaß erfuhr ich auch, daß General-Oberst v. Beck als Stabschef, Dr. Gördeler als Reichskanzler, Leuschner als Vice-Kanzler und Führer der Deutschen Gewerkschaften vorgesehen sei(en). General d. Infanterie Olbricht sei der militärische Führer des vorbereiteten Putsches.

Von Ende 1941 an ging aus meinen Unterhaltungen mit den oben genannten (Leuschner, Maaß und Kaiser) klar hervor, daß zwischen den für die Putschvorbereitungen verantwortlichen militärischen und politischen Führern Übereinstimmung darüber bestand, daß der Umsturz zunächst als eine rein militärische Angelegenheit zu betrachten sei. Eine Aktivität aus der Volksmasse heraus war nicht in den Plan einbezogen. Als Instrument der neu zu errichtenden politischen Führung des deutschen Volkes sollten die sofort wieder aufzubauenden Gewerkschaften dienen. Von den militärischen wie den politischen Führern des Putsches wurde offenkundig vorausgesetzt, daß der Umsturz zu einen Zeitpunkt erfolgen würde, in dem von einem militärischen Zusammenbruch Deutschlands noch keine Rede sein konnte. Andererseits wurde damit gerechnet, daß die Erkenntnis, eine Beendigung des Krieges durch einen militärischen Sieg Deutschlands sei unmöglich, bei den Kommandeuren der Front- und Heimattruppe allgemein verbreitet sei. Die Festsetzung des Zeitpunktes für die Durchführung des Putsches lag aber offenkundig allein in der Hand der Militärs, denn Ausführungen von Leuschner, Maaß und Kaiser ließen wiederholt darauf schließen, daß sie selbst die politische und psychologische Situation für den Umsturz für geeignet hielten, aber nicht in der Lage waren, auf die Entscheidung Einfluß auszuüben. Für wahrscheinlich halte ich auch, daß von den beteiligten Politikern den Militärs gegenüber die organisatorischen Vorbereitungen für die Übernahme des Staatsapparats in neue Hände als weiter gediehen dargestellt wurden, als es in der Wirklichkeit tatsächlich der Fall war. Die Gründe hierfür lagen einmal in dem bei Leuschner und seinen Freunden vorhandenem Gefühl, daß die Militärs eine Ermutigung zum Handeln brauchten, ferner in dem Zwang, den Kreis der informierten Personen so klein wie möglich zu halten, um nicht den ganzen Plan zu gefährden .

Meine Gespräche mit Hermann Maaß, der seit 1939 der engste Mitarbeiter Leuschners geworden war, zeigten mir, daß dieser bewußt einen Zweck-Optimismus zur Schau

trug, um erst einmal zu erreichen, daß die Initial-Zündung ausgelöst wurde. Meine Einwirkung auf den Gang der Ereignisse bestand darin, daß ich einmal an der Auswahl der Personen mitwirkte, die für die führenden Funktionen auf verschiedenen Gebieten in Aussicht genommen wurden, weiter habe ich bei jeder Gelegenheit dazu beigetragen, daß Leuschner und seine Mitarbeiter in ihrer Haltung gegenüber den Militärs (Zweck-Optimismus) eine Bekräftigung erhielten.

Als im Sommer 1943 Mussolini gestürzt wurde, wurde in weiten Kreisen der politisch noch urteilsfähigen Deutschen mit einem ähnlichen Vorgang wie in Italien gerechnet. Nach den großen Luftangriffen in Hamburg begann die planmäßige Evakuierung Berlins und gleichzeitig offen erkennbare militärische Maßnahmen, die sowohl der Vorbeugung von Katastrophen wie gleichzeitig innerpolitischen Plänen dienen konnten. Nach Äußerungen von Leuschner kam es aber zu keiner Handlung, weil die maßgebenden Militärs die Rückwirkung eines Putsches auf die Lage an der Ostfront für katastrophal hielten. Man fürchtete, daß die weit in Rußland stehenden deutschen Truppen keinen geordneten Rückzug durchführen könnten. Die gleiche Auffassung äußerte mir gegenüber ein aus katholischen Kreisen stammender Offizier der Luftwaffe, der zu Generalfeldmarschall Milch Beziehungen hatte und mich wiederholt zu politischen Unterhaltungen aufforderte, die offenkundig nicht nur zu seiner privaten Information dienten. Es handelte sich um Hauptmann Dr. Schürholz, der bis 1933 beim Reichsverband der Deutschen Industrie tätig war. Nach einer Äußerung von Hermann Maaß war vom Generalstab des Heimat-Heeres der sogenannte "Walküre"-Mob.-Plan in Gang gebracht, aber vorzeitig wieder abgestoppt worden.

Nach dem Beginn der schweren Luftangriffe auf Berlin (November 1943 bis Januar 1944) wurden die Äußerungen Leuschners in seinen Unterhaltungen mit mir konkreter als vorher. Er legte jetzt mehr Gewicht auf die Nennung bestimmter Personen für die Besetzung von Ämtern in der Gewerkschaftsführung und in der öffentlichen Verwaltung und sprach auch über die für mich selbst vorgesehene Aufgabe. Ich sollte zu seiner besonderen Verfügung stehen und mich der Angelegenheiten der in Deutschland befindlichen ausländischen Arbeiter annehmen. Im Januar 1944 sprach Leuschner zum ersten Male zu mir und zwei anderen Gewerkschaftlern über grundsätzliche Fragen der künftigen Gewerkschaften, über die ich allerdings durch Unterhaltungen mit Maaß schon unterrichtet war. Von dieser Zeit ab war festzustellen, daß Leuschner von einer gewissen inneren Ungeduld hinsichtlich des Eintritts des lange erwarteten Ergebnisses erfüllt war. Anscheinend waren von diesem Zeitpunkt an direkte Begegnungen zwischen Leuschner und General-Oberst von Beck zu verzeichnen, während vorher nur ein indirekter Verkehr bestanden hatte. Bei meinen Vernehmungen bei der Gestapo wurde mir gegenüber beiläufig erwähnt, daß Besuche Leuschners bei von Beck festgestellt worden seien. Maaß erwähnte zu dieser Zeit, daß betr. den Aufbau der Gewerkschaften an einen gewissen Generalstabsplan gedacht sei, nach dem die zu treffenden Maßnahmen nach erfolgtem Militärputsch abzulaufen hätten. Leuschner sprach von einem sofort nach dem gelungenen Putsch an die deutschen Arbeiter zu richtenden

Rundfunk-Aufruf, in dem sie zur Beseitigung der Nazi-Betriebs-Obleute und zum Eintritt in den General-Streik aufgefordert werden sollten. Dies war eine Antwort auf von mir geäußerte Bedenken, daß unsere organisatorischen Vorbereitungen nicht ausreichend wären. Ich hatte in den Unterhaltungen mit Leuschner häufiger darauf hingewiesen, daß die Kombination v. Beck-Dr. Gördeler-Leuschner unter den seit dem Sommer 1943 zu erwartenden militärischen und daraus folgenden politischen Verhältnissen mir als nicht für eine lange Dauer bestimmt erscheine. Mir erwiderte L., daß er sich durch sein Wort an seine Mitarbeiter gebunden fühle. Er ging anscheinend wie die Militärs von der Voraussetzung aus, daß die Regierung Gördeler als im Besitz der Regierungs-Gewalt befindlich ordnungsgemäß alle Maßnahmen zur Liquidierung des Krieges treffen könnte. Die erste Maßnahme sollte die Einstellung des U-Boot- und Luftkrieges sein. Im übrigen bestand die Ansicht, daß englische und amerikanische Truppen das deutsche Gebiet besetzen würden, bevor es den Russen gelingen würde, die deutsche Ostfront zu zerschlagen. Es bestand also nach Leuschners Äußerungen die Absicht, der Forderung der Alliierten nach bedingungsloser Kapitulation zu entsprechen. Meine letzte Unterhaltung mit Leuschner hatte ich am 14. Juli 1944, in der er mir positiv erklärte, "die lange erwartete militärische Aktion wird erfolgen, wenn die Amerikaner in Paris und die Russen in Ostpreußen sind".

Als ich ihm mitteilte, daß ich in den nächsten Tagen in Urlaub nach Ostpreußen fahre, forderte er mich auf, die in Betracht kommenden Gewerkschafter in Königsberg/Ostpr. entsprechend zu informieren. Ich sollte außerdem einen Aufruf an die in Deutschland befindlichen ausländischen Arbeiter vorbereiten. Die mir aufgebene Fahrt nach Königsberg/Ostpr. konnte ich nicht durchführen, da ich erst am 19. Juli von Berlin wegfuhr und am 20. Juli durch den Rundfunk das Mißlingen des Putsches zur Kenntnis nahm. Bei diesem letzten Gespräch mit Leuschner teilte dieser mir mit, daß ich die Reisekosten zur Durchführung meines Auftrages von ihm bzw. seinem Betrieb ersetzt bekommen könnte. Dies bestätigte mir das seit längerer Zeit bestehende Gefühl, daß die Firma Leuschner, in der Hermann Maaß mit tätig war, über irgendwelche besonderen Mittel verfügte, die für politische Aufgaben zur Verfügung standen. Maaß und auch Leuschner machten viele der politischen Arbeit dienende Reisen auf Geschäftskosten. Der Betrieb arbeitete vornehmlich für das Oberkommando der Marine, zu dem Maaß gute persönliche Beziehungen hatte, die politischer Natur waren.

Zu den intimsten Mitarbeitern Leuschners aus den Kreisen ehemaliger Sozialdemokraten und Gewerkschafter gehörten

Dr. Carlo Mierendorf (Ende 1943 bei einem Luftangriff auf Leipzig ums Leben gekommen);

Dr. Leber-Lübeck (Vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und wahrscheinlich im Januar 1945 hingerichtet);

Prof. Reichwein (do. do.);

Dr. Theo Haubach, Berlin (Januar 1945 hingerichtet);

Hermann Maaß, Berlin (Oktober 1944 hingerichtet).

Leuschner selbst wurde Ende September 1944 hingerichtet.

Wie ich erfahren konnte, befanden sich unter dem mir bekannt gewordenen kleinen Teil der großen Zahl der wegen des Putsches vom 20. Juli Verhafteten noch folgende Sozialdemokraten bzw. Gewerkschafter:

Oberpräsident Gustav Noske, Hannover;  
Staatsminister Lüdemann, Berlin;  
Reg.Präs. v. Harnack, Berlin;  
Prof. Richard Woldt, Berlin;  
Gewerksch.Sekr. Richard Timm, Berlin;  
Bürgermeister Seitz, Wien;  
Gustav Dahrendorf, Hamburg.

Dahrendorf wurde im November 1944 zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt und befindet sich nach Rundfunkmeldung aus Berlin dort. Prof. Woldt hat eine Regierungsfunktion in Sachsen und Bürgermeister Seitz eine solche in Wien übertragen bekommen.

Daß der Putschversuch am 20. Juli überhaupt unternommen wurde, ist meiner festen Überzeugung nach in erster Linie dem Wirken Leuschners und Maaß' sowie der mit ihnen zusammenarbeitenden Gewerkschafter und Sozialdemokraten zu verdanken. Beide haben seit 1933 bzw. 1934, später zusammen mit dem Katholiken Jakob Kaiser (Christliche Gewerkschaften) planmäßig das Zustandekommen der Kombination v. Beck-Dr. Gördeler-Leuschner vorbereitet. Die Militärs sahen in der von Leuschner vorbereiteten Gewerkschafts-Organisation die unbedingt notwendige Voraussetzung für die von ihnen durchzuführenden militärischen Maßnahmen. Ist der Putsch auch fehlgeschlagen, so hat er doch seine weitreichende Wirkung gehabt. Ich bin überzeugt, daß die Kapitulation Rumäniens, Bulgariens und Finnlands zu einem nicht unwesentlichen Teil dadurch herbeigeführt worden ist, daß prominente deutsche Militärs vor aller Welt durch ihre Handlung bekundeten, daß sie nicht an einen deutschen Sieg glauben. Ich selbst wurde am 19. Januar 1945 wegen meiner Gespräche mit Leuschner und Maaß vom Volksgerichtshof in Berlin zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Walter Maschke, z. Zt. Bayreuth, Rich.-Wagnerstr. 56, bei Rebholz.  
(handschriftlich hinzugefügt:) Niedergeschrieben 1945 Bayreuth

Maschinenschriftliches Manuskript in: SAPMO-BArch, NY 4152/3, Bl. 9–12 (handschriftlich überschrieben: "Vorbereitungen zum 20. Juli 1944. Wiederaufbau von Gewerkschaften").



## Dokument 2

### Vorbereitung gewerkschaftlichen Wiederaufbaus während der Nazi-Diktatur. Vortrag von Walter Maschke am 18. März 1946 in Berlin

Schon vor der Auflösung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 war es vielen Gewerkschaftlern, insbesondere jüngeren Kollegen, klar, daß sich ein völliger Neuaufbau der Gewerkschaften in der Zukunft ergeben wird. Ebenso entstand gleichzeitig die Vorstellung, daß künftig nur eine einheitliche Organisation existieren dürfte, daß kein Wiederaufleben der verschiedenen Richtungen, also der freien, der christlichen, Hirsch-Dunkerschen und oppositionellen Organisationen möglich sein dürfte. Nach dem 2. Mai 1933, nach der Besetzung der Gewerkschaftshäuser und Büros durch SA und NSBO, nachdem Tausende von Gewerkschaftsführern in Schutzhaft genommen waren, fanden sich viele kleine Gruppen zusammen, die Pläne für die Zukunft schmiedeten. Alle gingen von der Überzeugung aus, daß das auf Gewalt gegründete System des Nationalsozialismus nicht von längerem Bestand sein könne. Darum wurden unmittelbar nach der Auflösung der deutschen Gewerkschaften durch den Nationalsozialismus von ehemaligen Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten Schritte unternommen, um eine gemeinsame Geheimorganisation zur Bekämpfung des Nationalsozialismus aufzubauen. Ein System von Vertrauensleuten wurde geschaffen, durch die mit den ehemaligen Anhängern der sozialistischen Bewegung Verbindung gehalten werden sollte. In großer Anzahl schufen ehemalige Gewerkschafter und Sozialdemokraten sich dazu die Möglichkeit durch die Übernahme von Vertriebsstellen für Zeitschriften, Verkauf von Haushaltsbedarf aller Art, Vertretungen für Versicherungsgesellschaften u. dergl., um durch diese gewerbliche Tätigkeit, die nicht an einen festen Arbeitsplatz gebunden war, die Möglichkeit zum Verkehr mit einer großen Anzahl früherer Kollegen und Genossen zu haben. Während der Jahre 1933 und 1934 wurden auf diesem Wege in größerer Menge vom Ausland eingeschmuggelte, gegen die Nazis gerichtete Drucksachen zur Verteilung gebracht. Die zentrale Leitung dieser Geheimorganisation hatte ständige Verbindung mit dem in Prag ansässigen emigrierten Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und Verbindung zu internationalen Gewerkschaftsvertretern. Sowohl mit dem Generalsekretär des IGB, Schevenels, wie mit Vertretern internationaler Berufssekretariate war direkt und durch Mittelsmänner ein ständiger Kontakt vorhanden; Zusammenkünfte fanden in Deutschland wie im Ausland statt.<sup>7</sup> Bei Schaffung eines illegalen Organisations-Apparates kam es einmal darauf an, durch eine gewisse ständige Verbindung zu Vertrauensleuten die geistige Haltung eines

---

7 An dieser Stelle handschriftlich am Rand: 1935 gewerksch. Konf. in Roskilde, Dänem. ITF (Internationale Transportarbeiter-Föderation – U. P.). Fimmen.

größeren Teiles ehemaliger Mitglieder zu beeinflussen und ferner allmählich das Gerippe eines Organisations-Apparates aufzubauen, damit für den in nicht zu ferner Zeit erwarteten Zusammenbruch des Nationalsozialismus eine aktionsfähige Organisation zum Mindesten im Ansatz vorhanden war. Bis zum Sommer 1934 wurden außer den eingeschmuggelten Drucksachen auch in Berlin selbst hergestellte illegale Flugchriften in größerer Anzahl zur Verteilung gebracht. Als sich nach dem 30. Juni 1934, da Hitler die große Säuberungsaktion gegen Röhm und Genossen innerhalb der NSDAP durchführte, ergab, daß selbst ein offen zugegebener moralischer Bankrott des Nationalsozialismus dessen politische Machtposition nicht zu erschüttern vermochte, kamen die illegal tätigen deutschen Gewerkschaftler zu der Ansicht, daß eine baldige Beseitigung des Hitler-Regimes durch eine aus der Volksmasse kommende revolutionäre Bewegung nicht zu erwarten sei. Dagegen ergab sich die Meinung, daß wirtschaftliche und außenpolitische Schwierigkeiten den Nationalsozialismus in eine für ihn unhaltbare Situation bringen würden.

Die Geheim-Organisationen und vor allem die Verbreitung von Drucksachen blieb der Gestapo nicht verborgen. Mit allen Mitteln arbeitete sie, um die Verbindungen aufzudecken, um herauszufinden, wo der Kopf und wo die einzelnen Glieder der verborgenen Bewegung zu entdecken sind. Die Grenzkontrolle wurde verschärft, die Bewachung Verdächtiger strenger durchgeführt und immer weitere Kreise der Bevölkerung zur freiwilligen Mitarbeit für die Gestapo veranlaßt. Die Zahl der Verhaftungen und auch der Verurteilungen war von Ende 1933 im ständigen Steigen begriffen. Entweder gab es schwere Zuchthausurteile oder bei Freispruch Überweisungen in Konzentrationslager auf unbestimmte Zeit.

Eine Gruppe Berliner Genossen war der Gestapo in die Hände gefallen, da es dieser gelungen war, in den Apparat, der zum Hineinschmuggeln von Drucksachen aus der Tschecho-Slowakei bestimmt war, einen ihrer Agenten einzubauen. Dieser Gestapo-Mann brachte Drucksachen nach Berlin und sorgte dafür, daß Fotografien hergestellt wurden, wenn er diese Drucksachen an Berliner Genossen übergab. So kam es Ende 1934 und im Frühjahr 1935 zur Verhaftung einer größeren Gruppe von Berliner Genossen, die sich später im Kolumbia-Haus als Gefangene der Gestapo wiedersahen. Bei aller Brutalität in den Behandlungsmethoden bewies die Gestapo häufig eine gewisse organisatorische Unfähigkeit, denn in einem Gefängnisse war es den Häftlingen häufig möglich, sich untereinander zu verständigen und damit die Aussagen vorzubereiten. Verschiedene Freisprüche ergaben sich daraus, u. a. für Max Uhrig von den Berliner Metallarbeitern, der dann wieder von der Gestapo für die 4 Jahre, die der Staatsanwalt ihm im Zuchthaus zgedacht hatte, im Konzentrationslager festgehalten wurde. Sogar eine Entlassung aus Versehen unterlief der Gestapo im Falle von Hans Jahn vom Eisenbahner-Verband. Als die Tatsache entdeckt wurde, war Jahn glücklicherweise bereits über die Grenze.

Für die Verhafteten sprangen stets sofort andere Genossen ein. Nach der Inhaftnahme von Maschke und Baurichter im Dezember 1934 war der frühere Metallarbeiter-Sekretär

Schliestedt (verstorben 1938 infolge Flugzeug-Absturz), der seinen Wohnsitz in der Tschechoslowakei nahm, der Verbindungsmann zwischen den illegal tätigen deutschen Gewerkschaftlern und der Internationale. Verschiedene internationale Berufssekretariate hatten daneben direkte Verbindungen zu deutschen Vertrauensleuten, so die Eisenbahner, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Glasarbeiter u.a. Die illegale Gewerkschaftstätigkeit in Deutschland hat in erheblichem Maße Bericht über die deutschen Aufrüstungsmaßnahmen an die internationalen Arbeiterorganisationen gegeben, mit denen bis zum Kriegsausbruch 1939 regelmäßige Verbindung bestand.

Die allgemeine politische Situation wurde in den Jahren 1935 bis 1938, nachdem die deutschen Hitlergegner feststellen mußten, daß das Ausland sämtliche Handlungen Hitlers, die auf eine Beseitigung des Versailler Friedensvertrages hinausliefen, ohne Gegenaktionen hinnahm, dahingehend beurteilt, daß keine baldige Änderung der Machtverhältnisse in Deutschland zu erwarten sei. Die Proklamierung der deutschen Wehrhoheit, die militärische Besetzung der Rheinlande, die Teilnahme sämtlicher fremden Nationen an der Olympiade in Berlin, die kampflose Angliederung Österreichs und der sudetendeutschen Gebiete gaben den Beweis, daß Hitler vom Auslande offenkundig toleriert worden sei. Die immer deutlicher und stärker vorgenommene Aufrüstung Deutschlands und die damit erzielte Wirtschaftsbelebung ließen innenpolitische Schwierigkeiten für das Hitler-Regime nicht erwarten. Die Arbeitslosigkeit war praktisch beseitigt.

Von Anbeginn ihrer Tätigkeit hatten die Führer der illegalen Gewerkschaftsarbeit die Erkenntnis, daß mit den verschiedenen Bevölkerungskreisen, die dem Nationalsozialismus feindlich oder ablehnend gegenüberstanden, engere Verbindung notwendig sei. Als Wortführer der Freien (sozialistischen) Gewerkschaften galt der ehemalige hessische Innenminister Wilhelm Leuschner, der bis 1933 dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes angehörte. Leuschner war unmittelbar nach seiner Rückkehr von der internationalen Arbeitskonferenz in Genf im Juni 1933 auf Veranlassung von Robert Ley in Schutzhaft genommen worden und wurde im Juni 1934 aus dem Konzentrationslager entlassen. Leuschner konnte sofort von seinen bisher freigebliebenen Genossen unterrichtet werden, daß für die gesamte Gewerkschaftsbewegung ein illegales Vertrauensmännersystem geschaffen worden sei. Nun übernahm es Leuschner, mit Vertretern anderer politischer und wirtschaftlicher Gruppen in Verbindung zu treten, um Gedankenaustausch über die politische Situation und über evtl. notwendige Vorbereitung für den Fall eines Umsturzes des Nazi-Regimes zu pflegen. Mit Hilfe des ehemaligen Geschäftsführers des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände, Hermann Maaß, und des Führers der christlichen Gewerkschaften, Jakob Kaiser, kam Leuschner zunächst indirekt in Kontakt mit Vertretern der Wehrmachtsleitung, von denen bekannt war, daß sie Gegner des Nationalsozialismus waren. Das Verhältnis zwischen Leuschner und Kaiser führte weiter sehr bald dazu, daß eine örtliche und bezirkliche Zusammenarbeit zwischen Vertretern der Freien und der Christlichen Gewerkschaften in ganz Deutschland vorbereitet wurde.

Es war gleich nach der Auflösung der Gewerkschaften in den gelegentlichen Diskussionen der Standpunkt eingenommen (worden), daß es bei einem Wiederaufbau der Gewerkschaften nur eine Organisation und nicht verschiedene Richtungen geben sollte. Die Zusammenarbeit mit den Vertretern der verschiedenen Gruppen beschränkte sich nicht auf die organisatorisch-politischen Vorbereitungen für den Fall eines innerpolitischen Umsturzes, sondern nahm sich auch die Ausarbeitung eines Programms für die politische, wirtschaftliche und soziale Neugestaltungen Deutschlands zum Ziel. Den Gewerkschaften waren wichtige Aufgaben zugeordnet. Sofort nach dem vollzogenen Umsturz, der sich zunächst als eine rein militärische Aktion vollziehen sollte, war die Errichtung einer Massenorganisation in der Form der neuen deutschen Gewerkschaften vorgesehen. Innerhalb des Staates sollten die Gewerkschaften große und wichtige Aufgabengebiete unter eigener Verantwortung selbstständig zu bearbeiten haben. Alles, was mit den Fragen der Sozialpolitik, Sozialversicherung, des Arbeitsschutzes, des Arbeitsrechts, der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenfürsorge zusammenhing, sollte unter die ausschließliche Zuständigkeit der Gewerkschaften fallen. Bei der Aufstellung dieses Programms war selbstverständlich davon ausgegangen (worden), daß es dem deutschen Volke gelingen würde, sich aus eigener Kraft von seinen nationalsozialistischen Unterdrückern zu befreien. Hierzu ist es aus den verschiedensten Gründen, die noch zu beleuchten sind, nicht gekommen. Als am 1. September 1939 Deutschland den zweiten Weltkrieg begann, war es klar, daß dieser Krieg nun auch die Entscheidung über das nationalsozialistische Regime bringen wird.

Bereits verschiedene Jahre vor dem 1939 erfolgten Kriegsausbruch war Leuschner zunächst indirekt, später unmittelbar in Verbindung mit Vertretern der deutschen Wehrmachtsführung. Es wurden Besprechungen über die allgemeine Situation, die zu treffenden Maßnahmen und über die politischen und organisatorischen Vorbereitungen für den Umsturz des Systems abgehalten. Nach Ausbruch des Krieges bekamen diese Erörterungen eine feste Form und bestimmteren Inhalt. Besondere politische Beauftragte für die einzelnen deutschen Bezirke wurden ausgewählt, die den militärischen Befehlshabern zur Seite stehen sollten. Eine Reichsregierung wurde zusammengestellt, die sofort nach dem geglückten Putsch die Macht übernehmen sollte. Reichskanzler sollte Dr. Gördel werden; Wilhelm Leuschner war zum Vizekanzler und zum Führer der deutschen Gewerkschaften ausersehen. Staatschef (Reichspräsident) sollte der ehemalige Generalstabs-Chef Generaloberst v. Beck werden. Zunächst sollte sich der Umsturz als eine rein militärische Angelegenheit abspielen. Unmittelbar nach der Übernahme der Staatsgewalt durch die neue Regierung aber sollte dieser neuen Staatsführung eine Massenorganisation als politisches Instrument zur Verfügung gestellt werden.

In allen Bezirken Deutschlands waren Gewerkschafter mit der Aufgabe betraut, die Gewerkschaften als Einheitsorganisation aller Werktätigen zu errichten und sie für die dringenden Forderungen des Tages als zur Zeit alleinige politische Organisation einzusetzen. Christliche, sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter waren zu gemeinsamer Arbeit bereit. In der Reichsführung der Gewerkschaften sollten

neben Wilhelm Leuschner u.a. Jakob Kaiser, Hermann Schlimme, Walter Maschke, Bernhard Göring u.a. eine Rolle spielen. Der vordringlichen politischen Aufgabe wegen, die sofortige Aktionsfähigkeit verlangte, war ein stark zentralistischer Aufbau der Organisation vorgesehen. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund sollte als eine über das ganze Reichsgebiet sich erstreckende, alle Werk tätigen, Arbeiter, Angestellte und Beamte, umfassende Organisation aufgebaut werden. Als Unterverbände dieses Gewerkschaftsbundes sollten für die einzelnen Industrie-Gruppen bzw. Berufszweige besondere Industrie-Verbände geschaffen werden, die aber nicht mehr die völlig selbstständige Stellung der Verbände von vor 1933 haben sollten. Die neue Gewerkschaftsführung hätte als erste Amtshandlung einen Rundfunkaufruf an alle Arbeiter der Rüstungsbetriebe erlassen, der sie zum Generalstreik aufforderte, bis das nationalsozialistische Regime endgültig beseitigt war. Alle Arbeiter sollten aufgerufen werden, die Betriebe vom Einfluß der Nazis zu säubern, vor allem die Nazi-Betriebsobleute zu beseitigen und in den einzelnen Orten dafür zu sorgen, daß politisch einwandfreie Personen die öffentlichen Angelegenheiten in die Hand nahmen.

Die neue Reichsregierung sollte als erste Amtshandlung den Alliierten entsprechend ihren Forderungen die bedingungslose Kapitulation anbieten.

Von Leuschner und seinen engeren Mitarbeitern wurde während des Krieges wiederholt auf die in Frage kommenden Militärs dahin eingewirkt, daß der in Aussicht genommene Militärputsch – nur durch einen solchen erschien allen Beteiligten der Sturz des Hitler-Regimes noch möglich – rechtzeitig und zu einem politisch und psychologisch geeigneten Zeitpunkt durchgeführt werde. So wurde besonders im Sommer 1943, als in Italien sich der Umsturz vollzog und mit Mussolini auch der Faschismus zum Abtreten gezwungen war, von uns betont, daß nun der geeignete Moment gekommen sei. Einen unmittelbaren Einfluß auf die notwendigen militärischen Maßnahmen hatten aber Leuschner und seine politischen Freunde nicht. Offenkundig hatten die für die Putsch-Vorbereitung verantwortlichen Militärs das Bestreben, den Zeitpunkt der Aktion soweit hinauszuschieben, (bis) auf Grund der Kriegslage nicht zu befürchten war, daß im deutschen Volk eine neue Dolchstoß-Legende gläubige Anhänger finden konnte. Wohl hat die illegale Tätigkeit der ehemaligen Gewerkschafter und ihrer politischen Freunde unserem Wortführer Leuschner die Möglichkeit gegeben, den mit der Putschvorbereitung betrauten Militärs das schnelle Infunktiontreten einer Massenorganisation in Aussicht zu stellen. Die eigentliche Initiative zur Revolution aber mußte unter den gegebenen Umständen den Militärs überlassen bleiben, und hier lag die Schwäche des ganzen Unternehmens. Diese Leute sahen in erster Linie die militärischen und nicht die politischen Seiten des Unternehmens. Und so kam es, daß mir Leuschner Anfang Juli 1944 sagen konnte, daß der so lange geforderte und erwartete Putsch kommen würde “wenn die Amerikaner Paris und die Russen Ostpreußen erobert haben”. Völlig unerwartet kam diese Ankündigung.<sup>8</sup> Sie wies auf den 20. Juli

---

8 Handschriftlich eingefügt: und der Putsch selbst.

1944 hin, der das Attentat auf Hitler und den Versuch der Machtergreifung durch die aufständischen Militärgruppen in Verbindung mit den gewerkschaftlich-politischen Kreisen brachte. Es war der Versuch einer Revolution, bei der die Aktivität der Volksmasse erst als zweiter Akt – nach dem gelungenen Militär-Aufstand – einsetzen konnte. Hieraus ergab sich, daß das Versagen der militärischen Aktion zu einem Fehlschlag der ganzen Unternehmung führte.

Abgesehen von wahrscheinlichen organisatorischen Mängeln in der militärischen Vorbereitung des Unternehmens, ist es ein Punkt, der entscheidend war für den Mißerfolg. Die militärischen Führer des Putsches hatten als festen Faktor in ihre Rechnung die Erwartung eingesetzt, daß die deutsche Generalität, sowohl die der Fronttruppe wie die des Heimatheeres, ihren Befehlen sofort Folge leisten würde, ja, daß das Attentat auf Hitler ihnen schon als Aufforderung zu politischem Handeln ausreichen würde. Aber nicht nur diese Auslese der deutschen Wehrmachtsführung versagte – ob aus politischer Unfähigkeit und Urteilslosigkeit oder aus persönlicher Feigheit sei dahingestellt, vielleicht war es beides –, selbst in der Aktion führend beteiligte Generäle bekamen anscheinend Angst vor der eigenen Kurage und führten die ihnen zugewiesenen Aufgaben gar nicht oder doch nur unzulänglich aus. Heute erklären viele Vertreter der Generalität, daß sie bereits seit verschiedenen Jahren nicht mehr an einen militärischen Erfolg Hitler-Deutschlands geglaubt hätten. Diese Leute, die immer für sich in Anspruch genommen haben, die berufensten Vertreter des deutschen National-Interesses zu sein, waren aber offenkundig unfähig, die Konsequenz aus ihrer Erkenntnis zu ziehen und auf die rascheste Beendigung des Krieges hinzuwirken. Der Mut hat den meisten dazu gefehlt. Infolge der persönlichen Feigheit seiner führenden Schichten und auch der Volksmasse konnte das deutsche Volk nicht zu einem früheren Ende der großen Vernichtungsaktion, die der Krieg darstellte, kommen, mußte es bis zum tiefsten Grad seiner Erniedrigung und bis zum höchsten Grad seines Leides und seiner Not gelangen.

Bald nach dem 20. Juli setzte die große Verhaftungsaktion der Gestapo ein. In großem Umfang wurden irgendwie Verdächtige, in erster Linie ehemalige Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten, in Haft gekommen. Die für die Aktion verantwortlichen Militärs wurden während der Aktion selbst ermordet oder verhaftet; mit allen Mitteln versuchte man aber festzustellen, mit welchen politischen Gruppen die Militärs in Verbindungen gestanden hatten. Über die Chauffeure, Portiers oder anderes Personal der Offiziere zunächst und dann der festgestellten in Betracht kommenden Politiker konnte man einen weiten Kreis von Personen erfassen, der in alle Bezirke Deutschlands und in alle politischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Kreise hineinreichte. Von den uns besonders nahestehenden Beteiligten sind Leuschner und seine engsten Mitarbeiter wie Dr. Leber, Prof. Reichwein, Dr. Theo Haubach, Reg.-Präs. v. Harnack, Hermann Maaß, Oswald Wiersich-Breslau, Schneppenhorst u. a. verhaftet, vom Volksgericht zum Tode verurteilt und durch den Strang hingerichtet bzw. unmittelbar vor Kriegsende noch umgelegt worden. Mit mir war ein katholischer Berg-

arbeiter in Haft, dem nachgewiesen wurde, daß er eine Reise unternommen hatte, um im Saargebiet einen ehemaligen christlichen Gewerkschafter zur politischen Mitarbeit unter der Regierung Gördeler zu veranlassen; das Urteil für ihn war: Tod durch den Strang! Wem auch nur Wissen um den geplanten Putsch oder die Regierung Gördeler nachgewiesen werden konnte – auch wenn er keinerlei Tätigkeit ausgeübt hatte –, hatte bestimmt ein Todesurteil zu erwarten. Daß mit allen Mitteln der körperlichen und seelischen Mißhandlung sowie Erpressung gearbeitet wurde, um die gewünschten Geständnisse von den Verhafteten zu erreichen, sei nur nebenbei erwähnt. Nur durch Zufall und besondere Glücksumstände sind einige Verhaftete – Timm, Dahrendorf, Maschke aus unserem Kreis – am Leben geblieben.

Für die Haltung der offenkundig dem Tode Geweihten gebe eine Äußerung von Hermann Maaß einen Beweis: Maaß war engster Mitarbeiter Leuschners und mußte zugeben, wiederholt in seiner Wohnung Besuche des Obersten von Stauffenberg, des Attentäters vom 20. Juli, empfangen zu haben. Am 12. August 1944 schrieb er in einem Brief aus dem Gestapo-Hauptquartier Drögen/Mecklenburg an seine Frau u.a.: “Wenn ich Dir schreibe, so wende ich mich durch Dich auch an jene, die uns nahestanden und denen Du etwas von meinem Schicksal anvertrauen möchtest... Mein Leben liegt hinter mir, der Tod steht vor mir. Trotz aller verständlicherweise aufwallenden Gefühle Dir und den Kindern gegenüber bin ich ruhig und gelassen. ... Das ist meine feste Überzeugung: An die Stelle des Individualismus muß als vorherrschende Kraft der Sozialismus treten, der das – von der alten Kultur übernommene – Recht der Person beläßt, aber – als Wesen der neuen Kultur – der Person zugleich Recht und Pflicht überträgt, bewußt eine Funktion für die Gesamtheit zu erfüllen. Das bedeutet:

In der neuen sozialistischen Epoche wird nicht Herkunft, Besitz oder Rang für den Wert einer Person maßgebend sein, sondern nur die persönliche Leistung.

Person, Staat, Völker – eines Tages auch Staaten- und Völker-Gemeinschaften – werden von dem gleichen Blut des arbeitenden Menschen durchpulst und vom gleichen Geist belebt.

Der arbeitende Mensch – nicht der privilegierte oder von seinem Besitz lebende – wird der Träger der neuen Kultur sein, und er wird es bewußt sein.

Die Klassengesellschaft wird überwunden durch eine klassenlose, in der die natürlichen Gesellschaftsschichten gleich” (sind).<sup>9</sup>

Maschinenschriftliches Manuskript in: SAPMO im BArch, NY 4152/2, Bl. 7–15 (auf Bl. 7 mit handschriftlicher Notiz versehen: “Vortrag v. Polizei Präs., 18/3 46”).

# Wissenschaftliche Mitteilungen

## Theodor Leipart und gewerkschaftlicher Widerstand 1933–1945

ULLA PLENER

Bei Studien im Zusammenhang eines Beitrags zur Biografie von Theodor Leipart, 1921 bis 1933 Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), stieß die Autorin auf mehrere Dokumente, aus denen hervorgeht, daß Leipart enge Verbindungen zum Kreis um W. Leuschner, H. Schlimme und J. Kaiser hatte, als bisher angenommen wurde. Zum Teil wurden ihm solche Kontakte ganz abgesprochen, so von Ulrich Borsdorf: Im Widerstand gegen die Nazis sei Leipart nicht hervorgetreten. G. Beier schreibt in seiner Arbeit über die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften: Nach dem 2. Mai 1933, als die Gewerkschaftshäuser gestürmt und die Vorstände der freien Gewerkschaften, auch Leipart, verhaftet wurden, habe sich gezeigt, daß "Theodor Leipart den Strapazen weder körperlich noch seelisch gewachsen war"; und an anderer Stelle: "Der Drechsler Theodor Leipart lebte in weitgehender Zurückgezogenheit. Er war zu bekannt, um erfolgreich konspirieren zu können, zu alt und zu krank, um den offenen Kampf zu wagen. Allenfalls hielt er nachbarschaftliche Verbindungen zu Erkelenz, Kaiser, Schlimme, Leuschner." Im "HolzarbeiterBuch" heißt es ähnlich: Leipart sei "zu alt, zu krank, auch zu bekannt (gewesen), um sich aktiv zu beteiligen".

Dafür daß Leipart nach dem 2. Mai 1933 – jedenfalls seelisch – ungebrochen war, spricht zumindest zweierlei. Zum einen sein Verhalten nach der Verhaftung, das ein Zeitzeuge so beschrieb: "Leiparts persönlicher Mut stand außer Frage. Ich habe seinen Aufenthalt in einer der nazistischen Folterhöhlen von 1933 (in der Berliner Parochialstraße) geteilt. SA-Häuptlinge bedrohten ihn zu viert mit entscherten Pistolen, um ihm Angaben über den Aufenthalt des Reichsbannerführers Höltermann abzupressen. Trotzig brüllte der alte Mann die Henkersknechte an und landete schließlich zusammengebrochen im Staatskrankenhaus." Zum anderen wehrte er sich mit juristischen Mitteln gegen den Vorwurf der Untreue, nachdem am 9. Mai 1933 "gegen Leipart und Genossen" ein "Ermittlungsverfahren wegen Untreue" eingeleitet worden war. Sechs Wochen nach dem 2. Mai aus der Schutzhaft entlassen, ließ er seinen Rechtsanwalt "die beiden entscheidenden Einwände vortragen: Es wird nicht ermittelt – die Ausstattung der DAF mit dem Gewerkschaftsvermögen geht auch anders – warum muß er dann



mit dem ungeklärten Korruptionsvorwurf leben?“ Leipart konnte sich nicht durchsetzen, wurde aber auch nicht angeklagt.

Leipart nahm in der Tat (ein kranker Mann im siebenten bzw. achten Lebensjahrzehnt) nicht in der Art eines Wilhelm Leuschner (1890–1944) und eines Hermann Schlimme (1882–1955), beide vom ADGB, oder eines Jakob Kaiser (1888–1958) von den christlichen Gewerkschaften am aktiven Widerstand teil. Gemessen an den – zuletzt von Michael Schneider (1995) zusammengefaßten – Merkmalen des gewerkschaftlichen Widerstandes kann er aber sehr wohl in dessen Reihen eingeordnet werden: Er wird zwar nicht “auf illegalem Wege Informationen über die Situation in den Betrieben” gesammelt und verbreitet, nicht “Kontakt zwischen Widerstandsgruppen im Reich und im Exil” gehalten, auch nicht politische Aufklärung über das nazistische System betrieben haben; aber er war an dem Versuch beteiligt, “den persönlichen Zusammenhalt oppositioneller Gewerkschafter aufrechtzuerhalten” und “Vorbereitungen für die `Zeit danach` zu treffen”, blieb im “Wartestand”. Er hatte illegale Kontakte zu den genannten drei Persönlichkeiten und nahm an Beratungen mit ihnen über den zukünftigen Aufbau der Gewerkschaften teil.

Eines der frühen Zeugnisse liefert G. Beier in der von ihm zusammengestellten Zeittafel des gewerkschaftlichen Widerstandes: “20. Juni 1934: Der Gestapo-Spitzel `Go 1` berichtet seiner Behörde über intensive Kontakte zwischen Reichsbannerleuten, Sozialdemokraten, christlichen und sozialistischen Gewerkschaftern, insbesondere Schlimme, Jahn, Scharfschwerdt, Kaiser, Scheffel, Leipart, Urich, später auch Gottfurch und Waschow.”

Von Kontakten zu Walter Maschke – dessen aktive Teilnahme am gewerkschaftlichen Widerstand in der Literatur bisher nicht beachtet und mit den im vorliegenden Heft veröffentlichten Dokumenten belegt wird – zeugt das in dessen Nachlaß aufbewahrte Original des Briefes von Theodor Leipart vom 4. Oktober 1941 zum 50. Geburtstag Maschkes am 6. Oktober 1941, also nach dessen zweimaliger längerer Inhaftierung, in dem es u. a. heißt: “Ich drücke Dir in Freundschaft die Hände und wünsche Dir neben guter Gesundheit noch recht viel Lebensfreude und soviel Glück, als notwendig ist, all das Ungemach, das die letzten Jahre über Dich und Deine Frau (sie war ebenfalls mehrfach inhaftiert – U. P.) gebracht haben, wieder auszugleichen.”

In einem Brief an Wilhelm Keil teilt Leipart am 18. Mai 1944 u. a. mit, daß zu seiner Geburtstagsfeier (er war am Tage zuvor 77 Jahre alt geworden) u. a. Wilhelm Leuschner anwesend war.

Am 12. September 1944 schreibt Leipart an Hermann Schlimme zu dessen 62. Geburtstag: “Ich habe versäumt, mir Deine Adresse in Rudow zu notieren, hoffe aber, daß mein Brief Dich erreichen wird. Es hat sich viel ereignet, seit wir uns zuletzt gesehen haben, und ich bin in Sorge um Dich, ob es Dich vielleicht auch mitgetroffen hat? Sei doch so gut und lasse Dich, wenn möglich, bald wieder mal bei uns sehen.” Der Brief hatte Schlimme also nicht auf dem Postwege erreicht – und Leipart wußte um die Verhaftungen in Gewerkschaftskreisen nach dem 20. Juli, um die Gründe dafür und um H. Schlimmes Teilhabe daran.

Daß es sich in jener Zeit nicht nur um harmlose Geburtstagsfeiern und -schreiben handelte, sondern darüber hinaus auch konzeptionelle Beratungen stattfanden, an denen Leipart teilgenommen hatte, erfahren wir aus seinen Briefen aus dem Jahre 1946, als es um die Gründung der SED ging.

An H. Schlimme schrieb er am 10. April 1946: "In den Kreisen der Gewerkschaften ist der Wille zur Einheitsorganisation zuerst aufgetreten. Schon vor Jahren waren Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser mit mir darüber einig, daß nach dem Hitlerterror und nach den Verwüstungen durch den Krieg für politisch und weltanschaulich getrennte Gewerkschaften kein Platz mehr sein dürfe, sondern zur Bewältigung der ungeheuer großen Aufgaben die Einheit das Gebot der Stunde sei..." Dieser Brief wurde am 12. April 1946 in der "Deutschen Volkszeitung", Berlin, veröffentlicht. Jakob Kaiser, der zu jener Zeit in Berlin politisch aktiv war, dementierte ihn nicht; ja, er gehörte damals neben H. Schlimme zu jenen wenigen, die Leipart besuchten und sich um ihn kümmerten.

In einem Brief an W. Keil vom 6. Juni 1946 schrieb Leipart, er sei zu dem "Brief an Herm. Schlimme in der Einheitsfrage auch nur von diesem veranlaßt worden", seine positive Meinung zur Einheitsfrage, auch der politischen Einheit, habe aber "schon vorher völlig fest" gestanden, und er teilte weiter – ganz nebenbei, privat und nicht für die Veröffentlichung bestimmt – mit: "Während des Krieges und besonders in der Zeit vor dem 20. Juli, (haben) wir in kleinen Kreisen auch in meinem Hause die Maßnahmen beraten..., die nach Beseitigung des Hitlerterrors getroffen werden müssten..." In der im faschistischen Reichssicherheitshauptamt aufgrund von Aussagen der nach dem 20. Juli 1944 verhafteten Gewerkschafter zusammengestellten Liste der Gewerkschaftsfunktionäre, "an deren Verwendung gedacht war" beim Wiederaufbau der neuen Gewerkschaften, findet sich auch Leiparts Name. Im Kaltenbrunner-Bericht vom 23. September 1944 hieß es aufgrund der Aussagen von Wilhelm Leuschner: "Es war vorgesehen, in der Deutschen Gewerkschaft die früheren Spitzenfunktionäre Leipart und Brandes zu Ehrenvorsitzenden zu machen. Leuschner fühlte sich als Nachfolger von Leipart, der inzwischen 79 Jahre alt ist..."

Aus den angeführten Dokumenten kann zumindest zweierlei geschlossen werden: Nicht anders als Hans Böckler (1875–1951) und Willi Richter (1894–1972), deren nur indirekt, anhand späterer Quellen und Aussagen, nachgewiesene Kontakte zum Widerstand U. Borsdorf und G. Beier in ihren Biografien von Böckler und Richter überaus verständnisvoll, auch deren hohes Alter berücksichtigend, hervorheben, folgte Leipart (1867–1947) der sozialdemokratischen, auch von Wilhelm Leuschner in den dreißiger Jahren vertretenen Linie des "Überwinterns" und des "verschwiegenen Widerstands" (G. Beier); und er hatte in den vierziger Jahren direkte Kontakte zu führenden Persönlichkeiten des gewerkschaftlichen Widerstandes, beteiligte sich in den Kriegsjahren an konzeptionellen Beratungen über die spätere Gewerkschaftseinheit.

# Biographische Skizzen

## Hermann Maaß – sozialdemokratischer Jugendpolitiker und Widerstandskämpfer

### KURT FINKER

Befragt, worin er Erbe und Vermächtnis seines Vaters sehe, sagte Michael Maaß (1926-1988), ältester Sohn von Hermann Maaß 1987: “Ich bin der Überzeugung, wir hätten nicht eine Restauration des Ausmaßes bekommen nach dem Kriege, wie sie dann tatsächlich stattgefunden hat, sondern es wäre mit anderen Mitteln, mit anderen Methoden wahrscheinlich ein anderer deutscher Staat aufgebaut worden. – Man muß sehr stark aufpassen, und da, glaube ich, stimme ich mit meiner Schwester überein, daß nicht eine falsche Denkmalspflege gemacht wird, man muß sehr aufpassen, daß der deutsche Widerstand nicht als Alibi benutzt wird für alles Mögliche und man muß sich die größte Mühe geben, die noch nicht ausgelotete Geschichte des deutschen Widerstandes in allen ihren Facetten endlich nicht nur zu Papier zu bringen, sondern endlich der deutschen Öffentlichkeit, vor allem der jungen Generation, viel bewußter zu machen, als das bisher der Fall ist, siehe Schulunterricht und ähnliches mehr.”<sup>1</sup>

Hermann Maaß gehört zu jenen Persönlichkeiten des antifaschistischen deutschen Widerstandskampfes, die in der Literatur Ost- und Westdeutschlands lange Zeit relativ wenig Aufmerksamkeit gefunden haben.

Nach der kurz nach Kriegsende erfolgten Umbenennung der Heimdalstraße in Potsdam-Babelsberg in Hermann-Maaß-Straße – jene Straße, in der das Wohnhaus der Familie Maaß (seit 1928) steht –, und in einigen späteren Berichten in der regionalen Presse<sup>2</sup> wurde es im Osten nahezu still um ihn. Sicher spielte dabei auch eine Rolle, daß man ihn allgemein zu den “rechten” Sozialdemokraten zählte. Die 1966 erschienene parteioffizielle achtbändige “Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung” erwähnte ihn überhaupt nicht<sup>3</sup>, die 1970 erschienene Biographiensammlung “Deutsche Widerstandskämpfer” nur nominell<sup>4</sup>. Erst im Rahmen der in den 60er Jahren einsetzenden

- 
- 1 Irmgard von zur Mühlen/Ekkehard Kuhn: Die Kinder des 20. Juli. Erbe und Vermächtnis. Dokumentarfilm, Chronos Film, 1987.
  - 2 Anneliese Hoffmann: Straßennamen erinnern an Antifaschisten: Hermann Maaß. In: Brandenburgische Neueste Nachrichten, 25.4.1965: 4; Märkische Volksstimme, 23.10.1966: 6.
  - 3 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5. Von Januar 1933 bis Mai 1945, Berlin 1966.
  - 4 Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945. Biographien und Briefe, Bd. 1 und 2, Berlin 1970.

gründlicheren Erforschung und Aufarbeitung der Geschichte des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 erhielt auch Maaß größere Beachtung<sup>5</sup>. An der Pädagogischen Hochschule Potsdam entstand 1979, betreut durch Dr. Kurt Adamy, im Rahmen einer Diplomarbeit eine biographische Skizze über Maaß, die in gekürzter Form auch veröffentlicht wurde<sup>6</sup>.

In Westdeutschland wurde ihm anlässlich seines zehnten Todestages 1954 ein Gedenkartikel gewidmet<sup>7</sup>, der 1963 erschienene biographische Sammelband "Das Gewissen entscheidet"<sup>8</sup> enthielt ein knappes Lebensbild. Aber in anderen Schriften über Widerstand und Gewerkschaftsbewegung erfuhr Maaß keine oder nur marginale Erwähnung. Erst der niederländische Historiker Ger van Roon ging in seinem Buch über den "Kreisauer Kreis" 1967 ausführlicher auf ihn und seine Rolle in der deutschen Widerstandsbewegung ein.<sup>9</sup>

Hermann Maaß wurde am 23. Oktober 1897 in Bromberg (Bydgoszcz) als Sohn eines Eisenbahnbeamten geboren und besuchte die Oberrealschule<sup>10</sup>. Mehrmals mußte er wegen dienstlicher Versetzungen seines Vaters Wohn- und Schulort wechseln. Nach Teilnahme am ersten Weltkrieg an der Westfront, in dem er 1918 eine Gasvergiftung erlitt, studierte er an der Berliner Universität Philosophie, Psychologie und Soziologie und legte seine Lehramtsprüfung ab. Seit 1920 gehörte er der SPD an.

An der Berliner Hochschule für Politik befaßte er sich mit Jugendproblemen und bereitete sich auf das Wohlfahrtspflegereexamen vor. Dabei lernte er auch Dr. Gertrud Bäumer kennen, eine führende Vertreterin der deutschen bürgerlichen Frauenbewegung. Im Jahre 1924 wurde er Geschäftsführer des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände (RAJ) und Chefredakteur von dessen Zeitschrift "Das junge Deutschland". Er war Mitbegründer des "Deutschen Jugendfunks". Aus diesen Tätigkeiten kannte er auch Führer der bürgerlichen und sozialdemokratischen Jugendbewegung sowie eine Reihe von Offizieren<sup>11</sup>. Dem RAJ gehörten 1926 76 Jugendverbände mit

- 
- 5 Kurt Finker: Stauffenberg und der 20. Juli 1944, 2. Aufl., Berlin 1972; Ders.: Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin 1978: 129-132.
  - 6 Barbara Locker: Freund und Helfer der Jugend – Hermann Maaß. In: Mitgestalter der Geschichte – Wegbereiter unserer Zeit. Biographische Skizzen Potsdamer Persönlichkeiten, Teil II. Hrsg. Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED, Potsdam 1986: 67 ff.
  - 7 Heinz Westphal/Gerhart Fauth: "einem größeren Gesetz als dem eigenen folgend": Hermann Maaß. in: "deutsche Jugend", Zeitschrift für Jugendfragen und Jugendarbeit, August 1954; Mitarbeit: Annedore Leber, Helene Gehse, Michael Maaß.
  - 8 Das Gewissen entscheidet. Bereiche des deutschen Widerstandes von 1933-1945 in Lebensbildern. Hrsg. von Annedore Leber in Zusammenarbeit mit Willy Brandt und Karl Dietrich Bracher, Berlin – Frankfurt/Main 1963: 64-66.
  - 9 Ger van Roon: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967, bes.: 230 ff.
  - 10 Vgl. Hermann Maaß, in: Kurt Finker: Der 20. Juli 1944. Militärputsch oder Revolution? Berlin 1994: 210–215.
  - 11 Mitteilung von Walter Maschke an den Verfasser. Vgl. auch van Roon: Neuordnung: 230.

ca. 4,5 Millionen Mitgliedern an: sozialdemokratische, evangelische, katholische, berufsständische, bündische und Sportorganisationen<sup>12</sup>. Der RAJ verkündete offiziell parteipolitische Neutralität und befaßte sich auf sozialpolitischem Gebiet mit Verbesserung der Arbeitsschutzgesetzgebung, der Berufsausbildung und dem Jugendschutz.

Um die Mitte der 20er Jahre heiratete Maaß die 1901 in München geborene Eva Habicht, Absolventin der Sozialen Frauenschule in Hamburg. Aus der Ehe gingen sechs Kinder hervor. Eva Maaß wußte nach 1933 um die illegale Arbeit ihres Mannes im Kampf gegen das Naziregime und unterstützte ihn dabei.

Im Jahre 1926 war er führend beteiligt an der von 300 000 Interessenten besuchten Ausstellung "Das junge Deutschland" im Schloß Bellevue in Berlin. Sie dokumentierte die soziale, berufliche und kulturelle Lage der deutschen Jugend und sollte die Forderungen der Jugend im Rahmen einer sozialen Reformpolitik bekräftigen.

Gleichzeitig half er der sozialdemokratischen Jugend- und Kinderbewegung in Nowawes (Potsdam-Babelsberg). Noch im April 1933 soll er – nach dem Bericht von Zeitzeugen – die Festrede auf der letzten Jugendweihefeier in Nowawes gehalten haben.

Im April 1933 wurden der RAJ von den Nazis in die "Reichsjugendführung" unter Baldur von Schirach eingegliedert und Maaß aus seiner Funktion entfernt. Folgende Worte aus dieser Zeit sind von ihm überliefert: "Man hat mir durch Mittelsmänner nahegelegt, überzutreten oder freiwillig zu kapitulieren. Ich habe beides abgelehnt. Mein Denken ist ebenso politisch wie soldatisch. Ich habe erklärt, daß ich im Felde nicht kapituliert hätte und daß ich es auch vor inneren politischen Gegnern nicht zu tun gedächte. Auch ein deutscher Sozialist hat eine Ehre zu bewahren, gerade heute, wo man in eigenen Reihen verständliche Angst und unentschuld bare Feigheit, Zusammenbruch banaler Ideale und unsozialistische Sicherheitsspekulationen erlebt – wie andererseits aber auch in der neueren politischen Geschichte bisher unerhörtes Heldentum und Standhaftigkeit."<sup>13</sup>

Trotz zeitweiliger Notlage infolge Arbeitslosigkeit blieb Hermann Maaß in Deutschland, obwohl ihm die Harvard-Universität, die älteste und berühmteste Universität der USA in Cambridge bei Boston, eine Professur angeboten hatte. Ungeachtet großer finanzieller und publizistischer Schwierigkeiten gab er zusammen mit dem Verleger Ulrich Wolf bis 1938 die beiden Schriftenreihen "Jugend und Erziehung im Ausland" und "Jugend und Erziehung in der Welt" heraus. Dabei halfen deutsche und ausländische Gesinnungsfreunde; die Hefte konnten allerdings nur unregelmäßig erscheinen.

Maaß verhielt sich zunächst wie viele seiner sozialdemokratischen Genossen: er hielt Verbindung zu den Gefährten, tauschte sich mit ihnen aus, half Verfolgten so gut es ging – ohne zunächst an aktiven Handlungen gegen das Regime teilzunehmen. Weit verbreitet war die Auffassung, daß solche Handlungen an den Machtverhältnissen nichts ändern und nur Verluste bringen würden, wie am Beispiel der Kommunisten zu sehen sei.

12 Hiltrud Bradter: Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände (RAJ) 1919–1933. In: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, Leipzig 1985: 625 ff.

13 A. Leber: Gewissen entscheidet: 66.

Es ist nicht genau bekannt, wann Maaß in engere Verbindung zu Generaloberst Ludwig Beck kam, der im August 1938 als Generalstabschef des Heeres aus Protest gegen die abenteuerliche Politik Hitlers zurückgetreten war. Ende August 1939 übergab Maaß im Auftrage Becks dem amerikanischen Journalisten Louis P. Lochner die Abschrift einer Rede Hitlers vom 22. August 1939, in der dieser vor hohen NSDAP-Führern seine Vernichtungspläne gegenüber Polen dargelegt hatte. Lochner leitete sie an die britische Botschaft weiter.<sup>14</sup>

Nähere Bekanntschaft verband Maaß mit Walter Maschke, dem ehemaligen Jugendsekretär im ADGB, der ihn näher mit Wilhelm Leuschner zusammenbrachte. Leuschner war 1928–1932 Innenminister in Hessen, seit dem 21. Januar 1933 stellvertretender Vorsitzender des ADGB, wurde am 23. Juni 1933 verhaftet und befand sich 1933/34 in verschiedenen Gefängnissen und KZ. Nach seiner Entlassung gründete er in Berlin eine kleine Fabrik für Aluminiumartikel, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Maaß fand hier als Prokurist Anstellung und arbeitete bald gemeinsam mit Leuschner illegal am Neuaufbau der Gewerkschaftsbewegung. Da Leuschners Unternehmen als “kriegswichtig” erklärt wurde, bildete es nicht nur einen geeigneten geheimen Treffpunkt, es waren auch “Dienstreisen” möglich, die dem Aufbau der illegalen Verbindungen und der Pflege von Kontakten mit Kampfgefährten dienten. Auch Beck besuchte konspirativ die Fabrik.

In Potsdam leitete der ehemalige SPD-Vorsitzende und Stadtverordnete Georg Spiegel<sup>15</sup> eine Gruppe, die eng mit Maaß und Leuschner zusammenarbeitete. Er selbst berichtete darüber: “Ab 1938 arbeitete ich engstens mit der Gruppe Leuschner/Maaß. Enge Fühlungnahme mit SPD-Leuten in Potsdam: Fritz Krüger, Ludwig Bauer, Alfons Bommel, ferner mit Eugen Wolfgang, Verwendung als Kurier im Nachrichtendienst für Schweden mit Willi Jesse, Rostock.”<sup>16</sup> Jesse war während des Krieges ebenfalls an der Vorbereitung des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 beteiligt.

Aus Potsdam berichtete Fritz Krüger, ehemals Gewerkschaftsangestellter und Vorsitzender des SPD-Ortsvereins, der seit 1933 als Maurer arbeitete und jetzt Mitglied dieser Gruppe war: “Ich gehörte einer illegalen Gruppe an, die aus drei Genossen bestand. Unser Verbindungsmann war der Genosse Spiegel, der vor 1933 der Lokalredakteur unserer Parteizeitung gewesen war. Mir ist bekannt, daß Georg Spiegel mit Hermann Maaß und Wilhelm Leuschner in Verbindung stand. Genosse Spiegel war während des Krieges Zivilangestellter bei der Wehrmacht. Einige Wochen vor dem 20. Juli 1944

14 Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1948, 4. Aufl.: 499, 500. Vgl. auch: Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. P. A. Steiniger, Berlin 1960, 4. Aufl.: 157. Es handelt sich um die “zweite” der an diesem Tage von Hitler gehaltenen Ansprachen, die er offensichtlich nicht an die militärischen Oberbefehlshaber, sondern an die NSDAP-Führer gerichtet hat. Vgl. Ritter: ebd.

15 Spiegel wurde 1946 Mitglied des Kreisverbandes Potsdam der SED, ferner Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, SED-Landtagsabgeordneter, Leiter der Presseabteilung im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR.

16 Mitgestalter der Geschichte – Wegbereiter unserer Zeit, Biographische Skizzen II, Potsdam 1986: 95.

sagte mir Georg Spiegel, daß in Deutschland bald ein Umsturz erfolgen und daß ich mich dafür bereithalten solle. Ich sei dafür vorgesehen, die Funktion des Oberbürgermeisters von Potsdam oder eine zentrale Funktion in Berlin zu übernehmen.”<sup>17</sup>

Zu Gesprächspartnern von Maaß gehörte auch Dr. Otto Stegemann, der Regierungsrat im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe und danach bis 1933 Landrat von Osterholz-Scharmbeck (bei Bremen) war. Nach 1933 arbeitete er in der Wirtschaftsverwaltung, wohnte wieder in Potsdam-Babelsberg und traf sich unter anderem mit Maaß und Georg Spiegel. Zusammen mit Maaß beteiligte er sich an Besprechungen mit den Wirtschaftsfachleuten Horst von Einsiedel und Carl-Dietrich von Trotha, die zum “Kreisauer Kreis” gehörten. Er forderte – nach seinen eigenen Angaben – die Ausrottung des Nazismus, die Bestrafung der Naziverbrecher und Maßnahmen zur Umerziehung der irreführten Jugend. Er war der Meinung, “daß wir die Kommunisten einstweilen als Mit-Gegner Hitlers zu betrachten hatten, aber daß mit ihnen für nachher nicht zu rechnen war: sie würden den vollen bolschewistischen Umsturz ohne jede Rücksicht auf gestrige Bundesgenossen suchen, und wir müßten sie ausschalten.”<sup>18</sup>

Es gibt noch andere Quellen, die über Existenz von Vertrauensleuten berichten, die im Augenblick des Umsturzes aktiv werden sollten. Leuschner rechnete, wie Julius Leber ausführte, “mit der alten Anhänglichkeit breiterer Arbeiterkreise an den Gewerkschaftsgedanken”<sup>19</sup>. Das bestätigte nicht nur Maschke, auch Elfriede Nebgen, die an vielen wichtigen Treffen ihres späteren Ehemannes, des christlichen Gewerkschaftsführers Jakob Kaiser teilgenommen hat: “Es ist unbestreitbar, daß die Gewerkschaftsführer auf ziviler Seite überhaupt die solideste Grundlage für den revolutionären Übergang zu bieten hatten.”<sup>20</sup>

Alle Berichte zeigen, daß unter maßgeblicher Initiative und Führung Leuschners ein relativ weitverzweigtes, tief nach unten reichendes Netz von Vertrauensleuten geschaffen wurde, das ein wichtiger Faktor für die Entfaltung einer demokratischen Bewegung hätte werden können. In diesem Netz spielte Maaß ab 1939 eine bedeutende Rolle.

Leuschner glaubte nicht an die Möglichkeit eines revolutionären Sturzes des Nazi-Regime durch eine Massenbewegung von unten, sondern rechnete damit, daß oppositionelle Kreise der Wehrmacht und des Staatsapparates mit der wachsenden Zuspitzung der Gegensätze in Deutschland, insbesondere durch Krieg und Niederlagen, gegen Hitler handeln würden. Darum knüpfte er Verbindungen zu Dr. Carl Goerdeler, der im April 1937 als Oberbürgermeister von Leipzig ausgeschieden war und fortan den Widerstand gegen das Regime organisierte und schürte. Auch mit Hilfe von Maaß

---

17 Persönliche Mitteilung von Fritz Krüger an den Verfasser vom 22.3.1966. Krüger wurde 1946 Mitglied der SED und nahm in verschiedenen Funktionen am Neuaufbau teil.

18 Institut für Zeitgeschichte München, Archiv, ZS/A-18, van Roon, Bd. 6.

19 Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. Hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Bd. 1, Stuttgart: 497.

20 Elfriede Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1970: 129.

geschaffene Verbindungen zu Militärs dienten diesem Zweck, insbesondere jene zu Generaloberst Ludwig Beck.

Verbindungen gab es auch zum schon erwähnten "Kreisauer Kreis", einer Gruppe aus bürgerlichen Beamten, sozialdemokratischen Intellektuellen, Offizieren, Geistlichen unter geistiger Führung des schlesischen Gutsbesitzers und Juristen Helmuth James Graf von Moltke, die sich mit der Ausarbeitung von programmatischen Vorstellungen über die Neugestaltung Deutschlands nach dem Sturz der Naziherrschaft befaßte. Zu den Angehörigen des Kreises zählten von sozialdemokratischer Seite die Reichstagsabgeordneten Dr. Carlo Mierendorff, Dr. Julius Leber, Dr. Theodor Haubach sowie der Pädagoge Prof. Dr. Adolf Reichwein. Die Staatsvorstellungen im Kreis waren stark konservativ-ständestaatlich geprägt, enthielten aber auch Forderungen nach tiefgreifenden sozialen Reformen: "Existenzsicherung der Werktätigen"<sup>21</sup>, Recht auf Wohnung, Arbeit, Bildung, Gesundheitspflege. Das Kreisauer Programm sah auch die Schaffung einer "Deutschen Gewerkschaft" vor, die in Zusammenarbeit mit den Staatsorganen bei der Errichtung einer sozialen Ordnung mitzuhelfen hatte, in der auf der Grundlage des "geordneten Leistungswettbewerbs" und der "wirtschaftlichen Selbstverwaltung" der "Einzelne und seine Familie sich entfalten kann."<sup>22</sup> Die Rolle der "Deutschen Gewerkschaft" sollte jedoch inhaltlich und zeitlich begrenzt bleiben: "Sie findet ihre Erfüllung in der Durchsetzung dieses Programms und der Überleitung der von ihr wahrgenommenen Aufgaben auf die Organe des Staates und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung." "Sollten die Aufgaben, die die Deutsche Gewerkschaft wahrzunehmen hat, ihr Weiterbestehen erfordern, so ist ihr Aufbau dem Staats- und Wirtschaftsaufbau anzupassen."<sup>23</sup>

In den Jahren 1942 bis 1944 hatte Leuschner mehrere Zusammenkünfte mit Moltke und anderen Kreisauern. Die Gespräche waren nicht immer einfach; Leuschner trat für die Schaffung einer einheitlichen, starken und unabhängigen Gewerkschaftsorganisation ein und hielt die Kreisauer für "zu intellektuell".<sup>24</sup>

Am 15. Juli 1942 schrieb Moltke seiner Frau nach Kreisau (Niederschlesien): "Der Abend mit dem Onkel [Deckname für Leuschner – K.F.] dauerte wieder bis 12 Uhr nachts, brachte aber ganz erhebliche Fortschritte. Wir sind also soweit gekommen, wie wir kommen wollten, nämlich daß der Onkel uns einen Mann für Oktober [für eine geplante Beratung des Kreises über Wirtschaftsfragen – K.F.] delegieren wird. Über manches sind wir noch hinweggeglitten, aber eine breite Grundlage für die weitere Arbeit ist doch gewonnen. So, damit ist ein ganz gewichtiger Schritt vorwärts getan."<sup>25</sup> Dieser "Mann für Oktober" war Hermann Maaß.

21 "Grundsätze für die Neuordnung", in: G. v. Roon: Neuordnung: 566.

22 Grundsatzserklärungen des Kreises, Roon: 548, 547.

23 Ebd.: 550.

24 Mitteilung von Theodor Steltzer an den Verfasser.

25 Helmuth James von Moltke: Briefe an Freya 1939-1945. Hrsg. von Beate Ruhm von Oppen, München 1988.



Zur Vorbereitung hatte Maaß im Juli 1942 die erste Begegnung mit Moltke, worüber dieser am 31. Juli seiner Frau nach Kreisau berichtete: “Gestern war also die große Aussprache mit Maaß und mir bei Friedrich [Deckname für Mierendorff – K.F.]... Maaß ist pedantisch, etwas lehrerhaft, ein schwieriger Gesprächspartner, auf seinem Spezialgebiet hervorragend beschlagen, mit großem Verantwortungsgefühl und Ernst, gut vorbereitet. In der allgemeinen politischen Linie paßt er gut, in Kreisau wird er der ideale Repräsentant des Onkels sein.”<sup>26</sup>

In einer anderen Schilderung, wenige Tage später, drückte Moltke aus, daß Maaß zwar “hervorragend beschlagen” war, aber durch Weitschweifigkeit seiner Ausführungen zuweilen die Partner auch arg strapazierte: “Der gute Maaß ergötzte uns wieder mit professoralen Ausführungen von 90 Minuten Länge: trocken, humorlos, sehr viele Banalitäten... Aber in diesen 90 Minuten wurde uns doch klar, daß hier ein Mann sprach, der über den Zustand der Arbeiterschaft wirklich etwas zu sagen hatte und in den 90 Minuten gab es auch Höhepunkte, wo wir alle gemeinsam gespannt zuhörten und manche Perle war zwischen den Banalitäten versteckt.”<sup>27</sup>

Michael Maaß berichtete mir, daß er als Jugendlicher einmal im Auftrage seines Vaters in Kreisau war, um Material zu überbringen bzw. zu holen. Worum es sich konkret handelte, wußte er natürlich nicht.

Uta Maaß, die älteste Tochter, erzählte, daß sie einmal den Auftrag hatte, Moltke vom S-Bahnhof Babelsberg-Ufastadt (heute Griebnitzsee) abzuholen. Namen wurden natürlich nicht genannt, der Vater erklärte nur, daß sie den größten Mann unter der Aussteigenden ansprechen und sagen solle: “Ich bin die Uta”. Das funktionierte, denn Moltke überragte mit seinen gut 2 Metern alle anderen. So brachte sie ihn zu ihrem Vater.

Entsprechend der Vereinbarung nahm Maaß an der zweiten Kreisauer Beratung vom 16. bis 18. Oktober 1942 teil<sup>28</sup> bei der außerdem noch Helmuth James und Dr. Freya von Moltke, Dr. Peter und Dr. Marion Yorck von Wartenburg, Oberstleutnant d. R. und Landrat a. D. Theodor Steltzer, Konsistorialrat Dr. Eugen Gerstenmaier, Jesuitenpater Dr. Alfred Delp, Peter von Yorcks jüngere Schwester Irene von Yorck, Reichwein und Einsiedel anwesend waren. Die hier geäußerten Vorstellungen über die Schaffung dezentralisierter, auf die Betriebe beschränkter “Betriebsgewerkschaften”, denen alle Betriebsangehörigen, einschließlich der Unternehmer, angehören sollten, fanden nicht Maaß’ Zustimmung.

Dennoch nahm er auch an der dritten Kreisauer Tagung vom 12. bis 14. Juni (Pfingsten) 1943 teil, zusammen mit Moltke und seiner Frau, Yorck und seiner Frau, Irene von Yorck, dem Diplomaten Dr. Adam von Trott zu Solz, Gerstenmaier, dem Juristen Dr. Paulus van Husen, Reichwein, Einsiedel, Delp.

26 Moltke: Briefe an Freya: 396.

27 Ebd.: 398.

28 Die erste Beratung in Kreisau hatte vom 22. bis 25. Mai 1942 (Pfingsten) stattgefunden. Außerdem gab es zahlreiche kleinere Zusammenkünfte in Kreisau, Berlin und anderen Orten. Vgl. auch Kurt Finker: Graf Moltke und der Kreisauer Kreis (Überarbeitete Neuauflage), Berlin 1993.

Leuschner, Maaß und andere empfanden die Kreisauer Festlegungen über die Stellung der Gewerkschaft und die Rolle der Arbeiterschaft im künftigen Deutschland als unzureichend, weil sie in einer starken, zentralisierten Gewerkschaftsbewegung die entscheidende Kraft für politischen Neuaufbau und demokratische Entwicklung erblickten.

Maschke hebt in seinen Erinnerungen hervor, daß Maaß seit 1939 “der engste Mitarbeiter Leuschners geworden war” und berichtet, wie Leuschner und Maaß die Herstellung eines solchen Gewerkschaftsbundes bereits in der Illegalität betrieben: “Der beabsichtigte Umsturz hätte sich zunächst als eine rein militärische Angelegenheit abgespielt. Sofort nach vollzogenem Umsturz sollte aber eine Massenorganisation als politisches Instrument der neuen Staatsführung durch die Wiedererrichtung deutscher Gewerkschaften geschaffen werden. In allen Bezirken Deutschlands waren Beauftragte eingesetzt, die den sofortigen Aufbau der Gewerkschaften nach dem geglückten Umsturz in die Wege leiten sollten. Die Zusammenarbeit von Vertretern der früheren verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen war dabei vorgesehen. In der Reichsführung der Gewerkschaften sollten neben Wilhelm Leuschner u. a. Jakob Kaiser [Christl. Gewerkschaften – K.F.], Hermann Schlimme [ADGB – K.F.], Walter Maschke, Bernhard Göring [Allgemeiner freier Angestellten-Bund – K.F.] und andere ehemalige Gewerkschafter eine Rolle spielen. Der politischen Aufgabe der Gewerkschaften wegen, die sofortige Aktionsfähigkeit verlangte, war ein stark zentralistischer Aufbau der Organisation vorgesehen. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund sollte als eine über das ganze Reichsgebiet sich erstreckende Organisation aufgebaut werden, die als Untergliederungen für die verschiedenen Industriezweige besondere Industrieverbände errichten sollte. Vorgesehen war, daß die neue Gewerkschaftsführung durch Rundfunkaufruf die Arbeiter aller Rüstungsbetriebe zur Arbeitsniederlegung und alle deutschen Arbeiter zur Beseitigung der Nazi-Betriebsobleute und sonstigen Amtswalter auffordern sollte. Die neue Reichsregierung sollte als erste Handlung, der Forderung der Alliierten entsprechend, die bedingungslose Kapitulation anbieten.”<sup>29</sup>

“In den Händen von Maaß”, so ein weiterer Bericht von Maschke, “lag die Vorbereitung eines Programms der Gewerkschaften und der Verfassung des zukünftigen Deutschlands... Maaß erwähnte zu dieser Zeit, daß betr. den Aufbau der Gewerkschaften an einen gewissen Generalstabsplan gedacht sei, nach dem die zu treffenden Maßnahmen nach erfolgtem Militärputsch abzulaufen hätten.”<sup>30</sup>

Über die Pläne von Leuschner und Maaß gab auch Ulrich Wolf in einer eidesstattlichen Erklärung vom 11. August 1948 in Kassel Auskunft, in der es – völlig in Über-

---

29 Aus den 1945/46 niedergeschriebenen persönlichen Erinnerungen Walter Maschkes, die er mir zum Kopieren überließ. Vgl. auch K. Finker: Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Berlin 1972, 2. Aufl.: 203/204. Dieser Nachlaß des 1980 Verstorbenen befindet sich heute in: SAPMO, Barch, ZPA Berlin. Maschke war nach seiner Befreiung durch die Amerikaner aus dem Zuchthaus Bayreuth 1945 nach Berlin zurückgekehrt, gehörte der SED an und war u. a. Mitglied des Bundesvorstandes des FDGB und Stellv. Vorsitzender der Gewerkschaft Kunst.

30 Persönliche Aufzeichnungen Maschkes. Siehe die Dokumentation in diesem Heft.

einstimmung mit den anderen Quellen – heißt: “So hatte auch der ehemalige Oberst im Generalstab Graf Stauffenberg als der Exponent der Witzlebengruppe in seinen längeren Aussprachen, die er mit den Führern der illegalen Gewerkschaftsbewegung in Berlin-Wannsee und im Hause von Hermann Maaß in Potsdam-Babelsberg, früher Heimdalstraße 37, jetzt Hermann-Maaß-Straße 37, gehabt hatte, stets betont, daß er auf ein gutes Einvernehmen mit uns Wert legte, da die gegen das Hitlerregime gerichteten Maßnahmen der Witzlebengruppe auf die Dauer erfolglos bleiben müßten bzw. überhaupt der Erfolg der geplanten Aktion in Frage gestellt sein würde, wenn sie nicht ihren Rückhalt in der sozialistisch eingestellten Arbeiterschaft, deren Vertretung damals im Wesentlichen bei den von uns geführten illegalen Gewerkschaften lag, finden könnte, auf deren aktive Beteiligung am Umsturz deshalb entscheidender Wert gelegt würde.

Die illegalen Gewerkschaften hatten die Aufgabe, die oppositionelle Arbeiterschaft zu sammeln und über ganz Deutschland ein Netz von zuverlässigen Stützpunkten zu spannen, damit anläßlich des geplanten Umsturzes neben den jeweiligen Standortältesten als dem Vertreter der militärischen Exekutive eine zivile Persönlichkeit als Repräsentant der geistig, körperlich oder seelisch arbeitenden deutschen Menschen treten konnte, um anarchische Zustände zu vermeiden und außerdem dafür Vorsorge zu treffen, daß die besonnenen und zuverlässigen Elemente des zivilen Sektors im Ernstfall sofort für die Aufrechterhaltung der Ordnung eintreten können, damit kein Arbeitsplatz mehr zerstört wird. Dieser Plan wurde von uns mit peinlicher Gründlichkeit vorbereitet, entsprechend getarnt und in seinen wesentlichen Einzelheiten dem Grafen Stauffenberg, mit dem mehr als ein Dutzend längerer Besprechungen stattgefunden hatten, als dem immer mehr in den Vordergrund tretenden Exponenten der militärischen Exekutive mitgeteilt.”<sup>31</sup> Wolf hatte – nach seinen Angaben – von Maaß den Auftrag, Vorbereitungen für die Errichtung von Staatssekretariaten für Wirtschaft und für Information zu treffen. Verbindungen gab es auch zwischen Maaß und dem Großindustriellen Oscar Henschel (Lokomotivbau), der der Gruppe um Maaß Informationen sowie etwa 50 000 Mark zukommen ließ. Maaß bat Henschel, für die Provinz Kurhessen geeignete Persönlichkeiten für künftige verantwortliche Aufgaben vorzuschlagen. Über Henschel berichtete Wolf noch folgendes: “Besonders sympathisch berührt hatte Hermann Maaß und mich, daß Herr Henschel sehr im Gegensatz zu den anderen deutschen Großindustriellen sozialistischem Gedankengut zugänglich war und sich für alle sozialistischen Probleme stets sehr interessierte.”<sup>32</sup>

Die Berichte Maschkes und anderer deckten sich weitgehend mit den Untersuchungsergebnissen der Gestapo, in denen es hieß: “Leuschner verfolgte damals [1939 – K.F.] bereits den Plan, alle früheren Gewerkschaftsrichtungen zu einer Einheitsgewerkschaft zusammenzuschließen. Er war dazu in Verbindung getreten mit

31 IfZ, ZS/A - 18, Bd. 4, van Roon, H - L.

32 Ebd.

Kaiser, Berlin, von den Christlichen Gewerkschaften, und Habermann vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband.<sup>33</sup>

Ungeklärt blieb die Frage, ob neben der Gewerkschaft noch eine besondere politische Organisation gebildet werden sollte. Eine gewisse Einigkeit wurde nur insofern erzielt, als das frühere Viel-Parteien-System nicht wiederhergestellt werden sollte, sondern allenfalls eine Partei als enge Auslese der bewußt politischen Elemente gebildet werden sollte.<sup>34</sup>

Bei einer Begegnung mit Kaiser sprach auch Maaß von der "Partei der Auslese", ähnlich wie Leuschner, die nach Beseitigung des Naziregimes zu schaffen wäre. Dazu schrieb allerdings Elfriede Nebgen, die Kaiser-Biographin: "Leuschner schätzte ihn [Maaß – K.F.] als klugen politischen Verbindungsmann. Maaß bewegte sich aber nach Kaisers Urteil später in politisch verschwommenen Gedankengängen. Bei einer Begegnung mit Jacob Kaiser in der Wittelsbacher Straße [Berlin – K.F.] hatte Maaß von einer 'Partei der Auslese' gesprochen, Gedanken und Auffassungen, wie sie zum Teil im Kreisauer Kreis gepflegt wurden."<sup>35</sup>

Da programmatische Ausarbeitungen von Leuschner und Maaß nicht überliefert sind, muß man auch auf die SD-Berichte zurückgreifen, die in diesem Falle einen recht hohen Aussagewert besitzen, weil sie direkte Auszüge aus Verhörprotokollen enthalten. Außerdem wurde mir ihre Richtigkeit auf diesem Gebiet seinerzeit von Maschke persönlich bestätigt. Danach hatte Leuschner fixiert: "In der Produktionspolitik sollte der Arbeiter Möglichkeiten der Selbstverwaltung finden, durch die Sozialisierung bestimmter Grund- und Schlüsselindustrien und der Einrichtung von Produktivgenossenschaften... Die Sozialisierung sollte sich auf die Grund- und Schlüsselindustrien beschränken... Die Gewerkschaften hatten dabei die Aufgabe, als Produzent wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft zu nehmen, da die Sozialisierung nicht nur eine Angelegenheit der Besitzveränderung sein dürfe. Staatssozialismus wäre abzulehnen. Dabei könnten die Gewerkschaften zugleich auch die Verbraucherinteressen vertreten und so die Konkurrenz der einzelnen Betriebe untereinander, auch der sozialisierten Betriebe sicherstellen."<sup>36</sup>

Angesichts des engen Arbeits- und Vertrauensverhältnisses zwischen Leuschner und Maaß können wir annehmen, daß Maaß diese Auffassungen teilte.

Leuschner und Maaß hegten die Hoffnung, daß der Umsturz von den oppositionellen Militärs ausgehen würde, was zunächst unvermeidlich zu einer militärisch dominierten

33 Max Habermann, ein Freund Brünnings und konservativer Gegner des Nationalsozialismus, war im April 1933 aus dem Vorstand des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ausgeschieden, als dieser die Eingliederung in das faschistische Regime betrieb. Der DNHV schloß sich freiwillig der Deutschen Arbeitsfront an, besaß darin noch einen gewissen Sonderstatus, wurde aber am 20. Februar 1934 ebenfalls aufgelöst. Habermann trat 1935 in Verbindung zu Jakob Kaiser und kam auf diese Weise in den Kreis um Goerdeler und Leuschner.

34 Opposition gegen Hitler, Bd. 1: 204/205.

35 Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer: 103.

36 Opposition gegen Hitler, Bd. 1: 316/317.

Regierung mit Goerdeler als Reichskanzler führen mußte. "Leuschner hielt jedoch daran fest, das 'Kabinett Goerdeler' als ein Mittel zum Zweck zu benutzen, unter diesem Übergangskabinett die Einheitsgewerkschaft voll zu organisieren und dann die reaktionären Kräfte, die zunächst durch die Militärs an die Macht gelangen würden, auszuschalten. Die einzigen Bedenken Leuschners bezogen sich darauf, ob die Militärs auch wirklich Ernst machen würden."<sup>37</sup>

Maschke bestätigt dies in seinen Erinnerungen: "Die Festlegung des Zeitpunktes für die Durchführung des Putsches lag aber offenkundig allein in der Hand der Militärs, denn Ausführungen von Leuschner, Maaß u. Kaiser ließen wiederholt darauf schließen, daß sie selbst die politische und psychologische Situation für den Umsturz für geeignet hielten, aber nicht in der Lage waren, auf die Entscheidung Einfluß auszuüben. Für wahrscheinlich halte ich auch, daß von den beteiligten Politikern den Militärs gegenüber die organisatorischen Vorbereitungen für die Übernahme des Staatsapparats in neue Hände als weiter gediehen dargestellt wurde, als in der Wirklichkeit tatsächlich der Fall war. Die Gründe hierfür lagen einmal in dem bei Leuschner und seinen Freunden vorhandenen Gefühl, daß die Militärs eine Ermutigung zum Handeln brauchten, ferner in dem Zwang, den Kreis der informierten Personen so klein wie möglich zu halten, um nicht den ganzen Plan zu gefährden. Meine Gespräche mit Hermann Maaß, der seit 1939 der engste Mitarbeiter Leuschners geworden war, zeigten mir, daß dieser bewußt einen Zweck-Optimismus zur Schau trug, um erst einmal zu erreichen, daß die Initial-Zündung ausgelöst wurde." Maschkes Mitwirkung habe darin bestanden, "daß ich einmal an der Auswahl der Personen mitwirkte, die für die führenden Funktionen auf verschiedenen Gebieten in Aussicht genommen wurden; weiter habe ich bei jeder Gelegenheit dazu beigetragen, daß Leuschner und seine Mitarbeiter in ihrer Haltung gegenüber den Militärs (Zweckoptimismus) eine Bekräftigung erhielten."<sup>38</sup>

Mehrere Berichte deuten darauf hin, daß Maaß gewisses Mißtrauen hegte gegen die Militärs und auch den Kreisauer Kreis, weil er befürchtete, daß es sich bei den Bestrebungen der Adligen, der Generäle und Obristen sowie der bürgerlichen Beamten vor allem um Wiederherstellung bzw. Sicherung alter Privilegien handeln könne.

Im Winter 1943/1944 traf er, wie schon erwähnt, mit dem im Oberkommando des Heeres in Berlin, Bendlerstraße, tätigen Oberstleutnant (ab 1. 7. 1944 Oberst) Claus Graf von Stauffenberg zusammen und hatte mit ihm auch in seiner Wohnung in Babelsberg mehrere Unterredungen, an denen zuweilen auch Ulrich-Wilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld und Legationsrat a. D. Eduard Brücklmeier teilnahmen<sup>39</sup>. Beide wohnten damals in Potsdam, Markgrafenstraße 5, heute Leiblstraße. Auch Georg Spiegel berichtete, an Besprechungen im Hause Maaß beteiligt gewesen zu sein.

---

37 Ebd.: 206.

38 Persönliche Aufzeichnungen von Walter Maschke, a. a. O.

39 Vgl. Detlef Graf von Schwerin: "Dann sind's die besten Köpfe, die man henkt". Die junge Generation im deutschen Widerstand, München-Zürich 1991.

Bei der ersten Begegnung habe Stauffenberg zwar eine gewisse gesellschaftliche Neuordnung für notwendig gehalten, „doch habe er gewünscht, daß die überkommenen Güter nicht einfach über Bord geworfen würden und daß man die geschichtlichen Leistungen des Adels berücksichtigen sollte. Maaß und Leuschner hätten sich dann anschließend darauf geeinigt, daß Stauffenberg doch recht reaktionär sei“<sup>40</sup>. Bei einer nächsten Besprechung erhielt Maaß von Stauffenberg ein Exposé über die künftige soziale Ordnung nach dem Umsturz. Er „beurteilt es als einen Versuch, die Interessen des Adels auch bei einem Regime der Gewerkschaften wahrzunehmen,“ hieß es dazu im SD-Bericht<sup>41</sup>. Maaß richtete an Schwerin die Forderung, seinen Einfluß auf Stauffenberg geltend zu machen, „damit die Generale nichts Politisches unternehmen.“<sup>42</sup>

Tochter Uta berichtete von einem Besuch Stauffenbergs im Elternhaus: „Als Potsdamer Kind wußte ich natürlich, daß ein Offizier des Generalstabs zumindest mit den breiten roten Streifen an der Uniform kommt. Ich erinnere mich, daß er ein Cape trug. Besonders eindrucksvoll war die Begrüßung. Meine Mutter war damals in Erwartung ihres sechsten Kindes, und er gab ihr einen Handkuß. So etwas hatte ich noch nie gesehen. Wir haben nachher in der Familie noch darüber gesprochen. Diese Geste, die zu meinem Vater als einem Pommer nie gepaßt hätte, nahm meine Mutter so selbstverständlich entgegen, als bekäme sie jeden Abend einen Handkuß. Als kleine zierliche Frau in ihrem Zustand hatte es vielleicht auch noch eine besondere Bedeutung: Es war so viel Respekt und Würde in dem Ganzen.“

Am Abend des 20. Juli 1944 klärte mein Vater mich von sich aus auf. Er fragte: Weißt du, wer der Attentäter Stauffenberg gewesen ist? Ich verneinte. Da sagte er: Das war der, der euch damals so beeindruckt hat. Von dem Moment an ahnte ich, wie sehr das Leben meines Vaters bedroht war. Das sagte ich auch. Ich wußte, daß Graf Stauffenberg wegen seiner Kriegsverletzung gar nicht Auto fahren konnte, und daß über den Chauffeur ganz klar herauskommen mußte, wo Graf Stauffenberg überall gewesen ist.“<sup>43</sup>

Maaß gehörte keiner Kirche an und wandte sich auch, besonders in Übereinstimmung mit Leber, gegen klerikale Einmischung bei der Charakterisierung des künftigen Staates. Aber er war von einem tiefen, jedoch nicht an Konfession und Dogma gebundenen „Gottesglauben“ erfüllt, der ihm Kraft gab, wie er in einem Brief an seine Frau vom 12. August 1944 aus der Haft in der Polizeischule Drögen betonte, in dem er zugleich Züge seines philosophisch-politischen Welt- und Menschenbildes darlegte. Er war der Meinung, „daß das Christentum keine allgemein gültige und wirkende geistige und seelische Macht mehr ist. Seine Ethik gilt nur noch subjektiv, wahlweise.“

40 Opposition gegen Hitler, Bd. 1: 205.

41 Ebd.: 465.

42 Ebd.: 206.

43 Im Geiste bleibe ich bei Euch. Texte und Dokumente zum 100. Geburtstag von Hermann Maaß. Hrsg. von Sigrid Grabner und Hendrik Roeder. Brandenburgisches Literaturbüro, Potsdam 1997: 87.

Der 'Christenmensch' als Sein oder Ziel gilt nicht mehr allgemein. Das neue Ethos muß wohl Elemente der alten christlichen Kultur übernehmen, wie stets eine neue Kultur auf eine vorhergehende aufbaut; aber die neuen Elemente dieser entstehenden Kultur geben ihr die entscheidende Wendung zum Sozialismus. Das ist meine feste Überzeugung." Unter Sozialismus verstand er die Wiederherstellung der "Personenwertgleichheit", die Anerkennung des "arbeitenden Menschen" als "Träger der neuen Kultur", die Schaffung einer "klassenlosen" Gesellschaft, "in der "die natürlichen Gesellschaftsschichten gleichen Wert besitzen"<sup>44</sup>.

Der Nationalsozialismus, so meinte er, könne nur durch eine "höhere Idee" überwunden werden, "jegliche Reaktion, von wo sie auch kommen möge, wie jeglichen Versuch einer Restauration, die nicht eine geschichtlich 'höhere Idee' verkörpern und keine höheren Zustände für das gesamte Volk zu bewirken vermögen, müssen abgelehnt und bekämpft werden. Als ich im Laufe der Zeit bemerkte, daß die Ideologie des Goerdeler-Kreises eben keine 'höhere Idee' darstellte, daß sie dem von mir gewollten Sozialismus widerstrebte, tat ich alles nur Mögliche, um die Verbindung mit der Gruppe Goerdeler bis zur Inaktivität zu neutralisieren... Wir waren von den 'Militärs' als ihnen sehr unpassende 'Linke' längst abgehängt worden, und ich hatte keine Verbindung mehr zu ihren Mittelsleuten gepflogen, sobald ich argwöhnte, daß es ihnen nicht um das Schicksal des deutschen Volkes, zumal um das der Arbeiterschaft, ginge, sondern um eigenste gesellschaftspolitische Ziele."<sup>45</sup>

Wir dürfen als sicher annehmen, daß diese Distanzierung von der Verschwörung und die angebliche Unwissenheit vom geplanten Attentat auf Hitler sowie auch einige "nationale" Töne in seinem Brief vor allem Schutzbehauptungen waren, denn der Gefangene wußte ja, daß seine Briefe von der Gestapo gelesen wurden.

Maaß wurde am 8. August 1944 verhaftet, stand am 20. Oktober vor dem faschistischen "Volksgerichtshof", wurde zum Tode verurteilt und noch am gleichen Tage, zusammen mit Adolf Reichwein, hingerichtet. Seine letzten Zeilen an Frau und Kinder lauteten: "Ich werde sterben. Lebt wohl. Gott sei Euch gnädig! Vergebt mir meine Sünde wider Euch. Im Geist bleibe ich bei Euch."<sup>46</sup>

Über diese letzten Tage berichtete Uta Maaß: Meine Mutter wußte, "daß am Freitag, dem 20. Oktober 1944, der Tag der Verhandlung beim Volksgerichtshof ist. Auf geheimen Wegen in Berlin erhielt sie Kenntnis, daß mein Vater zum Tode verurteilt worden war. Sie kam nach Hause und ging aber davon aus, daß er noch lebt. Am Sonnabendmorgen fuhren meine Mutter und ich ins Justizministerium, um zu erfragen, was man gegen dieses Todesurteil unternehmen könne. Wir wurden ganz offiziell zum Stellvertreter des Justizministers geleitet... Von der Verurteilung wußte er. Aber da die

---

44 Siehe den Abdruck dieses Briefes im Anhang.

45 Ebd.

46 Im Geist bleibe ich bei Euch: 45.

Todesurteile noch vom Justizminister oder ihm unterschrieben werden mußten, jedoch noch nicht eingetroffen seien, könnte man davon ausgehen, daß Hermann Maaß noch am Leben sei. Sie möge sofort ein Gnadengesuch aufsetzen.

Mit diesem Wissen sind wir am Sonnabend zurückgekehrt. Meine Mutter verfaßte ein Gnadengesuch und ebenso meine Schwester Nele und ich im Namen von uns Kindern ein zweites. Am Montagfrüh ist meine Mutter mit den am Sonntag verfaßten Gesuchen erneut in das Justizministerium zu Staatsanwalt Ebersberg gefahren, getragen von Hoffnung. Dieser 23. Oktober war der Geburtstag meines Vaters. An diesem Vormittag kam zu uns in die Heimdahlstraße ein Brief. Wir alle wußten, was er bedeutete. Ich könnte Ihnen nicht sagen, woher wir es wußten, natürlich haben wir ihn nicht geöffnet, aber es ging etwas Schreckliches von diesem Brief aus. Meine Mutter war in Berlin, in der Zuversicht, noch etwas erreichen zu können. Sie kam gegen Mittag nach Hause, und wir saßen alle hilflos und tonlos da. Sie machte den Brief auf, der die Nachricht enthielt, daß mein Vater bereits zwei Stunden nach der Verurteilung gehängt worden ist.<sup>47</sup>

Eva Maaß erkrankte kurz danach an einer umlaufenden Gelenkentzündung mit nachfolgender Lungenentzündung und starb fünf Wochen nach seinem Tode. Die sechs Kinder wuchsen ohne Eltern auf.

## Abschiedsbrief von Hermann Maaß an seine Frau Eva

”Drögen, i. M. In Haft am 12. August 1944

Liebe Eva,

wenn ich Dir schreibe, so wende ich mich durch Dich auch an jene, die uns nahestanden und denen Du etwas von meinem Schicksal anvertrauen möchtest.

Es war für mich vorgestern ein Sturz aus einer Hoffnung der Freilassung in einen Abgrund von Empfindungen, als ich hierher gebracht wurde. Die Einsamkeit tut mir wohl. So kann ich mich innerlich sammeln und klären. Ich will versuchen, es schlicht und einfach, demütig und mit einem liebevollen Herzen zu tun. Mein Leben liegt hinter mir, der Tod steht vor mir. So ist meine Lage, an der ich nicht drehe und deutle. Trotz aller, verständlicherweise aufwallender Gefühle Dir und den Kindern gegenüber bin ich ruhig und gelassen, habe zwischendurch sogar Muße, mich an dem teilweise echten Humor des mir belassenen Hamburger Romans zu erfreuen.

An der Wende, an der ich jetzt stehe, muß ich zunächst einiges zu meiner Vergangenheit sagen, was durch den tödlichen Ernst meiner Lage etwas wiegen mag. Ich danke meinen Eltern für alles, was sie für mich getan haben. Ich danke Deinen Eltern für das glei-

47 Ebd.: 91/92.



che, ebenso den befreundeten Menschen. Ich danke vor allem Dir, mein Weib, für Deine unerschöpfliche, stetige Liebe und Treue, und ich danke ebenso allen meinen Kindern, von denen ich weiß, wie sehr sie mich lieben.

Ich bin in vielem sehr menschlich gewesen, in vielem auch ungerecht und sündig. Mögen mir diese menschlichen Unvollkommenheiten und Gebrechen verziehen werden. Ich verzeihe allen Menschen, was sie gegen mich getan haben.

Seit meiner Jugend waren für mich allgemeingültige, menschliche Liebe, Gerechtigkeit und der Einsatz für eine wohl geordnete Gemeinschaft, die auch vor Gott bestehen könne, die treibenden Kräfte, die mich über die Familie und den Beruf hinaus zum Einsatz für Volk, Staat und Gesellschaft drängten. Die Funktion, die Leistung aufgrund seiner (sic.) Gaben zugunsten Dritter war mir dabei stets mehr Wert als irgendein Eigennutz. Nie war ich um des Amtes und seiner Stellung willen bereit, es zu übernehmen, sondern um der Leistung willen. Dieses war die eine, mein Wesen formende und bestimmende Kraft.

Die zweite Kraft war mein Gottesglaube. Seit meiner Jugend – örtlich begrenzt wie der Blitzstrahl, der auf Saulus niederfuhr, – es wie eine Erleuchtung über mich kam, daß es ohne Konfession und Dogma, sondern still und groß, wie alles in der Schöpfung eine dem Menschen fühlbare, wahrnehmbare Verbundenheit zwischen ihm und Gott, eine Einigkeit mit ihm gibt, daß es wirklich eine umfassende, wiederum schlichte und undogmatische Menschheitsliebe gab und gibt, seit jener Zeit hat mich diese Kraft ebenfalls stetig geformt und geführt. Ich hoffe, sie bleibt mir bis zum letzten Atemzug erhalten.

Ich hielt meine Selbsterkenntnis nicht für vollständig, wenn die geistige, mein Wesen bestimmende Kraft (die beiden ersten Kräfte kommen vom Herzen) nicht erwähnt würde, das mir eigentümliche Denken, Schauen und Suchen nach dem letzten Kern der Dinge. Die stille Größe und heitere Erhabenheit als geistige Form und seelischer Inhalt wurden früh die Ziele meines geistigen Willens. Erst in den letzten Jahren trat hierzu ein neuer, tiefgründiger Zug, der um die Doppelnatur alles Irdischen wußte, zu gleicher Zeit real existent wie als immanente Existenz Gottes irreal zu sein. Um es beispielsweise deutlicher zu sagen: das Selbstbildnis da Vincis wie vor allem jede große Musik lassen diese Doppelnatur erkennen, die zugleich faßlich und unfaßlich, nahe und weit entfernt ist.

Ich habe zuweilen gezweifelt, ob das Politische und Staatsmännische ganz das treffen könnte, was ich als Erfüllung meines Wesens suchte. Das Machtmäßige hat nie magnetisch auf mich gewirkt, denn ich wußte um seine Vergänglichkeit. Was ich immer wieder als meine persönliche Aufgabe fühlte, der ich mich auch in diesen Stunden nicht entsagen kann, ist die Mitschöpfung eines neuen, unserem Zeitalter gemäßen, umfassenden Ethos, das die kleinen und die großen Gemeinschaften durchdringt und die menschlichen Unzulänglichkeiten kennt und die tausenderlei persönlichen und gruppenmäßigen Egoismen zurückdrängt und überwindet.

Die Welt des 19. Jahrhunderts versinkt, mit ihr geistige Vorstellungen die einst Macht besaßen. Geblieben sind Tatsachen, die nicht wieder rückgängig zu machen sind, sondern die aus einem neuen Denken neu geordnet und gestaltet werden müssen wie das immer noch nicht abgeschlossene Wachstum der Maschinenkraft und damit der Produktionsfähigkeit, wie die Notwendigkeit, durch eine Steuerung der Konsumtion und Produktion vernünftig zu regeln, um einige von vielen Tatsachen zu nennen. Geblieben sind aber auch die großen Massen und ihre Städte. Geblieben ist auch die Tatsache, daß das Christentum keine allgemeingültige und wirkende geistige und seelische Macht mehr ist. Seine Ethik gilt nur noch subjektiv, wahlweise. Der "Christenmensch" als Sein oder Ziel gilt nicht mehr allgemein.

Das neue Ethos muß wohl Elemente der alten christlichen Kultur übernehmen, wie stets eine neue Kultur auf eine vorhergehende aufbaut; aber die neuen Elemente dieser entstehenden Kultur geben ihr die entscheidende Wendung zum Sozialismus. Das ist meine feste Überzeugung. An die Stelle des Individualismus (auch des Individualismus von Personengruppen oder Gesellschaftsschichten) muß als vorherrschende Kraft der Sozialismus treten, der das – von der alten Kultur übernommene – Recht der Person beläßt, aber – als Wesen der neuen Kultur – der Person zugleich Recht und Pflicht überträgt, bewußt eine Funktion für die Gemeinschaft zu erfüllen. Das bedeutet in der geschichtlichen Folge:

1. In der neuen sozialistischen Epoche wird die verlorengegangene Personenwertgleichheit als gesellschaftliches Grundrecht wiederhergestellt. Nicht Herkunft, Besitz oder Rang sind für den Wert einer Person maßgebend, sondern die persönliche Leistung, die immer zugleich eine Wertfunktion für die Gesamtheit bedeutet.
2. Person, Staat, Volk – eines Tages vielleicht auch Staats- und Völkergemeinschaften – werden von dem gleichen Blut des arbeitenden Menschen durchpulst und vom gleichen Geist belebt.
3. Der arbeitende Mensch – nicht der privilegierte oder von seinem Besitz lebende – wird der Träger der neuen Kultur sein, und er wird es bewußt sein.
4. Die Klassengesellschaft wird überwunden durch eine klassenlose, in der die natürlichen Gesellschaftsschichten gleichen Wert besitzen, da die Gesamtheit ohne die Funktion jeder einzelnen Schicht nicht denkbar ist.
5. Der Sozialismus als neue Ordnung, neues Ethos, neuer Gesellschaftslebenssinn geht alle Völker an, früher oder später. Er wird nach meiner Überzeugung am frühesten und wahrscheinlich auch am reifsten in Deutschland ausgebildet werden, dem 'heilig Herz der Völker', weil wir tiefer als andere Völker Leid erfahren und zugleich uns jener, aus der Besinnung stammenden Kräfte bedienen lernten, die allein vermögen, die Not eines Volkes und vieler Völker zu wenden. Nur von Deutschland aus, und zwar nur von einem sozialistischen, kann Europa vor einem peleonischen Schicksal gerettet und zu einer neuen Blüte geführt werden, oder Europa wird zu einem Verband halbbarbarischer Mächte herabsinken.

An diesem Punkte muß ich als kritische Bemerkung zwischenfügen, daß mit Macht allein nichts getan ist, daß die geistige Kraft hinzukommen muß. Wenn es aber schon schwer ist, das platonische Problem der möglichen Übereinstimmung von Königen und Weisen in der Wirklichkeit einigermaßen zu lösen, wieviel schwerer ist es noch, den leisen Gang Gottes in der fortwährenden Geschichte seiner Schöpfung wahrzunehmen.

(Fortsetzung am 13. August 1944)

Zu jenem Ethos gehört ein von mir schon früher aufgestellter Satz, daß jeder Deutsche, wer es auch sei, Deutschland zu verantworten habe und daß niemand ihm diese Verantwortung abnehmen könne. Dieser Satz enthält somit die Forderung nach einem aktiven Sozialismus im Kleinen wie im Großen. Diesen aktiven Sozialismus, der gar nichts mit der großen Politik unmittelbar zu tun hat, jedoch als Potenz des Volkes von größter unmittelbarer Bedeutung ist, kann jeder und muß jeder leisten und erfüllen, und zwar zunächst in den einfacheren, nicht immer leichten Graden, als da sind: rechte und gute Arbeit zu leisten, für die Familie treu zu sorgen, den Kindern ein guter Vater, der Frau ein tüchtiger Mann, der Nachbarschaft eine verlässliche Hilfe zu sein u. s. f. Die Verantwortung in den höheren Graden ist, wie bei den niederen, einem nicht übertragbaren Gewissen unterworfen. Aber während es meist doch einfach zu beurteilen ist, ob jemand eine gute oder schlechte Arbeit leistet, als guter oder schlechter Vater wirkt, ist es schon viel schwieriger, zu entscheiden, ob eine höhere geistige Leistung, sei es auf dem Gebiet des Denkens, Erfindens, künstlerischen Schaffens oder des Politischen jener Forderung des aktiven Sozialismus entspricht oder nicht. Hier sind subjektive Irrtümer ebenso leicht möglich wie objektive Irrtümer der Zeitgenossen. Hier erst beginnt das Leben des Menschen, wie jetzt meines, tragisch zu werden.

Ich versuche jedoch nicht, das unzweifelbare Recht des Staates mir gegenüber durch den Hinweis vermindern oder aufheben zu wollen, ich hätte aus einer unübertragbaren Gewissenspflicht heraus gehandelt. Ich bejahe diese als wahr und fühle mich infolgedessen nicht als ein gemeiner, asozialer Verbrecher; aber ich bin – und an dieser Lage ist nicht zu zweifeln – ein Staatsverbrecher im Sinne des geltenden Rechts ... (unleserlich gemacht von der Zensur) – halte ich ein mich persönlich vernichtendes Urteil für wahrscheinlich oder für möglich. Trotzdem halte ich es für wesentlich, nicht um mich zu entschuldigen, sondern um mich zu erklären, darzulegen, welche tieferen Gründe mich zu meinem Tun bewogen haben. Ich bin immer gegenüber den liberalistischen, zur Anarchie führenden Satz gewesen, daß alles verstehen alles verzeihen heiße. Ich möchte in meinen Beweggründen verstanden sein. Die Wahl der Mittel möge man, so man will, mir nicht verzeihen.

Als im Frühsommer 1933 in einem Kreise Gleichgesinnter von den Beteiligten übereinstimmend die Meinung geäußert wurde, der Nationalsozialismus werde aus wirtschaftlichen und allgemein politischen Gründen binnen eines Jahres seine Macht wieder abtreten müssen, erregte ich große Verwunderung und Ablehnung mit der Behauptung,

tung, daß daran nicht zu denken sei, daß der Nationalsozialismus seine Macht in den folgenden Jahren unaufhörlich, auch durch riesenhafte Aufrüstungen, steigern würde, daß etwa ab 1937 (hier hatte ich zu früh gerechnet) ein neuer Weltkrieg ausbräche, durch den erst eine Entscheidung über den Bestand der nationalsozialistischen Macht heraufbeschworen würde. Daß ich mit dieser meiner Auffassung von meinen damaligen Bekannten nahezu ausgelacht wurde, war nicht verwunderlich. Diese Vorahnung von 1933 hat mich wie manche andere Vorahnung meines Lebens nicht wieder verlassen.

Einen Satz, den Adolf Hitler – meines Wissens gelegentlich einer Rede im Jahre 1933 oder 1934 – ausgesprochen hatte, erkannte ich sofort als wahr an und zog aus ihm die Konsequenz. Ich meine den Satz, daß der Nationalsozialismus nicht durch eine andere Gewalt (gemeint war die Gewalt innerpolitischer Gegner) überwunden werden könne, sondern nur durch eine höhere Idee.

In diesem Satz drückten sich nach meinem Begriff zwei Tendenzen aus, denen ich aus eigener Überzeugung zustimmte: 1) eine Reaktion oder Restauration gegen den Nationalsozialismus ist – geschichtlich gesehen – keine höhere Idee; 2) der Nationalsozialismus wurde, wenigstens damals, von Adolf Hitler in der Folge eines großen geschichtlichen Prozesses gesehen, der eine Verwandlung des Nationalsozialismus durch eigene oder außenstehende Kräfte in Deutschland zuließ. Daraus ergab sich für mein weiteres Denken und Handeln eine Konsequenz, die ich durchzusetzen versuchte, wo ich nur konnte: jegliche Reaktion, von wo sie auch kommen möge, wie jeglichen Versuch einer Restauration, die nicht eine geschichtlich ‘höhere Idee’ verkörpern und keine höheren Zustände für das gesamte Volk zu bewirken vermögen, müssen abgelehnt und bekämpft werden. Als ich im Laufe der Zeit bemerkte, daß die Ideologie des Goerdeler-Kreises eben keine ‘höhere Idee’ darstellte, daß sie dem von mir gewollten Sozialismus widerstrebte, tat ich alles mir Mögliche, um die Verbindung mit der Gruppe Goerdeler bis zur Inaktivität zu neutralisieren. Ich zog aber aus jenem Satz noch eine weitere Konsequenz, die der Nichtanwendung von Gewalt. Ich verwarf, um es ganz deutlich zu sagen, aus jenen Gründen der ‘höheren Idee’ jegliches Attentat. Es ist wahr, daß ich diese Auffassung jedem gegenüber vertrat, unbeirrt. Ich habe mich darin getäuscht, daß meine Auffassung stark genug gewesen sei, auch andere von ihrer Richtigkeit zu überzeugen. Ich bezeuge aber, daß ich – ich glaube, das gilt auch für meine sozialistischen Freunde – von der Absicht eines Attentats gegen den Führer nicht das geringste wußte oder ahnte. Wir waren von den ‘Militärs’ als ihnen sehr unpassende ‘Linke’ längst abgehängt worden, und ich hatte keine Verbindung mehr zu ihren Mittelsleuten gepflogen, sobald ich argwöhnte, daß es ihnen nicht um das Schicksal des deutschen *Volkes* zumal um das der Arbeiterschaft, ginge, sondern um eigenste gesellschaftspolitische Ziele. Nun wird Dir, liebe Frau, wohl ganz verständlich, warum ich mich über das Mißlingen des Attentats gefreut habe.

Mit der drohenden Kriegsgefahr i. h. 1938 tauchten meine Vorahnungen von 1933 (im Ms. 1939) wieder stärker auf und verstärkten sich von Jahr zu Jahr.

Du weißt bis zu einem gewissen Grade, was wir in unserem Betrieb praktisch gearbeitet und Einmaliges geleistet haben. Aber von Jahr zu Jahr wuchs in mir die Sorge, was geschähe und geschehen müsse, wenn trotz aller Kraftanstrengungen der Krieg für Deutschland, also doch auch für uns, verloren ginge, und die feindlichen Mächte über uns herfielen. Für die Philosophie eines Palmst(ath), daß "nicht sein kann, was nicht sein darf", habe ich nie Verständnis gehabt. Aber ich bin davon überzeugt, daß ein Volkskörper ein Totalorganismus ist, der zu einer Erhaltung gerade in Not und Gefahr vitale Abwehrkräfte als neue Werkzeuge neben den alten gegen die Gefahr mobilisiert, Werkzeuge, die nicht um ihrer selbst willen wirken, sondern um der Gesamtheit willen. Einen derartigen vitalen Auftrag des Volkskörpers habe ich in mir gespürt, wenn ich – wirklich ohne jeden persönlichen Ehrgeiz – immer und immer wieder überlegte, was in der ernstesten Stunde des Krieges geschehen müsse. Wenn eine Macht bricht, ist nicht eine neue Macht die größte Gefahr für das Volk, für unsere Existenz und Zukunft, sondern die wirklichen Gefahren sind Chaos und jener Dilettantismus, der um einen egoistischen aber keinen ... (das folgende ist von der Zensur gestrichen).

Ich habe versucht, mich zu erklären. Ich will und werde nicht versuchen, mich zu entschuldigen. Den Spruch über meine Handlung muß ich dem Gesetz und seinem Richter überlassen. Auch hier gilt, was ich manchmal sagte, damals noch nicht mit dem letzten Ernst, mit dem ich es jetzt sage: Jedes Urteil ist ein Urteil über den Angeklagten wie über den Richter. Ich werde mich dem Urteil nicht entziehen.

Ich weiß nicht, welche Frist zu leben mir noch beschieden ist. Nach jener dramatischen Nacht vom 11. zum 12. August habe ich mich innerlich bereit gemacht, auch den Tod zu ertragen, wenn es nicht anders sein soll. Ich werde mir aber den Tod nicht selbst geben; das könnte *ich* nicht verantworten.

Einige menschliche und wohl auch verständliche Wünsche möchte ich hier einfügen: Möge Dir das wenige Vermögen, das ich Dir hinterlassen kann, zugunsten unserer Kinder belassen bleiben. Du und die Kinder, Ihr seid gewiß unschuldig. Schuldig bin allein ich.

Mögest Du in Deiner Not Freunde und Helfer finden. Ich danke ihnen.

Sei tapfer und überwinde den Schmerz. Helft Euch gegenseitig, Du Frau, Ihr Eltern, Ihr Kinder und Freunde. Der Geist, der uns menschlich verbindet, ist unsterblich und allgegenwärtig.

Wenn ich sterbe, denkt nicht an Rache; trachtet nach Liebe. Platon meinte zwar: "Nihil in rebus humani s magno studio dignum est!" Ich bin kein Nihilist. In den menschlichen Dingen ist vieles eines großen Eifers und noch mehr einer großen Liebe würdig. Das setze ich Platon entgegen.

Wenn ich auch zu allem mich innerlich bereit gemacht habe, so habe ich doch noch einen Lebenswunsch: Du, Eva, und Ihr Kinder, Michael, Uta und Nele, Ihr kennt mich soweit, daß mein Wesen Euch begreiflich geworden ist. Aber Ihr noch kleinen Kinder, Wolfgang, Reinhard, Gerda, Euch bin ich eben erst, kaum oder noch gar nicht als Euer Vater bewußt geworden. Wenn ich auch nach einer Erlösung aus meinem gegenwärtigen Zustand verlange, so wäre ich um Euretwillen bereit, viele, viele Jahre im

Kerker zuzubringen, nur, um Euch dann und wann durch einen Brief etwas Freude in Euer schweres Leben bringen zu können.  
 Ihr – Michael, Uta und Nele –, haltet als Geschwister doppelt treu zu einander, zu Eurer Mutter und zu Euren jüngsten Geschwistern.  
 Du, Vater Hermann, und Du, Oma, verzagt nicht, helft Schmerz und Not lindern.  
 Vor allem aber erbitte ich kein Bedauern über mein Schicksal.  
 Dir, Eva, gelten meine letzten Worte und Gedanken! ...  
 In diesen Tagen der Einsamkeit und der inneren Läuterung bin ich gleichermaßen reif geworden zum Tode wie zu einem neuen Leben.  
 Ich beuge mich Gott in Demut  
 Dir und den Kindern in Liebe  
 Dein und Euer  
 Hermann

SAPMO-BArch, NY 4152/3, Bl. 19–23.

ANZEIGE

## Kritischer Marxismus im trafo verlag

**“Beiträge zur Stalinismus-Diskussion.”** Edition Kritischer Marxismus, Bd. 1. Hrsg. v. Arbeitskreis kritischer MarxistInnen, trafo verlag 1997, 154 S.

Mit Beiträgen v. Baum, Ingeborg, Behrend, Manfred; Bernhagen, Wolfgang; Czollek, Michael; Grenzroth, Günther; Lozek, Gerhard; Krauss, Hartmut  
 trafo verlag 1997, ISBN: 3-89626-078-2, Preis: 29,80 DM

### **Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Band 8 (1995)**

Geschichtswissenschaft heute

Mit den Beiträgen: *G. G. Iggers*: “Marxismus und Geschichtswissenschaft heute” / *W. Küttler*: “Formationstheorie und Moderne” / *W. Eichhorn*: “Gesellschaftsformation und Gesellschaftsformation” / *H. Klenner*: “Gerechtigkeits-theorien in Vergangenheit und Gegenwart” / *J. Irmscher*: “Ende der Geschichte? Ende des Eurozentrismus!” u.a., trafo verlag, Bestellzeichen: LS/8/1995, Preis: 35,00 DM

### **Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Band 23 (1998)**

Mit den Beiträgen: *Kuczynski, Th.*: “Kommunistisches Manifest” / *Eichhorn, W.*: “Zum Revolutionsbegriff” / *Deppe, F.*: “Das politische Denken im 20. Jahrhundert” / *Herrmann, U.*: “Frauen und Sozialdemokratie 1871 bis 1910” / *Kinner, K.*: “Selbstverständnis und Marxismusrezeption im deutschen Kommunismus 1919–1945” / *Uhlig, Ch.*: “Emigranten und Remigranten in bildungsgeschichtlichen Zusammenhängen in der SBZ und in der DDR”, trafo verlag, ISBN: 3-89626-203-3, Preis: 35,00 DM, Auslief. ab Februar 1999

# Berichte

## Zwölfte Konferenz des Arbeitskreises kritischer MarxistInnen

Die 12. AKM-Tagung am 13. und 14.3.1998 in Berlin beschäftigte sich einerseits mit der marxistischen Formationstheorie, andererseits mit dem Postmodernismus.

Zum Thema "Formationstheorie heute" sprach der Historiker Wolfgang Küttler. Er stellte fest, das Denken in Gesellschaftsformationen befinde sich in einem "starken Strudel des Substanzverlustes". Entstanden sei es in einer Zeit, die ähnlich der jetzigen durch präzedenzlose Umbruchserfahrungen – damals der industriellen Revolution und der großen französischen Revolution – gekennzeichnet war. Statt eines progreföorientiertem Scientismus herrsche heute jedoch Fortschritts-skepsis vor. Küttler arbeitete die wichtigsten Merkmale Marx-Engelsschen Denkens heraus, die im Zusammenhang mit dem Thema relevant sind, so insbesondere, daß der historischen Entwicklung die Produktion und Reproduktion der materiellen Lebensbedingungen zugrunde liegt und die Wissenschaft gehalten ist, eine Strategie gesellschaftlicher Veränderungen zu begründen. Den Fortschritts-prozeß habe Marx einestails als Vorgang zur Sicherung der Zivilisation, anderenteils als durch den Klassenkampf und die Lösung gesellschaftlicher Widersprüche bedingt verstanden. Formationsgeschichte sei bei ihm 1. die des Kapitalismus, 2. die seiner Entstehung aus vorhergegangenen Formationen. Durch zunehmende Berücksichtigung nichtkapitalistischer Formationen habe sie sich zu einer Universalanalyse ausgeweitet. Marx habe keine explizite Formationstheorie aufgestellt. Was später dafür galt, sei das Ergebnis zweier Debatten in der kommunistischen Bewegung

gewesen, welche in den 20er und ab den 60er Jahren geführt wurden. In der ersten seien ernstzunehmende Auseinandersetzungen mit der asiatischen Despotie, die nicht ins damals vorgegebene Schema paßte, unterbunden worden. Küttler nannte das Denken in klaren gesellschaftlichen Strukturen und deren sozial-ökonomische Begründung positiv, kritisierte aber die starre Ausrichtung parteikommunistischen Epochen- und Systemdenkens auf den angeblich unausweichlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und ein entsprechendes Wer-wen-Schema sowie die Reduktion der Gesellschaftsanalyse auf bestimmte Politikformen. Im Interesse neuer Formationsanalysen sei es notwendig, das zu überwinden. Auch sei zu klären, ob dem gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft eine Zäsur wie zur Zeit der industriellen Revolution zugrunde liegt, oder ob es sich um eine völlige Umstrukturierung handelt, die andere Begriffsbestimmungen erforderlich macht.

Während das Referat generell Zustimmung fand, ergaben sich in der Diskussion Differenzen über Marx-Engelssche Prognosen und darin enthaltene utopische Elemente. Teilnehmer wiesen darauf hin, daß die Klassiker beim Prognostizieren vielfach sehr vorsichtig waren und verschiedentlich auf diametral entgegengesetzte Entwicklungsmöglichkeiten aufmerksam machten. Die von Versammlungsleiter Hartmut Krauss gezogene Schlußfolgerung lautete, Marx' Formationstheorie müsse mit dem 1843 von ihm konstatierten kategorischen Imperativ verbunden werden, "alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist".

Werner Seppmann, Mitherausgeber der "Marxistischen Blätter", referierte über "Die Postmoderne als Realität und Ideologie". Sein Ausgangspunkt war die heutige paradoxe Situation, in der soziale Ungleichheit und Unsicherheit eskalieren, gleichzeitig aber der Widerstand dagegen verhalten bleibt. Kenn-

zeichnend seien die Sprachlosigkeit des Alltagslebens, der Verzicht der meisten Intellektuellen auf Gesellschaftskritik und die verbreitete Überzeugung, daß der Kapitalismus nie aufhören wird. Seppmann stellte den Postmodernismus als ein System dar, dessen Verfechter die Ununterscheidbarkeit von Wahrheit und Lüge, Gut und Böse usw. behaupten, die Erkennbarkeit der nach ihrer Meinung undurchsichtigen Welt bestreiten, im Drängen nach Erkenntnis einen intellektuellen Ermächtigungsanspruch und künftige Zwangsverhältnisse sehen und Versuche, die Gesellschaft zu verändern, als von vornherein verfehlt denunzieren. Der Referent berief sich besonders auf Jean-Francois Lyotard, Wolfgang Welsch und Heinz von Förster als Kronzeugen. Postmodernismus, erklärte er, sei dem technokratischen Herrschaftswissen verwandt. Er wende sich gegen die Aufklärung, ersetze Analyse durch bloße Beschreibung, betrachte die bestehenden Zustände nicht als kritikwürdig und den Kapitalismus als ewig. Bornierte Selbstzufriedenheit gehe mit Attacken auf intellektuelle Gegenpositionen einher, wobei Letztgenannte maßlos entstellt würden. Ihren Höhepunkt erreiche die postmodernistische Dekonstruktionsprozedur bei Auseinandersetzungen mit einem dialektischen Weltverständnis. Da sich dieses mit den gesellschaftlichen Zusammenhängen befaßt, gerate es in Verdacht, totalitär zu sein. In seinen besten Teilen sei der Postmodernismus eine ambitionierte Reaktion auf tatsächliche Widersprüche und bemühe sich darum, falsche Gewißheiten zu zerstören. Er trete für individuelle Selbstverwirklichung ein, sehe solche aber auch bei jungen Rechtsextremisten. Bei all seinen Plädoyers für Vielheit und Differenz sei der Postmodernismus ein kraftloses Symbol für Proteste und "die Verfallsform einer Theorie des dritten Weges". Da auch er ein geistiges Klima der Hilflosigkeit und Resignation fördere sowie die Herrschenden von Verantwortung für den tiefen Riß durch die Gesellschaft entlaste, sei Unterwerfung unter das kapitalisti-

sche Regulationssystem sein Resultat. Das von ihm mitbestimmte gesellschaftliche Reflexionsklima müsse durch Widerstand verändert werden.

In der Diskussion fanden Seppmanns Thesen z. T. Verständnis. Sie lösten aber auch Gegenattacken aus. Hanna Behrend warf dem Referenten vor, ein "Bild in der Qualität eines monolithischen Papiertigers" entworfen zu haben. Tatsächlich sei der Postmodernismus eine fragmentarische Reaktion auf geschlossene philosophische Systeme, nicht selbst ein derartiges System. Mit Äußerungen vornehmlich von Vertreterinnen der Postmoderne belegte sie, daß weder auf Gesellschaftskritik verzichtet noch der Kapitalismus für ewig erklärt worden ist. Die anfängliche Gegnerschaft zur Aufklärung sei längst zurückgenommen. Gerd Fittkau sagte, der Referent habe zwar treffend die Rechtswendung großer Teile der Intelligenz herausgearbeitet, diese Wendung aber fälschlich dem Postmodernismus gleichgesetzt. Seppmann erwiderte mit gegenteiligen Zitaten diverser Strukturalisten und Postmodernisten, die von deren Neutralität sogar gegenüber faschistischem Denken und von Affirmativität gegenüber dem Bestehenden zeugten. Während er, der Redner, den Postmodernismus ernstnehme, suche Behrend das in ihr emanzipatorische Weltbild Passende heraus. Küttler riet, zwischen dem ursprünglichen Entwurf postmodernistischen Denkens, seiner Radikalkritik an Großideologien, und der Instrumentalisierung dieses Denkens für Neoliberalismus und Konservatismus zu unterscheiden. Krauss meinte, es sei nicht nachvollziehbar, daß es Kritisches nicht außerhalb des postmodernistischen Diskurses besser gebe. Demgegenüber verwiesen Diskussionspartner auf brauchbare Beiträge des Postmodernismus zur Subjekttheorie und solche gegen prokapitalistische Vereinnahmungstendenzen. Da eine monolithische Welt nicht vorhanden sei, werde ein flexibles Weltbild benötigt. Dazu gelte es alle emanzipatorischen Denkansätze zu nutzen.

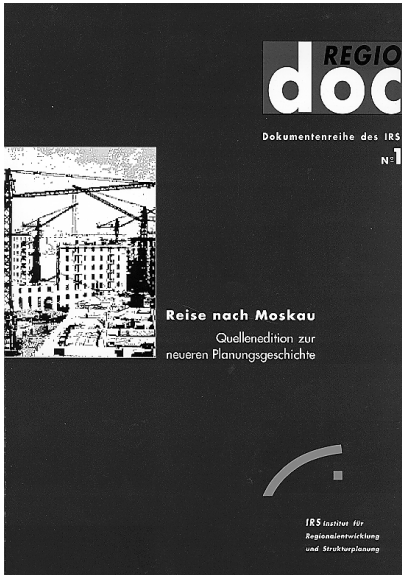


Die Diskussion des Arbeitskreises über den Postmodernismus war nicht frei von Vorurteilen und hochgradig konfrontativ. Sie regte zu weiterem Nachdenken über ihren Gegenstand an. Über einen Vorschlag von Krauss,

sie nach gründlicher Vorbereitung durch das Studium einschlägiger Materialien fortzusetzen, wurde auf der Tagung nicht entschieden.

*Manfred Behrend*

ANZEIGE



Im Frühjahr 1950 fuhr eine Regierungsdelegation der neugegründeten DDR zu einer sechswöchigen Studienreise nach Moskau, Leningrad, Kiew und Stalingrad. Mehr als jedem der später üblichen Erfahrungsaustausche kommt dieser ersten offiziellen Begegnung eine besondere Bedeutung zu. Sie war bereits mit dem klaren Ziel vorbereitet worden, eine Wende im gesamten System des Planens und Bauens in der noch jungen DDR herbeizuführen und die Notwendigkeit dieses Bruches mit sowjetischen Erfahrungen zu legitimieren.

Im Ergebnis der Reise wurden per Ministerratsbeschluss das Aufbaugesetz und die "Sechzehn Grundsätze des Städtebaus" erlassen. Sie bedeuteten die Zentralisierung aller wesentlichen Planungsentscheidungen und sicherten den staatlichen Zugriff auf Boden in den Aufbaubereichen. Nach ausführlicher und intensiver sowjetischer Unterweisung verfügte das städtebauliche Manifest das nunmehr für die gesamte Republik verbindliche Modell der Stadtentwicklung.

Die vorliegende Quellenedition unternimmt den Versuch, den Begründungsakt des sozialistisch generierten Stadtkonzeptes der DDR zu doku-

mentieren. Das IRS veröffentlicht Texte aus dem Umfeld jener "Reise nach Moskau", mit der die eigenständige Geschichte sozialräumlicher Formation in der DDR begann.

Der Quellenedition liegt im wesentlichen der geschlossen überlieferte Reisebericht vom 12. April bis 25. Mai 1950 zugrunde. Er wird durch einige Materialien aus dem Vorfeld bzw. in Auswertung dieser Reise aus anderen Aktenbeständen und Archiven ergänzt. Die Einordnung und Dokumentierung der Aufzeichnungen erfolgte unter Auswertung weiterer Aktengruppen des Bundesarchivs, des Archivs der Akademie der Künste und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv.

Die vorgenommene historische Eingrenzung des relevanten Materials betrifft die Sequenz vom 1. November 1949, dem Datum der juristischen Konstituierung des Ministeriums für Aufbau in der Provisorischen Regierung der DDR, und dem 6. September 1950, dem Tag der Verabschiedung des "Aufbaugesetzes" durch den Ministerrat.

**Simone Hain, Karl-Dieter Keim, Herbert Nicolaus:** "Reise nach Moskau. Quellenedition zur neueren Planungsgeschichte", IRS, REGIO doc, Nr. 1.

Bezug über trafo verlag, Abt. Verlagsbuchhandlung, Finkenstraße 8, 12621 Berlin, Bestellzeichen: IRS/01/98, Preis: 39,80 DM

## Rezensionen

### **Peter Schöttler (Hrsg.): Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945**

Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1997, 344 S.

Dieser Titel ist von dem gleichen Anliegen bestimmt, wie die Veröffentlichungen von Götz Aly, Martin Kröger/Roland Thimme u. a. (siehe BzG 1/1998). Untersucht wird die traditionelle akademische Deutsche Geschichtswissenschaft in ihrer Legitimationsfunktion gegenüber der nazistischen Diktatur. Einbezogen wird unter analogen Aspekten ihre Entwicklung von 1918–1933 sowie ihr modifiziertes Weiterwirken in der Alt-BRD nach 1945, in der "kein einziges Institut ... 'abgewickelt' oder auch nur offiziell evaluiert wurde". (S. 12) Daß die Aufdeckung der umfassenden "Verstrickung" der deutschen Geschichtswissenschaft und vieler ihrer führenden Vertreter in der Alt-BRD in die faschistische Ideologie und Politik "erst in jüngster Zeit" möglich geworden sei, führt P. Schöttler in seinen "Einleitenden Bemerkungen" darauf zurück, daß der "zeitliche Abstand zum 'Dritten Reich' ... gewachsen" ist, daß "fast alle NS-Historiker ... verstorben" sind und auch die Zahl ihrer direkten Schüler mit der "Angst vor dem symbolischen 'Vatermord'" rapide zurückgeht. (S. 14) Hinzuzufügen wäre das Ende des Kalten Krieges, in dem "niemand mehr" fragte, "was der eine oder andere vor 1945 gemacht hatte" (S. 12) sowie der Untergang des "realen Sozialismus" und damit der DDR, deren Geschichtswissenschaft mit der grundlegenden Kritik, die eine jüngere Generation aus der Alt-BRD jetzt nachholt, schon in den 50er Jahren begonnen hatte.

Die folgenden Beiträge behandeln an Hand einer breiten Quellenbasis und mit großer Sachlichkeit "... apologetische Tendenzen in der Historiographie der Weimarer Republik" (Bernd Faulenbach); "'Revisionistische' Historiker und Jugendbewegung" am "Königsberger Beispiel", wobei Hans Rothfels sowie

seine Schüler T. Schieder und W. Conze eine zentrale Rolle spielen (Ingo Haar); "Das Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums" (Willi Oberkrome); "Historiker als politische Kommentatoren, 1933 bis 1945" (Karen Schönwälder); das renommierte Werk von Otto Brunner "Land und Herrschaft", das man, wie P. Schöttler feststellt, anders liest, wenn man weiß, daß sich sein Autor damit in "politische Projekte" des Nazismus einschrieb (Gadi Algazi); "Die historische 'Westforschung' zwischen 'Abwehrkampf' und territorialer Offensive" (Peter Schöttler) sowie "Heydrichs Professor. Historiographie des 'Volkstums' und der Massenvernichtung. Der Fall Hans Joachim Beyer" (Karl Heinz Roth).

Ein wesentliches Anliegen von Schöttler u. a. Autoren besteht in der Widerlegung der Meinung, die dem Nazismus dienstbare "Volksgeschichte" der 30er und 40er Jahre" enthalte einen innovativen "Reformansatz" hinsichtlich der späteren kritischen Sozial- und Strukturgeschichte. (S. 232) Diesen sieht er vielmehr in solchen Richtungen wie den französischen "Annales", die – das sei hinzugefügt – von führenden Vertretern der akademischen deutschen Geschichtswissenschaft im Geiste des deutschen Historismus bis in die 60er Jahre selbst mit politisch-ideologischer Motivierung und Verdächtigungen entschieden bekämpft wurde (Gerhard Ritter).

Von den Autoren, die am Schluß knapp vorgestellt werden, wurden der älteste 1942, die jüngsten 1959 geboren. Wie Aly, Kröger, Thimme, Christoph Cornelißen u. a., die Verfasser analoger Untersuchungen, haben sie die Jahre vor 1945 nicht erlebt bzw. voll wahrgenommen, was ihnen teilweise vorgehalten wird. Darauf geht P. Schöttler treffend mit dem Argument ein, "wenn ... Historiker darauf zurückgreifen, obwohl sie damit ... ihre eigene Wissenschaft für unmöglich erklären, liegt der Verdacht nahe, hier gehe es tatsächlich um Apologie." (S. 21)

Im gleichen Jahr erschien noch ein anderes Buch, in dessen Titel ebenfalls der Begriff Legitimation erscheint (Ilko-Sascha Kowalczuk: Legitimation eines neuen Staates. Parteilabor an der historischen Front. Ge-

schichtwissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997). Obwohl beide Veröffentlichungen einen unterschiedlichen Rang aufweisen, können derartige Titel durch das von P. Schöttler hrsg. und mitverfaßte Buch wesentlich ergänzt werden. Es wird zu einer Vorgeschichte und zu einem Kriterium von jenen. Unabhängig von der Absicht der Autoren wird der Maßstab für die Kritik des Versuchs, in der DDR eine neue Geschichtswissenschaft zu begründen, nicht nur in Frage gestellt. Dieser Versuch erscheint auch als notwendig. Die Kritik seiner Methodik und seines Resultats wird damit keineswegs hin-fällig. Sie wird aber in den unerläßlichen historischen Kontext gestellt.

*Werner Berthold*

**Fritz Petrick (Hrsg.): Kapitulation und Befreiung. Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa**

Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1997, 225 S.

Der von Fritz Petrick im Auftrag der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V. herausgegebene Sammelband ist aus einer Konferenz erwachsen, die von der genannten Gesellschaft anläßlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes veranstaltet worden ist. Es handelt sich um dreizehn teilweise erheblich überarbeitete und erweiterte Konferenzbeiträge. Die Autoren sind Wissenschaftler aus der früheren DDR und aus den alten Bundesländern sowie aus Polen und Österreich.

Im ersten Teil des Buches werden in sechs Beiträgen bisher wenig oder gar nicht bekannte Einzelheiten jener sozialgeschichtlichen Prozesse behandelt, die mit der Schlußetappe des Krieges bzw. mit dem Übergang von der Kriegs- zur Nachkriegszeit in Deutschland, Polen und Österreich in Verbindung stehen. Karl-Heinz Roth (Hamburg) untersucht wirtschaftspolitische Nachkriegsprogramme des nationalkonservativen und bürgerlichen Wi-

derstandes gegen das NS-Regime unter besonderer Berücksichtigung der Vorbereitung und des Scheiterns des Staatsstreichversuches vom 20. Juli 1944. Trotz vorhandener Differenzen war allen Strömungen die Furcht vor einer tiefgreifenden sozialen Revolution gemeinsam. Das veranlaßte beispielsweise die Beck-Goerdeler-Gruppe sozialpartnerschaftliche Überlegungen in Form eines Paktes zwischen Großkapital und Einheitsgewerkschaft in ihr Programm aufzunehmen.

Einen etwas breiteren Raum nehmen die in verschiedenen Beiträgen behandelten demographischen und sozialen Verwerfungen als Folge unmittelbarer Kriegseinwirkungen und von Zwangsmigrationen ein, wobei das Geschehen auf einen in zeitlicher Hinsicht relativ engen historischen Zeitraum fokussiert wird. So weist Klaus Scheel (Berlin) am Beispiel Brandenburgs nach, daß bei aller Verschiedenheit der Einzelschicksale für die Menschen aller sozialen Schichten das Ende des Krieges und der Naziherrschaft und die harten Formen des Besatzungsalltags immer mit einem radikalen Umbruch ihrer Lebensverhältnisse verbunden war. Für Millionen Polen und Deutsche bedeuteten Flucht und Vertreibung Verlust der Heimat und soziale Entwurzelung mit allen daraus resultierenden Folgen. Von Kriegsende bis zur Potsdamer Konferenz kamen weitere Unwägbarkeiten hinzu, die durch das Neben- und teilweise Gegeneinander von sowjetischer Besatzung und neuer polnischer und teilweise noch vorhandener deutscher Verwaltung hervorgerufen worden sind, wie Hieronim Szczegóła (Zielona Góra) am Beispiel Niederschlesiens und Werner Lamprecht (Greifswald) für Stettin von Ende April bis Anfang Juli 1945 zeigen. Fritz Petrick (Greifswald) beschäftigt sich mit jenen knapp 250 000 deutscher Flüchtlinge, die die Kriegsmarine im Rahmen der am 26. Januar 1945 befohlenen Evakuierung der Bevölkerung der östlichen Reichsgebiete über See nach Dänemark transportierte, und die sich seit Kriegsende in der zwangsweisen Obhut des Königreichs Dänemark befanden. Die letzten von ihnen verließen dieses Land erst am 15. Fe-

bruar 1949 in Richtung Flensburg. Petrick erhellt damit das Schicksal einer Viertelmillion Deutscher, über die in der deutschen Historiographie bislang kaum berichtet worden ist. Im Mittelpunkt eines historisch weitergeführten Beitrages von Martin Moll (Graz) stehen Momente der Kontinuität und Diskontinuität aus sozialgeschichtlicher Sicht in Österreich. Seine Fragestellungen beziehen sich dabei sowohl auf die erste Republik wie auch auf die ökonomisch-sozialen Wirkungen des von den Nationalsozialisten herbeigeführten "Anschlusses" an das sogenannte Dritte Reich im Jahre 1938. Etwas aus dem Rahmen fällt der Beitrag von Almuth Püschel (Potsdam), die sich an Hand von Vollzugsakten der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder mit der Ahndung von Fahnenflucht und sogenannter Wehrkraftzersetzung in der Wehrmacht beschäftigt. Sie verzettelt ihren Aufsatz, in dem nachgewiesen wird, daß nicht selten für geringfügige Vergehen die Todesstrafe verhängt und auch vollstreckt worden ist, als Beitrag zu jener Diskussion, die geführt wird, damit den verurteilten Deserturen und Wehrkraftzersetzer endlich Gerechtigkeit zuteil wird.

Im zweiten Teil bildet die Sicht auf den 8. Mai 1945 aus der Perspektive der Nachwendezeit der Jahre 1989/90 den Bezugspunkt aller sechs Beiträge, wobei der doch recht unterschiedliche Umgang mit dem historisch-politischen Begriff "Befreiung" in der alten Bundesrepublik, in der DDR, in Polen und Österreich reflektiert und mit revisionistischen Geschichtsauffassungen polemisiert wird. Kurt Pätzold (Berlin) untersucht, warum bei den meisten Deutschen die Wirklichkeit der Befreiung und deren Wahrnehmung in ihrem Bewußtsein weit auseinanderfielen und teilweise bis in die Gegenwart streitbar diskutiert werden. Er nennt eine Reihe von Umständen, die es einer Mehrheit der Deutschen erschweren, die mit dem Kriegsende zusammenhängenden gesellschaftspolitischen und sozialen Prozesse als Befreiung von faschistischer Herrschaft zu begreifen, freilich "einer besonderen Art der Befreiung, denn die Deutschen waren, bevor auch sie schließlich Opfer des

Regimes wurden, dessen Instrumente gewesen" (S. 125). Gerhart Hass (Berlin) setzt sich mit Kontroversen bei der Bewertung des 8. Mai 1945 in der neuesten deutschen Historiographie auseinander. Zuzustimmen ist der Aussage von Hass, die extrem einseitige und willkürliche Auslegung des 8. Mai in der Geschichtsauffassung der Parteiführung der SED und deren propagandistische These von den "Siegern der Geschichte", hätten das Bewußtsein der Nachfolgenerationen über die von Deutschen von 1933-1945 an anderen Völkern und auch am eigenen Volk begangenen Verbrechen eingeschlafert. Hinzugefügt sei, daß dies bei der Tätergeneration den naturgemäß ohnehin vorhandenen Verdrängungskomplex noch zusätzlich gefördert hat.

Mit seinem Beitrag "Sonderweg" oder "Normalität" ordnet Wolfram Wette (Freiburg) die Zäsur des 8. Mai in größere geschichtliche Zusammenhänge ein. Zugleich verdeutlicht er das Wechselverhältnis zwischen bestimmten historiographisch besetzten Begriffen und jeweils aktueller Politik. Er macht darauf aufmerksam, daß im "Historikerstreit" die sogenannten Revisionisten, die darauf abzielten, die "Last der Vergangenheit" abzuwerfen, Wegbereiter einer im politischen Spektrum der Bundesrepublik eindeutig rechts angesiedelten neuen "Normalität" waren. Diesen Alarmsignalen gelte es mit der Verteidigung der grundlegenden Werte der Demokratie und des Friedens zu begegnen. Auch Werner Röhr (Berlin) spricht mit großem Nachdruck die Gefahren an, die sich aus der Hinwendung der Bundesrepublik "zu mehr bewaffneter Weltpolitik" (S. 169), wie er es nennt, ergeben. Sein berechtigtes Anliegen wird allerdings von allzu einseitigen, undifferenzierten Betrachtungsweisen etwa des Golfkrieges sowie einer Abwertung der friedensvertraglichen Wirkung des Zwei-plus-Vier-Vertrages von 1990 überschattet. Ryszard Nazarewicz (Warschau) bezeichnet die Behauptungen einiger Historiker und Politiker der "neuen Elite" des heutigen Polen, der deutschen Okkupation sei die sowjetische gefolgt, als demagogisch, weil jeder realen Grundlage entbehrend. Gleichwohl

vermittelt er ein differenziertes Bild der polnisch-sowjetischen Beziehungen seit Teheran im November 1943 und zu deren Einfluß auf die innenpolitische Lage Polens beim Übergang von Krieg zum Frieden. Er geht dabei auch auf die vielschichtige Problematik des Bürgerkrieges von Januar 1945 bis 1947/48, über die das letzte Wort noch längst nicht gesprochen ist, ein. Interessant auch der Beitrag von Gerhard Botz (Wien/Salzburg), der die Bedeutung des 8. Mai 1945 für die Entwicklung Österreichs behandelt. Ähnlich wie Moll geht auch er auf das Problem von Kontinuität und Diskontinuität in der Geschichte Österreichs ein. Er hebt hervor, daß die zeitgeschichtliche Forschung und Historiographie relativ spät, erst seit den 80er Jahren damit begonnen habe, sich mit dem historisch-politischen Phänomen des 8. Mai zu beschäftigen. Bis in jene Zeit sei die sogenannte Opferthese – Österreich als erstes Opfer Hitlers, der Deutschen oder des Nationalsozialismus – der zentrale Punkt gewesen, um der zweiten Republik eine neue, an der ersten Republik anknüpfende Identität zu vermitteln. Diese These habe über die Tatsache hinweggetäuscht, daß das NS-Regime in Österreich ebenso wie in Deutschland sich fast bis zum Schluß auf einen breiten Konsens der Bevölkerung stützen konnte und nicht nur durch Terror gehalten worden ist.

Auch wenn der Band nur ausschnittsweise die vielschichtige historische Problematik widerspiegeln kann, die mit der tiefen historischen Zäsur des Kriegsendes von 1945 in Europa verbunden ist, vermittelt er besonders in seinem ersten Teil manch neue Forschungsergebnisse, während die Beiträge im zweiten Teil zeigen, daß ein einseitiger und vereinfachter, schlagwortartiger Umgang mit dem historisch-politischen Begriff "Befreiung" dem tatsächlichen Geschehen nicht gerecht wird, sondern den Weg zur historischen Wahrheit eher versperrt. In diesem Sinne soll der Band selbst als ein Beitrag zu weiterer Diskussion verstanden werden.

Paul Heider

### Jürgen Louis: Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen 1945-1952

Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 1996, 326 S.

Bei dem vorliegenden Buch handelt es sich um die im Wintersemester 1995/1996 von der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena angenommene Dissertation des Verfassers. Es ist die erste quellenmäßig fundierte Darstellung der Geschichte eines Landesverbandes der Liberal-Demokratischen Partei (LDP). Die Breite der Quellengrundlage ist beeindruckend. Der Autor hat sowohl die relevanten Bestände von 17 (!) Archiven, vor allem des Archivs des Deutschen Liberalismus in Gummersbach und des Thüringischen Hauptstaatsarchivs Weimar, herangezogen als auch zahlreiche gedruckte Quellen ausgewertet und Zeitzeugen befragt.

Eingangs werden ausführlich die Gründung und der organisatorische Aufbau des Landesverbandes dargestellt. Der Autor verweist auf die weitgehende Anknüpfung an Traditionen der Deutschen Demokratischen Partei, kann aber die bisherige Einschätzung widerlegen, die Thüringer Liberalen hätten sich gegen den Führungsanspruch der Berliner Gruppierung ausgesprochen (S. 47 ff.). Der Verfasser rückt einige Aspekte ins Blickfeld, die bisher kaum beachtet wurden. Er beschreibt die materiellen Bedingungen der Parteiarbeit unmittelbar nach Kriegsende (Raumknappheit, Mangel an Papier, Bleistiften, Verkehrsmöglichkeiten usw.), erwähnt die Betriebsgruppen der LDP und verweist auf die fehlende Verankerung liberalen Gedankengutes in der Mitgliedschaft. Die überaus lockere Bindung der Mitglieder an die Partei, die geringe Bereitschaft der Mitglieder zu aktiver Arbeit für die Partei (selbst die Beiträge wurden kaum "freudig" entrichtet), ließen die LDP in Thüringen entgegen bisherigen Wertungen finanziell am Rande des Bankrotts wandeln und schränkten auch ihre politische Handlungsfähigkeit ein. Nach seiner Einschätzung blieb die LDP Thüringens ein "Verein", der Aufbau einer funktionierenden Parteiorganisation gelang nicht (S. 79).

Die Kapitel, die sich der Entwicklung des Landesverbandes in den Jahren ab 1946 widmen, vermitteln ein eindrucksvolles, mitunter bedrückendes Bild der Konfrontation mit der SED und der Besatzungsmacht besonders in den Fragen der Sequestrierung, der Wahlen 1946 und der Tätigkeit in Landesregierung und Landtag sowie der daraus resultierenden Bedrängnis durch diese Gegner. Hier ergeben sich jedoch auch Fragen nach der Wertung der Quellen. Die Berichte aus Orten und Kreisen brachten ja vor allem Besonderes und Außergewöhnliches zum Ausdruck, da das "Normale" ohnehin bekannt war. Ihr Wahrheitsgehalt ist kaum nachprüfbar. Zweifellos sind bei betriebsbedingten Entlassungen, vor allem in den Verwaltungen, Mitglieder der LDP (und der CDU) stärker betroffen gewesen, hat es heftige Angriffe gegen die Betriebsgruppen der LDP gegeben. Aber daß LDP-Mitglieder zum Eintritt in die SED, die doch auf dem Wege zu einer "Partei neuen Typus" war, gedrängt worden sind, scheinen mir seltene Ausnahmen gewesen zu sein. Manche Berichte erwecken den Eindruck, als seien vom Hörensagen bekannte Dinge weitergegeben worden. Außerdem kann man in den Jahren 1946/47 nicht wie der Verfasser davon sprechen, daß die Massenorganisationen durchweg "von den Kommunisten kontrolliert" gewesen seien (S. 98). Überhaupt scheint mir der generelle Gebrauch des Begriffs "Kommunisten" für die SED-Mitglieder für jene Jahre unangebracht zu sein. Übrigens irrt der Autor, wenn er annimmt, die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion habe sich später Kulturbund genannt (S. 126).

Zu Recht verweist der Autor darauf, daß die Mißerfolge der LDP auch eintraten, weil die Mitglieder zu wenig Engagement zeigten, zu wenig eigene Vorschläge zur Landesverfassung und keine eigenen Gesetzentwürfe eingebracht wurden. Nach den Wahlen vom 15. Oktober 1950 setzte ein erheblicher Bedeutungsrückgang der LDP ein, ob man allerdings von "Zerfallserscheinungen" sprechen kann, sei dahingestellt. Problematisch erscheint mir auch die Formulierung, daß durch

die Änderung ihrer ideologischen Grundlagen die Fortexistenz der LDP "zum bloßen Selbstzweck" geworden sei (S. 224). Das partielle Aufgeben liberaler Positionen war ja kein Spezifikum nur für das Territorium und den Zeitraum der DDR; die liberale Ideologie befand sich seit Jahrzehnten in der Krise.

Insgesamt wirft die Arbeit einige grundsätzliche Fragen auf. Natürlich wird man vom heutigen Erkenntnisstand aus an die Bewertung der damaligen Ereignisse herangehen, aber er darf nicht der einzige Maßstab sein; der Zeitgebundenheit der Akteure ist gebührend Rechnung zu tragen. Das Eingebundensein der regionalen Ereignisse in das nationale und internationale Geschehen ist jedoch zu wenig berücksichtigt worden. Auch die Verhältnisse unter einem Besatzungsregime im allgemeinen werden kaum in Anschlag gebracht. Demokratie war da nur recht begrenzt möglich; und das galt für alle Besatzungszonen. Viele Maßnahmen, die Ausfluß der Besatzungspolitik waren, erscheinen in der Darstellung als willkürliches Handeln – das es natürlich auch gab – einzelner Offiziere.

Ein weiteres Problem: Während die in der DDR erschienenen Publikationen zur Geschichte der LDP Bedrängnisse und Verfolgungen völlig verschwiegen hatten, rücken sie in der vorliegenden Darstellung übermäßig in den Vordergrund. Die Liberaldemokraten waren aber doch nicht nur "Verfolgte", sondern auch "Mitgestalter". Wenn ihre Zukunftsvorstellungen auch von Anfang an recht unterschiedlich waren, so strebten sie doch eine demokratische Erneuerung Deutschlands an, wollten eine antifaschistische, antimilitaristische und in gewissem Sinne sogar antimonopolistische Gesellschaft errichten. Allerdings vertraten sie weniger liberale als mehr bürgerlich-demokratische Auffassungen.

Die ungerechtfertigte Vereinseitigung klingt auch im Versuch des Autors an, zwischen "Verweigerung" (die recht verschwommen definiert wird; die Motive dafür dürften sehr breit gefächert und nicht einmal immer politisch begründet gewesen sein), "Widerspruch" und "Widerstand" zu differenzieren

(S. 203f.). Aktiver Einsatz für die Gestaltung einer neuen Gesellschaft wird dabei gar nicht in Betracht gezogen. Ungeachtet dessen bleibt anzumerken, daß die Kennzeichnung der Varianten politischen Verhaltens außerordentlich schwierig bleibt, weil es stets fließende Übergänge gibt und auch einzelne Persönlichkeiten zu unterschiedlichen Zeiten, zu den verschiedenen Fragen unterschiedliche Positionen einnehmen.

Diese Einwände ändern nichts daran, daß die vorliegende Arbeit unser Bild von der Nachkriegsgeschichte Deutschlands und besonders Thüringens bereichert, sie stellt einen Strang der widerspruchsvollen politischen Entwicklung außerordentlich faktenreich dar. Dazu trägt besonders der Anhang des Buches bei, vor allem wegen der Übersichten zur Organisationsstruktur und zu den Personalien des Landesverbandes (Zusammensetzung der Vorstände nach entscheidenden Tagungen, organisatorischer Aufbau, Orts- und Betriebsgruppen, Programme, Statuten, Mitgliederzahlen, Sozialstruktur, Presseorgane und Unternehmen des Landesverbandes, Abgeordnete im Landtag) sowie der mehr als 200 Kurzbiographien.

*Eberhart Schulz*

**Wolfgang Triebel: Gelobt und geschmäht. Wer war Otto Grotewohl?**

Aufsätze und Interviews mit Zeitzeugen, trafoverlag dr. wolfgang weist (= Biographien europäischer Antifaschisten, Bd. 3), Berlin 1998, 345 S.

Triebel, der bereits 1994 als Leiter einer Redaktionsgruppe mit der Veröffentlichung bisher zu einem beträchtlichen Teile nicht publizierter Reden und Schriften Otto Grotewohls in zwei Bänden (edition Luisenstadt, Berlin) hervorgetreten ist, hat mit diesem Buch einen weiteren wertvollen Beitrag zur Erforschung von Leben und Werk Otto Grotewohls geleistet. Das mit Photos und Faksimiles gut ausgestattete Buch gliedert sich in zwei Abteilun-

gen. Die erste enthält vier Studien des Autors zu wesentlichen Seiten des Wirkens von Otto Grotewohl. Hierbei handelt es sich um die Zusammenfassung einiger bereits an anderer Stelle publizierter Beiträge in ergänzter und präzisierter Fassung. Während die Studien zur Einheitspartei und zur Verfassungsfrage detaillierte und aus vielfältigen Quellen schöpfende Texte sind, bieten die Studien zu den Lehren der Novemberrevolution und zu Grotewohls Verhältnis zur UdSSR gedrängte Überblicke. Letzteres dürfte sich daraus erklären, daß sie als Diskussionsbeiträge mit begrenzter Redezeit vorbereitet wurden.

Von der Thematik her hat Triebel gravierende Vorgänge im persönlichen und politischen Werdegang Otto Grotewohls herausgegriffen, die für die Bewertung seiner historischen Rolle von zentraler Bedeutung sind. Dabei war er durchweg bemüht, Grotewohl in ausgewogener Weise gerecht zu werden, Erklärungen für sein Tun und Lassen zu finden und nachweisliche oder zu vermutende Motive seines Handelns aufzuzeigen. Er sucht stets nach Erklärungen, die sich aus der historischen Situation und aus der unverwechselbaren Persönlichkeit Otto Grotewohls ableiten und distanzieren sich von dem in der DDR-Geschichtsschreibung üblichem glättenden Lob wie auch von alten und neuen Schmähungen. Dem Wollen und den Hoffnungen Grotewohls wird dabei ein Rang zugeschrieben, der umstritten ist, aber unbedingt bedacht sein will. Der Autor räumt ein, daß noch so manches offen ist und möglicherweise auch nie hinreichend zu klären sein wird. Allerdings gibt es auch in den umfangreicheren und quellenmäßig gut fundierten Beiträgen Lücken, die sich hätten schließen lassen. So hat zum Beispiel Grotewohls bemerkenswerte Rede auf der Reichsberatung der KPD, die übrigens auch in den erwähnten Bänden der Reden und Schriften fehlt, keine Beachtung gefunden. Ähnliches ließe sich von den Notizen Wilhelm Piecks sagen, die dieser in den Sitzungen des Arbeitsausschusses KPD/SPD und bei Treffen mit Spitzenpolitikern der SPD angefertigt hat. Hier ist vor allem der im Zusammenhang mit

dem Aufenthalt Kurt Schumachers in Berlin am 20. Februar 1946 gepflogene Gedankenaustausch sehr aufschlußreich. (Beide Dokumente in: Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/46, Bd. 3 und Bd. 2, München 1994.)

Weil sich in den Studien enthaltene Erkenntnisse des Autors großteils auch schon anderen seiner Veröffentlichungen entnehmen ließen, wird sich das besondere Interesse auf die zweite Abteilung des Buches richten. Triebel hat zehn Gespräche mit Zeitzeugen geführt, die mehr oder weniger eng mit Grotewohl verbunden waren. Dies sind aus der persönlichen Sphäre (doch mit wichtigen politischen Einblicken) Otto Grotewohls Sohn Hans und dessen Frau Madeleine sowie Grotewohls Vertraute aus Braunschweiger Zeit Nora Kuntzsch; Grotewohls persönliche Mitarbeiter Wilhelm Meißner und Fred Stempel; Weggefährten mit kommunistischer Herkunft Wolfgang Leonhard, Hans Mahle, Paul Scholz, Karl Schirdewan; Mitarbeiter der SMAD Jefim A. Brodski und Stefan Doernberg. Triebel hat all seinen Interviewpartnern annähernd die gleichen Fragen vorgelegt. Das hat den Vorteil, daß vergleichbare Antworten vorliegen. Diese zeugen teilweise von einem hohen Grad der Übereinstimmung (zum Beispiel, was das Verhältnis Grotewohl-Pieck einerseits und Grotewohl-Ulbricht andererseits betrifft). Doch offenbaren sie auch eine beträchtliche Spannweite der Urteile (zum Beispiel, was Grotewohls Charakterzüge betrifft). Manche der Zeitzeugen sind den Verlockungen eigener Selbstdarstellung nicht immer entgangen, aber das mußte der Befragter in Kauf nehmen, wenn er etwas erfahren wollte. Der Nachteil dieser Methode besteht darin, daß die Interviewpartner nach Vorgängen und Eigenschaften befragt worden sind, zu denen sie sich in sehr unterschiedlichem Maße als aussagefähig erwiesen. Demgegenüber sind vermutlich manche Möglichkeiten, von den Interviewten spezielles Wissen um andere Seiten der Persönlichkeit Grotewohl zu erfahren, unausgeschöpft geblieben. Zum Beispiel zielen die Fragen (das Verhältnis zur UdSSR ausgenommen) so gut

wie gar nicht auf die außenpolitischen Optionen und Aktivitäten des langjährigen Ministerpräsidenten der DDR und auf seine internationalen Kontakte (obwohl einige der in den Band aufgenommenen Illustrationen hierauf aufmerksam machen).

Triebel hat in zahlreichen Anmerkungen in den Interviews angedeutete Ereignisse erläutert und vor allem die erwähnten Personen mit biographischen Angaben vorgestellt. Damit werden auch manche ungenaue Aussagen korrigiert oder vage Erinnerungen präzisiert. Doch kann sich der Nutzer dieser Quellen nicht darauf verlassen, daß derartige Klarstellungen in jedem Falle erfolgen. So führte z. B. der Weg Walter Bartels vom Sekretär des Präsidenten Wilhelm Piecks nicht direkt zur Humboldt-Universität Berlin, sondern zunächst an die Karl-Marx-Universität Leipzig und anschließend an das Deutsche Institut für Zeitgeschichte (S. 191). Mit Bruno Vorwahl ist Bruno Fuhrmann gemeint, Walter Hähnel rückte bald zum Abteilungsleiter des ZK der KPD auf (S. 243). Auf S. 195 muß es wohl statt "Bild 39" heißen "Bild 24". Abgerundet wird diese gelungene Publikation durch einige Tagebuchauszüge, die Otto Grotewohl während des ersten Weltkrieges verfaßt hat sowie durch einige seiner Skizzen aus jenen Jahren und durch eine chronologische Auswahl biographischer Daten.

*Günter Benser*

**Jürgen Kuczynski: Ein treuer Rebell. Memoiren 1994–1997**

Aufbau-Verlag, Berlin 1998, 255 S.

Nur ein halbes Jahr nach seinem Tode (6.8.97) erschien der 4. Bd. seiner Memoiren in Form von Tagebuchaufzeichnungen. Diese beginnen mit dem 27.3.1994 und enden mit dem 29.7.1997. Enthalten sind zudem die Trauerreden seiner Söhne Peter und Thomas sowie die umfangreiche Bibliographie seiner Schriften von 1994–1997 (S. 225–255). Zu bedau-



ern ist, daß ein Personenregister fehlt. Hierin ist der Verlag hinter dem vorletzten Titel "Freunde und gute Bekannte", erschienen bei Schwarzkopf & Schwarzkopf, zurückgeblieben. Es wäre wünschenswert, es bei einer 2. Auflage – vielleicht sogar für alle 4 Memoiren-Bände – nachzuliefern.

Nach den Worten seines Sohnes Thomas blieb K. das nicht nur in seiner Sicht "größte persönliche Unglück" erspart: "Nicht mehr geistig produktiv arbeiten zu können". Zugleich widerfähre ihm "das in seinen Augen größte Glück ... – über den biologischen Tod hinaus nützlich zu sein". (S. 217)

In den Aufzeichnungen erfährt man wieder seine Meinung über viele Personen, Ereignisse und Entwicklungen. Einige Grundgedanken, die er schon seit Jahren vertritt, begegnen dem Leser – gleich der ständigen Wendung des römischen Politikers Cato, Karthago müsse vernichtet werden – immer wieder. Das gilt vor allem für die Alternative "Sozialismus oder Barbarei", die ihm Kautsky 1920 als eine mündliche Äußerung von Marx übermittelt habe sowie für seine daran anknüpfende Feststellung, daß sich "die Zahl der Elemente der Barbarei im niedergehenden Kapitalismus der neunziger Jahre ... erhöhen". (S. 209) Er sieht sie vor allem darin, daß "ein zunehmender Teil der Bevölkerung unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktion überflüssig" und damit arbeitslos wird. (S. 92) Auch die PDS, deren Rat der Alte K. angehörte, ist ein häufiges Thema, wobei er sehr kritische sowie auch originelle Meinungen vertritt. So gilt ihm Bisky als "Chefstrategie" und Gysi als "glanzvoller Cheftaktiker". (S. 85) Er bedauert aber, daß es in der PDS keinen gebe, "der strategisch nur halb so begabt wäre wie Gysi für Taktik!". (S. 118) Offensichtlich fühlt er sich Uwe-Jens Heuer und Sarah Wagenknecht besonders verbunden. Ähnliches gilt für die DKP und deren Organ UZ, das auch einen seiner Artikel veröffentlichte, den das ND nicht bringen wollte. Unter journalistischen Gesichtspunkten empfindet er mit Bedauern das "Neue Deutschland" als langweilig, die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" dagegen als

sehr interessant. Würdigend-kritisch ist die Stellungnahme zum Buche Goldhagens. Desseins Einschätzung des deutschen Antisemitismus sei ab 1936 "völlig richtig", da erst seit dieser Zeit "der größte Teil der Bevölkerung Deutschlands hinter der Hitlerregierung" gestanden habe. Er lasse aber außer Acht, daß z. B. "in der Weimarer Republik die scharfe Einstellung" der KPD und SPD "gegen jeden Antisemitismus" die Haltung großer Massen der Bevölkerung beeinflusste. (S. 155) Daß er in der "Geschichte des Alltags des deutschen Volkes" nicht auf den Holocaust eingegangen war, was ihm zu seiner Bestürzung erst 1991 bewußt geworden sei, erklärt er auch daraus, "daß es in der KPD keinen, absolut keinen Antisemitismus gab". (S. 137) Das gelte auch für die "SED-Führung". (S. 138) Kenner seiner Schriften haben sich längst daran gewöhnt, daß er ausreichend positive aber auch negative Meinungen über sich selbst sowie den Inhalt von Artikeln wiedergibt, die er – nun vor allem in der "Jungen Welt" – veröffentlicht hatte.

In so mancher Frage könnte man mit K. streiten. Doch damit entspreche man dem Herzenswunsch des Ur dialektikers. Man kann nicht so recht glauben, daß er nicht mehr lebt und pro Jahr mit einem Buch und zahlreichen Artikeln sowie Vorträgen seine Leser und Hörer überrascht, bewegt, ihnen Mut macht und auch zum Widerspruch herausfordert. Auf jeden Fall lebt und wirkt er durch sein monumentales Werk und seine produktive Herausforderung weiter unter uns. Inzwischen hat der "Treue Rebell" auf der Bestsellerliste des ND (26.2.98) wiederum einen Platz besetzt.

Werner Berthold

### Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch

Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit Christine Krauss und Detlef Nakath (Gesamtredaktion). Dietz Verlag, Berlin 1997, XX und 1227 S.

Zu dem Buch haben drei Autorinnen und 23 Autoren beigetragen. Es sind meist Ostdeutsche, und überwiegend Historiker. Der Band ist in acht Teile gegliedert. Erstens bis drittens sind es Darstellungen zu Geschichte, Organisation und Politik der SED, viertens ein Glossar zur Erläuterung von Begriffen, fünftens über 300 Seiten ausgewählter Dokumente und Dokumentenauszüge, sechstens ein ebenfalls umfangreicher Teil über Führungsstrukturen und Kader, siebentens eine Zeittafel und achtens der Anhang mit Archivübersicht, Auswahlbibliographie und Autorenverzeichnis. Der Handbuchcharakter hat zu Überschneidungen und Doppelungen geführt. Das ist nach Lage der Dinge so unvermeidlich wie das Faktum, daß die Verfasser zuweilen unterschiedliche Urteile zum Gegenstand abgeben. Eine populärwissenschaftliche Darstellungweise erleichtert das Lesen.

Der ebenso angemäßen wie tatsächlich ausgeübten Dominanz der SED-Führung im Staate wegen ist die Parteigeschichte zugleich eine Geschichte der DDR. Vereinfacht und bei gleichzeitiger Berücksichtigung positiver Aspekte, die einige Autoren vernachlässigt haben, stellt sich die Sache so dar: Trotz teilweiser sowjetischer Besatzerwillkür wurden in der ersten Phase durch Bodenreform, Schulreform usw. notwendige Entwicklungen nachgeholt, auch Altschulden der unvollendet gebliebenen bürgerlichen Revolution abgetragen. Die Enteignung in Kriegsverbrechen verwickelter Konzernherren, eine gründliche Entnazifizierung, Maßnahmen zur Gleichstellung der Frau und Einrichtungen wie die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten hätten ganz Deutschland gut angestanden. Mit dem 1948 auf sowjetische Weisung eingeleiteten Kurs auf Stalinisierung erst der führenden Partei, dann der Gesellschaft, der mit beginnendem Aufbau vermeintlicher "Grundlagen des Sozialismus" 1952 z. T. noch verschärft wurde, setzte ein rapider Abbau inner- und außerparteilicher Demokratie ein. Ziel der Führung war ein durch immer mehr Sicherungskräfte verstärktes System zur fort-dauernd garantierten Herrschaft der SED-Politikbürokratie. Das System sollte gleichzeitig pro-

duktiv und technisch effektiv sein, was unter den skizzierten Bedingungen ebenso wie dauernde freiwillige Unterstützung des Volkes für "Partei und Regierung" illusorisch war. Äußere und innere Einflüsse auf das System, so Entstalinisierungsbemühungen in der Sowjetunion, Einwirkungen des westlichen und vor allem westdeutschen Imperialismus, der 17. Juni und die Abwehrhaltung der Arbeiterklasse neuen Belastungen gegenüber, kurzzeitiges technokratisches Reformstreben von Spitzenpolitikern wie Walter Ulbricht und das Nebeneinander unterschiedlich agierender Apparaturstrukturen verhinderten auch im Bereich der SED ein totalitär durchorganisiertes Gemeinwesen. Charakteristisch war der Wechsel von Entwicklungsaufschwüngen und Rückschlägen. Unterdrückungsmaßnahmen, die weitgehende Unterbindung politischer Kommunikation zwischen Bürger und Parteigenossen und die bürokratische Liquidierung der Reformansätze "von oben" waren aber insofern erfolgreich, als sie die DDR unterminierten und dem Volke den "Realsozialismus" so gründlich austrieben, daß im Ernstfall niemand bereit war, ihn zu verteidigen.

Dies ist in etwa das Bild, das die ersten drei Buchteile im wesentlichen vom historischen Ablauf vermitteln, wobei aber keineswegs alle Autoren dieser Meinung sind. Auf Einzelkritik an manchen Einschätzungen von Autoren wie Norbert Podewin, Andreas Malycha, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan oder Gero Neugebauer muß hier aus Platzgründen verzichtet werden. Insgesamt aber sind auch die ersten Teile des Buches eine beachtliche wissenschaftliche Leistung, die zugleich implizite den Sinn der von der SED-Spitze verhängten Informationsblockade über Vorgänge in der eigenen Partei enthüllt. Wären uns die ganzen negativen Züge der SED-Entwicklung und die Kabalen maßgeblicher Führer derart genau bekannt gewesen, hätte uns das veranlassen können, die Führung rechtzeitig zu stürzen und der DDR den Weg zum Sozialismus zu öffnen.

Erwähnenswert an diesen Teilen des Buches ist auch ihre Ausbaufähigkeit. Zwar wer-

den neben Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik u. a. die Sozial-, Gesundheits-, Kultur-, Bildungs-, Wissenschafts-, Frauen- und Kirchenpolitik der SED und deren Verhältnis zur Staatssicherheit durch eigenständige Beiträge gewürdigt. Es fehlt aber Entsprechendes zur Medienpolitik, zur Parteigeschichtsschreibung und zum DDR-Antifaschismus.

Unter den ausgewählten Dokumenten finden sich diverse selbstentlarvende Stücke, so die Glückwünsche der SED-Spitze zu Stalins 70. Geburtstag 1949 und der Beschluß der II. Parteikonferenz vom Juli 1952, in dem nicht nur die Verschärfung des Klassenkampfes für unvermeidlich erklärt, sondern auch unverhohlen der "Sturz des Bonner Vasallenregimes" als Voraussetzung deutscher Einheit propagiert wurde. (S. 588f.) In der ZK-Erklärung zum Mauerbau vom 4.10.1961 hieß es, die SED werde führende Partei in ganz Deutschland, Ulbricht der Führer der deutschen Arbeiterklasse sein. (S. 660) Das Schlußwort desselben Mannes während der ZK-Tagung im Dezember 1970, dessen Abdruck das Politbüro verbot, fehlt leider auch hier.

In Glossar, Zeittafel und Anhang sind die Verfasser, von Detailfehlern abgesehen, mit Erfolg um eine akribische Darstellung bemüht. Noch mehr gilt das für den von Herbst vorgelegten Buchteil über Führungsstrukturen und Führungskader, darunter die fast 1500 Kurzbiographien solcher Kader. Die Fülle der Angaben ist beinahe überwältigend. Dennoch kann auch hier wieder Ausbaufähigkeit demonstriert werden. Es fehlen z. B. Daten über das Mitglied der zeitweise gemeinsamen SED- und KPD-Spitze Willi Boepfle, das später den Weg zur IV. Internationale fand, Daten über Generalstaatsanwalt Ernst Melsheimer, den kommunistischen Widerstandskämpfer und zeitweiligen Rundfunkintendanten Willi Perk, den 2. Vorsitzenden der IG Nahrung/Genuß/Gaststätten Alfred Schmidt (einst KPDO), der wegen seiner gegen Teile der Besatzungspolitik gerichteten Tätigkeit von Sowjetorganen prozessiert wurde, und das prominente Mitglied des Zentralkomitees Sepp Schwab. Die Notiz über die Westabteilung beim ZK-

Apparat ist unpräzise. Einesteils wird diese Abteilung von vornherein mit dem unter Hermann Matern agierenden, u. a. für Verbindungen zur KPD zuständigen Büro in einen Topf geworfen, das ihr erst nach Materns Tod angegliedert wurde. Anderenteils war sie nicht nur für Parteiverbindungen zuständig, sondern beispielsweise auch für den Stuttgarter Absproch 1970/72. Ihr Tun war durch ein hohes Maß an Defensivität gegenüber der Deutschen Bank und deren Chef gekennzeichnet, was wesentlich zum politisch negativen Prozeßausgang beitrug.

Bei allen wissenschaftlichen Verdiensten Herbsts ist zu bemängeln, daß das formelle Bekenntnis der SED-Führung zum demokratischen Zentralismus mit diesem selbst gleichgesetzt wird. (S. 517) Was sie und die anderen Spitzen postalinistischer Parteien praktizierten, war tatsächlich meilenweit von Lenins Vorstellungen entfernt, die neben straffer Führung "von oben" und Einhaltung der gefaßten Beschlüsse die stetige Kontrolle der Partei "von unten" vorsahen.

*Manfred Behrend*

### **Hans-Hermann Hertle/Gerd Rüdiger Stephan (Hg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees**

Mit einem Vorwort von Peter Steinbach, Ch. Links Verlag, Berlin 1997, 500 S.

Im Vorwort widmet sich der Leiter der Forschungsstelle Diktatur und Demokratie an der Freien Universität Berlin, Steinbach, dem Thema "Deutsche Systemumbrüche im 20. Jahrhundert". Sein Text ist unkonkret und z. T. fehlerhaft; so läßt er die "Einparteiendiktatur der 'sozialistischen Volksdemokratie'" erst "am 3. Oktober 1990 durch den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes" enden (S. 15), nicht im November/Dezember 1989 durch den Sieg der außer- und innerparteilichen Opposition über das Krenz-Regime. Lobenswert ist demgegenüber die Leistung der Herausgeber. Mit den transkribierten Ton-

bandmitschnitten der letzten vier ZK-Tagungen veröffentlichen sie erstmals vollständige Protokolle dieses Gremiums. Ihr Kommentar stellt die Plenen in einen Zusammenhang mit dem generellen historischen Ablauf. Zudem arbeiten Hertle/Stephan die Funktionen von Zentralkomitee und Politbüro exakt heraus. Letzteres, formell ein Organ des ZK, maßte sich demnach als Reaktion auf die Gefährdung der Ulbricht-Diktatur und den 17. Juni bereits am 15.9.1953 die Kompetenz zu Grundsatzentscheidungen in allen wichtigen Fragen der Partei- und Staatspolitik an. (S. 27f.) Damit wurde nicht nur die Basis der SED, sondern auch ein Großteil ihrer Führung einschließlich Zentralkomitee zu Ausführenden. Der Weg zur Ein-Mann-Diktatur einerseits, zur Herrschaft einer neuen Baronsclique andererseits war frei. Ebenso wie die Lähmung von Parteispitze und Apparat durch zeitweiligen krankheitsbedingten Ausfall des Generalsekretärs Mitte 1989 war auch der Kollaps des scheinbar so festgefühten Regimes vorprogrammiert.

Von der 7. ZK-Tagung im Dezember 1988 ausgehend, auf der Honecker in Abgrenzung zur Sowjetunion den "Sozialismus in den Farben der DDR" als Ziel ausrief, konstatierten Hertle und Stephan eine Reihe grundlegender irrationaler Tatbestände: Zu Honeckers Vertrauen in eine Mauer, die noch 50 oder 100 Jahre bestehen könne, kam seine generelle Ignoranz den Realitäten gegenüber. Beispielsweise erklärte er das "gute Ergebnis" der gefälschten Kommunalwahl vom 7.5.1989 als "von historischer Bedeutung für die weitere Entwicklung der DDR und eine Abfuhr für alle Gegner". (S. 45) Aus dem Krankenbett zurück, suchte er die ernster gewordene Lage erneut allein auf äußere Einflüsse zurückzuführen und verlangte, notfalls "mit Macht" zu reagieren. (S. 49f.) Gegenspieler im Politbüro veranlaßten ihn dazu, den Plan zum Marsch eines Panzerregiments durch Leipzig fallen und den Einsatz von Schußwaffen gegen Demonstranten verbieten zu lassen. Im Politbüro stellte sich sogar Mielke gegen ihn, da man nicht "mit Panzern... schießen" könne. (S. 53) Die Mehrheit erzwang den Sturz des Gene-

ralsekretärs. Ergebnis des 9. ZK-Plenums am 18.10.1989, dessen Protokoll hier als erstes abgedruckt ist, waren Honeckers "freiwilliger" Rücktritt, seine Ersetzung durch Egon Krenz und die Abberufung der ZK-Sekretäre Mittag und Herrmann.

Die Zunahme der Demonstrationen im Lande und das Erwachen der SED-Basis aus langem Tiefschlaf offenbarten, daß eine bloße Palastrevolution nicht ausreichte. Das Protokoll der 10. Tagung des ZK vom 8. bis 10.11. 1989 als Kernstück des Buches erweist die Hilflosigkeit der Führung und ihre gleichzeitige Entschlossenheit, den Weg nach vorn möglichst zu verbauen. Hilflosigkeit äußerte sich z. B. in der Personaldebatte. Diese war dem Faktum geschuldet, daß nicht nur generell Funktionäre gestürzt, sondern auch eben zu Politbüromitgliedern Gewählte von den Bezirken unverzüglich zur Demission veranlaßt wurden. Die Entschlossenheit, Fortschritte zu verhindern, erhellt der Widerstand gegen alle Aussagen während des Plenums, die als Ansatzpunkte zur Lageanalyse geeignet gewesen wären. Mit Passagen im Krenz-Referat sowie den Ausführungen Günter Ehrenspergers, Gerhard Schürers und Werner Jarowskys gehörte dazu alles, was über die zunehmende DDR-Verschuldung, die Vernachlässigung der Industrieentwicklung und das kostspielige Prestigeprojekt Mikroelektronik gesagt wurde. Die Kritiker gingen davon aus, daß "wir über unsere Verhältnisse gelebt" hätten und daher der Lebensstandard der Massen lange Zeit niedrig gehalten werden müsse, was allerdings politisch nicht machbar sei. Sie dachten nicht an Sparmaßnahmen durch Abbau kräftezehrender Apparate.

Ebenfalls zur Analyse tauglich waren Hinweise Hermann Kants auf das brutale Vorgehen von Angehörigen der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten im Oktober 1989 und Aussagen Günter Schabowskis zur Medienpolitik, in denen er auch eigene vorangegangene Klagerufe über aufmüpfig gewordene Fernseh-, Radio- und Presseorgane mit der Feststellung konterte, man dürfe "die Journalisten niemals wieder in die Lage von politischen

Wickelkindern bringen, die sich nur rühren, wenn ihnen das Anleite-Fläschchen gereicht wird. Die fatalen Folgen waren außer einem Schönfärb-Journalismus auch ein Abwarte-Journalismus, der den Medien der gegnerischen Seite... die Beherrschung des politischen Luft- raumes überließ." (S. 409) Genauso wie die kritischen Äußerungen zur Wirtschaftslage wurden auch diese der Öffentlichkeit vorenthalten. Dem Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Otto Reinhold, erging es gleichermaßen, als er die entstandene Gesamtsituation für äußerst kritisch befand. Er wiederholte seine Prophezeiung vom August 1989, ohne Sozialismus in der DDR werde es auf Dauer keine zwei deutschen Staaten geben. (S. 71) Der Gedanke entstammte ursprünglich einer US-amerikanischen Zeitung.

Dem Zentralkomitee vorenthalten hatte Egon Krenz seine Schlußfolgerungen aus einer Mitteilung Gorbatschows, die Sowjetunion könne der DDR wirtschaftlich nicht helfen. Demnach sollte nun voll auf Kooperation mit der Bundesrepublik gesetzt werden. Krenz verschwieg dem Gremium auch einen Vorschlag Alexander Schalcks, Schürers und anderer SED-Wirtschaftsführer, der BRD gegen Kredite die Mauer zu verkaufen. (S. 64f.) Was die Parteiführung am 9.11.1989 zur Entlastung ihrer bedrohten Position dann tatsächlich praktizierte – eine Maueröffnung ohne jede Gegenleistung – war noch hundertmal schlimmer. Letztlich versetzte es der DDR den Todesstoß.

Aus Protokollen und Kommentar ist ersichtlich, daß der Zusammenbruch von Partei und Staat wesentlich ein Eigenprodukt ihrer Führer war, das die Basis durch Stillhalte-"Disziplin" ermöglichte. Um den Kollaps herbeizuführen, brauchte es weder eine geheimnisumwitterte KGB-Spezialtruppe noch speziellen Druck aus dem Westen. Allerdings hat dieser die entstandene Situation für sich ausgenutzt.

Während der 10. Tagung ließen sich ZK-Mitglieder zur eigenen Reinwaschung darüber aus, daß sie die Wirtschaftsmisere nicht zu verantworten hätten und damit überhaupt

unschuldig seien. Man habe auch sie "betrogen und verraten". (S. 366 und 433) Darauf, daß neben der Wirtschafts- und Sozialpolitik andere politische Vorgänge den Niedergang bewirkt hatten, kamen sie nicht.

Welch relativ große Wirkung Protestaktionen der Parteibasis auf das Zentralkomitee ausübten, so die erste Manifestation am 8.11.1989 vor dem ZK-Gebäude, verdeutlicht das Protokoll. Die Herausgeber haben die Fernsehsendung über diese Manifestation leider nicht transkribiert. An den folgenden Tagen verstärkte sich der Druck von unten in der SED. Sein wichtigster Auslöser war der ZK-Beschluß, zwecks Bereinigung der Lage lediglich eine Parteikonferenz einzuberufen, nicht aber einen Parteitag, der als einziger imstande war, das ganze Zentralkomitee abzulösen. Aus Furcht, die rebellierende Basis könnte von sich aus einen Kongreß herbeiführen, gestand das ZK jedoch auf seinem 11. Plenum am 13.11.1989 widerwillig den Parteitag zu. Sein Protokoll enthält Jeremiaden darüber, daß man sich des gesteigerten Drucks von innen und außen wegen wie "in der mittelalterlichen Inquisition" vorkäme. (S. 447) Erste Ergebnisse eines Untersuchungsausschusses der Volkskammer über Korruption und Machtmißbrauch heizten die Stimmung gegen die Politbürokratie weiter an. Die SED-Grundorganisation bei Bergmann-Borsig empfahl, den Sumpf noch vor Parteitagsbeginn trocken-zulegen. Die von Genossen aus Berliner Betrieben und der Universität gebildete "Plattform WF" verlangte, Führung und Apparat das Vertrauen zu entziehen und die Partei kompromißlos zu erneuern.

Unter dem Eindruck dieser und gleichartiger Forderungen der neugewählten Ersten Bezirkssekretäre, aber auch weiterer Demonstrationen vor dem ZK-Gebäude kapituliert das Zentralkomitee. In seiner 12. und letzten Tagung am 3.12.1989, die mit Informationen über die Flucht des Devisenbeschaffers Schalck nach Westen begann, nahm es den Rücktritt des Politbüros zur Kenntnis, schloß 16 Mitglieder aus den eigenen Reihen und – beginnend mit Honecker, Mielke und Schalck – zwölf von ihnen gleichzeitig aus der Partei aus und

erklärte dann die eigene Demission. Ein Arbeitsausschuß aus Reformern übernahm die Parteitagsvorbereitung. Daß die Ausgeschlossenen nicht angehört wurden, war statutenwidrig. Ebenso, daß sie sich entgegen Hunderttausenden von GenossInnen zuvor nicht vor der Parteibasis für ihre Taten verantworten mußten. Mit diesen und weiteren, z. T. schwerwiegenden Hypothesen beladen, machte sich die SED beim Sonderparteitag im Dezember 1989 auf den Weg, um in einem mühevollen, bis heute nicht voll abgeschlossenen Prozeß zur Partei des Demokratischen Sozialismus zu werden.

*Manfred Behrend*

**Artur Meier/Jörg Müller: Die letzte Generation? Jugend und Familie auf dem Lande in Ostdeutschland und in den USA. Ein empirischer Vergleich während der Agrarrevolution**

trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1997, 224 S.

Den ländlichen Regionen geht der Nachwuchs aus, so das Fazit einer kooperativen Untersuchung über ländliche Familien und Statuspassagen Jugendlicher in (Nord-) Ostdeutschland und in Iowa (USA).

Sowohl in Ostdeutschland als auch in Iowa vollzieht sich derzeit ein sozialökonomischer Wandel, dessen Auswirkungen besonders drastisch in der Landwirtschaft zum Ausdruck kommen. In den 80er Jahren setzte im US-Bundesstaat Iowa eine Agrarkrise ein, die tiefgreifende soziale Veränderungen in diesem zuvor führenden Agrarstaat bewirkte. Die Auswirkungen dieser langanhaltenden Krise auf die Lebensweise und Lebensplanung der Bewohner Iowas untersuchten Glen H. Elder, Rand D. Conger u. a. in der Longitudinalstudie "Iowa Youth and Family Study". Eine ähnlich dramatische makrostrukturelle Veränderung wie in Iowa ist auch in der ostdeutschen Landwirtschaft zu verzeichnen. Hier allerdings als Resultat eines radikalen und rasanten

Übergangs in eine neue Gesellschaftsform, der die Agrarregionen Ostdeutschlands besonders hart traf. Artur Meier, Jörg Müller u. a. haben die Folgen des sozialen Wandels in Hinsicht auf die innerfamilialen Beziehungen sowie auf die Bildung und Erwerbsplanung der jungen Generation untersucht. Um die Vergleichbarkeit mit der Untersuchung in Iowa zu sichern, wurde das Forschungsdesign dem der amerikanischen Kollegen angeglichen. Den theoretischen Hintergrund der Untersuchung bildet zum einen die in amerikanischer Tradition stehende life course Forschung, zum anderen die Lebenslaufforschung in ostdeutscher Tradition.

Als Untersuchungsgebiete in Ostdeutschland wurden zwei Regionen ausgewählt, die bislang ebenso wie die Iowa-Counties durch die Landwirtschaft geprägt waren – der Landkreis Grevesmühlen in Mecklenburg-Vorpommern und Osterburg in Sachsen-Anhalt. Zudem gab es in beiden Regionen bereits 1979 eine Untersuchung unter dem Aspekt Familie und Jugend auf dem Lande. Somit war die Grundlage für einen historischen und interkulturellen Vergleich mit den Ergebnissen der amerikanischen Forscher gegeben. Das Sample in den Ostdeutschen Untersuchungsgebieten umfaßt im Kern 200 interviewte Familien mit je einem jugendlichen Schulabgänger und wurde um 655 Schulabsolventen erweitert.

Vom mit den gesellschaftlichen Veränderungen seit 1989 einhergehenden Abbau von Arbeitsplätzen sind die beiden ostdeutschen Untersuchungsregionen besonders stark betroffen. Die Arbeitslosenquote lag 1995, zum Zeitpunkt der Untersuchung, in Grevesmühlen schon bei etwa 14 Prozent, in Osterburg gar bei 20 Prozent. In der Landwirtschaft blieb nur jeder 6. Arbeitsplatz (Mecklenburg-Vorpommern) bzw. jeder 5. Arbeitsplatz (Sachsen-Anhalt) erhalten. Verbunden mit dem massenhaften Wegfall von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft ist auch ein drastischer Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in außerlandwirtschaftlichen Bereichen (Dienstleistungen, Handel, Verkehr). Während in Ostdeutschland die Zahl der Erwerbstätigen in den ländlichen Regionen im Vergleich zu

1989 deutlich abnahm, konnte in Iowa seit 1985 ein stetiges Ansteigen der Erwerbstätigkeit verzeichnet werden. Die Arbeitslosenquote liegt hier unter 5 Prozent. Dessenungeachtet ist sowohl in Iowa als auch in Ostdeutschland eine tiefgreifende, ja revolutionäre Veränderung der landwirtschaftlichen Produktions-sphäre zu verzeichnen.

Der soziale Wandel und der damit verbundene Übergang zur Marktwirtschaft in Ostdeutschland führte fast ausnahmslos zum Zusammenbruch der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, den größten Arbeitgebern auf dem Lande. Der Übergang zur Einzelbauernwirtschaft gelang nur wenigen bislang in der Landwirtschaft Beschäftigten und auch sie haben meist bald darauf mit anderen gemeinsam kollektive Wirtschaftsformen eingegründet. Ein neuer großer Arbeitgeber sind sie deshalb jedoch nicht. Auch in Iowa führte die Agrarkrise zum einen zum massenhaften Sterben kleinerer Farmen, wohingegen große Farmen expandierten, ohne jedoch nennenswert Arbeitsplätze zu schaffen.

In Ostdeutschland wie in Iowa wird die Lebensplanung der jungen Generation durch den Strukturwandel in der Agrarwirtschaft nachhaltig beeinflusst. Seit Generationen war die Lebensweise der Bewohner von Iowa durch die Farmwirtschaft geprägt. Die kleinen, meist Familienunternehmen wurden von Generation zu Generation vererbt. Der Bankrott der meisten kleinen Farmen jedoch zwingt die junge Generation, das typische Lebensmuster eines Farmers aufzugeben und nach einer Erwerbsperspektive in urbanen Regionen zu suchen. Bei den dort vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten handelt es sich jedoch überwiegend um minderbezahlte Jobs auf dem unteren Qualifikationsniveau. Es sind hauptsächlich Tätigkeiten als an- und ungelernete Arbeitskräfte im Dienstleistungsbereich, über die sich die junge Generation vom Lande ihren Unterhalt verdient. Echte Berufsperspektiven sind hier kaum gegeben. Verbunden mit der Jobsuche in den städtischen Regionen ist zumeist eine starke Veränderung, wenn nicht gar die Aufgabe lang tradierten Lebensweisen.

Was sich seit den 80er Jahren in den Agrarregionen der USA vollzieht, kann wohl mir einiger Berechtigung als eine moderne Form des Bauernlegens bezeichnet werden.

Die Lebensplanung der ostdeutschen Jugendlichen ist weniger eng an die Landwirtschaft gebunden. Traditionelle Einzelbauernwirtschaften bzw. Farmwirtschaften existieren nicht. Ihre Lebensweise dürfte eher eine ländliche denn eine bäuerliche sein. Dennoch beeinflusst die Umstrukturierung der Landwirtschaft, die ja nur ein Bestandteil einer gesamtgesellschaftlichen Umstrukturierung ist, ihre Erwerbsperspektiven erheblich. Auch wenn bereits seit den 70er Jahren in Ostdeutschland eine Wanderungsbewegung der Jugend vom Land in die Stadt zu verzeichnen ist, so haben sich die Beweggründe dafür mit dem sozialen Wandel radikal verändert. Waren es vor 1989 vor allem das geringe soziale Prestige eines Berufes in der Landwirtschaft und die wenig entwickelte Infrastruktur auf dem Lande, die die Jugendlichen zur Binnenmigration in urbane Regionen bewogen, so ist es heute die auf dem Lande nahezu vollkommen fehlende Erwerbsperspektive, die den Hauptgrund für die Entscheidung zur Abwanderung darstellt. Doch die ostdeutschen Jugendlichen stehen einem allumfassenden Strukturwandel gegenüber, dem durch Binnenmigration nicht auszuweichen ist. Ihre Erwerbsperspektive bleibt auch in urbanen Regionen unsicher und mit Risiken behaftet. Ein linearer Übergang von der Schulbildung über die Berufsausbildung in die Arbeitswelt wird für sie immer unwahrscheinlicher. Für eine steigende Anzahl von Jugendlichen gestaltet sich bereits die Berufseinmündung sehr schwierig. Durch sogenannte Warteschleifen – verlängerter Schulbesuch, berufsvorbereitendes Jahr etc. – verzögert sich für viele von ihnen der Beginn ihrer Erwerbsbiographie. Doch auch nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung ist für eine stetig wachsende Anzahl von Jugendlichen kein übergangsloser Einstieg in die Erwerbsarbeit möglich. Durch verschiedene sozialstaatliche Maßnahmen, beispielsweise Trainingskurse zur Berufsfindung, aber auch

durch finanzielle Unterstützungsleistungen, werden die sozialen Folgen der verzögerten Berufseinstellung abgedeckt. Unübersehbar ist jedoch, daß nun auch in Deutschland, wie in vielen anderen westeuropäischen Staaten bereits seit längerer Zeit, die Jugendarbeitslosigkeit im Wachsen begriffen ist.

*Jacqueline Hennig*

**Jan Emendörfer: Verfemt. Mein Vater Max Emendörfer**

Frankfurter Oder Editionen, Frankfurt/Oder 1997, 263 S.

Vor mehr als fünfundzwanzig Jahren erschienen im Militärverlag der DDR Erinnerungen Max Emendörfers, die abrupt mit dem 9. Mai 1945 endeten. Über den weiteren Lebensweg dieses deutschen Kommunisten und eines der Vizepräsidenten des Nationalkomitees "Freies Deutschland" wurde dem Leser nichts mitgeteilt. Es sollte nicht bekanntgemacht werden, daß Emendörfer, der als junger Mann mehrere Jahre in Konzentrationslagern der Nazis eingesperrt war, im reifen Mannesalter reichlich zehn Jahre durch Stalins Gulag geschleppt worden ist. Dem neugierigen Leser wurde damals mitgeteilt, Max Emendörfer sei von 1945 bis 1956 an verschiedenen Stellen in der Sowjetunion tätig gewesen. Doch nicht erst mit dem vorliegenden Buch erfahren ehemalige Kampfgefährten und interessierte Öffentlichkeit vom Schicksal Emendörfers. Bereits 1994 hat Ronald Sassning relativ ausführlich in der BzG 3/94 darüber informiert. Leider wird weder dieser Beitrag noch andere neuere Publikationen zum NKFD herangezogen und manche von Sassning oder auch von Graf von Einsiedel aufgeworfene Fragen bleiben unbeantwortet.

Was die "Erinnerungen" betrifft, fehlte nicht nur ein ganzer Lebensabschnitt, auch der veröffentlichte Teil entsprach nicht den Intentionen des Autors. In einem fast zehnjährigen Prozedere, einem ständigen Hin und Her zwischen Autor und Verlag wurden sie schließ-

lich vom Lektor des Militärverlages so zu rechtgestutzt, ideologisch überhöht und verbogen, daß sie die offizielle SED-Geschichtsschreibung über antifaschistischen Widerstand der KPD und über das NKFD eingepaßt werden konnten. Völlig zurecht schreibt Jan Emendörfer im Schlußteil seines Buches: "Was der Verlag erwartete, waren nicht die tatsächlichen Erinnerungen eines Proletariers, sondern einen mit pseudoproletarischer Feder kaschiereten Abklatsch der 'Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung', so wie sie in der DDR geschrieben worden ist." (S. 243) Die Belege dafür werden an Hand des Schriftwechsels mit dem Verlag dargeboten.

Jan Emendörfers Verdienst besteht folglich nicht nur darin, den ganzen Lebensweg seines Vaters nachgezeichnet zu haben, er hat auch die Einstellungen in den sogenannten "Erinnerungen" weitgehend beseitigt. Gestützt auf den schriftlichen Nachlaß von Max Emendörfer, darunter das ursprünglich von ihm verfaßte Buchmanuskript sowie auf Lebensläufe, Briefe und Dokumente zeichnet er ein insgesamt beeindruckendes Bild eines von Niederlagen, Rückschlägen und Enttäuschungen begleiteten Lebens eines Kommunisten, der sich trotz oftmaliger Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit nicht wie manch andere selbst aufgab.

Max Emendörfer mußte erkennen, daß mit handgreiflichen Auseinandersetzungen, an denen er selbst auch beteiligt war, der braunen Woge der Nazis nicht Einhalt geboten werden konnte. Doch im Unterschied zu anderen, die rasch die Fronten wechselten, setzte er seinen Kampf gegen das NS-Regime illegal fort, wurde deswegen verfolgt und in Konzentrationslager gesperrt. Dem Drängen der Gestapo, Spitzeldienste zu leisten, entkam er durch Freiwilligenmeldung zur Wehrmacht. An der Ostfront im Raum Leningrad desertierte er bei der ersten Gelegenheit und trat auf die Seite der Roten Armee über. Auch dieser Schritt war seinerseits mit viel Illusionen verbunden. Während er gehofft hatte, man werde ihn mit offenen Armen empfangen, begegnete man ihm natürlicherweise mit Miß-



trauen. Er wurde zunächst wie jeder gewöhnliche Kriegsgefangene behandelt. Der Leser erfährt an diesem Beispiel, wie schwierig es für einen Überläufer war, seine antifaschistische Gesinnung den zuständigen sowjetischen Offizieren gegenüber glaubhaft zu machen. Etwa ein Jahr sollte vergehen, ehe Emendörfer, seinen Vorstellungen entsprechend, für die Beendigung des Krieges durch eigenen Fronteinsatz in den Reihen der Roten Armee eintreten konnte. Mitgliedschaft der KPD, Besuch der Antifa-Schule und eigener Fronteinsatz prädestinierten ihn schließlich, an der Gründungskonferenz des Nationalkomitees "Freies Deutschland" teilzunehmen und nach Gründung des Bundes Deutscher Offizieren als einer der Vizepräsidenten des NKFD inmitten von Generälen und anderen hohen Offizieren die einfachen Soldaten zu repräsentieren.

Im Zusammenhang mit dem NKFD ist zwar gegenüber Max Emendörfers "Erinnerungen" die Darstellung der unmittelbaren Vorgeschichte seiner Gründung absolut neu, nicht jedoch im Vergleich zu neuerer Literatur. Erstmals werden im Wortlaut von Max Emendörfer handschriftlich aufgezeichnete Schilderungen Rudolf Herrstadts über das Zustandekommen des NKFD, die Ausarbeitung des Manifests, die "Auswahl" des Präsidenten und andere Begebenheiten publiziert (S. 139-148). Sie belegen eindeutig, daß die Gründung des Nationalkomitees auf Entscheidung der höchsten sowjetischen Führung hin erfolgte und die unmittelbare Vorbereitungsarbeit sich in deren Händen befand. Andere Unterlagen erhärten dieses Befund.

Die letzten Teile des Buches beschreiben den Leidensweg Max Emendörfers in sowjetischen Internierungslagern und in der Verbannung, sowie seine Rückkehr in die DDR und die halbherzige "Rehabilitierung", die ihm weder Genugtuung für an ihm begangenes Unrecht noch hinlängliche soziale Sicherheit und fürsorgliche Unterstützung für die Wiederherstellung der in langjähriger Lagerhaft ruinierten Gesundheit brachte. Es ist schwer vorstellbar, welche Gefühle Emendörfer bewegt haben mögen, als er sich – in sowjeti-

chem Gewahrsam – im "Schutzhaftlager" Sachsenhausen und damit in jenem KZ wiederfand, in das ihn bereits die Nazis eingesperrt hatten. Diesmal hatten ihn eine falsche oder zumindest nicht hinlänglich geprüfte Anschuldigung und vermutlich ein Zusammenspiel von Walter Ulbricht und NKWD zunächst in das Internierungslager Hohen Schönhausen und dann nach Sachsenhausen gebracht. Als er am "Lagertor den Sowjetsoldaten mit dem roten Stern am Käppi und dem Gewehr in der Hand stehen sah", war er "unfähig, einen klaren Gedanken zu fassen". "Hier begann für den Kommunisten Max Emendörfer eine Welt, seine Welt zusammenzubrechen" (S. 187).

Spätestens nach dieser Feststellung wird sich der aufmerksame Leser fragen, wie Emendörfer auf dem nun folgenden Leidensweg die Willkür und Schikanen zu überstehen vermochte, mit denen das NKWD seinen Gefangenen gegenübertrat. Es wäre gut, wenn bei einer überarbeiteten Neuauflage diese Probleme etwas vertieft werden könnten. Ansätze dazu sind vorhanden.

In Anbetracht der Willkür in den Lagern und Emendörfers eigener Hoffungslosigkeit, ist die Annahme der ihm mehrfach angetragenen Funktion eines "antifaschistischen Lagerleiters", mit der keinerlei persönliche Vorteile verbunden waren, wohl nicht, wie angenommen werden könnte, als ideologisch geleitete Handlung, sondern eher als Akt der Selbstbehauptung und Selbstverleugnung zu verstehen.

Was die Zeit nach Emendörfers Freilassung aus sowjetischer Verbannung betrifft, bleiben einige Fragen offen. So ist nicht hinlänglich geklärt, warum er als gebürtiger Frankfurter (Main), nach allem was ihm widerfahren war, in die DDR und nicht in die Bundesrepublik ging. Wenn in Besprechungen zu lesen ist, er sei bis an sein Lebensende seiner Gesinnung treu geblieben, wäre doch wohl zu fragen, welcher. Die Ideen des Nationalkomitees wurden nämlich in der DDR nicht verwirklicht, in der BRD natürlich auch nicht. Man würde gern mehr über die weltanschaulichen

Positionen Emendörfers erfahren, auch über sein Urteil zu stalinistischen Verbrechen und über sein mentales Verhältnis zur SED und ihrer Führung. Von Interesse wären in diesem Zusammenhang auch Informationen über die freundschaftlichen Beziehungen zu Rudolf Herrnstadt und dessen Familie.

Obwohl manche Wünsche offen bleiben, hat dennoch Jan Emendörfer mit der Schilderung des Lebensweges seines Vaters eine achtenswerte Leistung vollbracht und ein sehr nachdenklich stimmendes Buch vorgelegt, dem eine breite Leserschaft auch der jungen Generation und eine überarbeitete Neuauflage zu wünschen ist.

*Paul Heider*

**Oleg Dehl: Ot iljusii k tragedii. Njemezkiye emigranty v SSSR v 30-e gody (Von der Illusion zur Tragödie. Deutsche Emigranten in der UdSSR in den 30er Jahren)**

Moskau, Neues Leben, 1997, 147 S.

Dies ist die erste auf archivalische Quellen gestützte umfassende Forschungsarbeit über deutsche Facharbeiter und politische Emigranten in der UdSSR. Dehl erschloß bisher nicht zugängliche Archivbestände der Kommunistischen Internationale und ihr verbundener Organisationen wie der Gewerkschaftsinternationale, der MOPR (dem Gegenstück zur deutschen IAH); des Russischen Staatsarchivs sowie einiger regionaler Archive; der Archivbestände der Sowjetgewerkschaften und von wirtschaftsleitenden Behörden und auch Akten des NKWD. Genutzt hat der Autor weiterhin die in Moskau erscheinende Deutsche Zentral-Zeitung (DZZ) sowie Betriebszeitungen und einige, bei weitem nicht alle publizierten Erinnerungen von Zeitgenossen (z. B. Hugo Huppert).

Im 1. Kapitel analysiert Dehl die Einwanderung aus Deutschland in die UdSSR und die politische und soziale Situation der Immigranten im Spannungsfeld zwischen Deklaration von Grundrechten und Vertragsbestimmungen und der tatsächlichen Lage. Kapitel 2 ist vor

allem dem Zustrom deutscher Arbeiter und deren Beweggründen für die Übersiedlung in die UdSSR Ende der 20er – Anfang der 30er Jahre gewidmet. Das 3. Kapitel behandelt die politische Situation, aber auch die soziale Lage deutscher Facharbeiter und ihrer Familien sowie von politischen Emigranten in den 30er Jahren. An Hand der Weisungen der Führung der KPdSU und des NKWD sowie der Maßnahmen zu deren Verwirklichung wird die zunehmend restriktive Politik der Verfolgung, Ausgrenzung und Aburteilung des größten Teil sowohl der Facharbeiter als auch der politischen, überwiegend kommunistischen Emigranten untersucht. Den wesentlichen Schlußfolgerungen Dehls ist zuzustimmen: Die von hohen Erwartungen und von viel Enthusiasmus geprägte Entscheidung deutscher Berg-, Hütten- und Metallarbeiter sowie von Arbeitern anderer Berufsgruppen, ihr berufliches Erfahrungspotential den tiefgreifenden Veränderungen in der UdSSR zur Verfügung zu stellen, wurde von Anfang an nur mangelhaft genutzt.

Die soziale Lage der deutschen Arbeiterfamilien und die politische Situation der deutschen Immigranten in der UdSSR waren in der Regel wesentlich besser als die der sowjetischen Arbeiter, jedoch – bis auf Ausnahmen – unbefriedigend. Dadurch wurden vor allem die sozialen und politischen Visionen der deutschen Arbeiter ins Mark getroffen. Zahlreiche Arbeiterfamilien verließen enttäuscht die UdSSR bzw. wurden – vor allem in der zweiten Hälfte der 30er Jahre – ausgewiesen und dabei oftmals direkt an die Gestapo ausgeliefert. Bis auf einige wenige Funktionäre der KPD bzw. Komintern wurde auch die Mehrheit der politischen Emigranten, deren Einwanderung und "Behandlung" in der UdSSR ab 1933 immer schärferen "Auslese"-bestimmungen unterworfen war, politisch verfolgt, erschossen oder viele Jahre lang unter menschenunwürdigen Bedingungen in Lagern isoliert. Nachgewiesen wird, welche Funktionäre der KPD diese Politik der Repressionen mittrugen und sie zu rechtfertigen suchten. Dehl macht darüber hinaus sichtbar,

daß Überlebende, deutsche Facharbeiter sowie deren Familienangehörige und politische Emigranten, in ihrer Mehrheit, ungeachtet ihrer schmerz- und leidvollen Erfahrungen in der UdSSR, die meisten ihrer sowjetischen Mitbürger in guter Erinnerung behielten.

Im Anhang beigefügte Faksimiles und Fotos dokumentieren Lebensverhältnisse und v. a. die Repressionspolitik.

*Gerd Kaiser*

### **Suhler Zeitzeugnisse. 1933–1945**

Teil 1, Suhl 1997, 216 S.

Dies ist eine einmalige Forschungsarbeit. Sie entstand im Rahmen eines Schülerprojektes. Die ersten einhundert Exemplare des Bandes, mit dem sich 15 Schülerinnen und Schüler der 3. und der 6. Regelschule sowie des Herder- und des Fiedler-Gymnasiums zu Suhl als fähige Nachwuchswissenschaftler ausweisen, sind vergriffen. Gefördert von der Stadtverwaltung Suhl, insbesondere von Oberbürgermeister Dr. M. Kummer, unterstützt durch Hans Vieregg, einen Mitinitiator des Schülerprojektes, weitere uneigennützig Helfer und durch das Stadtarchiv sowie das Arbeitsamt, liegt erstmals eine umfassende Dokumentation (Projektleitung: Ulrike Jähnischen) zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandes in der Stadt Suhl und ihrem Umland vor.

Dokumentiert und differenziert analysiert werden vor allem der bereits vor 1933 geführte antifaschistische Widerstandskampf der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegen den Faschismus und die antisemitische Vernichtungspolitik gegen jüdische Mitbürger. Zeitzeugen, unter ihnen Nachfahren ermordeter Widerstandskämpfer, kommen zu Wort. Die z. T. faksimiliert wiedergegebenen Dokumente aus dem Stadtarchiv Suhl und dem Staatsarchiv zu Meinungen, darunter Todesurteile gegen Suhler Antifaschisten, bezeugen für die Zeit von 1933 bis 1945 die oftmals gemeinsame Arbeit von

Sozialdemokraten wie Guido und Karl Heym oder Rudolf Gerngroß und Kommunisten wie Adolf Anschütz, Wilhelm Hollandmoritz, Emil und Minna Recknagel gegen das Nazi-regime, die von ihm ausgehende Kriegsgefahr und den Krieg sowie die Vorbereitungen zum Sturz des faschistischen Regimes. Die illegale Arbeit durch Mundpropaganda, Verteilung illegaler Schriften, Flugblätter, solidarische Hilfe für Familien Verfolgter und Zwangsarbeiter, Rüstungsabotage, Diskussionen über das Deutschland nach dem Faschismus erfolgte u. a. in den Rüstungsbetrieben Simson, Sauer und Haenel sowie in antifaschistischen Gruppierungen wie der Regenberggemeinde, bei den Dombergwanderern oder durch die Friedberg-Gruppe.

Die Liste der Blutopfer aus Suhl und den umliegenden roten Walddörfern im antifaschistischen Widerstandskampf führt allein für die Kriegsjahre 31 Namen derer auf, die geköpft, hinterrücks erschossen und in Konzentrationslagern oder Zuchthäusern zu Tode gequält wurden.

Die antisemitische Staatspolitik und deren Umsetzung in Suhl und einigen umliegenden Gemeinden wird Schritt für Schritt bis zu den beiden letzten Deportationen jüdischer Mitbürger im Mai und September 1942 sichtbar gemacht. Bewegend die Briefe weniger Überlebender an Suhler Freunde, bewegend auch die Berichte von der Studienfahrt Suhler Schülerinnen und Schüler an die Gedenkstätten des KZ Auschwitz-Birkenau sowie nach Krakau. Die Jugendlichen legten mit wissenschaftlicher Sorgfalt und heißem Herzen die "tiefen Spuren" der Geschichte zwischen 1933 und 1945 in ihrer Heimat bloß. Inzwischen (1998) ist auch der zweite Band erschienen. Er ist dem Schicksal von mindestens 12 000 Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern aus nahezu allen okkupierten Ländern Europas während des zweiten Weltkrieges im Raum Suhl gewidmet.

Bestellungen für die beiden Bände sind an die Stadtverwaltung Suhl zu richten.

*Gerd Kaiser*

# Annotationen

## **Alexander Kochanski: Polska 1944 - 1991. Informator historyczny (Polen 1944-1991. Historisches Vademecum), Bd. I**

Podzial administracyjny. Wazniejsze akty prawne, decyzje i enuncjacje panstwowe, 1944 bis 1956 (Administrative Gliederung. Die wichtigsten Gesetze, staatlichen Entscheidungen und Verlautbarungen 1944 bis 1956), Wydawnictwo Sejmowe Warszawa 1996, 725 S.

Tatsachen über Tatsachen, nackt und unkommentiert, enthält der erste Band des auf vier Bände angelegten Projektes, in dem polnische Geschichte in flagranti ertappt und festgehalten wird. Chronologisch gereiht, dokumentiert der polnische Autor alle staatlichen Maßnahmen zwischen dem 21. Juli 1944 und 31. Dezember 1956. Das Buch ist weit mehr als eine Zeittafel oder politische Chronik der Regierungsarbeit in Polen, denn an Hand der ursprünglichen Gesetze, Verträge, Direktiven, Befehle, Rundschreiben, Protokolle usw. usf. wird nicht nur der Gang der Ereignisse eines Jahrzehnts in Innen- wie Außenpolitik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Kirchen festgehalten und damit sichtbar und überschaubar, sondern durch knappe Originalzitate wird auch die jeweilige regierungsoffizielle oder (sehr oft) -interne Absicht öffentlich gemacht. Kochanski will mit seinem monumentalem Vademecum sowohl Wissenschaffler als auch Politiker an die historischen Tatsachen binden und verhindern, daß diese in "angenehme" und "unangenehme" unterschieden werden, wobei die ersteren jeweils genutzt, die zweiten jeweils unberücksichtigt, unterdrückt oder umgangen werden.

K. weiß, daß die Früchte seiner jahrelangen Fleiß- und Sorgfaltsarbeit in polnischen Archiven (die teilweise erst seit der politischen

Wende zu Anfang der 90er Jahre der Forschung zugänglich sind) und Bibliotheken weder Monographien noch Quelleneditionen und auch nicht Chroniken ersetzen können. Sie sollen das auch nicht. Sie wollen ein unverzichtbares Nachschlagewerk für jeden sein, der historische Ereignisse verstehen und sie nicht verdrängen will.

Dem Nutzer hilft, daß zu jedem Band (Band zwei, der vor dem Abschluß steht, reicht von 1957 bis 1970 und der dritte Band von 1971 bis 1991) ein Namens- und Sachregister gehört, das im vorliegenden ersten Band knapp 100 Seiten ausmacht, damit der Nutzer nicht im Meer der Tatsachen ertrinke, sondern auf Anhieb finde, was er sucht. Ein vierter und letzter Band wird über alle für die Volksrepublik Polen zwischen Juli 1944 und 1990/91 relevanten Persönlichkeiten, Politiker und Diplomaten, Bischöfe und Generäle, Redatoren und Verleger informieren.

Ein "unverzichtbares Handbuch"; das war es, was Alexander Kochanski vorschwebte, als er an die Arbeit ging. Der erste Band ist nunmehr dem an historischer Wahrheit Interessierten in die Hand gegeben.

*G. Kaiser*

## **Petra Blachetta-Madajczyk: Klassenkampf oder Nation? Deutsche Sozialdemokratie in Polen 1918-1939**

Düsseldorf, Droste-Verlag, 1997, 315 S.

Sie verbrannten zwischen zwei Feuern, die deutschen Sozialdemokraten in Polen zwischen den beiden Weltkriegen. Letztendlich ausgelöscht wurden sie durch die Kriegs- und Okkupationspolitik des deutschen Faschismus. Sie waren von Anfang an eine verschwindend kleine Gruppierung innerhalb der deutschen Minderheit im 1918 wiedererstandenen polnischen Staatswesen. Ihres Ethnos und ihrer politischen Konfession wegen wurden sie vom polnischen Staat angefeindet. Ihrer sozialde-

mokratischen Überzeugung wegen lagen sie auch im Feuer der immer stärker völkisch manipulierten deutschen Minderheitenparteien sowie der diplomatischen und nachfolgend der exekutiven Behörden des faschistischen Reiches.

Die Geschichte der über zahlreiche Zwischenstationen aus deutschen und österreichischen Sozialisten 1929 entstandenen Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei Polens (DSAP) wird erstmals an Hand bisher ungenutzter deutscher und polnischer Archivquellen, von Zeitzeugenberichten und der zeitgenössischen Presse zusammenfassend dargestellt. Die DSAP war die einzige deutsche Minderheitenpartei in Polen mit proletarischer Basis und internationalistischer Grundhaltung. Ihr Wirken in Oberschlesien, Teschener Schlesien, Mittelpolen (vor allem im Raum Lodz) und Westpreußen wird sorgfältig beschrieben und analysiert. Aufgezeigt werden die Beziehungen bzw. Haltungen der sozialdemokratischen Partei zu den polnischen Sozialisten (PPS) und den Sozialisten anderer Minderheiten, vor allem zum jüdischen "Bund" und zur kommunistischen Bewegung, der sich auch Funktionäre und Mitglieder der DSAP anschlossen, und gegenüber dem deutschen Faschismus, dem auch Mitglieder dieser sozialdemokratischen Partei unterlagen. Die Zeit des Widerstandes gegen das faschistische Besatzungsregime konnte nur noch episodisch behandelt werden, eine ausreichende Quellengrundlage dafür fehlt.

*G. Kaiser*

**Andreas Ciesielski und Autorenkollektiv:  
Die Hoffnung starb zuletzt. Das Beispiel  
Bestwood**

Scheunen-Verlag, Kückenshagen 1997, 176 S.

Das Bischofferode des Nordens ist es genannt worden – das Faserplattenwerk in Ribnitz-Damgarten, das in einer der häufigen Verwandlungs- und Schrumpfungsphasen, die

den Weg des Werks zwischen 1990 und seiner endgültigen Schließung 1997 bezeichneten, den Namen Bestwood GmbH erhielt. Nicht ein Hungerstreik wie im Falle von Bischofferode war es, der in der Presse für Schlagzeilen und bei den Politikern für Unruhe sorgte, sondern die 359 Tage – vom Juli 1996 bis zum Juli 1997 – andauernde Besetzung des Betriebes durch seine Belegschaft. Ansonsten ähnelten sich die Situation an beiden Orten und Reaktion auf den Widerstand der Belegschaften in vielerlei Hinsicht: In beiden Fällen handelte es sich jeweils um den letzten größeren Betrieb in der strukturschwachen Region, der noch Beschäftigung versprach. Sowohl am Bodden wie im Harzvorland versuchten westdeutschen "Investoren", im Falle von Bestwood ein Hamburger Immobilienmakler, über den Kauf des Faserplattenwerkes ihr eigenes Unternehmen zu sanieren. Die durch den Widerstand der Belegschaft aufgeschreckten Landespolitiker gaben sich bei Bestwood wie in Bischofferode die Klinke in die Hand: Der CDU-Fraktionschef im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Eckhardt Rehberg, ein ehemaliger Kollege der Faserplattenwerker kam und versprach ein Überleben des Betriebes, nicht anders als der ehemalige Fraktionsvorsitzende der SPD in nördlichsten der neuen Bundesländer und spätere Wirtschaftsminister Harald Ringstorff. Wort halten konnten beide nicht, auch wenn Bestwood nach der fehlgeschlagenen ersten Privatisierung zeitweise zu 75 % Landeseigentum wurde. Von vornherein keine großen Versprechungen machen konnte der Vizepräsident des Schweriner Landtages, der PDS-Abgeordnete Hans Scheringer. Anders als Rehberg und Ringstorff hielt er bis zum Schluß zu den Faserplattenwerkern, war "Stammgast" des besetzten Unternehmens. In Ribnitz-Damgarten blieb selbst Bundesprominenz nicht aus: Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der PDS im Bundestag, sprach zur Belegschaft von Bestwood ebenso wie Gisbert Schlemmer, der Vorsitzende der Gewerkschaft Holz &

Kunststoff, in deren Tarifbereich das Faserplattenwerk fiel. Die Geschäftsstellen dieser Gewerkschaft aus dem Land und dem gesamten Bundesgebiet zeichnete für 40.000 der über 50.000 DM Spenden verantwortlich, die in die Streikkasse der Bestwood-Besetzer flossen.

Das Faserplattenwerk war zweifellos zu einem Politikum geworden. Das ist im Band akribisch nachgezeichnet, macht aber nur einen Teil seines Reizes aus. Ciesielski und seine im Impressum namentlich aufgeführten mehr als ein Dutzend Mitautoren, die für den Band Recherchen unternahmen und Beiträge schrieben, haben den Umgang der "Oberen" mit dem Betrieb und den Kampf von Betriebsrat, Gewerkschaft und Belegschaft um den Erhalt des Betriebes, gestützt auf Zeugenaussagen, Meldungen und Kommentare in der regionalen Presse und mit Hilfe von Dokumenten aus dem und über den Betrieb detailliert beschrieben – das Jahr der Betriebsbesetzung in Tagebuchform. Die an Dramatik reiche Geschichte des Niedergangs des Unternehmens ist flüssig, ja spannend geschrieben, so daß man den Band kaum vor der letzten Seite aus der Hand läßt. Die Publikation berührt ungeachtet ihrer sachlichen, mit Faksimiles von Dokumenten untermauerten Darstellung, emotional. Der Leser schwankt unwillkürlich zwischen Bewunderung für den Existenzkampf der Belegschaft und Empörung auf "gewendte" Altkader, "Investoren", Liquidatoren und Schweriner Regierungspolitiker der CDU und SPD, für die allesamt der Betrieb nur ein Mittel zum Zweck war – gut für ihre weitere berufliche Karriere, für die Aneignung von Millionenbeträgen aus Fördermitteln bzw. für den Gewinn der nächsten Wahlen. Daß diese Darstellung so unmittelbar wirkt, ist zweifellos Andreas Ciesielski zu verdanken, der für den Text und die vielen authentischen Fotos die Hauptverantwortung trug.

Der Band über Bestwood ist einer der markantesten Fälle einer ostdeutschen Unter-

nehmensgeschichte nach der Wende, die es versteht, an bestimmte gute Traditionen der DDR-Betriebsgeschichtsschreibung anzuknüpfen, bei der die Belegschaft und nicht nur das Management und seine Marktstrategien im Mittelpunkt stehen, die den Vertretungen der "Arbeitgeber", Betriebsrat und Gewerkschaft, gebührenden Platz einräumt. Auf den ersten dreißig Seiten wird die Betriebsentwicklung vor der Wende dargestellt: vom Aufbau der Hartfaserplattenproduktion zur Nutzung örtlicher Rohstoffe (Rapsstroh) im Jahre 1954 an Stelle eines demontierten Rüstungsbetriebes aus dem zweiten Weltkrieg bis zum Stammbetrieb des VEB Möbelkombinats Ribnitz-Damgarten mit 1750 Beschäftigten. Die Schilderung dieser Zeit ist ein gelungenes Beispiel des kritisch-konstruktiven Umgangs mit der DDR-Vergangenheit aus der Sicht der Geschichte eines Betriebes.

Es handelt sich bei diesem Band in doppelter Hinsicht um ein Buch gegen das Vergessen.

*J. Roesler*

**Robert Streibel; Hans Schafranek (Hg.): Strategie des Überlebens: Häftlingsgesellschaften in KZ und Gulag**  
Picus Verlag, Wien 1996, 238 S.

Die in diesem Band veröffentlichten Beiträge wurden am 1. und 2. Dezember 1995 auf einem Symposium der Volkshochschule Hietzingen gehalten, das sich mit Aspekten der "Häftlingsgesellschaft" im Gulag und in deutschen Konzentrationslagern beschäftigte. Die hier zusammengeführten Artikel sollen eine differenzierte Sicht auf individuelle und kollektive Überlebensstrategien in den Gulag bzw. im KZ ermöglichen, das unterschiedliche Verhalten zu politischen und kriminellen Häftlingen aufzeigen und Möglichkeiten und Grenzen der Solidarität zwischen einzelnen Häftlingsgruppen sichtbar machen. Auch wenn verschiedentlich in dem Buch davor gewarnt

wird, Gulag und KZ gleichzusetzen, da, wie beispielsweise Armanski herausarbeitet, "im KZ die Vernichtung (durch sofortige Tötung, mortale Lagerbedingungen oder Arbeit) aller Mißliebigen sowie Eliminierung politischer Opposition im Vordergrund standen und demgegenüber die produktive Funktion widersprüchlich und nachgeordnet war, verhielt es sich in den sowjetischen Lagern genau umgekehrt, ging es um eine staatliche Zwangsorganisation der Arbeit in häufiger Tateinheit mit politischer Repression bei hingegenommener bis gewollter Todesfolge" (S. 18), ist man dieser Gefahr nicht in jedem Fall entgangen. Insgesamt leistet die Veröffentlichung aber einen wichtigen Beitrag zur Auseinandersetzung mit diesen verbrecherischen Kapiteln unseres Jahrhunderts.

*J. Stroeck*

**Bernd Langer: Kunst als Widerstand: Plakate, Ölbilder, Aktionen, Texte der Initiative Kunst und Kampf**

Bonn: Pahl-Rugenstein, 1997, 240 S., Abb.

Die "Initiative Kunst und Kampf" wurde Mitte der achtziger Jahre gegründet. Sie versteht sich als Teil der autonomen antifaschistischen Bewegung und arbeitet nach einem eigenen politisch-künstlerischen Konzept. An der Arbeit der "Initiative" beteiligten sich im Laufe der Jahre eine Vielzahl unterschiedlicher Kunstschaffender. Mit der Arbeit beabsichtigt der Autor, der zu den Gründern der "Initiative" gehört, einen historischen und künstlerischen Überblick über die Tätigkeit der "Initiative" seit ihrem Bestehen zu geben. Neben einer aus recht subjektiver Sicht abgefaßten historischen Darstellung enthält der Band einschlägige Dokumente und zahlreiche Reproduktionen von Plakaten und Bildern sowie ein Gesamtverzeichnis der Arbeiten von den dem Kreis der "Initiative" zuzurechnenden Künstlern.

*J. Stroeck*

**Christoph Schottes: Die Friedensnobelpreis-kampagne für Carl von Ossietzky in Schweden**

Bibliotheks- und Informationssystem d. Universität Oldenburg, (bis)-Verl. 1997, 233 S. (Schriftenreihe d. Fritz-Küster-Archivs)

Als 1936 an den Publizisten, Herausgeber der "Weltbühne" und engagierten Pazifisten Carl von Ossietzky der Friedensnobelpreis verliehen wurde, war dies eine politische Sensation. Handelte es sich doch bei diesem linken Intellektuellen um einen der konsequentesten Antifaschisten, der bereits in der Nacht nach dem Reichstagsbrand von den Faschisten verhaftet und unter unmenschlichen Bedingungen im KZ-Sonnenburg, später in den KZ Börgermoor und Papenburg-Esterwegen festgehalten wurde. Der Preisverleihung vorausgegangen war eine weltweite Kampagne für Ossietzky, an der deutsche Antifaschisten unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Richtungen ebenso beteiligt waren wie Antifaschisten, Pazifisten und Intellektuelle aus Europa und Amerika.

In der vorliegenden Arbeit wird vor dem Hintergrund der deutsch-schwedischen Beziehungen und der innenpolitischen Lage Schwedens der schwedische Anteil an dieser Kampagne dargestellt und analysiert. Da der Beitrag der schwedischen Öffentlichkeit an der Kampagne zur Verleihung des Nobelpreises an Ossietzky und zu dessen Befreiung aus faschistischer Haft bisher noch nicht untersucht wurde, bietet diese Arbeit eine Reihe neuer Gesichtspunkte und Fakten zu diesem Kapitel des internationalen Kampfes gegen den deutschen Faschismus.

*J. Stroeck*

## Liebe Leserinnen und Leser,

die Anfangsschwierigkeiten des Verlagswechsels haben wir leider noch nicht ganz in den Griff bekommen. Der Druck dieser Ausgabe hat sich leider verzögert, auch der Versand bereitet noch Probleme. Im Moment sind wir mit sehr hohen Versandverlusten konfrontiert, die schwerpunktmäßig unsere ausländischen Abonnenten betreffen. Wir sind derzeit bemüht, mit der Post die möglichen Ursachen zu ermitteln. Zum anderen bitten wir unsere Leser, rechtzeitig an eine Information über Adressveränderungen zu denken bzw. fehlerhafte Anschriften beim Abo-Service bekanntzumachen.

Auf Grund der außerordentlich starken Nachfrage nach dem Heft 2/1998 ist dieses inzwischen vergriffen. Wir werden zum Ende des Jahres eine Nachauflage drucken, so daß dann auch die vorliegenden Reklamationen befriedigt werden können.

Wir danken für Ihr Verständnis.

*Verlag und Abo-Verwaltung*

## Die Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. Helmut Bleiber, Berlin  
 Prof. Dr. Harald Neubert, Berlin  
 Dr. Stefan Bollinger, Berlin  
 Steve Davison, britischer Gewerkschaftsfunktionär, Keighley  
 Prof. Dr. Ursula Herrmann, Ferch  
 Dr. Ruth Stoljarowa, Berlin  
 Dr. Wladislaw Hedeler, Berlin  
 Dr. Ulla Plener, Berlin  
 Prof. Dr. Kurt Finker, Potsdam  
 Dr. Manfred Behrend, Berlin  
 Prof. Dr. Werner Berthold, Leipzig  
 Prof. Dr. Paul Heider, Potsdam  
 Dr. Eberhard Schulz, Jena  
 Prof. Dr. Günter Benser, Berlin

Dr. Jacqueline Hennig, Berlin  
 Dr. Gerd Kaiser, Berlin  
 Prof. Dr. Jörg Roesler, Berlin  
 Dr. Jürgen Stroech, Berlin

**Titelfotos:** Porträts von August Bebel (l.) und Ignatz Auer. Quelle: BzG-Archiv

## **Vorschau auf Heft 4/1998:**

F. Zimmermann: 40 Jahre BzG  
 U. Plener: Lenin über Parteidisziplin  
 M. Behrend: "Der Wandschirm hinter dem nichts geschieht" – Bildung, Tätigkeit und Ende der ersten deutschen Sozialisierungskommission  
 W. Buschfort: Munition für Herbert Wehner von der Stasi  
 H. Gemkow: Karl Marx Taschenuhr – ihr Weg durch 130 Jahre

## **Redaktion:**

Fritz Zimmermann, Helga Brangsch:  
 Tel. (030) 241 54 27  
 Michael Bastian: Tel. (033056) 82 601  
 Postal. Anschrift: trafo verlag, Redaktion BzG, Finkenstr. 8, D- 12621 Berlin

## **Verlag und Abo-Verwaltung:**

trafo verlag dr. wolfgang weist, Finkenstr. 8, D-12621 Berlin, Germany  
 Tel.: 030/56701939, Fax 030/56701949  
 e-Mail: trafoberlin@t-online.de

Die BzG erscheint viermal im Jahr.  
 Einzelverkauf: 10,- DM, zzgl. Versand  
 Jahresabonnement: 40,- DM,  
 Auslandsabonnement 1998: 50,- DM  
 Auslandsabonnement 1999: 55,- DM

© trafo verlag dr. wolfgang weist, 1998

**ISSN 0942-3060**